

zivilschutz magazin



„Ein hilfloses, erbärmliches Menschenwerk“

Heute: Der Untergang der „Titanic“ am 14. April 1912

„Das größte, kostbarste, aufs prunkhafteste ausgestattete Schiff, das je die Welt gesehen hat, unternahm seinen ersten Ausflug unter Jubelschrei und enthusiastischen Freudenausbrüchen der Menge. Man wollte zeigen, wie der Mensch wirklich die Herrschaft über die Meere erlangt habe. Man rühmte die menschliche Leistungsfähigkeit, durch die man auf einer Ozeanreise allen Luxus des Hotels, der Clubs, der Gesellschaftsräume hergestellt hatte. Alles Dagewesene sollte übertroffen werden durch einen Rekord. – Einen Rekord hat das Schiff erreicht, aber nicht in dem Sinn seiner Erbauer und Eigentümer!“ So faßt Philipp Mauro, ein Passagier der „Carpathia“, einem Dampfer der Cunard-Linie, der der sinkenden „Titanic“ zu Hilfe eilte, das tragische Unglück vom 14. April 1912 zusammen. Der Untergang der „Titanic“ machte den 14. April 1912 zum schwärzesten Tag in der Geschichte der Schifffahrt.

Was war geschehen an jenem Tag, dessen Ereignis viel Lesestoff bietet und in zahlreichen Filmen aufgegriffen wurde? Die „Auslese von Wissen und Macht, Schönheit und Geld“ – so zitiert aus „Katastrophen, Naturgewalten und Menschenschicksale“ von Dr. Albert Herrmann – ist vertreten auf dem Luxusschiff „Titanic“. Im Festsaal gibt der Direktor der größten Schifffahrts-Gesellschaft der Welt seinen illustren Gästen aus Paris, London und New York ein festliches Diner; die Schiffskapelle spielt internationale Weisen, sie klingen aus den Fenstern des mit Mahagoni getäfelten Festsaaes aufs Meer hinaus. Die Stimmung ist ausgelassen, die Gäste amüsieren sich bestens.

Direktor Ismay Bruce war vor einigen Stunden vom Ersten Offizier gefragt worden, ob man die Geschwindigkeit des Schiffes drosseln soll, weil er Eisberge befürchtet. Dieser Angsthase! Ismay Bruce ist sicher: Dieses Schiff, diese „Titanic“, hat weder Eisberge noch sonst etwas auf hoher See zu fürchten. Bruce befürchtet nur eines, die „Titanic“ könnte bei ihrer Jungfernfahrt das „Blaue Band“, die begehrte Trophäe für das schnellste Schiff auf der Nordatlantik-Route, nicht auf Anhieb erringen.

Plötzlich, gegen Mitternacht, ein Schrammen, als wenn der 40000-Tonnen-Dampfer an einer Kaimauer entlangstreift. Aus den Kajüten und Kabinen, aus den Rauchsalons und aus dem Zwischendeck stürzen



die Passagiere ins Freie. Es herrscht eisige Kälte. Was ist los? Die Offiziere beruhigen mit einem Lächeln die verwirrten Fahrgäste. Nein, es sei nichts geschehen. Die Menschen ziehen sich wieder aus der Kälte zurück in das Schiffsinnere.

Dann jedoch überschlagen sich die Ereignisse. Vorsorglich senden die Funker „CQUD“ – come quickly, danger, kommt schnell, Gefahr! – in den Äther. Wiederum nur Minuten später tritt Captain Smith, wachsbleich im Gesicht, in den Funkraum: „Rasch, rasch, funkt SOS, wir sinken!“ Nach einer Stunde liegt das Schiff mit gestoppter Maschine leicht geneigt im Meer. Der Kampf um die Rettungsboote beginnt. Man kämpft mit Ellenbogen, mit Messern und Pistolen. Panik breitet sich aus.

Kaum 300 Meter ist das letzte Rettungsboot vom Schiff entfernt, als plötzlich das mittlerweile hoch aus dem Wasser ragende Heck des einstigen Riesen gurgelnd und zischend in den Fluten versinkt. Auf dem Heck harteten noch 1635 Menschen aus, schreiend, betend, verzweifelt; sie finden ihr Grab in den eisigen Fluten des Atlantischen Ozeans.

Weniger als ein Drittel der Passagiere der „Titanic“ wird am nächsten Tag von der „Carpathia“ aufgenommen. Am Abend fahren die Überlebenden in den New Yorker Hafen ein, und eine halbe Stunde nach 20.00 Uhr bringen Schlepper den Dampfer „Carpathia“ an das Dock, wo eigentlich die stolze „Titanic“ hätte anlegen sollen.

Philipp Mauro schildert weiter: „Eine der auffallendsten Tatsachen bei diesem schrecklichen Unglück ist, daß Fahrtge-

schwindigkeit des Ozeanriesen und seine Größenverhältnisse seine eigene Vernichtung herbeiführten. Ein Koloß von 45000 Tonnen Gehalt, voranstürmend mit der Schnelligkeit von 21 Meilen in der Stunde, ist eine Errungenschaft, von der unser Verstand sich nicht annähernd einen Begriff machen kann. Solch ein Riesenbau, in fliegender Eile sich vorwärtsbewegend, kann unmöglich sofort zum Stillstand gebracht oder auf die Seite gelenkt werden, wenn sich ihm plötzlich ein Widerstand entgegenstellt, wie hier in einer Nacht ohne Mondschein...“

Mauro faßt zusammen: „In einer stillen, sternenklaren Nacht, wo das Meer so ruhig daliegt wie ein Binnensee, während alles auf dem Schiff sich dem Gefühl der größten Sicherheit hingibt, stößt die ‚Titanic‘ in ihrer Fahrt auf ein Hindernis, und ihr stolzer Wettlauf ist mit einem Schlage zu Ende. Der kolossale Bau zerreißt in zwei Stücke durch eben dieselbe Dampfkraft, die sie vorwärts getrieben hat. Sie geht unter – ein hilfloses, erbärmliches Menschenwerk, in unergründliche Tiefen.“

Die Schifffahrtsgesellschaften sind aufgeschreckt: Schon im folgenden Jahr, 1913, tritt in London eine Konferenz zusammen, auf der beraten wird, wie solche Katastrophen verhindert werden können. Die „Titanic-Konferenz“ gibt den Anstoß zu internationalen Vereinbarungen und der Einrichtung ständiger Beobachtungsstationen, um die treibenden Eisberge zu registrieren und die Schifffahrt auf der damals vielbefahrenen Atlantik-Route zwischen Europa und Nordamerika rechtzeitig warnen zu können. Eine Katastrophe wie die des Jahres 1912 hat sich seitdem nicht wiederholt.

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Juli/August
7-8/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „THW-Wettkampf in Technik und Tempo“ 10
Ortsverbände Theley und Lüchow-Dan-
enberg sind die Sieger des siebten
THW-Bundeswettkampfes.
- „Die Bedeutung des Gemeinsinns
wieder stärker in das öffentliche
Bewußtsein rücken“ 17
Bundesinnenminister Dr. Zimmermann
dankt den THW-Helfern für ihr
Engagement.
- „Neun Tote und 13 Verletzte nach
Flugzeugabsturz“ 18
Hilfsorganisationen waren in Biberach
schnell und tatkräftig im Einsatz.
- „Mit einem Sprung ins kalte Wasser
geht es an die Stabsarbeit“ 20
Theorie und Praxis der DV 100 werden
an der Katastrophenschutzschule des
Bundes geübt.
- „Der Dienst am Nächsten ist unser
Auftrag“ 22
Gemeinsame Johannisfeier
von JUH und MHD in Bonn.
- „Analyse einer Unglücksnacht“ 25
Ostende-Wien-Expresß bei Köln entgleist.
- „Von der Handschwengelpumpe
zum Notbrunnen
mit Eigenstromerzeuger“ 29
Demonstration der verschiedenen Trink-
wasser-Notbrunnen in Bad Neuenahr-
Ahrweiler.
- „Motivation zum Aktiven Selbstschutz
steht im Vordergrund“ 36
Die Neukonzeption der Öffentlichkeits-
arbeit des BVS.
- „Beim Roten Kreuz einsteigen“ 61
- „Praxisnahe Schulung:
die ASB-Bundesschule“ 63
- „JUH-Jugendarbeit – Auftrag und
wichtige Investition für morgen“ 65
- „Malteser-Jugend verbrachte
zehn Tage im Jugendlager“ 67
- „4. Bundeswertungsspielen des DFV
in Grünberg“ 69
- „Bundesweit sind 85000 DLRG-Helfer
im Wasserrettungsdienst
eingesetzt“ 73
- „Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first
im Brandschutzdienst.



Umschau

Neuer Film des THW: „Wasser für Beirut“

Der Dokumentarfilm über den Einsatz des Technischen Hilfswerks im Rahmen der deutschen humanitären Hilfe für den Libanon ist jetzt fertiggestellt worden. Der 16-mm-Farbfilm mit einer Laufzeit von 33 Minuten wurde von der Expo-Film Dieter Hoese in München hergestellt.

Zum Inhalt des Films: Ein 75 Personen umfassendes Team des Technischen Hilfswerks wird im Auftrag der Bundesregierung im Libanon eingesetzt; es hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in der durch mehrjährigen Krieg stark zerstörten Hauptstadt Beirut zu verbessern.

Die THW-Helfer finden eine Vielzahl von Schadensstellen am Leitungsnetz vor. Im Einvernehmen mit den Wasserwerken konzentriert sich der Einsatz auf die Wiederherstellung der Ringleitung, auf Teile der Abwasserleitung und auf zahlreiche Hausanschlußleitungen. Die Schäden an den Leitungen mit Nennweiten bis über 1 m werden in mühsamer und nicht nur wegen der Hitze anstrengender Arbeit von den THW-Helfern freigelegt und unter Verwendung gebrauchten und neuen Materials wieder instand gesetzt, teils werden neue Leitungen verlegt, manchmal in neuer Trasse.

Der Film zeigt alle einschlägigen Arbeiten: das Freilegen von Leitungen durch Hand und mit Hilfe von Baggern, das Leerpumpen von Sprengtrichtern und Baugruben, das Herausnehmen beschädigter Rohre, das Zurichten und Einfügen von Paßstücken, Meßarbeiten mit Laserstrahl, Abdichten kleinerer Schäden mit behelfsmäßigen Mitteln, Einbau einer Pumpe in einer Pumpstation, Elektroarbeiten usw. Gezeigt werden ebenfalls die Zusammenarbeit mit libanesischen Arbeitskräften, Szenen vom Leben der Einwohner in der schwer getroffenen Stadt, die man das „Paris des Vorderen Orients“ nannte, die THW-Mannschaft im Camp.

Der Zweck des Films ist die Darstellung der Erfüllung des humanitären Auftrages

des THW am Beispiel eines Auslandseinsatzes. Er soll verdeutlichen, unter welchen Bedingungen die THW-Helfer bei einem Auslandseinsatz arbeiten, welche Aufgaben im Bereich der Instandsetzung auf die Helfer zukommen können und wie Schäden mit neuem Material, mit gebrauchtem und mit behelfsmäßig zubereitetem behoben werden können und wie trotz sprachlicher Schwierigkeiten eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit libanesischen Stellen, den Wasserwerken, einheimi-

schen Unternehmen und Arbeitskräften erreicht worden ist.

Die Reihe der einsatzbezogenen Filme des THW wird nach „Brücken für Tunesien“ (Einsatz 1970), „Straßen für Äthiopien“ (Einsatz 1974/75), „Erdbeben in Italien“ (Einsatz 1980) mit „Wasser für Beirut“ (Einsatz 1982) fortgesetzt.

Der Farbfilm wird kostenlos durch die THW-Landesbeauftragten, die Landesfilmdienste und das Deutsche Filmzentrum, Bonn, verliehen.

Peter Merck als THW-Bundessprecher bestätigt

Entsprechend den Vorschriften der Bestimmungen über die Helfervertretung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk standen im März 1983 die Landeshelfersprecher nach dreijähriger Amtszeit erneut zur Wahl an. In geheimer Wahl wurden zum Landessprecher bzw. Stellvertreter gewählt:

Schleswig-Holstein: Fritz Meyer und Joachim Dascherer,

Hamburg: Winfried Plate und Geert Lehmann,

Bremen: Reiner Skaletz und Jürgen Kardel,

Niedersachsen: Willi Kunze und Klaus Köhler,

Nordrhein-Westfalen: Dr. Jürgen Becker und Bertold Trautes,

Hessen: Peter Merck und Lothar Fritz,

Rheinland-Pfalz: Werner Breisch und Norbert Nickel,

Baden-Württemberg: Hans Weber und Dietrich Münchmeyer,

Bayern: Jürgen Stender und Gerd Neubeck,

Berlin: Bernd Sommermeier und Dieter Knorr,

Saarland: Berndt Schmidt und Erwin Sander.

Am 27. Mai 1983 fanden dann im Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg, die Wahlen für das Amt des Bundessprechers statt. Wahlberechtigt waren die elf Landessprecher, die Wahl erfolgte geheim. Mit großer Mehrheit wurde Peter Merck, Darmstadt, zum vierten Male als Bundessprecher der THW-Helferschaft bestätigt. Auch Dr. Jürgen Becker, Bocholt, wurde als stellvertretender Bundessprecher wiedergewählt.

Der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor des THW, Hermann Ahrens, dankte beiden Herren, daß sie der THW-Helferschaft für weite-





re drei Jahre zur Verfügung stehen und gratulierte zu ihrer Wiederwahl sehr herzlich.

Anschließend empfing Staatssekretär Dr. Fröhlich die neugewählten Bundes-sprecher und ihre Kollegen aus den Bundesländern zu einem Gespräch im Bundesinnenministerium.

Zu unseren Bildern: Staatssekretär Dr. Fröhlich und THW-Direktor Ahrens im Kreise der Bundes- und Landessprecher des THW; THW-Bundessprecher Merck im Gespräch mit dem Staatssekretär (oben).

Seminare, Kongresse, Messen

Ein Seminar „Brandschutz und Feuer-sicherheit im Krankenhaus und Altenheim“ findet am 7. und 8. September 1983 unter der Leitung von Brand-Ing. Isterling, Urach/Württemberg, im Essener „Haus der Technik“ statt.

Der Großbrand im Acherner Krankenhaus mit seinen vielen Toten und Verletzten hat bewirkt, daß seit dieser Zeit der Brandschutz, die Brandverhütung im Bereich von Krankenhäusern und Altenheimen ernster genommen wird als je zuvor. In Achern stand menschliche Unzulänglichkeit im Vordergrund – im Bereich der Technik werden die Mängel von damals heute nicht nur erkannt, man bemüht sich auch, sie zu beheben. Dies braucht Zeit (die oft nicht zur Verfügung steht), viel Mühe und viel Geld. Hier wird es immer wieder Probleme geben: Was muß unbedingt getan werden, worauf kann man verzichten? Wobei kann man sparen, ohne die Sicherheit des Hauses und der Patienten zu ge-

fährden? Wie erreicht man die maximale Sicherheit mit minimalem Aufwand? Erfahrene Brandschutzfachleute geben auf jede dieser Fragen die richtige Antwort.

Das ausführliche Programm kann angefordert werden vom Haus der Technik e. V., Hollestraße 1, Postfach 101543, 4300 Essen 1, Telefon (0201) 18031.

*

Ein Seminar „Betrieblicher Katastrophenschutz“ ist in dem Veranstaltungsprogramm der Landesstelle für Betriebschutz e. V., 7000 Stuttgart, enthalten. Das für den 15. September 1983 terminierte Seminar dient der Schulung über Gefährdungen, Vorkehrungen und Gegenmaßnahmen bei Drohungen mit Brand- und Sprengsätzen.

Informationen: Landesstelle für Betriebschutz e. V., Hohenheimer Straße 41 c, 7000 Stuttgart 1, Telefon (0711) 233425, 246712.

*

Der 10. Deutsche Jugendfeuerwehrtag 1983 wird in der Zeit vom 22. bis 25. September 1983 vom Stadtfeuerwehrverband Kiel ausgerichtet. Höhepunkt ist die Endausscheidung im Bundeswettkampf der Jugendfeuerwehr, die am 25. September stattfindet. Mit der Siegerehrung und der Abschlußkundgebung des Jugendfeuerwehrtages endet zugleich die diesjährige Brandschutzwoche in Kiel.

Informationen: Stadtfeuerwehrverband Kiel, Organisationsbüro 10. Deutscher Jugendfeuerwehrtag, Röntgenstraße (Feuerwache Ost), 2300 Kiel 14.

*

Vom 4. bis 6. Oktober 1983 richtet die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik das „7. IVSS-Colloquium“ in Köln aus, das für Praktiker der Unfallverhütung gedacht ist.

Die Zahl der Opfer durch Elektrounfälle ist noch viel zu hoch, meint die Berufsgenossenschaft. Auf 150 bis 160 Tote jährlich wird immer noch die Zahl aller durch Elektrizität in der Bundesrepublik zu beklagenden Opfer geschätzt. 1954 betrug sie sogar 319. Sie konnte also trotz steigender Elektrifizierung im privaten und gewerblichen Bereich durch technische Perfektionierung und Sicherheitsbemühungen erheblich gemindert werden.

Der Sicherheit beim Umgang mit der Elektrizität dient das „7. IVSS-Colloquium“, das mit internationalen Fachleuten im Kongreß-Zentrum West in Köln durchgeführt wird. Die IVSS ist die „Internationale Vereinigung für Soziale

Sicherheit“ zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (Genf) mit 245 Vollmitgliedern aus Organisationen und 75 assoziierten Mitgliedern aus 117 Ländern.

Das Colloquium wendet sich an die Praktiker der Unfallverhütung mit dem Ziel, aktuelle Erfahrungen zu sammeln und auszutauschen. Vorgesehen sind u. a. Kenntnis der Ursachen von Unfällen und Normen und für die Konstruktion von Geräten und Arbeitsmitteln sowie Motivationsmethoden für Anwender. Filme, technische Arbeitsmittel und Besichtigungen gehören zum Rahmenprogramm.

Informationen: Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, Gustav-Heinemann-Ufer 130, 5000 Köln 51, Telefon (0221) 37781.

*

Die „Sicherheit 83“, internationaler Fachkongreß mit Fachmesse und Demonstrationsteil, ist für den 8. bis 11. November 1983 gemeldet.

Sicherheit ist keine statische Wertvorstellung, sondern ein relativer und ständigen Veränderungen unterworfenen Begriff. Er setzt Dynamik und Kreativität, Aktivität und Anpassungsfähigkeit voraus. Werte, die gesichert werden sollen, unterliegen Einflußgrößen, die die Sicherheit beeinträchtigen können, ebenso wie politische, wirtschaftliche oder technische Entwicklungen. Dies gibt dem 4. Internationalen Fachkongreß „Sicherheit 83“ vom 8. bis 11. November 1983 auf dem Stuttgarter Messegelände, verbunden mit einer Fachmesse für Objektschutz, Katastrophen- und Brandschutz, besonderes Gewicht: Was gibt es Neues in der Sicherheitstechnik, welche neuen Erfordernisse und Trends zeichnen sich ab? Das wird im Rahmen des bereits bewährten Stuttgarter Modells, der auf den drei Säulen Kongreß – Fachmesse – Demonstrationsteil ruhenden „Sicherheit 83“ umfassend dargestellt werden.

Die „Sicherheit 83“ wird rund viermal größer sein als ihre Vorgänger-Ausstellungen: Auf 20000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zeigen die international führenden Hersteller von Sicherheitstechnik ihre neuesten Produkte.

Im Mittelpunkt stehen informative Sonderschauen zu den Themen: Brandschutz und Feuerwehr – Schutzraumbau – Datenschutz und Datensicherung – Mechanische Sicherheit. Der umfangreiche Fachkongreß, für den führende deutsche Sicherheitsexperten aus Dienststellen des Bundes und der Länder, öffentlichen Verwaltungen und Ver-

bänden sowie aus renommierten Industrie-Unternehmen zur Verfügung stehen, wird mit Referaten zur Sicherheitspolitik eröffnet. Am zweiten Kongreßtag werden die Themenkreise „Management und Sicherheit“, „Energieversorgung in Krisenzeiten“, „Betrieblicher Katastrophenschutz“, „Vorbeugender betrieblicher Brandschutz“ sowie „Sicherheits-technik“ behandelt. Weitere Themenkreise sind „Die Wirtschaft als Ziel von Propaganda und Gewalt“, „Zivilschutz“, „Werksärztlicher Dienst“ und „Die Werksfeuerwehr im betrieblichen Katastrophenschutz“.

Der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Albert Bürger, der den letztgenannten Themenkreis im Rahmen des Kongresses leiten wird, fördert ganz maßgeblich auch die attraktive Sonderschau „130 Jahre Werksfeuerwehren in Baden-Württemberg“. Der Bereich Feuerwehr und Brandschutz ist ein Schwerpunktthema der „Sicherheit 83“. Entsprechend umfangreich werden im Demonstrationsteil auch die Vorführungen von Geräten und Fahrzeugen für den Brandschutz sein.

Informationen über den Kongreß:
Landesstelle für Betriebsschutz, Hohenheimer Straße 41 c, 7000 Stuttgart 1.

Informationen zur Fachmesse: Stuttgarter Messe- und Kongreß-GmbH,
Postfach 990, 7000 Stuttgart 1.

Zum dritten Male nach 1976 und 1980 ist das Messezentrum Nürnberg vom 22. bis 25. Mai 1984 Schauplatz der Fachausstellung für Anstaltsbedarf (FAB). Auf der FAB 84 werden über 500 Firmen ein umfangreiches Angebot für den „Großhaushalt“ Krankenhaus präsentieren. Zum gleichen Zeitpunkt findet im Messezentrum Nürnberg die Jahrestagung der Fachvereinigung der Verwaltungsleiter Deutscher Krankenanstalten statt.

Zu den Spezialgebieten, über die die FAB 84 einen aktuellen Überblick geben wird, gehören Medizintechnik, Technischer Versorgungsbedarf, Einrichtungen und Einrichtungsgegenstände, Wirtschaftsbedarf, Nahrungsmittel, Krankenhaustextilien, Dienstleistungen und Verwaltung. Auch auf dieser FAB wird der Bereich Medizintechnik den breitesten Raum einnehmen. Die Angebotspalette dieser Fachausstellung reicht vom Heftpflaster bis zum Verwaltungscomputer. Sie wendet sich natürlich in erster Linie an Krankenhäuser, Heime und Anstalten, an Wohlfahrtsorganisationen sowie

an den Medizin- und Sanitätsfachhandel. Ferner wird eine Fülle an medizinisch-technischen Geräten gezeigt.

Informationen: Nürnberger Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH,
Messezentrum, 8500 Nürnberg,
Telefon (0911) 8606112.

Die „Emergency 84“ kehrt vom 2. bis 5. Oktober 1984 zurück ins Palexpo, das Genfer Ausstellungs- und Kongreßzentrum. Bei ihrer erstmaligen Durchführung im Jahre 1982 hatte die „Emergency“ alle Arten von Notfallausrüstungen, Materialien, Versorgungsmitteln und Dienstleistungen miteinander vereinigt, die für die Vorbereitung auf und die Beseitigung der Auswirkungen von natürlichen und von Menschen verursachten Katastrophen erforderlich sind.

Der britische Veranstalter teilt mit, daß die „Emergency 84“ wiederum durch die Zusammenarbeit mit drei angesehenen Organisationen unterstützt wird, die in Genf ihren Sitz haben: die Internationale Organisation für Zivilschutz, das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (UNDRO) und die Liga der Rotkreuzgesellschaften. Diese Organisationen veranstalten gemeinsam während der Ausstellung eine Reihe von Arbeitsgruppen.

Ergänzend zur „Emergency 84“ findet gleichzeitig die Ausstellung „Medic-Air 84“ statt. Die „Medic-Air“ konzentriert sich auf den expandierenden medizinischen Luftfahrtsektor, die medizinische Versorgung und die schnelle Rückführung von Patienten in ihre Heimat.

Informationen: Mack-Brooks Exhibitions Ltd., 62 Victoria Street, St. Albans, England AL 1 3XT.

Funkamateure arbeiten im Katastrophenschutz mit



Eine wertvolle Verstärkung für den Katastrophenschutz der Stadt Fürth stellt die Mitwirkung der Amateurfunker dar. Um diese Mitarbeit zu ermöglichen, mußte jedoch erst die Satzung der Funker von ihrem Dachverband geändert werden. Nun stehen bei Katastrophen zusätzlich 20 bis 30 Funker zur Verfügung, deren private Funkstationen das gesamte Stadtgebiet und den Landkreis abdecken. Darüber hinaus haben die Amateure die Möglichkeit, mit ihren Geräten drahtlos Verbindungen zu und zwischen den einzelnen Führungsstellen zu schaffen. Dabei verstehen sich die Angehörigen des Deutschen Amateurradioclubs (DARC) keineswegs als Konkurrenz zur bestehenden Fernmeldezentrale des Katastrophenschutzes, sondern als notwendige Ergänzung.

Diese Mitarbeit kostet der Stadt Fürth keinen Pfennig, da die Amateure mit professionellen Geräten wie UKW- und Kurzwellengeräten, Funkrelaisstellen, großzügigen Antennenanlagen und Notstromaggregaten stationär und mobil ausgerüstet sind. Als besonderer Clou steht in Kürze eine Amateur-Fernsehstation zur Verfügung, die es der Einsatzleitung erlaubt, ein unmittelbares Bild von den Schadensstellen zu bekommen.

Für die Belange des Katastrophenschutzes wurden die Funker von Hauptbrandmeister Herbert Regel mit einer Zusatzausbildung versehen. Diese Schulung ist nun soweit gediehen, daß die Funkamateure zusammen mit der AMAST eine größere Übung durchführen konnten. Rechts- und Ordnungsreferent Alfred Fischer ließ es sich nicht nehmen, dieser ersten gemeinsamen Übung beizuwohnen, denn gerade für ihn als Leiter

der örtlichen KEL sind gut funktionierende Fernmeldeeinrichtungen von großer Bedeutung. Dies zeigte sich bereits bei der Prüfung zur Erlangung des „Staatlichen Funkzeugnisses der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“, bei der er ebenfalls anwesend war.

Bei der Übung zeigte sich Fischer beeindruckt von der Disziplin und dem Sachverstand, mit dem die Übung von den Funkamateuren abgewickelt wurde. Er dankte allen Beteiligten und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Fürth die erste Stadt ist, die auf die Hilfe der Amateurfunker rechnen kann. Ingolf Janek, Leiter des Amtes für Zivilschutz, wiederum freute sich, daß Fürth nicht nur hilfswillige Mitglieder des DARC hat, sondern einen Leiter des Stabes, der vom Wert gut arbeitender Fernmeldeanlagen überzeugt ist und durch sein ständiges Interesse sehr motivierend wirkt.

Der Operator der Amateurfunk-Leitstelle, Peter Meistereck, betonte, daß sein Club gerne die Empfehlung der Bayerischen Staatsregierung, im Katastrophenschutz mitzuarbeiten, aufgegriffen habe, denn, so Meistereck: „In der ganzen Welt stellen sich die Funkamateure in Notsituationen zur Verfügung, so daß es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, dies auch in unserer Heimatstadt zu tun.“

Zu unserem Foto: Rechts- und Ordnungsreferent Alfred Fischer (Mitte, stehend) und der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Ingolf Janek, sehen interessiert dem Operator der Amateurfunk-Leitstelle, Meistereck, bei der Arbeit zu.

(Foto: Regel)

Großübung der Feuerwehrbereitschaft Bergstraße

Am 25. Juni 1983 traf sich die Feuerwehrbereitschaft des Kreises Bergstraße zur letzten Großübung vor der Sommerpause. Neben den Brandschutzeinheiten waren auch Kräfte anderer Fachdienste des Katastrophenschutzes eingesetzt, so der Sanitätszug Bergstraße, die DLRG und das DRK Hirschhorn. Ein Novum bei dieser Übung war, daß nicht nur Einheiten des erweiterten, sondern auch des friedensmäßigen Katastrophenschutzes beteiligt waren, namentlich Helfer aus den Standorten Wald-Michelbach, Neckarsteinach und Hirschhorn.

Es wurde angenommen, daß ein Tanklastzug, der eine Firma in Hirschhorn beliefern sollte, verunglückt und explodiert ist. Durch die Explosion sind Brände entstanden, mehrere Personen wurden verletzt. Die sofort an die Brandstelle gerufene Feuerwehr Hirschhorn konnte der Großschadenslage allein nicht Herr werden und forderte die Feuerwehrbereitschaft sowie Sanitätseinheiten zur Unterstützung an. Nachdem die drei Löschzüge der Bereitschaft Bergstraße, bestehend aus Einheiten aus den Standorten Gorxheim, Rimbach, Fürth, Krökkelbach, Heppenheim, Zwingenberg, Lampertheim, Bobstadt, Bensheim und Lorsch, an der Einsatzstelle angekommen waren, wurden die Zugführer in die Lage eingewiesen und bekamen einen Brandabschnitt zugeordnet.

Unter der Gesamtleitung von Heinz Albert (Hirschhorn) sowie den Fachberatern Harald Weiß (Gorxheim) und Günther Kruchen (Heppenheim) wurde eine TEL aufgebaut, die den gesamten Übungsablauf koordinierte. Schwerpunkte dieser groß angelegten Einsatzübung waren vor allem die Erprobung der Zusammenarbeit der Fachdienste sowie die Führung an einer Großschadensstelle, wobei auch Flexibilität in bezug auf Lageänderungen und Umgruppierungen innerhalb der Einheiten von den Führungskräften verlangt wurde.

Bereitschaftsführer Jürgen Hiebel (Heppenheim) konnte bei der Abschlusssprechung zahlreiche Gäste aus dem öffentlichen Leben begrüßen, die die Übung verfolgt hatten. Einen besonderen Dank richtete Hiebel an die ca. 200 Helfer, die an diesem Tage unter der glühenden Sonne schwere Arbeit zu verrichten hatten.

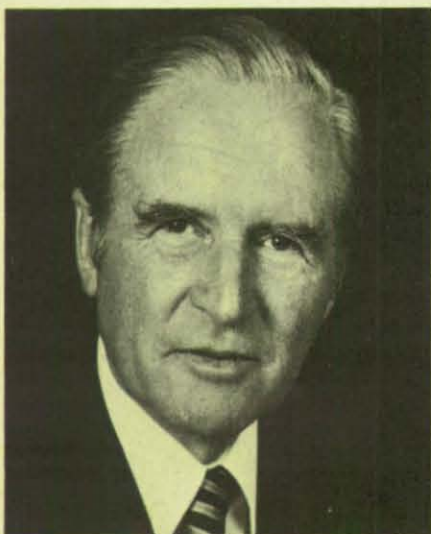
(Foto: Weiss)



Bundespräsident Carstens Schirmherr der DLRG

Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens hat die Schirmherrschaft über die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) übernommen. Er entsprach damit einer Bitte dieser gemeinnützigen Hilfsorganisation, die sich Rettung aus Wassergefahr, Vorbeugung gegen den Ertrinkungstod und Wasser-Umweltschutz zur Aufgabe gestellt hat.

Die DLRG hat nahezu 500 000 Mitglieder und verfügt im Einsatzbereich über 1 400 Rettungs-Wachstationen und 1 080 Motor-Rettungsboote. In der laufenden Badesaison hat sie bundesweit 85 000 ehrenamtlich tätige Rettungsschwimmer im Wasserrettungsdienst eingesetzt.



Als größte und älteste Wasserrettungsorganisation der Welt begeht sie in diesem Jahr ihr 70jähriges Bestehen mit einer Bundestagung und Kundgebung am 1. Oktober 1983 in Bonn.

Süddeutscher Rundfunk bei der Rettungshundestaffel Enzkreis

Bei Katastrophen, besonders bei Erdbeben und bei Hauseinstürzen, kann die Nase des Hundes durch kein technisches Gerät ersetzt werden, wenn es darum geht, Verschüttete unter Trümmern zu orten.

Die Ausbildung von Rettungshunden und Hundeführern wird in Pforzheim von der Rettungshundestaffel Enzkreis e. V. in eigener Verantwortung wahrgenommen. Um die vielfältigen Aktivitäten der Rettungshundestaffel einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, berichtete der Süddeutsche Rundfunk (SDR) in der Sendung „Nahaufnahme“ kürzlich direkt vom Übungsgelände Hohberg. Dort



steht ein Trümmerfeld für die Ausbildung der Hunde zur Verfügung. SDR-Reporter Udo Seiwert-Fauti ließ sich „lebendig“ unter den Trümmern begraben und schilderte live seine Eindrücke, bis er durch „Arras“ unter dem Trümmerberg gefunden wurde.

Nicht alle Hunde eignen sich zum Aufspüren Verschütteter. Der ideale Rettungshund muß neben einer guten Nase über ausgeprägten Gehorsam und über Nervenstärke verfügen. In Pforzheim stehen derzeit zehn Rettungsteams, bestehend aus Hund und Hundeführer, für den Einsatz bereit.

Für Anschaffung, Ausbildung und Ausrüstung des Hundes muß der Hundeführer ca. 20 000 DM aufwenden, da nur ein sehr geringer Teil aus Spenden abgedeckt werden kann. Die Stadt Pforzheim unterstützt die Rettungshundestaffel Enzkreis e. V. tatkräftig, so soll z. B. die Ausstattung mit Funkmeldeempfängern erweitert werden.

Zu unserem Foto: SDR-Reporter Seiwert-Fauti stieg selbst in das Trümmerlabyrinth, um seine Eindrücke den Hörern zu schildern.

(Foto: Winterfeldt)

Die meisten Waldbrände entstehen durch Fahrlässigkeit

Fast achtzig Prozent der rund 4 000 Wald-, Moor- und Wiesenbrände, die sich im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen ereigneten, wurden durch Fahrlässigkeit verursacht. Diese bedauernde Tatsache nahm Innenminister Dr. Herbert Schnoor im Hinblick auf die akute Waldbrandgefahr in den letzten Wochen zum Anlaß, an alle Bürger des Landes zu appellieren, „alles zu tun, um Brände in der freien Natur vermeiden zu helfen“. Denn hier gehe es um die Erhaltung unseres kostbaren Guts.

Die große Hitzewelle hat zu einer erheblichen Gefährdung der Wälder und Moore im ganzen Land geführt. Bei der zunehmenden Dürre in Wald und Flur genügt die kleinste Unachtsamkeit im Umgang mit Feuer – von der glimmend weggeworfenen Zigarette bis zum Grillen –, einen gefährlichen Wald- und Flächenbrand zu entfachen. Brände führen nicht nur zu ungeahnten Naturschäden –

sie belasten auch die Forstwirtschaft. „Dank der ständigen Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehren, die sich bei akuter Waldbrandgefahr in erhöhter Alarmbereitschaft befinden und dabei Freizeit opfern, aber auch dank des Verhaltens unserer Bürger konnten bisher größere Schäden vermieden werden.“

Mit seiner Anerkennung verbindet Schnoor ein Sonderlob für Forstbehörden und Feuerwehren mit ihren vielen hauptamtlichen und freiwilligen Helfern: „Sie tragen durch gemeinsame Übungen erheblich dazu bei, die Bekämpfung der Waldbrände zu verbessern.“ Außerdem wurden

– die Überwachungsmaßnahmen der Wälder in Zeiten akuter Brandgefahr intensiviert,

– neue Wasserstellen mit besonderen Vorrichtungen für Löschwasser in Wäldern angelegt,

– zusammenhängende Nadelholzkulturen und Dickungen durch ein Netz von Feuerschutzschneisen, die für die Feuerwehr befahrbar sind, erschlossen.

Der Appell des Innenministers richtet sich an alle Bürger, zur Verhütung von Waldbränden beizutragen, „wie es nur möglich ist“. Folgendes muß während der heißen Witterung in den Wäldern befolgt werden:

– Es ist verboten, in Wäldern offenes Feuer anzulegen, zu unterhalten oder mit sich zu führen.

– In der freien Natur muß jeder mit Feuer nur unter größter Vorsicht umgehen (keine glimmenden oder brennenden Gegenstände wegwerfen).

– Das Rauchen im Wald ist in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober verboten.

– Sofort die Feuerwehr oder Polizei alarmieren, wenn ein Brand entdeckt wird.

Aufklärungsarbeit ist unerlässlich. In Form von Plakataktionen an Waldparkplätzen und Hauptwanderwegen bildet sie ein Schwerpunktprogramm. Waldbrandwarnungen in Wetterberichten, der amtliche Warndienst des Innenministers und die von Forstbehörden sowie Feuerwehren veröffentlichten Warnungen ergänzen das Programm. Entscheidend bleibt letztlich, daß alle Menschen, die in Wäldern, Mooren und der Heide Erholung suchen, die Gebote zur Verhütung von Waldbränden respektieren.

ARKAT-Vorsitzender sprach mit Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg



Anläßlich eines Empfangs für 250 Gäste führte der 1. Vorsitzende der ARKAT Schleswig-Holstein, Leiter des Führungsdienstes im Katastrophenschutz der Stadt Neumünster, Wolfgang Dahmann, ein Gespräch mit Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg. Schwerpunktmäßig wurden in diesem kurzen Gespräch von Wolfgang Dahmann dem Bundesfinanzminister Probleme der Regieeinheiten im Katastrophenschutz der Bundesrepublik Deutschland dargelegt (unser Bild).

Ernst Schramm erhielt Bundesverdienstkreuz Erster Klasse

Der Präsident der Luftrettungsstaffel Bayern, Ernst Schramm, erhielt aus der Hand von Staatssekretär Simon Nüssel das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Nach den Worten Nüssels sollte dadurch Schramms langjähriges und ehrenamtliches Engagement im Bereich der Sportfliegerei gewürdigt werden. Schramm war entscheidend am Aufbau der Luftrettungsstaffel Bayern beteiligt und steht seit 1975 als Präsident an deren Spitze. Die seit 15 Jahren bestehende Organisation ist eine im Bundesgebiet einmalige Einrichtung und hat sich bei der Früherkennung von Waldbränden und im Katastrophenschutz hervorragend bewährt, sie verfügt z. Z. auf ihren 34 Stützpunkten über ca. 150 Flächenflugzeuge und vier Hubschrauber.

Schramm dankte den anwesenden Flugbereitschaftsleitern und Stabsmitgliedern der Staffel für deren jahrelange, treue Mitarbeit und erinnerte daran, daß ohne diese ehrenamtliche und auch oft sehr mühselige Arbeit der Piloten und Führungskräfte vor Ort die bisherigen Erfolge nicht möglich gewesen wären. Er beachte die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes aus diesem Grund auch als eine Auszeichnung für die Arbeit der Luftrettungsstaffel Bayern insgesamt und bat alle Staffellangehörigen, sich auch in Zukunft für das Wohl der Allgemeinheit und unserer Umwelt einzusetzen.



Unser Bild: Staatssekretär Simon Nüssel überreicht dem Präsidenten der Luftrettungsstaffel Bayern, Ernst Schramm, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Silberne Leistungsabzeichen für Brandschutzgruppen der Post

Am 2. Juli 1983 nahmen zwei Brandschutzgruppen des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost vom Fernmeldeamt 3 Düsseldorf zum dritten Male erfolgreich am Leistungsnachweis des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen teil. Die Mitarbeiter – die Ausbildung erfolgt u. a. durch die



BVS-Dienststelle Düsseldorf – waren gut vorbereitet und erfüllten die drei gestellten Aufgaben: Löschangriff mit drei C-Rohren bei Wasserentnahme aus offenem Gewässer, schriftliche Beantwortung von 30 Fragen aus dem Bereich des Atemschutzes und ein 9x50-m-Hindernis-Staffellauf.

Für die drei erfolgreichen Mitarbeiter Albrecht, Stothut und Klemer gab es dreimalige Teilnahme das Feuerwehr-Leistungsabzeichen in Silber. Vorbereitung und Teilnahme an diesem Nachweis sind ein guter Beitrag, die Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutz-Einheiten der Bundespost zu verbessern.

Zu unserem Foto: Die Wasserentnahme für den Löschangriff mit drei C-Rohren wird von den Düsseldorfer Postlern vorbereitet.

Fortbildungsreihe „Katastrophenmedizin“ an der Universität Tübingen

Im Rahmen der wissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung an der Universität Tübingen wird unter Leitung von Prof. Dr. med. Koslowski, Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik, und Prof. Dr. med. Domres, Oberarzt an der

genannten Klinik, eine Fortbildungsreihe für Ärzte zum Thema „Katastrophenmedizin“ stattfinden. Termine: Samstag, 10. September; Samstag, 24. September, und Samstag, 29. Oktober 1983, Ärztehaus Tübingen.

In den Referaten dieser Fortbildungsreihe werden die Aspekte der medizinischen Versorgung im Katastrophenfall behandelt, auch die gesetzlichen Grundlagen des Katastrophenschutzes und die Fachdienste des Katastrophenschutzes sollen behandelt werden.

Ein ausführliches Programm kann bei Frau Dr. Fischer, Arbeitsstelle Wissenschaftliche Fort- und Weiterbildung, Universität Tübingen, Wilhelmstraße 5, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/29-5010 oder 29-6439, angefordert werden.

„Die Akademie war sein persönliches Werk“ – das Schaffen Dr. Dr. Eichstädts gewürdigt

„Die Bundesverwaltung verliert in Dr. Dr. Eichstädt eine Persönlichkeit von hoher Schaffenskraft und leidenschaftlichem Engagement.“ Mit diesen Worten würdigte Bundesinnenminister Dr. Zimmermann den am 26. Juni 1983 im Alter von 58 Jahren verstorbenen Präsidenten der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. Dr. Ulrich Eichstädt. „Er hat der Akademie, die er aufgebaut hat, im In- und Ausland zu hohem Ansehen verholfen“, fügte der Minister in seinem Nachruf auf Präsident Eichstädt hinzu.

Zur Trauerfeier in Bonn waren zahlreiche offizielle Vertreter von Bund, Ländern, der Bundeswehr, aus dem Bereich der zivilen Verteidigung und dem Zivilschutz und natürlich die Mitarbeiter der Akademie für zivile Verteidigung erschienen, um von Dr. Dr. Eichstädt Abschied zu nehmen. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Siegfried Fröhlich, würdigte die Persönlichkeit und das Lebenswerk des Verstorbenen: „Ulrich Eichstädt hat sich auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung hervorragende Verdienste um die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erworben.“ Durch zahlreiche Publikationen und seine Lehr- und Vortragstätigkeit war Dr. Dr. Eichstädt über seinen Fachbereich hinaus sowohl im nationalen als auch im NATO-Bereich als Experte auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung anerkannt, betonte der Staatssekretär.

„Durch seine profunden Sachkenntnisse und die ihm eigene Dynamik hat er maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der theoretischen und praktischen Grundlagen der zivilen Verteidigung genommen . . . Richtungweisend waren seine konzeptionellen Vorstellungen für die funktionellen Zusammenhänge zwischen ziviler und militärischer Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung. Er hat ganz entscheidend daran mitgewirkt, diese konzeptionellen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen.“ Der Staatssekretär schloß: „Die Akademie war sein persönliches Werk.“

Als einer der besten Kenner der Materie zählte Dr. Dr. Eichstädt von der ersten Stunde an zu der kleinen Zahl hochqua-

lifizierter Fachautoren des Zivilschutz-Magazins; unseren Lesern ist von den grundlegenden Beiträgen des Präsidenten der Akademie für zivile Verteidigung die erst vor einigen Monaten begonnene Artikelserie über die zivile Verteidigung im NATO-Bereich noch in bester Erinnerung. Dr. Dr. Eichstädt hat seine Ausführungen nicht mehr abschließen können, der Tod nahm ihm die Feder plötzlich und allzufrüh aus der Hand.

Die Redaktion des Zivilschutz-Magazins betrauert das Ableben dieses hervorragenden Autors, der sich stets mit dem Fachjournalismus in bester Weise verbunden fühlte und die Ergebnisse seiner Arbeit der Fachwelt auch über das Zivilschutz-Magazin zur Verfügung stellte.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter(in) der BVS-Schule Geretsried (Bayern)**
(Verg.-Gr. III BAT) – ab 1. 1. 1984 –
2. **Leiter(in) der BVS-Dienststelle Göttingen**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – sofort –
3. **Leiter(in) der BVS-Dienststelle Hamburg-Süd**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – sofort –
4. **Fachbearbeiter(in) II 2 (Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 10. 1983 –
5. **Fachbearbeiter(in) bei der BVS-Dienststelle Flensburg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 11. 1983 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum **15. 9. 1983** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Paul Claes

„Grüne Welle“ für Rettungsfahrzeuge

Entwicklung der Björn-Steiger-Stiftung bringt mehr Sicherheit, weniger Lärm und schnelleren Verkehrsablauf an ampelgeregelten Straßenkreuzungen

Daß sämtliche Ampeln auf dem Weg zur Einsatzstelle wie von Geisterhand auf Grün geschaltet werden – dieser Traum eines jeden Helfers, der mit einem Rettungsfahrzeug auf Einsatzfahrt ist, ist in einigen deutschen Städten keine Illusion mehr, sondern bereits Wirklichkeit geworden.

Ein mehrjähriger Versuch der Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. ist jetzt mit der Veröffentlichung des wissenschaftlichen Untersuchungsberichtes der Universität Karlsruhe durch den Bundesverkehrsminister abgeschlossen worden. Das Ziel dieses Versuchs war, die Sicherheit bei Einsatzfahrten zu erhöhen, die Fahrtzeiten zu verkürzen, den Verkehrsfluß möglichst wenig zu stören und die Lärmbelastigung durch das Martinshorn weitgehend einzuschränken.

Erreicht wurde das Ziel durch ein einfaches System: Während der Einsatzfahrt sendet ein in das Fahrzeug eingebauter Impulsgeber ständig unhörbare Impulse aus, sobald das Blaulicht eingeschaltet wird. Diese Impulse werden von Induktionsschleifen aufgenommen, die zwischen 160 und 300 Meter vor der Ampel im Straßenbelag verlegt sind. Dadurch wird dem Rettungsfahrzeug nach einer Mindestzeit von etwa fünf Sekunden in der gewünschten Fahrtrichtung eine Grünphase geschaltet.

Durch das neue System wird die Fahrt zur Einsatzstelle weniger gefährlich, weil das Überqueren von Kreuzungen bei Rot entfällt. Eine Zeitersparnis ergibt sich durch die Grünschaltung ebenso wie eine geringere Beeinträchtigung des Verkehrsflusses. Weil auf den Gebrauch des Martinshorns weitgehend verzichtet werden kann, entsteht eine deutliche Verringerung der Lärmbelastigung, was besonders bei Nacht von großer Bedeutung ist.

Das vom Gründer der Rettungsdienst-Stiftung, Siegfried Steiger, entwickelte System der Grün-Phasen-Schaltung wurde erstmals an einer Kreuzung in Gaggenau bei Schwäbisch Hall getestet. Vom Erfolg dieses Kreuzungs-Versuchs überzeugt, startete die Stiftung einen Langzeitversuch in einem größeren Rahmen. Dazu wurden die Ampelanlagen von Winnenden bei Stuttgart, dem Sitz der Stiftung, nach dem neuen System umgerüstet. Wissenschaftlich begleitet wurde der Versuch vom Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe.



Mit dem neuentwickelten System wird vermieden, daß Rettungsfahrzeuge Kreuzungen bei Rotlicht passieren müssen.

Nach der Auswertung von 200 Einsatzfahrten im Ortsbereich von Winnenden unter bestimmten Vorgaben kam man zu dem Ergebnis, daß das neue System empfehlenswert ist. In dem Langzeitversuch wurden im einzelnen folgende Verbesserungen festgestellt:

- Die Anzahl der Rotüberfahrten von Kreuzungen sank von 63 auf 0%.
- Die Benutzung der Gegenspur verringerte sich von 42 auf 12%.
- Die Einsatzbedingungen verbesserten sich zwischen 40 und 69%.
- Die Anzahl der gefährlichen Situationen bei Kreuzungsüberfahrten verringerte sich von 10 auf 0%.
- Die Notwendigkeit der Benutzung des Martinshorns verringerte sich von 88 auf 30%.
- Des weiteren konnte festgestellt werden, daß sich die Fahrtzeiten der Rettungsfahrzeuge entscheidend verkürzt haben.

Um diese Entwicklung auch im großstädtischen Bereich im täglichen Einsatz untersuchen zu können, führt die Stiftung zusammen mit dem Senat von Berlin seit Ende 1982 einen zweiten Langzeitversuch

durch. Im Rahmen dieses Versuchs wurden die Ampelanlagen der Zufahrtsstraßen zum Klinikum Steglitz in Westberlin ebenfalls nach dem neuen System umgerüstet.

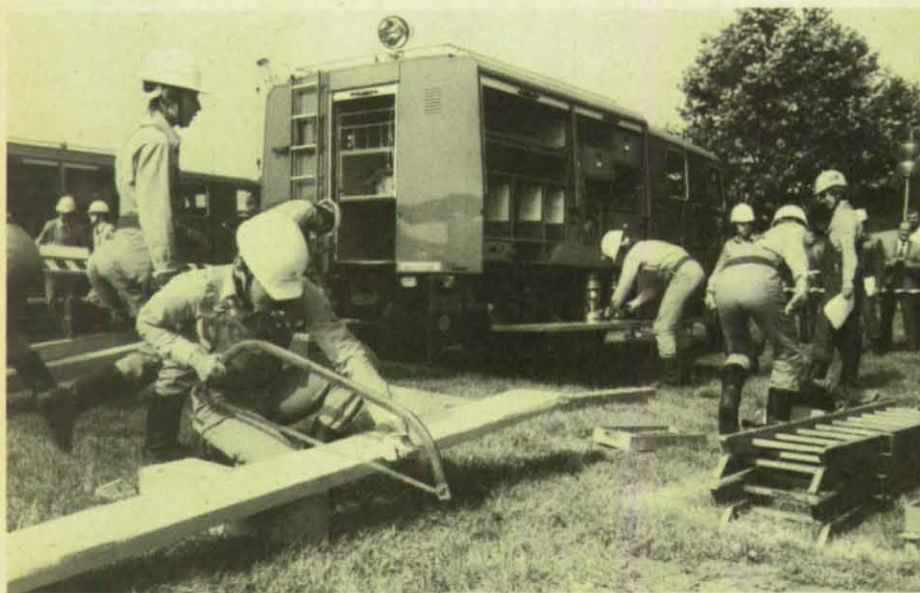
Obwohl noch nicht abgeschlossen, läßt dieser Versuch bereits jetzt erkennen, daß der Einbau des Systems auch in Großstädten sinnvoll ist. Besonders für die Nähe der Einsatzzentralen der Hilfsorganisationen, der Feuerwehr und der Polizei sowie für den Umkreis von Krankenhäusern bietet sich das neue System an. Ein weiterer positiver Aspekt konnte in Berlin festgestellt werden: Die Patienten des Krankenhauses haben wieder eine ungestörte Nachtruhe, seitdem die Kranken- und Rettungswagen ohne Martinshorn anfahren können.

Das System stellt einen entscheidenden Schritt zur Verringerung der immer wieder vorkommenden Verkehrsunfälle von Rettungsfahrzeugen an ampelgesteuerten Kreuzungen und zur Eindämmung der Lärmbelastigung durch das Martinshorn dar. Eine mit der Grün-Phasen-Schaltung ausgerüstete Ampelanlage soll nach Angaben der Stiftung rund 25 Prozent mehr als eine herkömmliche Anlage kosten.

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann: Volle Unterstützung für das THW

THW-Wettkampf in Technik und Tempo

Ortsverbände Theley und Lüchow-Dannenberg sind die Sieger beim siebten THW-Bundeswettkampf in Darmstadt



Der Wettkampf hat begonnen: Die THW-Jugend nimmt Arbeiten für den Bretter-Schnellsteg, die Beleuchtung und Geräteablage vor.



Junghelfer des THW beim Kreuzen von Dreibockbeinen.

Erfolg auf der ganzen Linie für das Technische Hilfswerk: Der siebte Bundeswettkampf – zu dem rund 2000 THW-Angehörige aus dem gesamten Bundesgebiet nach Darmstadt gekommen waren – fand große Resonanz. Selbst Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann ließ es sich nicht nehmen, das Geschehen und die Wettkämpfe zu verfolgen; der Minister versicherte in seiner Ansprache, das THW finde seine volle Unterstützung (die Ansprache des Innenministers steht im vollen Wortlaut an anderer Stelle dieser Ausgabe des „Zivilschutz-Magazins“). Als siegreiche Mannschaft konnte der Instandsetzungs-

zug des THW-OV Theley den vom Bundesminister des Innern gestifteten Pokal mit nach Hause nehmen; Sieger der Jugend wurde der OV Lüchow-Dannenberg.

Aufgrund der Initiative des Bundes- und Landessprechers Peter Merck und des THW-Landesbeauftragten für Hessen, Hans-Albert Lossen, war von der Stadt Darmstadt volle Unterstützung für die Durchführung des Bundeswettkampfes gegeben worden.

Gezielte Aktivitäten der Organisatoren im Vorfeld des Bundeswettkampfes am 18./19. Juni – durch Pressekonferenzen und

-veröffentlichungen, Plakatierungen und entsprechenden Fahnnenschmuck – hatten die Spannung und Neugierde bei den Außenstehenden gesteigert. Auch die Fahrzeugkolonnen der am Freitag anreisenden Teilnehmer verfehlten ihre Wirkung nicht. „Was macht das THW auf dem Meßplatz?“

Der Jugendwettkampf gehört dazu

So war es nicht verwunderlich, daß die Eröffnung des siebten Wettkampfes um den Pokal des Bundesinnenministers vor zahlreichen Besuchern stattfinden konnte.

Programmgemäß konnte der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Hermann Ahrens, am Morgen des 18. Juni 407 Wettkampfteilnehmer und 105 Schiedsrichter der elf Landesverbände, Ehrengäste und THW-Angehörige aus dem gesamten Bundesgebiet begrüßen. In seiner Ansprache gab Ahrens insbesondere seiner Freude Ausdruck, daß der Jugendwettkampf inzwischen zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Bundeswettkämpfe geworden sei.

Dank der kurzen Wege zwischen den Wettkampfstätten – der Instandsetzungsdienst hatte seine Bahnen auf dem Meßplatz, die Jugendgruppen auf einem Wiesengelände neben der Martin-Behaim-Schule, die im übrigen als Unterkunft für die Wettkampfmannschaften und Schiedsrichter diente – konnte der Wettkampf der Jugendgruppen als erster Teil dieser Großveranstaltung mit dem Startschuß des THW-Direktors vom Schiedsrichterturm aus pünktlich beginnen.

Die Aufgaben der Jugendgruppen

Unverzüglich entwickelte sich auf den Wettkampfbahnen ein reger Betrieb. Galt es doch, die kurz vor dem Startschuß verlesene Lage nun in die Tat umzusetzen und in bewährter Kombination von Schnelligkeit und Genauigkeit die Aufgabe zu erfüllen. Die Jugendgruppen hatten mit geeigneten provisorischen Maßnahmen einen versumpften Bachlauf und, nach entsprechender Sicherung, die Außenwand eines Wohnhauses zu überwinden, einen Verschütteten aus seiner Zwangslage zu befreien, die Erstversorgung durchzuführen, mit einer Seilbahn über das Sumpfbgebiet

zu transportieren und dem Sanitätsdienst zu übergeben.

Da es sich hier um einen Wettkampf der Jugendgruppen handelte, also um freiwillige Helfer bis zum vollendeten siebzehnten Lebensjahr, war festgelegt, daß Jugendgruppenführer und Krafffahrer in das unmittelbare Einsatzgeschehen nicht eingreifen durften.

Auf allen elf Bahnen wurden die Mannschaften angefeuert und zu Höchstleistungen angespornt. Nach knapp 83 Minuten ging die Siegermannschaft des Ortsverbandes Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) über die Ziellinie. Ihr folgten noch innerhalb der nächsten Minute die Kameraden des Ortsverbandes Schleswig-Stützpunkt Louisenlund – Landesverband Schleswig-Holstein – und des Ortsverbandes Bensheim – Landesverband Hessen. Alle Mannschaften lösten innerhalb der vorgegebenen Zeit von 150 Minuten die Aufgabe.

Unter den Beobachtern an den Wettkampfbahnen waren Abgeordnete des Bundestages, des Hessischen Landtages sowie Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich und Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler aus dem Bundesministerium des Innern, die das „THW-Spektakel“ bis in die frühen Abendstunden hinein verfolgten.

Bundesinnenminister: Wichtige gesellschafts- politische Komponente

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, der trotz großer Terminschwierigkeiten nach Darmstadt gekommen war, ging in seiner Grußansprache unter anderem auf die Bedeutung der Jugendarbeit im THW ein und sicherte eine uneingeschränkte Förderung der Bundesorganisation zu, weil er in dem freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst der über 55000 ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen in den 609 Ortsverbänden eine wichtige gesellschaftspolitische Komponente sieht.

Anschließend gab der Bundesinnenminister den Startschuß für den Wettkampf des Instandsetzungsdienstes, wobei es darum ging, von einer anfangs freigeschalteten vorhandenen Freileitung ausgehend, einen Verteilerschrank und eine feldmäßige Verteilung anzuschließen, um die zur Eigenversorgung erforderlichen Stromanschlüsse aus dem Versorgungsnetz zu schaffen; eine beschädigte Wasserversorgungsleitung instand zu setzen und unter Druck eine zu erstellende Zapfstelle anzuschließen; den beschädigten Abwassersammler behelfsmäßig instand zu setzen und die Abflußleitung vom Auffangbehälter der Zapfstelle an diesen Sammler anzuschließen. Die Aufgabe war erfüllt, wenn eine festgelegte Menge Wasser durch das in-

stand gesetzte Versorgungs- und Entsorgungssystem gefördert und aus dem Endschacht des Abwassersammlers abgepumpt wurde.

Um den Wettkampfbeobachtern einen Einblick in die Arbeit des Instandsetzungsdienstes zu ermöglichen, wurden die im Realfall unterirdisch verlegten beschädigten Ver- und Entsorgungsleitungen oberirdisch aufgebaut. Die Baugruben waren optisch durch schwarz-gelbes Trassierband dargestellt. Erstmals bei einem Bundeswettkampf des THW war ein – zwar auf 25 Helfer reduzierter – Zug als Wettkampfmannschaft eingesetzt. Diese Idee hat sich als sehr gut erwiesen, weil gerade dem Beobachter das Zusammenspiel der Fachgruppen Elektro, Gas/Wasser und Abwasser/Öl demonstriert, aber natürlich auch die Wettkampfaufgabe entsprechend schwierig gestaltet werden konnte.

Der Sieger: Zwei Stunden und 37 Minuten

Trotz der Höchstleistungen, die hier erbracht wurden, dauerte es zwei Stunden und 37 Minuten, bis der Instandsetzungszug des Ortsverbandes Theley als erster seinen Wasserbehälter gefüllt hatte und somit die Mannschaft aus dem Saarland mit einem Zeitabstand von knapp 45 Minuten, gefolgt von den Mannschaften aus Hessen (Ortsverband Fritzlar/Homberg) und Niedersachsen (Ortsverband Stade), den begehrten Siegerpokal erringen konnte.

Grundidee bei den Wettkämpfen war, den Führungskräften den ihnen im Einsatzfall zur Verfügung stehenden Spielraum – nämlich eigenverantwortliche Entscheidungen und Eigeninitiative in die Arbeitsabläufe einfließen zu lassen – zu geben. Für den Bundeswettkampf 1983 des THW wurde ferner, wegen problematischer Beurteilungskriterien in den Vorjahren, der Versuch gemacht, in der Bewertung sowohl Schnelligkeit als auch fachlich einwandfreie Lösungen mit der notwendigen Transparenz in der Platzierung zu verbinden. Sieger sollte die Wettkampfeinheit sein, welche die Gesamtaufgabe innerhalb der vorgegebenen Zeit als erste vollständig erfüllt hat. Fehler wurden durch die Schiedsrichter gemäß eines einheitlichen Wertungskataloges durch zeitlich befristete Herausnahme von Helfern aus dem Wettkampf geahndet. Darüber hinaus konnten die Schiedsrichter bei unsachgemäßer Ausführung einer Teilaufgabe eine Nachbesserung oder Wiederholung verlangen. Dies versetzte die betreffende Mannschaft in einen zeitlichen Rückstand. Der Fehlerkatalog, nach dem die Schiedsrichter arbeiteten, wurde in seiner endgültigen Fassung den Schiedsrichtern erst am Wettkampftage ausgehändigt.

Innenminister Dr. Günther: Pioniere des Katastrophenschutzes

Vertreter des Bundes- und Landtags, von Bundes-, Landes-, Kreis-, Kommunalbehörden, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Hilfsorganisationen, aus Industrie und Wirtschaft sowie eine Vielzahl sonstiger Gäste nahmen an der Siegerehrung teil. THW-Direktor Ahrens dankte den Wettkämpfern und den Organisatoren für die fachliche Arbeit, der Stadt Darmstadt sowie den zahlreichen unterstützenden Firmen.

Der Innenminister des Landes Hessen, Dr. Herbert Günther, ergriff dann das Wort: „Das THW mit seiner weit zurückreichenden Tradition nimmt einen wichtigen Platz im Katastrophenschutz ein und hat wiederholt durch seine Leistungen gezeigt, daß es zu Recht die ‚Pioniere des Katastrophenschutzes‘ genannt wird. Die Bereitschaft zur Hilfeleistung im In- und Ausland, der gute Ausbildungsstand und das Engagement der Helferinnen und Helfer haben das THW zu einer leistungsstarken Organisation gemacht, die als Partner der Feuerwehr und des Sanitätsdienstes unschätzbares für den Staat und unser Land leistet.“

Dr. Günther nannte den Wettkampf ein hervorragendes Mittel, die Leistungsstärke des THW erneut unter Beweis zu stellen. Vor allem die Jugendarbeit stelle einen wichtigen Gesichtspunkt jeder Organisation dar.

Für die Stadt Darmstadt überbrachte Polizeipräsident Peter C. Bernet in Vertretung des Oberbürgermeisters die Grüße der Stadt. Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, der Jugendarbeit im THW besonders verbunden, führte anschließend aus: „Jugendarbeit im THW ist zwar nicht so alt wie das THW selbst, aber sie hat gezeigt, daß sie Sinn hat, und die Junghelfer, die hier unter Beweis gestellt haben, daß sie leistungsfähig sind, haben damit auch gezeigt, daß sie für die 3000 anderen Zeugnis dafür ablegen, daß es eine moderne Jugendarbeit gibt, die der Technikfeindlichkeit, die in dieser Zeit immer wieder sichtbar wird, entgegensteht. Das zeigt, daß Beschäftigung mit Technik auch etwas mit Humanität und Sicherung unserer sozialen Güter in unserer Gesellschaft zu tun hat und es keineswegs bedeutet, daß damit die Menschlichkeit – wo immer sie auftritt – zu kurz kommt.“ Kolb versicherte, daß die Jugendarbeit auch weiterhin die Unterstützung des Bundes erfahre, so wie sie dies mit Recht verdiene.

Als „Darmstädter THW-Hausherr“ sowie als Bundes- und Landessprecher sprach Peter Merck. Er gratulierte den Siegern, dankte allen Helferinnen und Helfern, besonders aber den Aktiven, für ihre Teilnahme. Gleichfalls dankte er allen Gästen,



Bild links: Der Bretter-Schnellweg wird gebunden. Bild rechts: „Petromaxen“ werden in Gang gesetzt.



Bild links: Eine Betonplatte muß angehoben werden, damit die Junghelfer einen „Verletzten“ bergen können. Bild rechts: Der „Verletzte“ wird transportiert, dabei muß eine Hinderniswand überwunden werden.



Bild links: Beim Wettkampf des I-Dienstes: Hier wird an einer Freileitung 0,4 kV unter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften gearbeitet. Die Leitung ist freigeschaltet, geerdet und kurzgeschlossen. Ein Kabelanschluß wird vorbereitet. Bild rechts: Gewindeschneiden an einem Stahlrohr 1".

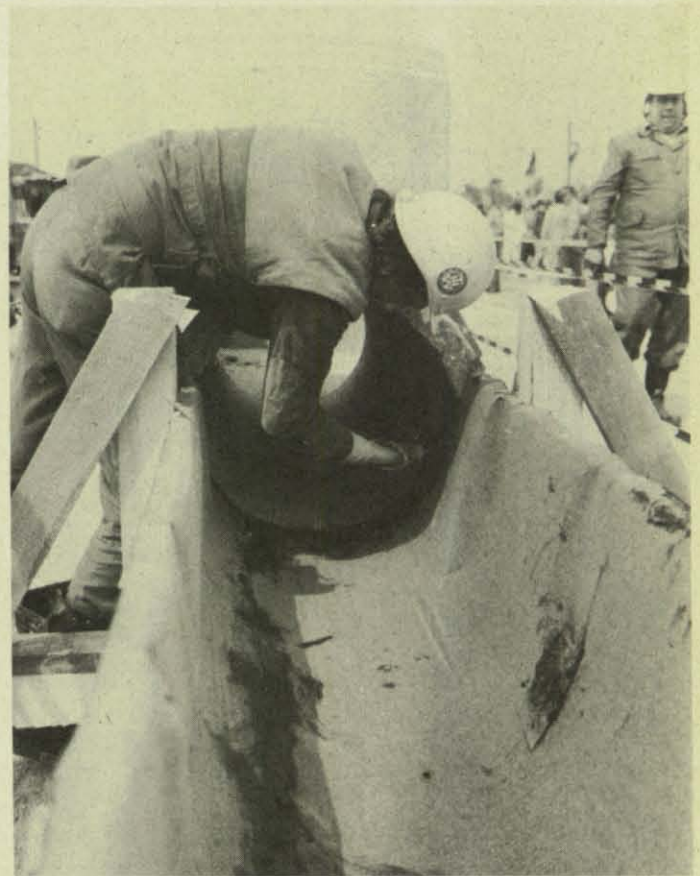


Bild links: Eine Wasserversorgungsleitung DN 100 wird vor der Druckprobe auf einer Holzunterlage mit Schellen befestigt (diese Anordnung erfolgte nur im Rahmen der Übung). Im Vordergrund ein U-Stück mit zwei ARS-Rillenschellen längskraftschlüssig gemacht. Bild rechts: Eine Abwasserkanalleitung DN 600 ist behelfsmäßig instand gesetzt. Ein zerstörtes Rohr wurde durch eine Holzrinne, mit Dachpappe ausgeschlagen, ersetzt. Der Übergang zum Betonrohr wird mit Faserspachtelmasse abgedichtet.

Förderern und Zuschauern für ihr Erscheinen. Weiter führte er aus: „Was wir erlebt haben, war ein friedlicher Wettstreit in einer kameradschaftlichen Atmosphäre, der erkennen läßt, was Jahr für Jahr in den Ortsverbänden des THW auf freiwilliger und ehrenamtlicher Basis zum Schutz und für die Sicherheit unserer Bürger in der Bundesrepublik geleistet wird. Dieser humanitären Aufgabe wird die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk auch in Zukunft verpflichtet bleiben, gemäß dem Grundsatz: Helfen wollen ist gut – Helfen können ist besser – Helfen will gelernt sein!“

Die Siegerehrung

Nach diesen Grußworten rief Direktor Ahrens die Siegermannschaften auf. Unter großem Beifall konnten die Mannschaften ihre Pokale und Siegerurkunden in Empfang nehmen. Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich überreichte dem Sieger im Instandsetzungsdienst – Ortsverband Theley – den vom Bundesminister des Innern gestifteten Pokal. Präsident Dr. Kolb zeichnete den Sieger der Jugend – Ortsverband Lüchow-Dannenberg – mit dem von ihm gestifteten Pokal aus. Und Innenminister Dr. Günther ehrte mit seinen Pokalen die zweitplatzierten Mannschaften – Ortsverband Fritzlar/Homberg und Ortsverband Schleswig-Stpk. Louisenlund. Polizeipräsident Bernet überreichte den Drittplatzierten – Ortsverband Stade und Ortsverband Bensheim – Ehrenteller der Stadt Darmstadt. Anschließend fand ein Ministergespräch statt mit 50 THW-Helfern und den Landesbeauftragten, geführt von Staatssekretär Dr. Fröhlich und Ministerialdirektor Wedler als Vertreter des Innenministeriums. Dann gab es Grund zum Feiern. Bei einem Kameradschaftsabend überreichte der Landesbeauftragte für Hessen, Hans-Albert Lossen, allen Wettkampfgruppen ein Erinnerungsbild, das die jeweiligen Mannschaften darstellte. Gleichzeitig erhielten die erstplatzierten Mannschaften Ehrenteller des Landesfeuerwehrverbandes Hessen und des Kreisfeuerwehrverbandes Darmstadt-Dieburg.

Lossen bedankte sich bei den Mannschaften für den fairen Wettkampf und brachte seine Freude zum Ausdruck, daß dieser Bundeswettkampf auch bei der Bevölkerung guten Anklang gefunden habe. Er schnitt insbesondere die Problematik an, einen solchen Wettkampf durchzuführen. „Die Vorgaben, die uns der Bundeshaushaltsplan macht, konnten nur eingehalten werden durch ein weit über dem Durchschnitt liegendes Engagement vieler Kameraden und Mitarbeiter und die hervorragende Unterstützung von Industrie, Handwerk und Behörden. Ohne sie hätten wir es nicht geschafft.“ Und weiter: „Ich hoffe, daß dieser Bundeswettkampf auch einige derer, die bislang sehr kritisch dieser The-

Eine Gewindemuffe 1" wird auf ein Stahlrohr DN 100 aufgeschweißt. Die geheftete Muffe wird ausgerichtet.



Das Stahlrohr DN 100 mit aufgeschweißter Muffe 1" und angeschweißten Flanschen (FF-Stück) ist fertig zum Einbau.



THW-Direktor Hermann Ahrens eröffnet den Jugendwettkampf.



Der Innenminister des Landes Hessen, Dr. Günther: „Das THW nimmt einen wichtigen Platz im Katastrophenschutz ein.“





Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, richtet Worte des Dankes vor allem an die Junghelfer des THW.



THW-Bundessprecher Peter Merck gratuliert den Siegern und unterstreicht die Leistungen der Helferinnen und Helfer, die den Wettkampf in der Vorbereitungsphase wesentlich mitgestaltet haben.



Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich überreicht dem Sieger im Instandsetzungsdienst, dem Ortsverband Theley, den vom Bundesminister des Innern gestifteten Pokal.



Präsident Dr. Kolb zeichnet den Sieger der Jugend, den OV Lüchow-Dannenberg, mit dem von ihm gestifteten Pokal aus.

matik gegenüberstanden, überzeugen konnte und damit die Weichen gestellt werden können für den weiteren Erhalt dieser Veranstaltung . . . Der Bundeswettkampf ist für uns alle die einzige Möglichkeit, daß sich Einsatzkräfte aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zusammenfinden. Wir sind eine Bundesorganisation, und es tut uns allen gut, auch hin und wieder einmal über die Ländergrenzen hinausschauen zu können."

Anschließend wurde die Bühne freigegeben für das bunte Rahmenprogramm, das von Helfern aus den elf Landesverbänden und unter der Regie von Friedel Roosen vom Förderverein Rüsselsheim durchgeführt wurde. Am Ende konnten die beiden Sieger des Quizspieles die vom THW-Förderverein Rüsselsheim zur Verfügung gestellten Preise – ein Ski-Wochenende und ein Herrenfahrrad – mit nach Hause nehmen. Für den musikalischen Schwung sorgte u. a. die BGS-Kapelle des Grenzschutzkommandos Mitte, Kassel.

Attraktives Rahmenprogramm

Aktivitäten am Rande dieses Bundeswettkampfes fanden insbesondere bei der Bevölkerung großen Anklang. Auf dem im Zentrum von Darmstadt gelegenen Luisenplatz wurden unter den flotten Klängen des Jugendorchesters Worfelden Arbeiten mit der Feldschmiede vorgeführt und mit THW-Brennstempeln bearbeitete Holzscheiben an die Bevölkerung abgegeben. Eine reichlich bestückte Modellausstellung, die einen Einblick in die Arbeit einzelner Helfer und Ortsverbände ermöglichte, veranlaßte insbesondere die jüngere Generation zu der häufigen Frage: „Wo kann ich das bekommen?“ Hier waren Modelle von Stegen, Dreiböcken, Stichen und Bunden ebenso vertreten wie großflächige Schadensmodelle und eine Vielzahl von handelsüblichen, aber auch sondergefertigten – auf THW getrimmte – Modellautos bis hin zu einer limitierten Sonderanfertigung eines HO-Eisenbahnwaggons. Wer sich bisher mit der Aufgabenstellung des Wettkampfes noch nicht vertraut gemacht hatte, konnte dies optisch anhand eines eigens gefertigten Modells der Jugendwettkampfbahn bzw. textlich auf einer Sonderpackung mit drei THW-Modellautos nachvollziehen. Die informative Ausstellung fand übrigens auch das besondere Interesse des Bundesinnenministers.

2000 Luftballons mit der Aufschrift „THW-Bundeswettkampf 1983 in Darmstadt“, versehen mit einer Absenderkarte, trug der kräftige Ostwind bis weit nach Nordfrankreich. Die Sieger dieses Wettfliegens erwarten attraktive, von Darmstädter Firmen gespendete Preise. Leider konnte der Start von drei Heißluftballons wegen ungünstiger Windverhältnisse nicht erfolgen.

Umfangreiche Vorbereitungen

Vorbereitet worden war der Wettkampf von den hauptamtlichen Mitarbeitern der Dienststelle des Landesbeauftragten für Hessen und der Geschäftsstelle in Darmstadt in engem Kontakt mit dem Fachreferat THW 3. Zahlreiche Gespräche mit der Stadt Darmstadt waren Grundlage für Detailplanungen, wie z. B. Unterbringung von rund 800 Teilnehmern in der Martin-Beheim-Schule, Benutzung von städtischen Anlagen und Gebäuden, Genehmigung für Plakatierung, Beflaggung, Lautsprecherbenutzung u. a. Die sehr unbürokratische und entgegenkommende Haltung der Stadt Darmstadt erwies sich als erhebliche Hilfe. Rund 200 „Bittbriefe“ an Arbeitgeber zwecks Freistellung ehrenamtlicher Kräfte wurden mit überwiegend positiver Reaktion versandt. Leider wurden ausgerechnet dort, wo der Bund Arbeitgeber war, keine Freistellungen genehmigt.

Während der letzten drei Monate waren mehr und mehr ehrenamtliche Führungskräfte und Helfer aus den Fachdienststellen in die Vorbereitungsmaßnahmen eingeschaltet worden. Angelehnt an die DV 100 wurde ein mit einem S5 – Funk- und Fernmeldewesen – erweiterter Stab gebildet, der in den letzten Tagen vor und während des Wettkampfes mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften vierfach besetzt war, da rund um die Uhr gearbeitet werden mußte. Hierbei hat sich als besonders vorteilhaft erwiesen, daß am Wettkampfort ein leistungsstarker THW-Ortsverband zur Verfügung stand. Allein in den letzten Tagen wirkten bis zu 400 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus 19 Ortsverbänden, unterstützt von knapp 40 hauptamtlichen Kräften des Landesverbandes Hessen, am Aufbau mit. Von Freitagabend bis Sonntagfrüh wurden von dem für die Versorgung verantwortlichen THW-Förderverein Pfungstadt 6500 Essensportionen und mehr als 60 Hektoliter erfrischende Getränke ausgegeben. 170 Kraftfahrzeuge wurden mit knapp 9000 Litern Treibstoff betankt.

Leider gibt es aber auch negative Zahlen zu vermerken. Ein Unfall mit anschließendem längeren Krankenhausaufenthalt und einige kleinere Unfälle, die unmittelbar vor Ort ambulant behandelt werden konnten, überschatteten die Vorbereitungsmaßnahmen.

Am Montag, 20. Juni, konnte das Hauptkapitel des Bundeswettkampfes abgeschlossen werden. Ca. 300 ehren- und hauptamtliche Kräfte sorgten in unermüdlichem Tag- und Nachteinsatz, daß das Wettkampfgelände besenrein übergeben werden konnte.

Jetzt wird schon aus einem ganz anderen Blickwinkel auf den nächsten THW-Bundeswettkampf geschaut: Der nämlich soll 1985 in Bayern stattfinden . . .

Innenminister Dr. Günther ehrt mit seinen Pokalen die zweitplatzierten Mannschaften Fritzzlar/Homberg und Louisenlund.



Polizeipräsident Bernert überreicht den Drittplatzierten Stade und Bensheim die Ehrenteller der Stadt Darmstadt.



Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, THW-Bundes-sprecher Peter Merck, THW-Landesbeauftragter Hans A. Lossen und Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Siegfried Fröhlich (von links nach rechts) im Gespräch.



Besuch der THW-Modellausstellung: Bundesinnenminister Dr. Zimmermann, rechts von ihm Landesbeauftragter Lossen, links Bundes-sprecher Merck. (Fotos: Hilberath, Kielwein, Ohlmer, Zanus)



Der Bundesminister des Innern dankt den THW-Helfern

„Die Bedeutung des Gemeinsinns wieder stärker in das öffentliche Bewußtsein rücken“

Rede Dr. Zimmermanns
anlässlich des siebten
THW-Bundeswettkampfes

„Ich freue mich, als der für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zuständige Bundesminister des Innern, die Wettkämpfe eröffnen zu können. Die alle zwei Jahre stattfindenden Bundesleistungswettkämpfe sind eine willkommene Gelegenheit für das Technische Hilfswerk, den Leistungsstand seiner Einheiten in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Dieser Vergleich ist heute notwendig und wird es auch in Zukunft sein.

Mein besonderer Gruß richtet sich an die hier zum Wettkampf angetretenen Helfer. Sie haben sich in den internen Ausscheidungswettkämpfen als die besten Instandsetzungszüge des Technischen Hilfswerks qualifiziert. Sie dürfen stolz darauf sein, daß Sie an dem heutigen Tag rd. 55000 Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks in der Öffentlichkeit vertreten und einen Beweis des hohen Bereitschaftsstandes dieser Organisation liefern können.

Ich begrüße es sehr, daß ich schon so bald am Beginn meiner Amtszeit Gelegenheit habe, auf dieser zentralen Veranstaltung des Technischen Hilfswerks einige Worte zur Aufgabe des Technischen Hilfswerks zu sagen.

Dabei möchte ich mich, nicht zuletzt in Anbetracht der bevorstehenden Wettkämpfe, auf vier Punkte beschränken:

1. Die neue Bundesregierung vertritt eine Politik, die grundsätzlich dem privaten Engagement für die Gemeinschaft den Vorrang vor staatlichen Maßnahmen gibt. Ich sehe deshalb in dem freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst der Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks eine wichtige gesellschaftspolitische Komponente, die ich uneingeschränkt fördern werde. Gerade in der heutigen Zeit erscheint es mir wichtig, die Bedeutung des Gemeinsinns für uns alle wieder stärker in das öffentliche Bewußtsein zu rücken. Ich bin der Überzeugung, daß die vor uns liegenden wirtschaftlichen und politischen Belastungsproben nur dann heil überstanden werden, wenn die Mehrzahl unserer Bürger bereit ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und hierfür notfalls auch persönliche Opfer zu erbringen.

Im Technischen Hilfswerk selbst müssen wir ständig auf der Hut sein, daß das freiwillige Element nicht administrativer Überreglementierung anheimfällt. Die ehrenamtlichen Führungskräfte müssen soweit wie irgend möglich von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, damit sie ihren eigentlichen Führungs- und Ausbildungsaufgaben nachkommen können. Ich habe deshalb angeordnet, daß die Möglichkeiten nach Vereinfachung der Verwaltungsabläufe voll ausgeschöpft werden sollen.

2. Das Technische Hilfswerk ist heute eine in allen Bundesländern anerkannte Katastrophenschutzorganisation. Das THW wird von vielen Ländern nicht nur bei Katastrophen, sondern auch bei der täglichen Gefahrenabwehr wie beim Autobahnrettungsdienst und bei Hochwasser eingesetzt. Damit ist dem Technischen Hilfswerk die Möglichkeit der Integration in den Katastrophenschutz der Länder eröffnet worden. Dies ist für die praxiserhaltende Ausbildung seiner Helferinnen und Helfer und für die sinnvolle Nutzung seines Potentials unentbehrlich. Es ist mein Ziel, diese begonnene Verzahnung der Bundesorganisationen mit dem Hilfeleistungssystem der Länder nachhaltig zu fördern. Dabei müssen alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten geprüft werden. Hierzu gehört auch, daß das Problem der zusätzlichen Ausstattung, die dem Technischen Hilfswerk für friedensmäßige Aufgaben von den Ländern, Kommunen und anderen Stellen gespendet worden ist, einer befriedigenden Lösung zugeführt wird. Ich weiß, daß dieser Punkt den Angehörigen des THW besonders am Herzen liegt.

Es ist vorgesehen, daß in dem neuen Zivilschutzgesetz, an dessen Entwurf in meinem Hause zur Zeit gearbeitet wird, die Mitwirkung des Technischen Hilfswerks im Rettungs- und Hilfeleistungssystem der Länder als gesetzliche Aufgabe festgeschrieben wird. Zugleich soll versucht werden, in dem Gesetzentwurf eine Kostenregelung zu treffen, die den Gemeinden die Anforderung des Technischen Hilfswerks auch aus finanzieller Sicht erleichtert.

3. Wir müssen vorausschauend in Betracht ziehen, daß Ende der 80er Jahre für das Technische Hilfswerk Schwierigkeiten entstehen könnten, seinen Helferbedarf aus den dann zur Verfügung stehenden geburtschwachen Jahrgängen zu decken. Die Entwicklung muß daher sorgfältig beobachtet werden, damit rechtzeitig gegengesteuert werden kann.

Eine sehr wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Intensivierung der Nachwuchsförderung. Es ist vorgesehen, die Jugendgruppen im Technischen Hilfswerk in Zusammenarbeit mit der Helfervereinigung am 1. Januar 1984 in einem Jugendverband zusammenzufassen und ihnen damit die gleichen Förderungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, wie

sie die Feuerwehrjugend und die Jugend des Deutschen Roten Kreuzes haben. Ich erhoffe mir hiervon, daß wir damit gerade die technisch interessierten jungen Menschen für das THW gewinnen können.

4. Schließlich ein Wort zu den finanziellen Problemen des Technischen Hilfswerks. Auf diesem Gebiet ist im Laufe der Zeit sehr viel getan worden; vieles bleibt aber noch zu tun. Dabei darf man den Blick vor den Realitäten nicht verschließen. Wir müssen uns darauf einstellen, daß die schwierige Finanzlage des Bundes nur schrittweise Verbesserungen gestattet, die wir mit Beharrlichkeit und Augenmaß ansteuern werden müssen. Ich hoffe hier gerade auf das Verständnis derjenigen, die sich, wie Sie, aktiv für Staat und Gesellschaft einsetzen wollen.

Im Bereich der Ausstattung trägt das auf zehn Jahre angelegte Konsolidierungsprogramm für den erweiterten Katastrophenschutz nunmehr sichtbar seine Früchte. Das Technische Hilfswerk verfügt jetzt in weiten Bereichen, so z. B. im Instandsetzungsdienst, über eine gute Ausstattung. Es ist sichergestellt, daß auch in diesem und in den nächsten Jahren die vorgesehene Anzahl von Ersatz- und Komplementierungsfahrzeugen beschafft wird. Im Bereich der persönlichen Ausstattung kann in diesem Jahr ein erheblicher Nachholbedarf befriedigt werden.

Auch zur Verbesserung der Unterbringungssituation wurden erhebliche Mittel aufgewandt. Über 100 Unterkünfte sind neu gebaut worden. Zwar sind immer noch viele Ortsverbände unzureichend untergebracht. Ich bin aber bemüht, dieses Defizit kontinuierlich abzubauen. Dank der erreichten Steigerung der Haushaltsmittel kann diesem Ziel in den nächsten Jahren ein gutes Stück näher gekommen werden. Schwierigkeiten gibt es auch noch – trotz fortlaufender Erhöhungen – bei den Mitteln, die den Ortsverbänden zur Bestreitung ihrer laufenden Kosten zugewiesen werden, den Selbstbewirtschaftungsmitteln. Auch hier soll auf der Basis aktueller Berechnungsgrundlagen, die zur Zeit erstellt werden, eine angemessene Steigerung angestrebt werden. Ich halte es für zwingend notwendig, daß bei allen Sparmaßnahmen der Übungsbetrieb nicht eingeschränkt wird. Hier hat das THW meine volle Unterstützung. Die schwierige Haushaltslage läßt jedoch nicht eine gleichzeitige Erfüllung aller Wünsche zu. Das weiß auch die überwiegende Mehrzahl aller haupt- und ehrenamtlichen Kräfte im Technischen Hilfswerk.

Ihnen allen danke ich für Ihre Bereitschaft, dem Staat in guten wie in schlechten Zeiten partnerschaftlich zu dienen, entsprechend Ihrer humanitären Grundüberzeugung, der Sie sich verpflichtet fühlen. Diese vorbildliche Haltung verdient unser aller Dank und Anerkennung.“

Schäden in Millionenhöhe in Biberach/Riß

Neun Tote und 13 Verletzte nach Flugzeugabsturz

Hilfsorganisationen waren rasch am Katastrophenort und tatkräftig im Einsatz

Neun Tote, 13 Verletzte und Schäden in Millionenhöhe – das ist die traurige Bilanz eines Flugzeugunglücks in Biberach/Riß am 27. Juni kurz vor Mittag. Ein schreckliches Pfeifen und ein harter Aufschlag erschüttern die Luft. Eine Rauchwolke verdunkelt den Biberacher Vorort Birkendorf: Ein französisches Militärflugzeug Typ „Mirage“, von Straßburg kommend, war im Tiefflug über Biberach hinweg gerast. Beobachtet hatten dieses Flugzeug der Vorsitzende des Flugsportvereins Biberach und ein Fluglehrer.

Gleichzeitig befindet sich eine zweimotorige Privatmaschine Typ Partenavia PN 68, von Stuttgart kommend, im Anflug auf den Verkehrs-Landeplatz Biberach. Der Pilot zieht bereits die Platzrunde in der Höhe von 3000 Fuß (ca. 1000 Meter), um zum Landeanflug beizudrehen. Flugplatz und das Zivilflugzeug stehen bereits im Funkkontakt.

Plötzlich, so schildert ein Augenzeuge vom Tower, ist der Funkkontakt abgerissen. Der Ruf des Flugleiters „Papa Hotel“ (der registrierte Funkname der PN 86) verhallt ohne Antwort. Ein Fluglehrer sieht in diesem Moment eine französische Militärmaschine im „steilen Stechflug“ auf Birkendorf verschwinden und erblickt kurz darauf einen großen Rauchpilz.

Während die Partenavia in einen Wald bei Warthausen/Birkenhard stürzt, rast die Mirage im Tiefflug auf die Siedlung Birkendorf zu und schlägt dort um 11.26 Uhr im Meisenweg ein, ca. 80 Meter entfernt von den Fabrikationsgebäuden der Fa. Thomae, angefüllt mit hoch brennbaren und explosiven Reagenzien, kaum 30 Meter von einer Tankstelle und zwei großen Supermärkten.

Durch den Aufschlag des Militärflugzeuges und den austretenden Treibstoff stehen sofort mehrere Häuser in Flammen, Dächer werden abgedeckt, Fensterscheiben zerbersten.

Sofort eintreffende Hilfsmannschaften der Feuerwehren aus Biberach und Umgebung, Notärzte, Sanitätspersonal des DRK und ASB, Helfer des Technischen Hilfswerks, Einsatzkräfte der Polizei und Bundeswehr sind äußerst rasch im Einsatz. Auch die Werksfeuerwehr der Fa. Thomae hilft sofort mit.

Um die Hilfsmannschaften reibungslos anzufordern und zu lenken, werden einige Zeit alle ausgehenden Telefongespräche der 6000 Fernsprechteilnehmer des Bereiches Biberach abgeschaltet.

Völlig zerstört wurden vier Häuser in Biberach, vier weitere wurden schwer beschädigt.



Die Feuerwehr war sofort zur Stelle, um die in Brand geratenen Häuser zu löschen.



Von Kraftfahrzeugen blieben nur noch Wracks, Garagen brannten völlig aus, Bäume waren umgeknickt.





Nicht mehr bewohnbar ist dieses völlig zerstörte Haus.



Technisches Hilfswerk, Feuerwehr und Sanitätsorganisationen halfen überall.



Pausenlos im Einsatz: Die Helfer des Technischen Hilfswerks.



Sanitätsorganisationen hatten Zelte aufgebaut, um die Erstversorgung bei den Verletzten vorzunehmen. Zuschauer und Neugierige störten oft den Einsatz.
(Foto: Prestle)

am Unfallort ein. Die bereits verständigten Krankenhäuser Biberach und Ochsenhausen können durch entsprechende Voralarmierung gezielt die weitere Behandlung nach dem Eintreffen der Verletzten beginnen.

Die Helfer des THW-Bergungszuges Biberach/Riß übernehmen unmittelbar die Sicherung von einsturzgefährdeten Bauten durch Abstützen der Bauteile, beschaffen bei naheliegenden Baustoffhändlern Planen und Folien, um die abgedeckten Dächer der von der Explosion beschädigten Häuser gegen die ständig niedergehenden Regenschauer zu schützen. Sie dichten die Fenster der Häuser ab, um die Wohnungen einigermaßen bewohnbar zu erhalten.

Einsatzkräfte der Polizei, der Bundeswehr und später der französischen Streitkräfte riegeln die Einsatzstelle ab, um die Schaulustigen fernzuhalten, die die Hilfsmaßnahmen stören.

Außerdem werden durch die Sicherheitskräfte, die Feuerwehren und das THW die Trümmerteile der abgestürzten Flugzeuge für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der zivilen und militärischen Untersuchungskommissionen sichergestellt.

Auch das gerettete Hab und Gut der Bewohner wird gesichert, um es vor der Witterung und Langfingern zu schützen. Dies ist auch eine Arbeit, um die sich besonders das THW bemühte.

Bis zum Abend sind die Toten geborgen und identifiziert.

Der zeitweilige Verdacht, das französische Flugzeug habe ABC-Waffen an Bord gehabt, bestätigt sich zum Glück nicht.

Die traurige Bilanz dieses Unglückes: Neun Tote, 13 Verletzte, von denen noch einige längere Zeit in Lebensgefahr schweben, sowie ein Schaden in Millionenhöhe an den Häusern und dem Mobiliar der darin wohnenden Biberacher Bürger. Vier Häuser sind total zerstört, vier weitere schwer beschädigt.

Am Abend waren alle durch das Unglück obdachlos gewordenen Birkendorfer in Hotels und bei Freunden und Verwandten untergebracht.

An der Unglücksstelle informierten sich neben Landrat Dr. Steuer auch der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Herzog, der General der Flugsicherheit der Bundeswehr und hohe französische Offiziere vom Stand der Rettungs- und Sicherungsarbeiten.

Ob sich solche Unglücke durch verbesserte Sicherheitsmaßnahmen im militärischen und zivilen Flugwesen vermeiden lassen, wird die Aufgabe der Untersuchungen aller Beteiligten sein.

Mit einem „Sprung ins kalte Wasser“ geht es an die Stabsarbeit

Das Führen im Katastrophenschutz – ein wichtiges Thema – Die Lehrgänge für die Stäbe HVB sind völlig ausgebucht

Am 22. Juni 1979 wurde von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder das bundeseinheitliche Modell einer Katastrophenschutzleitung für die Kreisstufe und der Technischen Einsatzleitung verabschiedet.

Zur Katastrophenschutzleitung (KatSL) gehören Vertreter der Sachbereiche der eigenen Verwaltung sowie anderer Behörden und Einrichtungen, deren Mitwirkung im Katastrophenfall erforderlich ist. Die für den Katastrophenschutz zuständige Behörde muß im Einzelfall die Aufgaben schnell und straff geführt erledigen. Dabei weichen diese weitgehend von den üblichen Verwaltungsaufgaben ab. So ist es erforderlich, einen Stab HVB zu bilden, in dem Sachgebiete als auch die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen vertreten sind.

Wie wird im Stab HVB gearbeitet? Es gibt eine Vorschrift, die Katastrophenschutz-Dienstvorschrift 100 (KatS-DV 100), die die Voraussetzung für die einheitlich taktische Ausbildung der Führungskräfte auf allen Ebenen schafft und Grundsätze für den Einsatz festlegt.

Die DV 100 muß erlernt, erprobt werden. In der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler finden wöchentliche Lehrgänge für geschlossene Stäbe HVB der kreisfreien Städte und Kreise statt: Hier wird unter Anleitung das „Führen im Katastrophenschutz“ in zwei Stufen – Stufe A und Stufe B – geübt. Bevor die Teilnehmer zur Ausbildung an die Bundesschule kommen, haben sie bereits auf Landesebene einen Einweisungslehrgang mitgemacht.

Wie gestaltet sich die DV 100 in der Praxis? Was wird gelehrt und wie kommen die Mitglieder des jeweiligen Stabes HVB mit den Empfehlungen zurecht? Das „Zivilschutz-Magazin“ besuchte den Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“, Stufe B. Der Stab HVB Landkreis Warendorf setzte sich eine Woche lang mit Führungs- und Einsatztaktik auseinander.

Der Sprung ins kalte Wasser

26 Teilnehmer im Lehrgang „Führen im Katastrophenschutz“: Das Gros der Gruppe kommt von der Kreisverwaltung Warendorf, aber auch einige Gäste sind dabei. Mitglieder anderer Stäbe HVB, die nicht die Gelegenheit hatten, mit dem eigenen Stab in Ahrweiler zu sein, lernen gemeinsam mit Warendorfern. Auch der Leiter der Außenstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes in Hoya, Dr. Kassner, will sich informieren über Einsatz- und Führungstaktiken.

Mit einem „Sprung ins kalte Wasser“ wird der einwöchige Ausbildungslehrgang am Montag eingeleitet, als es direkt an eine Stabsübung geht: So können sich die Teilnehmer Gewißheit verschaffen darüber, was vom Lehrgang Stufe A, den sie 1980 absolviert haben, noch „hängen geblieben“ ist.

Doch vorab werden die Lehrgangsteilnehmer in die Verwaltungsarbeit eingewiesen, die für die Stabsarbeit erforderlich ist: Wohin gehen die Eingänge? Wie werden die Ausgänge verteilt? Wie muß was formuliert und wo geschrieben werden? Bekommt der S 1, S 2 oder S 3 eine Meldung? – die Unsicherheit ist anfangs groß. Nach der Einweisung werden die verschiedenen Funktionen verteilt: Leiter des Stabes HVB ist im Kreis Warendorf Josef Averdung, in der Kreisverwaltung als Leiter des Ordnungsamtes tätig. Sein Stellvertreter im Stab und gleichzeitig Leiter des Sachgebietes S 3 (Einsatz) ist Bernard Thihatmar, Leiter des Hauptamtes, beziehungsweise Bernhard Windau, Leiter des Prüfungsamtes im Kreis Warendorf.

Stabsübung „Ahrweiler“

Um das Führen im Katastrophenschutz zu lernen, begeben sich die Mitglieder des Stabes HVB Landkreis Warendorf sofort in die Praxis. Die Stabsübung, die auf dem Stundenplan steht, heißt „Ahrweiler“. Hier sollen erste Eindrücke von der Arbeit vermittelt werden, die im Ernstfall auf einen Stab zukommen.

Die Übungsunterlagen weisen auf folgende Ausgangssituation hin: „Der Bundestag hat am 3. August den Verteidigungsfall festgestellt. In der 14tägigen Spannungszeit zuvor verübten kleine Gruppen zahlreiche Anschläge auf Verkehrs- und Versorgungsanlagen. Dadurch kam es zu empfindlichen Störungen in der Trinkwasserversorgung einer westdeutschen Großstadt, in der Energieversorgung eines süddeutschen Bezirkes, in einer Ferngasleitung in Westdeutschland sowie bei einigen wichtigen Autobahnbrücken und einer Moselschleuse im Koblenzer Raum.“

Die Verwaltungen der Gebietskörperschaften sind nach Auslösung der entsprechenden Alarmstufen des Zivilen Alarmplanes (ZAP) auf die Verteidigungsorganisation umgestellt worden.“

Innerhalb der Verteidigungsorganisation soll der Stab HVB Gefahrenabwehr-Aufgaben betreiben – so will es die Übung. Im Keller eines Unterkunftsgebäudes der Katastrophenschutzschule wurde für diese Lehrgänge eine Befehlsstelle eingerichtet; dorthin gehen die Lehrgangsteilnehmer und nehmen an ihren Tischen in festgelegter Sitzordnung Platz: Fachberater und Sachbearbeiter, Sichter, Lagekartenführer und Leiter Stab HVB.

Mit dem Übungsbeginn leuchten die für alle gut sichtbar angebrachten roten und blauen Lampen auf, die symbolisieren: Luftalarm und Luftgefahr! In einer taktischen Zeit – der Übungsverlauf wird nicht in Normalzeit, sondern mit der taktischen Uhr gemessen – werden nun Lage beurteilt, Einsätze angeordnet, die Versorgung für die Einsatzkräfte sichergestellt. Alles geschieht hier auf dem Papier bzw. per Telefon.

Draußen, in einem anderen Raum, sitzt die Übungsleitung. Ein halbes Dutzend Lehrkräfte der Schule gibt das „Umfeld“ an: Neue Meldungen, Zwischenfälle werden simuliert und an den Stab weitergegeben. Mit einer Video-Kamera können die Lehrkräfte die Arbeit des Stabes im anderen Raum verfolgen.

Zwei Stunden dauert die Übung. Zeit genug, Hektik aufkommen zu lassen. Mittlerweile stehen die Mitglieder des Stabes mit hochgekrempelten Hemdsärmeln und hochroten Köpfen vor der Lagekarte. Was tun? ABC-Alarm wurde gegeben, erneute Einsätze werden erforderlich. Hier zeigen sich in der Stabsarbeit Schwachstellen, die im Laufe des einwöchigen Seminars behoben werden sollen. Und einer der Lehrkräfte weiß: „Der Ausbildungsstand ist für alle Dinge entscheidend. Wenn einer aus dem Stab nicht Bescheid weiß, läuft nichts mehr.“

Die KatS-DV 100

Die KatS-DV 100 sieht vor, im Rahmen der Katastrophenschutzleitung einen Stab HVB zu bilden, in dem Vertreter der Verwaltung, Verbindungspersonal und Ansprechpartner sitzen. Der Stab HVB besteht aus dem Leiter des Stabes, den Leitern der Sachgebiete Personal/Innerer Dienst (S 1), Lage (S 2), Einsatz (S 3), Versorgung (S 4), den Vertretern der im KatS mitwirkenden Organisationen, die vom HVB als Fachberater ausdrücklich mit bestimmten Führungsfunktionen für die Fachdienste beauftragt sind, als Führungskräfte, sowie den Vertretern der eigenen Verwaltung sowie anderer Behörden und Stellen als Verbindungspersonal, den Mitarbeitern des Stabes und dem erforderlichen Stabs-Hilfspersonal.

Der Stab wird nach Sachgebieten gegliedert. Der Leiter des Stabes HVB hat die Aufgaben, die Stabsarbeit zu leiten und zu koordinieren, den HVB bzw. seinen Beauftragten zu beraten und Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung vorzubereiten. Außerdem soll der Leiter des Stabes die Verbindung zu Ämtern der eigenen Verwaltung und zu anderen Verwaltungen und Stellen halten sowie die Einsatzmaßnahmen nach Weisung des HVB oder seines Beauftragten leiten.

„Personal/Innerer Dienst“ ist die Bezeichnung des Sachgebietes S 1, dessen Leiter folgende Aufgaben wahrzunehmen hat: Bereitstellen von Katastrophenschutzeinheiten und Einrichtungen einschließlich Reservisten und Ablösungen, Heranziehen sonstiger Kräfte; Führung einer Kräfteübersicht über in Betracht kommende, verfügbare, bereitgestellte und im Einsatz befindliche Kräfte. Auch der Geschäftsbereich der Katastrophenschutzleitung gehört zu den Aufgaben des Leiters S 1: Geschäftsablauf, Unterbringung, Ausstattung, Versorgung und Sicherung. Last not least hat man sich im Sachgebiet S 1 auch um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu kümmern.

In das Sachgebiet S 2 fallen das Feststellen der Lage, das Erkunden, das Beschaffen

und Bewerten von Erkenntnissen sowie das Darstellen. Die Information gibt der Leiter S 2 sowohl nach innen (KatSL und sonstige eigene Verwaltung) als auch nach außen: Melden an vorgesetzte Stellen, Unterrichten nachgeordneter Stellen, Unterrichten anderer betroffener Stellen und Unterrichten der betroffenen Bevölkerung. Auch die Dokumentation – wie z. B. das Einsatztagebuch – gehört zu den Aufgaben des S 2.

Der Leiter des Sachgebietes S 3 – Einsatz – ist gleichzeitig Vertreter des Leiters des Stabes. Zu seinen Aufgaben gehören das Planen des Einsatzes, das Beurteilen der Lage, das Festlegen der Einsatzschwerpunkte und Einsatzkräfte, die Führungs- und Fernmeldeorganisation, Einsatzaufträge und die Erfolgskontrolle.

Mit dem Erstellen der Versorgungslage, dem Planen und Durchführen des Versorgungseinsatzes (Verpflegung, Materialerhaltung, Verbrauchsgüter, Quartierbeschaffung) sowie dem Bereitstellen und Heranführen von Bedarfsgütern hat sich der Leiter des Sachgebietes S 4 – Versorgung – zu befassen.

Neben dem Leiter des Stabes und den Leitern der Sachgebiete sitzen im Stab die Fachberater. Sie sollen den Leiter des Stabes und die Sachgebietsleiter fachlich beraten sowie Meldungen und andere Informationen auswerten. Die Fachberater müssen über taktische Erfahrungen in der Führung von Einsatzkräften verfügen und die Leistungsfähigkeit der Einheiten und Einrichtungen kennen.

Gruppenarbeit und Rollenspiel

Die Übung „Ahrweiler“ ist zu Ende. Hier und da wischen sich die Mitglieder des Stabes den Schweiß von der Stirn. Nein, das hätten sie nicht gedacht, daß sich die Sache so schwierig gestaltet. Als einer der Übungsleiter bespricht Kurt Pothmann mit den Lehrgangsteilnehmern die Schwachstellen: Die Warnung der Bevölkerung sei nicht schnell genug erfolgt; ein alter Mann sei aus einem kontaminierten Gebiet nicht gerettet worden; Straßen und Bahnlinien seien nicht gesperrt worden. Betroffenheit bei den Lehrgangsteilnehmern: Es muß noch viel geübt werden.

Dazu hat der Stab HVB in der KSB Ahrweiler noch ausreichend Gelegenheit. Gleich am nächsten Tag gibt Jürgen Brandt Einweisung in die zivilschutztaktische Lage der Stadt Trier. „Trier“ ist der Titel der Stabsübung, mit der sich die Lehrgangsteilnehmer in den nächsten Tagen befassen werden.

Für diese Übung werden zuvor Gruppenarbeiten und Rollenspiele durchgeführt: Ent-

scheidungstraining wie Schwerpunktfinden, Ordnung des Raumes, Einsatzgrundsätze und Einsatzwert der Fachdienste; im Rollenspiel wird der Führungsvorgang erprobt. Zum Beispiel erhalten die Teilnehmer in Gruppen mit jeweils fünf Personen einen Stadtplan Trier 1:20000 und Fettstifte. Es gilt, von einer Lage auszugehen, daß 22 Einheiten des Katastrophenschutzes in Trier aufgestellt seien. „Als Sachbearbeiter im Zivilschutz erhalten Sie den Auftrag, für die oben angegebenen Einheiten innerhalb der Stadtgrenzen Triers Verfügungsräume vorzuschlagen. Hierbei sind Zivilschutztaktische Gesichtspunkte (Auflockerung, gute Anfahrtsmöglichkeiten usw.) zu berücksichtigen.“ Die Aufgabe soll von jeder Gruppe innerhalb einer halben Stunde erfüllt werden. Anschließend werden die Arbeitsergebnisse diskutiert.

Die Gestaltung des Lehrgangs gefällt den Teilnehmern gut. So nimmt ein Fachberater „Brandschutz“ abschließend Stellung und meint: „Der Lehrgang insgesamt war für mich wertvoll, weil die Kenntnisse entscheidend erweitert wurden.“ Ein anderer: „Es wurden Lernziele vermittelt, die mir teilweise noch unbekannt waren.“ Weiter: „Die Stabsarbeit wurde überwiegend geübt und entsprechende Fehler wurden aufgezeigt.“ Ein weiteres Mitglied des Stabes HVB Landkreis Warendorf resümierte ebenfalls, daß der Lehrgang wertvoll für ihn gewesen sei, „weil ich mich inzwischen sicherer fühle“.

Übung „Trier“

Hans-Joachim Derra gibt am Mittwochmittag letzte Anweisungen für die Übung „Trier“. Dann beginnt sie mit einem Luftalarm: Um 7.26 Uhr (taktische Zeit) blinkt das rote Lämpchen in der Zentrale auf. Nach acht Minuten, um 7.34 Uhr, flackert auch das blaue Lämpchen. Der Sachgebietsleiter S 2 schaltet das Mikrofon ein und bittet den Stab um Ruhe: „Achtung! Luftgefahr ab 7.34 Uhr.“ Jetzt folgen die Meldungen Schlag auf Schlag: „Luftangriff auf Stadtmitte, Bombenangriff auf Hauptbahnhof, Detonationen, Brände, Wohngebäude stürzen zusammen, erneuter schwerer Luftangriff.“ „Jetzt müssen wir was tun“, meldet der S 3. „Feuerwehr“, tönt es aus der einen Ecke. Der Leiter des Stabes schaltet sich ein. „Da sind ja viele Verletzte. Was wollen Sie tun?“ fragt er den zuständigen Mann. „Den 1. Sanitätszug schicken.“ Der Leiter des Stabes nickt: „Machen Sie.“

Noch geht es ruhig zu, der Stab hat das Geschehen im Griff und kann sich für Entscheidungen Zeit lassen. Aber dies ist nur die erste Phase der Übung. Am Abend wird sie analysiert: Da stellt sich heraus, daß der Kontakt zwischen Fachberatern und Sach-

gebietsleitern nicht optimal war, da tauchen Schwierigkeiten auf in der Zusammenarbeit, da wäre eine straffere Führung an der Schadensstelle wünschenswert gewesen.

Am nächsten Morgen soll es weitergehen. Die weiteren Aufgaben der Übung „Trier“ stehen fest: Gefahrenabwehr im Kontext der ZV-Aufgaben, Stabsarbeit unter besonderen Bedingungen (Kat-Dauer, Ressourcenknappheit, Störungen in der Fm-Organisation, Einsatz von A-Waffen). Wie die Stabsarbeit unter Berücksichtigung einer A-Lage auszusehen hat, sollen die Lehrgangsteilnehmer aus Warendorf in den nächsten Lehrgangstagen erfahren.

Gutes Lehrgangsklima

Es ist eine anstrengende Woche in Ahrweiler. Von 7.45 bis 17.00 Uhr dauert der Unterricht, der prall gefüllt ist mit Stabsübungen, Rollenspiel, Vorträgen, Auswertungen. Die Lehrgangsteilnehmer werden immer sicherer in ihren Stabsaufgaben, die Atmosphäre wird ruhiger. Gezielt können

jetzt auch die erkennbaren Schwachstellen beim „Führen im KatS“ angegangen werden.

Mit der DV 100 sind die Mitglieder des Stabes HVB Kreis Warendorf zufrieden. „Wir werden uns daran halten“, meint ein Lehrgangsteilnehmer. Auch mit der Schulung sind die Warendorfer zufrieden. Gelobt werden die qualifizierten Lehrkräfte der Schule; vorgeschlagen wird die Vertiefung von Themen wie Menschenführung, taktische Zeichen, Konfliktraining oder ABC.

„Denkanstöße und Einsichten vermitteln“

Auch für das kommende Jahr sind die Lehrgänge „Führen im KatS“ ausgebucht. 40 geschlossene Stäbe werden zum Lehrgang Stufe A und 20 zur Stufe B kommen. „Unser Lernziel ist, die Teilnehmer zu motivieren“, erklärt Dieter Rösler, einer der Lehrkräfte an der Katastrophenschutzschule des Bundes. „Wir wollen die The-

matik aufzeigen, üben, vertiefen und wiederholen. Mehr geht einfach nicht. Wir können Einsichten vermitteln, Denkanstöße geben. Aber wir dürfen nicht davon ausgehen, daß die Teilnehmer anschließend perfekt in der Beherrschung der Thematik sind.“

Wichtig sei, so Rösler, sich stets auf die besonderen Gegebenheiten der Städte und Kreise vorzubereiten, aus denen die jeweiligen Stäbe kommen. „Das fördert den Kontakt. In der ersten Stunde am Montagmorgen, zu Beginn des Lehrgangs, müssen eventuelle Aversionen der Teilnehmer gegen die Thematik aufgefangen werden. Die Stäbe müssen vom Sinn des Katastrophenschutzes überzeugt werden.“

Die Katastrophenschutzschule des Bundes denkt daran, eine weitere Lehrgangsstufe C zu entwickeln. Im großen Rahmen ist die Stufe C bereits konzipiert. Im Dezember 1984 soll sie als Pilotlehrgang für eine ausgewählte Gruppe stattfinden; man hofft, 1985 dann mit dem Lehrgang Stufe C beginnen zu können.

Johannisfeier von JUH und MHD in Bonn

„Der Dienst am Nächsten ist unser Auftrag“

An die gemeinsame Wurzel der Organisationen erinnert – Entschieden zurückgewiesen: Die absurde These, die Mitarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz sei Unterstützung von Kriegsvorbereitungen

Lang war die Gästeliste, an deren Spitze Bundesverkehrsminister Dr. Werner Dollinger, Staatssekretär Franz Kroppenstedt und Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler, beide vom Bundesministerium des Innern, standen. Geladen waren sie und viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Johannisfeier, die am 23. Juni 1983 zum ersten Male gemeinsam von den Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser-Hilfsdienst (MHD) ausgerichtet wurde.

Den Grund für das gemeinsame Unternehmen nannte der Präsident des MHD, Dieter Graf Landsberg-Velen: „Johanniter wie Malteser haben eine gemeinsame Wurzel, wenn auch die Geschichte des Abendlandes mit ihren Folgen und Ereignissen dazu geführt hat, daß Johanniter und Malteser organisatorisch getrennt sind und auch eine unterschiedliche Namensgebung haben.“ Die gemeinsame Wurzel ist der ritterliche Orden St. Johannes vom Spital zu Jerusalem, im Jahre 1099 begründet. Der Gedenktag des Ordenspatrons wird alljährlich von JUH und MHD begangen, diesmal nun in einer gemeinsamen Johannisfeier.

Bei der Johannisfeier, über die das „Zivilschutz-Magazin“ bereits kurz berichtete, waren auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, der Direktor

des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Schuch, Hans Kober vom Diakonischen Werk Stuttgart, Oberkirchenrat Kalina von der Evangelischen Kirche Deutsch-



Graf Schwerin, Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger und der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, Graf Landsberg-Velen, bei der Johannisfeier 1983 in Bonn (von rechts).



Graf Landsberg-Velen erinnerte in seiner Ansprache an die gemeinsame Wurzel der beiden Organisationen MHD und JUH.

land, Dr. Albrecht von Cossel, Generalsekretär des Johanniterordens, Wera von Poncet, Generaloberin der Johanniter-Schwesternschaft, Elisabeth Gräfin Stauffenberg, Generaloberin der Malteser-Schwesternschaft, unter den rund 250 Gästen anwesend.



Graf Schwerin wies die These, Mitarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz sei Unterstützung von Kriegsvorbereitungen, als absurd zurück.

In seiner Ansprache ging MHD-Präsident Graf Landsberg-Velen auf die Geschichte des Malteser-Ordens ein, „der älteste und einzige Orden, der in seiner rechtlichen Kontinuität bis heute fortbesteht“: „Immerhin unterhalten noch 55 Staaten auf dem ganzen Erdkreis diplomatische Beziehungen mit ihm, um damit zu dokumentieren, daß sie ihn als Völkerrechtssubjekt betrachten.“ Neben einer politischen Wirkung, die der Malteser-Orden gehabt habe, so fuhr der Präsident fort, sei der Orden immer vorrangig eine humanitäre, eine karitative Institution gewesen.



Hans-Dieter Wedler (rechts), Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, im Gespräch mit Gästen der Hilfsorganisationen.

Annähernd 100000 Angehörige der Johanniter und der Malteser haben durch ihr persönliches Engagement offenkundig ein „Ja“ gesprochen – ein „Ja“ zu dem Ordensleitsatz, der damit auch heute noch Lebendigkeit und Bedeutung hat: „Wahrung des Glaubens und Hilfe der Bedürftigen“. Graf Landsberg-Velen: „Vielleicht sollte man etwas hinzufügen, was vor 900 Jahren der erste Ordensmeister Gerhard gesagt hat. Er sagte nämlich damals: „Unsere Bruderschaft wird unvergänglich sein, weil der Boden, in dem diese Pflanze wurzelt, das Elend der Welt ist und weil, so Gott will, es immer Menschen geben wird, die daran arbeiten wollen, das Leid dieser Welt etwas geringer und das Elend etwas erträglicher zu machen.“ Und wenn Johanniter wie Malteser gewiß ihre Aufgabenstellung auch heute geistig in dieser Tradition gründen, so ist ihr Anspruch, ihr Daseinsanspruch in unserer Zeit und in unserer Gesellschaft auf die zeitlose, unvergängliche Gültigkeit des Ordensleitsatzes und dessen, was Meister Gerhard vor 900 Jahren gesagt hat, begründet.“



Auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb (rechts) ...

Auch Wilhelm Graf von Schwerin, Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, nahm die Johannisfeier zum Anlaß, die Fragen offenzulegen, denen JUH und MHD besondere Beachtung schenken müssen. Den in der aktuellen Diskussion um den Friedenserhalt auftauchenden Vorwurf, die Mitarbeit der Hilfsorganisationen im Katastrophen- und Zivilschutz bedeute zum Teil Unterstützung von Kriegsvorbereitung, wies Graf Schwerin als absurd zurück. Der Dienst am notleidenden Nächsten lasse es nicht zu, vorher nach dem Grund der Hilfeleistung zu fragen. Bei den Mitgliedern stoße der Vorwurf auf Unverständnis. „Der



... und der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch, waren zur Johannisfeier 1983 gekommen (hier im Gespräch mit dem Abteilungspräsidenten im Bundesamt für Zivilschutz, Haedge).

Dienst am Nächsten ist unser Auftrag", erklärte Graf Schwerin. „Die These, wir würden Kriegsvorbereitungen durch unsere Arbeit unterstützen, ist absurd und kann so nicht hingenommen werden. Die Einsätze unserer Helferschaft in den Krisengebieten während der letzten Jahrzehnte ... hat diesen Freiwilligen die Gefahren eines Konfliktes sicher bedeutend näher gebracht, als die theoretischen Diskussionen ..."

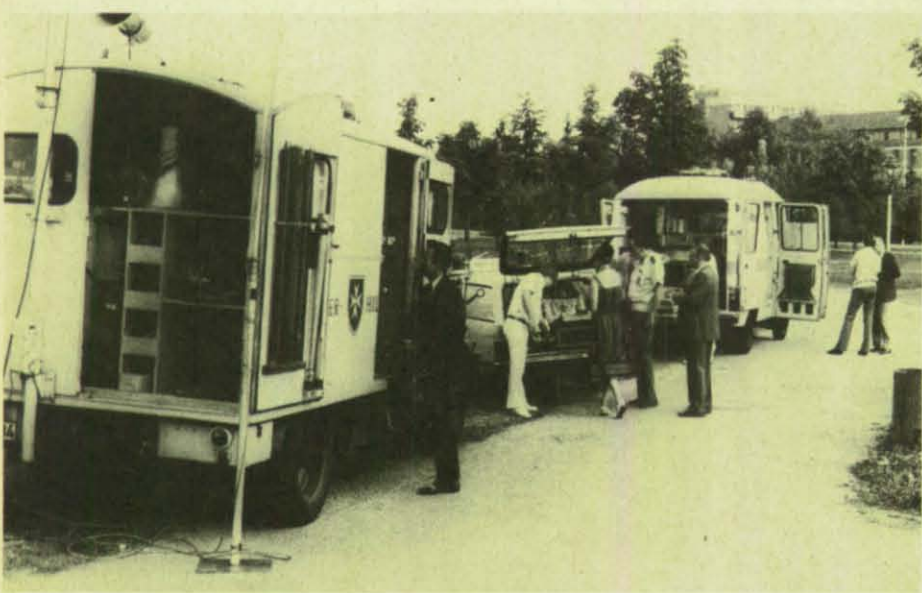
Weiter sprach Graf Schwerin über den „Ideenreichtum der Organisationen", der nicht durch „ein Übermaß an Verordnungen und Vorschriften" gebremst werden soll: „Wenn auch die Arbeit unserer Organisationen wiederholt Anerkennung in der Öffentlichkeit findet, plädieren wir nachhaltig dafür, der Gesetzgeber möge den für diese ehrenamtliche Arbeit notwendigen Freiraum nicht weiter einengen.“



Eine schmackhaft zubereitete Gulaschsuppe servierten die Hilfsorganisationen ihren Gästen.

Nachwuchsfragen stellen sich auch den humanitären Hilfsorganisationen. So appellierte der Präsident der JUH an alle Erzieher, „die Wichtigkeit und den Wert ehrenamtlicher Tätigkeit herauszustellen". Und weiter: „Der Stellenwert der Ehrenamtlichkeit wird zunehmend anerkannt. Die Forderung nach Einbindung des Bürgers in ehrenamtliche Tätigkeiten wird deutlich ausgesprochen. Wir stehen dieser Entwicklung sehr positiv gegenüber und sind für jegliche Unterstützung dankbar, denn der Grundsatz der freiwilligen, ehrenamtlichen und uneigennütigen Mitarbeit ist für die Johanniter-Unfall-Hilfe und den Malteser-Hilfsdienst Grundlage ihres Auftrags.“

Schließlich ging Graf Schwerin noch einmal auf die Schutzbedürfnisse der Bevölkerung und die Aufgaben der Organisationen auf dem Gebiet des Zivilschutzes ein. Er äußerte den Wunsch, „der Deutsche Bundestag möge bemüht sein, das Ratifizierungsverfahren für die 1977 von der Bundesregierung unterzeichneten Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen baldmöglichst einzuleiten. Diese Zusatzprotokolle sind durch alle Unterzeichnerstaaten der Genfer Abkommen, denen der NATO und des Warschauer Paktes, zu ratifizieren. Könnte die Bundesrepublik hier ein Zeichen setzen?“



Viel Interesse fand eine Fahrzeugschau, die auf dem Gelände aufgestellt worden war. (Fotos: Sers)

Im Anschluß an den kurzen offiziellen Teil der Johannisfeier tauschten Gastgeber und Gäste Gedanken und Anregungen aus. Auch Verkehrsminister Dr. Dollinger besichtigte die auf dem Gelände ausgestellten Fahrzeuge der Organisationen und zeigte sich interessiert an den Aufgaben und dem Engagement der Helfer. Hier werde deutlich, so Dr. Dollinger, daß es für die Jugend noch Herausforderungen gebe.

Paul Claes

Folgeschwerer Erdbeben läßt den Ostende-Wien-Expresß entgleisen

Analyse einer Unglücksnacht

267 Helfer im pausenlosen Einsatz – Katastrophenplan des Erftkreises bewährte sich

Ein gewaltiges Krachen schreckte die Einwohner von Großkönigsdorf (Erftkreis) in der Nähe von Köln am Donnerstag, dem 26. Mai 1983, um 21.16 Uhr aus ihrer abendlichen Ruhe. Den Anwohnern der durch den Ort führenden Eisenbahnstrecke Köln–Aachen, die erschrocken ins Freie stürzten, bot sich ein entsetzliches Bild: Eine umgestürzte, völlig deformierte Lokomotive und mehrere zerstörte, teilweise kaum noch zu erkennende Waggons inmitten eines riesigen Trümmerfeldes.

In dem Gewirr aus verbogenem Metall, zersplittertem Holz und Glas irrten verstört und teilweise verletzt Fahrgäste umher, aus den ineinander verschachtelten Waggons waren die Schreie der Verletzten und eingeklemmten Menschen zu hören.



Die schwere E-Lok wurde durch den Aufprall völlig deformiert.

Tagelange Regenfälle

Verursacht durch tagelang anhaltende Regenfälle war die hohe Böschung, die an der Unglücksstelle die Gleisstrecke beiderseits begrenzt, unterspült worden. Die abrutschenden Schlamm- und Geröllmassen hatten die Gleise meterhoch bedeckt, so daß der mit 130 Stundenkilometern heranahende Schnellzug D 225, der Ostende-Wien-Expresß, aus den Schienen sprang. Der mit 180 Reisenden besetzte Zug raste noch 650 Meter mit fast unverminderter Geschwindigkeit neben den Gleisen weiter, ehe er gegen das Widerlager einer Bogenbrücke, über die eine Straße führt, prallte. Die schwere Lok wurde herumgerissen und auf das Nebengleis geschleudert, der erste Waggon bog sich in der Mitte derart durch, daß Vorder- und Hinterteil fast auf gleicher Höhe nebeneinander zum Stehen kamen. Die nachfolgenden Waggons schoben sich in das Trümmertwirl und vergrößerten so noch das Chaos.

Ungenaue Meldungen

Erste Anrufe von aufgeregten Anwohnern erreichten um 21.21 Uhr die zuständige Polizeistation Frechen, die ihrerseits sofort die Feuerwache Frechen, wo der Alarm um 21.22 Uhr einging, und die Kreisleitstelle im Kreishaus in Hürth informierte. Da die Meldungen aus der Bevölkerung die Schwere und auch den genauen Ort des

Unglücks nur sehr vage umschrieben – die Schilderungen reichten von der „Zugentgleisung“ über einen „Zusammenstoß“ bis zur „Explosion“ –, auch die Angaben über die Zahl der Verletzten Personen gingen stark auseinander, wurden mehrere Streifenwagen zur Bahnlinie entsandt, um einen Überblick über die Lage bekommen zu können.

Nach den eingegangenen Meldungen mußte die Feuerwache Frechen davon ausgehen, daß eine technische Hilfe größeren Ausmaßes bevorstand. Auch ohne den exakten Umfang der notwendig werdenden Hilfe zu kennen, wurden folgende Fahrzeuge in Marsch gesetzt: Löschgruppenfahrzeug 16, Rüstwagen 2, Drehleiter 30, Gerätewagen Atemschutz, zwei Rettungswagen und das Notarzt-Einsatzfahrzeug.

Inzwischen waren die am Bahnhof Großkönigsdorf eingetroffenen Polizeibeamten über die Gleise zur etwa einen Kilometer entfernten Unglücksstelle vorgegangen,

so daß um 21.28 Uhr ein erster Lagebericht vorlag.

Nachbarschaftshilfe

Nachdem nun das ganze Ausmaß des Unglücks bekannt war, wurden die Erftkreis-Feuerwehren Pulheim, Hürth, Kerpen und Bergheim zur Unterstützung der Frechener Einsatzkräfte alarmiert. Neben einer Vielzahl von Löschfahrzeugen, Rüst- und Gerätewagen kamen von diesen Nachbarwehren insgesamt neun Rettungs- und Krankenwagen zum Einsatz. Die um Nachbarschaftshilfe ersuchte Berufsfeuerwehr Köln entsandte einen Krankenwagen, einen Großraum-Rettungswagen, drei Rettungswagen sowie einen Lichtmastanhänger und ein Notstromaggregat nach Großkönigsdorf. Von DRK und MHD des Erftkreises waren sieben Rettungs- und Krankenwagen im Einsatz, die Einheiten von JUH und ASB wurden in Bereitschaft versetzt.

Bereits nach den ersten Meldungen hatte die Kreisleitstelle vorsorglich die Krankenhäuser Frechen, Hürth, Bergheim, Brühl, Ertstadt und Bedburg alarmiert, sich auf einen möglichen Massenansturm von Verletzten vorzubereiten.

Neben dem bereits um 21.41 Uhr voll arbeitsfähigen Krankenhaus Frechen meldeten die übrigen Krankenhäuser innerhalb kürzester Zeit Aufnahmebereitschaft, wobei im Krankenhaus Hürth zwei komplette OP-Teams zur Verfügung standen. Außerdem waren auf Veranlassung der Berufsfeuerwehr Köln sechs Krankenhäuser – einschließlich der Universitätsklinik – im Stadtgebiet Köln aufnahmebereit.

Sechs Notärzte

Für die anrückenden Rettungsfahrzeuge wurde am Bahnhof Großkönigsdorf ein Sammelpunkt eingerichtet. Die Polizei übernahm Installation und Betrieb der Einsatzleitstelle, die ebenfalls am Bahnhof stationiert war. Schon kurze Zeit nach dem Unglück trafen Oberkreisdirektor Dr. Helmut Bentz und Kreisbrandmeister Moken ein, die sich sofort ein Bild vom Geschehen machten und die Einsatzleitung übernahmen.

Neben einem ortsansässigen Arzt, der bereits erste Hilfsmaßnahmen vorgenommen hatte, kamen sechs Notärzte aus dem Erftkreis zum Einsatz. Der gesamte Rettungseinsatz mußte vom Bahnhof her entlang der Gleisstrecke vorgenommen werden, lediglich die schweren Geräte und Aggregate wurden von der Straßenüberführung, gegen die der Zug geprallt war, auf den Gleiskörper abgelassen. Auch die Ausleuchtung der Unglücksstelle wurde hauptsächlich von der Überführung aus vorgenommen. Der Kranwagen rückte vom Bahnhof aus über die Gleise zur Unglücksstelle vor.

Schwierige Bergung

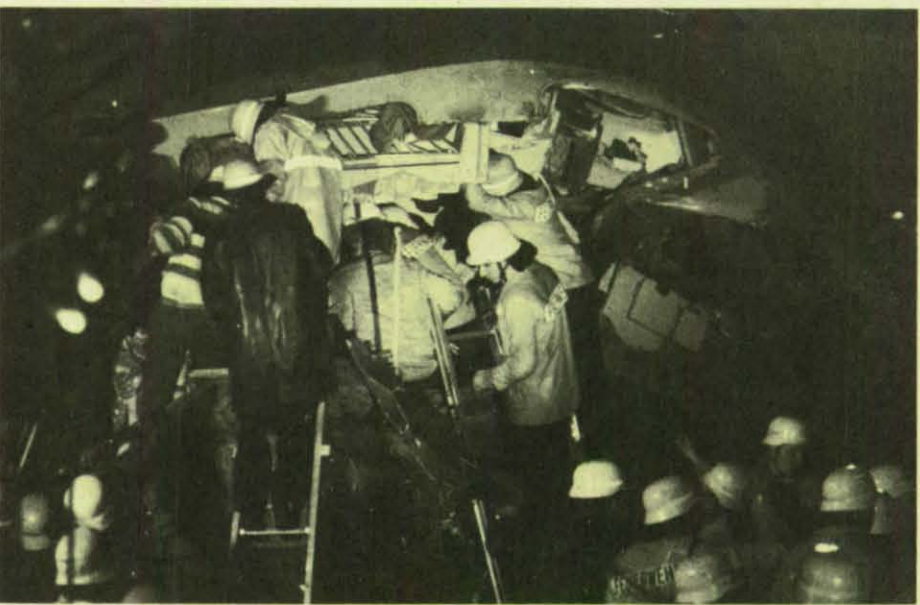
Im Vordergrund der Bemühungen der Helfer stand die Bergung der eingeklemmten verletzten Passagiere. Mit Hilfe des Kranwagens, mit Rettungsschere, Spreizer und Trennschleifer versuchte man, durch das Gewirr von verbogenem Stahl und zersplittertem Holz und Glas zu den eingeschlossenen Menschen vorzudringen. Besonders der Umstand, daß im Innern der zerstörten Waggons nur auf engstem Raum gearbeitet werden konnte, machte den Helfern schwer zu schaffen. Oft wurde unter Verzicht auf Ablösung bis zur Erschöpfung gearbeitet, um durch die mittlerweile erworbene Ortskenntnis die Rettung beschleunigen zu können. Auch den Notärzten wurde ihr Äußerstes abverlangt, mußten sie doch pausenlos Infusionen und



Mit Trennschleifern wird die Außenhaut der Waggons aufgeschnitten.



Die Bergung der Opfer gestaltete sich sehr schwierig.



Oftmals mußten die Helfer auf engstem Raum arbeiten.

Verbände bei Einklemmten anlegen und die bereits geborgenen Verletzten versorgen.

Zwischenzeitlich hatte die Polizei eine Begehung der unbeschädigten Waggons durchgeführt und die Anzahl der übrigen Verletzten und die Personalien aller Reisenden festgestellt. Dabei war die Mitwirkung der ebenfalls alarmierten belgischen Militärpolizei besonders wertvoll, die in dem international besetzten Zug eine Dolmetscherfunktion übernahm.

Parallel zur Bergung der Einklemmten und zur Versorgung der Schwerverletzten erfolgte die Betreuung der weniger schwer verletzten Fahrgäste aus dem hinteren Teil des Zuges durch einen Notarzt und durch Rettungssanitäter. Nach der Feststellung der Personalien konnten die unverletzten Fahrgäste den Zug verlassen, wobei sie von den Helfern unterstützt und zum Bahnhof geleitet wurden. Die Weiterfahrt zum Hauptbahnhof Köln wurde dann mit Bussen der Bundesbahn durchgeführt.



Eine schwerverletzte Frau wird nach stundenlangem Bemühen geborgen.

Zentrale Auskunftsstelle

Wegen der zu erwartenden Anzahl von Nachfragen war schon frühzeitig von der Polizei im Kreishaus Hürth eine zentrale Auskunftsstelle eingerichtet worden. Eine Umfrage bei den Krankenhäusern ergab, daß das Krankenhaus Frechen, drei Kilometer vom Unglücksort entfernt, neun Verletzte zur stationären Behandlung aufgenommen hatte. In Hürth waren drei, in Bergheim zwei und in der Universitätsklinik Köln ebenfalls zwei Verletzte verblieben. Nach der Personalienfeststellung im Zug und der Feststellung der Namen der Todesopfer war die Auskunftsstelle in der Lage, die Fragen der besorgten Anrufer nach dem Verbleib ihrer Angehörigen konkret zu beantworten.

Durch die Polizei wurde veranlaßt, daß den über die Rundfunksender ausgestrahlten Nachrichten über das Unglück ein Hinweis auf die zentrale Auskunftsstelle hinzugefügt wurde. Auch die Sender im benachbarten Ausland nahmen diesen Hinweis in ihre Nachrichtensendungen auf. Daraufhin setzte eine wahre Flut von Anrufen besorgter Angehöriger bei der Auskunftsstelle ein, so daß die Telefone stundenlang nicht stillstanden.

Gepäck sichergestellt

An der Unglücksstelle waren mit Fortschreiten der Rettungsarbeiten die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Hilfsorganisationen schrittweise entlassen worden. Nach der Bergung der letzten Opfer konnte die Einsatzstelle dann in den frühen Morgenstunden den Räumkräften der Bundesbahn übergeben werden.



Der Notarzt versorgt eine eingeschlossene Person.



Auch Bundesverkehrsminister Werner Dollinger machte sich ein Bild vom Ausmaß des Unglücks.



Die Bundesbahn setzte einen Großkranwagen für die Aufräumarbeiten ein. Links die zerstörten Waggon, die fünf Tage später in Brand gerieten.



Die Schlamm- und Geröllmassen an der Unglücksstelle werden beseitigt.

(Fotos: dpa 3, Jülinger 6)

Das an der Unglücksstelle verbliebene Gepäck der getöteten und verletzten Fahrgäste war von der Polizei sichergestellt worden und konnte später den Angehörigen – teilweise unter Einschaltung der jeweiligen Botschaft – zugeleitet werden. Auch der Auskunftsstelle lag eine Übersicht über die sichergestellten Gepäckstücke vor.

Als Glück im Unglück stellte sich nachträglich heraus, daß der total zertrümmerte erste Waggon, in dem alle getöteten und die meisten der verletzten Fahrgäste gesessen hatten, ein Kurswagen nach Köln war. Da beim letzten Halt des Zuges über Bahnsteiglautsprecher aufgefordert worden war, diesen Waggon nicht zu besteigen, war er deutlich geringer als die übrigen Wagen besetzt.

Optimaler Einsatzablauf

Nach den Worten von Klaus-Peter Pokolm, Pressereferent beim Oberkreisdirektor des Erftkreises und der Kreispolizeibehörde Erftkreis, zeigten sich der Oberkreisdirektor sowie die Führungskräfte von Feuerwehr und Hilfsorganisationen sehr zufrieden über den Ablauf des Einsatzes. Pokolm: „Die Helfer waren schnell an der Einsatzstelle, haben umsichtig und zügig gearbeitet und so zu einer effektiven Versorgung der Verletzten entscheidend beigetragen. Der Einsatzablauf kann deshalb als optimal bezeichnet werden.“

Bewährt hat sich in der Unglücksnacht, so Pressereferent Pokolm, auch der Katastrophenplan der Krankenhäuser des Erftkreises, der von der Kreisverwaltung für einen Massenansturm von Verletzten aufgestellt worden ist. Diesem Plan sei es vor allem zu verdanken, daß die Krankenhäuser in kürzester Zeit aufnahmefähig gewesen seien.

Insgesamt kamen in der Unglücksnacht von den Feuerwehren des Erftkreises 207 Feuerwehrmänner zum Einsatz. Unterstützt wurden sie von 20 Beamten der Berufsfeuerwehr Köln und 40 Helfern von DRK und MHD. Klaus-Peter Pokolm betont, daß trotz des Großaufgebotes von Personal und Fahrzeugen der Schutz der Bevölkerung des Erftkreises jederzeit voll gewährleistet war.

Weiterer Großeinsatz

Und um das Maß des Unglücks vollzumachen, gab es fünf Tage nach der Unglücksnacht einen weiteren Großeinsatz für die Feuerwehr: Bei Schweißarbeiten an den zerstörten Waggon, die auf einem Nebengleis abgestellt worden waren und zum Abtransport zerkleinert werden sollten, gerieten diese in Brand. Fünf Löschzüge waren notwendig, um den Brand unter Kontrolle zu bringen.

Von der Handschwengelpumpe zum Notbrunnen mit Eigenstromerzeuger

Demonstration anlässlich eines Seminars über Trinkwasser-Notversorgung an der Katastrophenschutzschule des Bundes

Einleitung

Das Wassersicherstellungsgesetz (WasSG), Bestandteil der Notstandsgesetzgebung, sowie die ergänzend erlassenen Bestimmungen bilden die Grundlage für die Planung und Durchführung von wasserwirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen zur Versorgung und zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall [1, 2]. Um den hiermit befaßten Mitarbeitern der zuständigen Fachbehörden und beteiligten Verwaltungen, in wasserwirtschaftlichen Verbänden, Wasserversorgungsunternehmen, Planungs- und Ingenieurbüros sowie aus Wirtschaft und Industrie das notwendige rechtliche, verwaltungsmäßige und technische Rüstzeug zu vermitteln, finden im Auftrag des für den Vollzug des WasSG zuständigen Bundesministers des Innern im Lehrbereich Zivilschutz an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler Fachseminare statt.

Bei den jährlich drei bis vier Vortragsveranstaltungen berichten Gastdozenten aus

dem Bundesministerium des Innern, in der praktischen Durchführung und Entwicklung von Vorsorgemaßnahmen für die Trinkwasser-Notversorgung stehende Fachleute sowie Lehrkräfte der Katastrophenschutzschule über Aufgaben, Stand der Planung und der Vorsorgemaßnahmen, vor allem auch über neue Erkenntnisse und Entwicklungen auf diesem Gebiet. Die Fachseminare bieten Gelegenheit zu ausführlicher Diskussion und regem Erfahrungsaustausch.

Vorführung von Trinkwasser-Notbrunnen

Vom 18. bis 20. Mai 1983 wurde erstmalig ein Fachseminar über Trinkwasser-Notversorgung nach einem neuen Zeitplan und mit teilweise geändertem Programm abgehalten. Dazu fand eine eingehende Vorführung von Trinkwasser-Notbrunnen in unterschiedlicher Ausführung und mit verschiedenartigen Fördereinrichtungen in Bad Neuenahr-Ahrweiler statt. Die Vorfüh-

rung gab vielfältige Anregungen und befruchtete die gemeinsame Arbeit. Bei dieser Gelegenheit sind die Fotos dieses Beitrages entstanden.

Notbrunnen-Programm für Bad Neuenahr-Ahrweiler

In den Jahren 1981/82 wurden in Ausführung einer von der Kreisverwaltung Ahrweiler als Planungsträger im Sinne von § 4 WasSG aufgestellten und von der Bezirksregierung Koblenz (zuständige Behörde gemäß § 26 WasSG) geprüften Planung für die Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung bei Ausfall der zentralen Wasserversorgungsanlagen insgesamt fünf netzunabhängige Trinkwasser-Notbrunnen errichtet. Entsprechend dem zu deckenden lebensnotwendigen Trinkwasserbedarf für die Bevölkerung verteilen sich die Notbrunnen auf die im Tal der Ahr gelegenen beiden Kernorte Ahrweiler und Bad Neuenahr sowie die unter- bzw. oberhalb der Kernstadt gelegenen Stadtteile Heimersheim und Walporzheim (Bild 1).

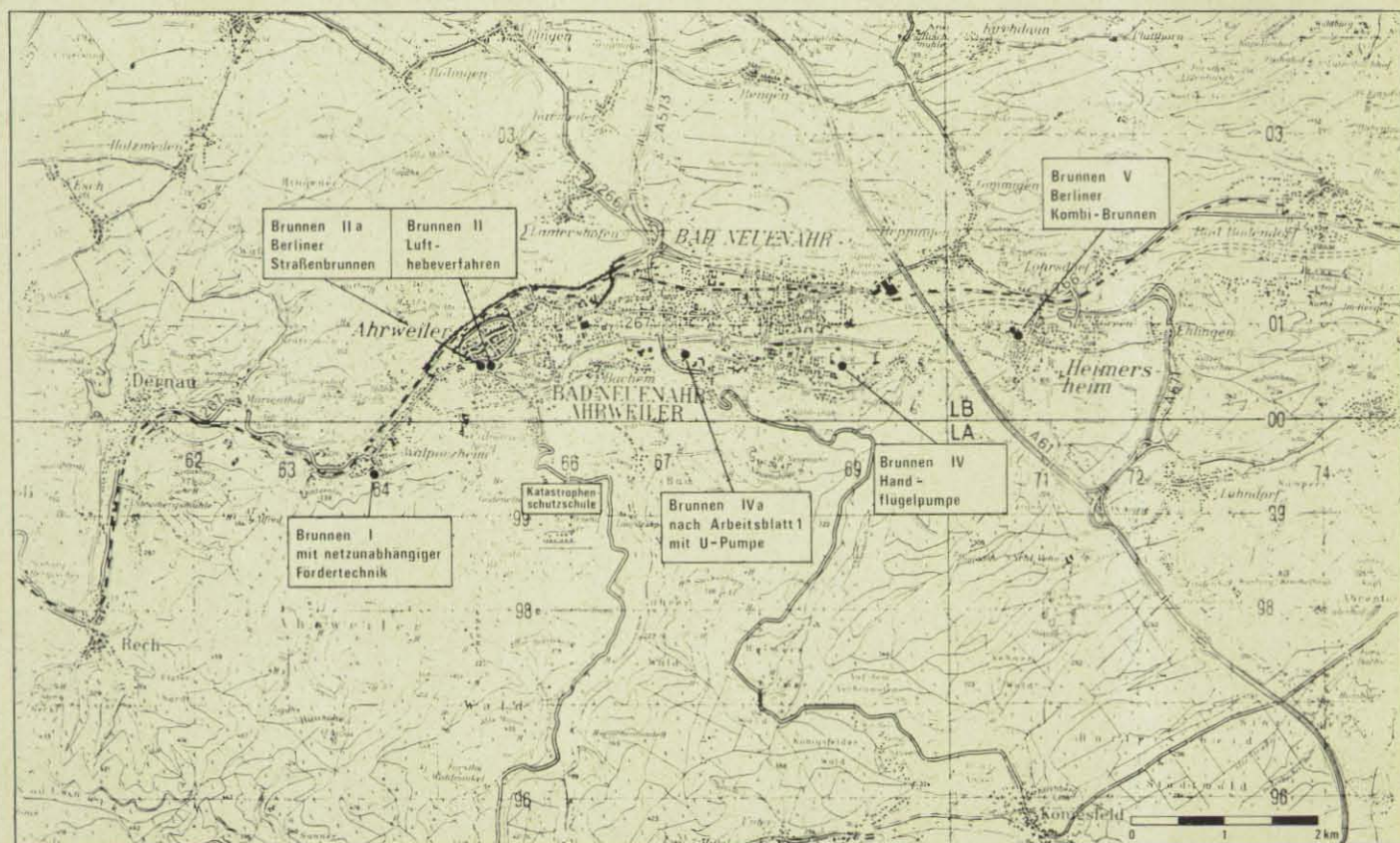


Bild 1: Standorte der in Bad Neuenahr-Ahrweiler errichteten Trinkwasser-Notbrunnen mit verschiedenartigen Grundwasserfördereinrichtungen.

Die Standorte der Notbrunnen wurden nach einem Gutachten des Geologischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und aufgrund der vorhandenen städtischen Bebauung nach zivilschutztaktischen Gesichtspunkten festgelegt.

Die Brunnenbohrungen wurden in den von der Ahr abgelagerten, von Grundwasser durchflossenen Kiesen, Sanden und Schottern niedergebracht, die auf dem devonischen Felsgestein des Rheinischen

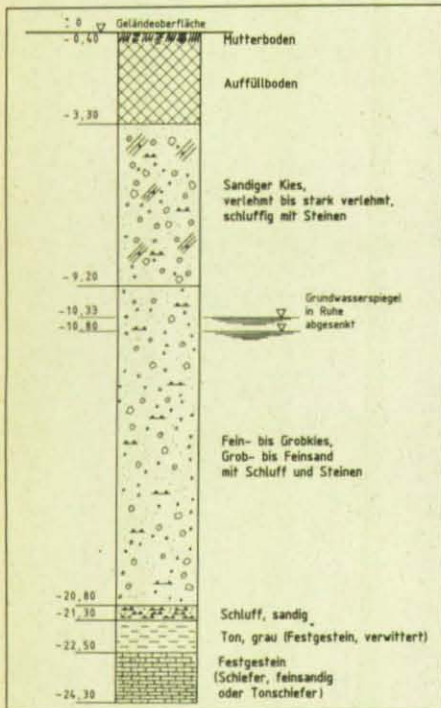


Bild 2: Typisches Bohrprofil eines Trinkwasser-Notbrunnens in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Schiefergebirges aufliegen (Bild 2). Da die Mächtigkeit der grundwasserführenden Schichten und deren Durchlässigkeit bei den bis zu maximal rund 7 km voneinander entfernten Brunnenstandorten erheblich abweichen, ergaben sich bei den Pumpversuchen große Unterschiede in der zu fördernden Grundwassermenge (zwischen etwa $3,5 \text{ m}^3/\text{h}$ bis zu $36 \text{ m}^3/\text{h}$) und in der Absenktiefe des Grundwasserspiegels (zwischen ca. 0,20 m und 4,0 m). Neben dem recht ungleichförmigen Aufbau der zu durchteufenden Bodenschichten (teilweise Gerölle und Steine) bereiteten auch Hindernisse in Gestalt alter Mauerreste und unterirdischer Kanäle beim Niederbringen der Bohrungen erhebliche Schwierigkeiten.

Alternative Fördereinrichtungen

Die Trinkwasser-Notbrunnen wurden auch im Hinblick auf die beabsichtigte Demonstration anlässlich der in der Katastrophenschutzschule des Bundes stattfindenden Fachseminare unter Berücksichtigung der bei den Pumpversuchen festgestellten

Grundwasserförderströme mit verschiedenartigen Wasserfördereinrichtungen ausgestattet. Dabei lag der Schwerpunkt auf alternativen Wasserförderanlagen, die im Gegensatz zu den ursprünglichen Regelbrunnen zur Trinkwasser-Notversorgung, ausgerüstet mit einer durch Elektroenergie aus dem öffentlichen Stromnetz gespeisten Unterwassermotorpumpe, netzunabhängig betrieben werden können. Seit Ausführung des als Arbeitsblatt 1 in 3. Auflage durch das Bundesministerium des Innern im Dezember 1975 eingeführten Regelbrunnens mit der an das öffentliche Stromnetz angeschlossenen elektrischen Unterwassermotorpumpe [3] standen die Entwicklung und Erprobung alternativer, also netzunabhängiger Fördereinrichtungen im Mittelpunkt der Bemühungen des Bundesinnenministeriums in Zusammenarbeit mit Behörden des Zivil- und Katastrophenschutzes, Wasserversorgungsunternehmen, Hochschulinstituten und Ingenieurbüros. Hierfür waren im Hinblick auf die für nur kurze und seltene Einsatzfälle unter außergewöhnlichen Bedingungen vorzuhaltenden Trinkwasser-Notbrunnen folgende Gesichtspunkte maßgebend:

- Antrieb unabhängig von der öffentlichen Energieversorgung durch möglichst weitverbreitete, universell einsetzbare und einfach zu bedienende Aggregate,
- möglichst keine beweglichen Teile im Notbrunnen unterhalb des Grundwasserspiegels,
- sofortige Gebrauchsfähigkeit auch nach langer Betriebsruhe,
- möglichst unterhaltungs- und wartungsarme Konstruktion,
- einfache und gefahrlose Bedienung auch durch nicht speziell ausgebildetes und kurz einzuweisendes Personal,
- möglichst lange Lebensdauer und Betriebsfähigkeit,
- Möglichkeit zur Regelung der geförderten Wassermenge in Abhängigkeit vom schwankenden Bedarf,
- möglichst geringe Baukosten, sowie schließlich
- robuste und insbesondere bei seltenem Einsatz und unter Notstandsbedingungen betriebssichere Fördereinrichtungen.

Die seither speziell für die Bedingungen der Trinkwasser-Notversorgung entwickelten und in Ergänzung der Regelentwürfe für Trinkwasser-Notbrunnen mit weiteren Arbeitsblättern eingeführten Wasserfördereinrichtungen, wie das Lufthebeverfahren, die Wasserstrahlpumpe, der Berliner Straßenbrunnen und Kombi-Brunnen, erfüllen diese Anforderungen [4-6]. Sie wurden beim Notbrunnen-Programm in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler angewen-

det; die Anlagen werden den Teilnehmern an den Fachseminaren für Trinkwasser-Notversorgung an der Katastrophenschutzschule im praktischen Betrieb vorgeführt.

Handpumpen

Die einfachste Form der Förderung von Grundwasser stellen die allein durch menschliche Muskelkraft betätigten Handpumpen dar. Bild 3 zeigt den gußeisernen Ständer einer Handschwengelpumpe aus der „guten alten Zeit“, wie sie als Druck- oder Saugpumpe unter geeigneten Bedingungen bereits im Arbeitsblatt 1 für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung vorgesehen ist und heute wieder im Zeichen der Nostalgie zur Verschönerung von Hausgärten dient. Eine solche Pumpe konnte – gewissermaßen außerhalb des offiziellen Programms – von den Teilnehmern des Seminars im Weinort Heimersheim, einem Stadtteil von Bad Neuenahr-Ahrweiler, be-sichtigt werden. Die in Bild 4a betriebsbe-



Bild 3: Gußeiserne Handschwengelpumpe.



Bild 4a: Betriebsbereit montierte Handflügelpumpe.

reit montierte transportable Handflügelpumpe nach Arbeitsblatt 1 ist im Rahmen des Trinkwasser-Notversorgungsprogramms in der zum Gartenschwimmbad Bad Neuenahr gehörenden Parkanlage errichtet worden. Sie wird nach Abheben des im Bild 4b sichtbaren, unter der geöffneten ovalen Straßenkappe mit vier Schrauben befestigten Schutzdeckels auf dem Brunnenrohr befestigt. Die mit einem kurzen Standrohr verschraubte Handflügelpumpe (Bild 4a) liefert eine Wassermenge von 40 l/min, das sind etwa 2,4 m³/h.

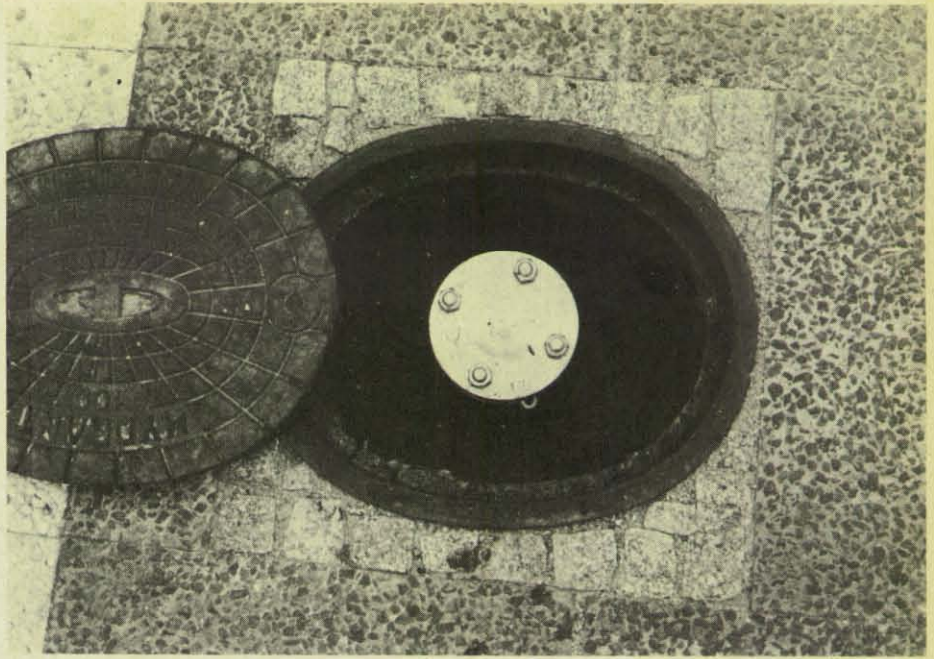


Bild 4b: Geöffnete Straßenkappe mit lösbarem Abschlußdeckel zur Montage von Standrohr und Handflügelpumpe an der Brunnenleitung.

Berliner Straßenbrunnen

Auf Bild 5 betätigt ein Seminarteilnehmer den Handschwengel des am Rand eines Spielplatzes zwischen der Stadtmauer von Ahrweiler und der Ahr errichteten Berliner Straßenbrunnens. Die Trinkwasser-Notversorgung in Berlin-West ist auf dieser Wasserförderart aufgebaut. Die in der Regel auf den öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt, und zwar im Bereich der Gehwege in einem Abstand von etwa 0,50 m von der Bordsteinkante angeordneten Brunnen besitzen hier eine lange Tradition. Sie liefern bereits vor dem Bau der öffentlichen Versorgung in Berlin das Trinkwasser für die Bevölkerung und das Vieh. Auch nach Einrichtung der öffentlichen Trinkwasserversorgung in der Großstadt Berlin dienen die Straßenbrunnen ergänzend zur Löschwasserversorgung und vor der Motorisierung zum Pferdetränken.



Bild 5: Berliner Straßenbrunnen (Handständerpumpe) mit Frosthahneinrichtung und Bodenablauf für Überschußwasser.

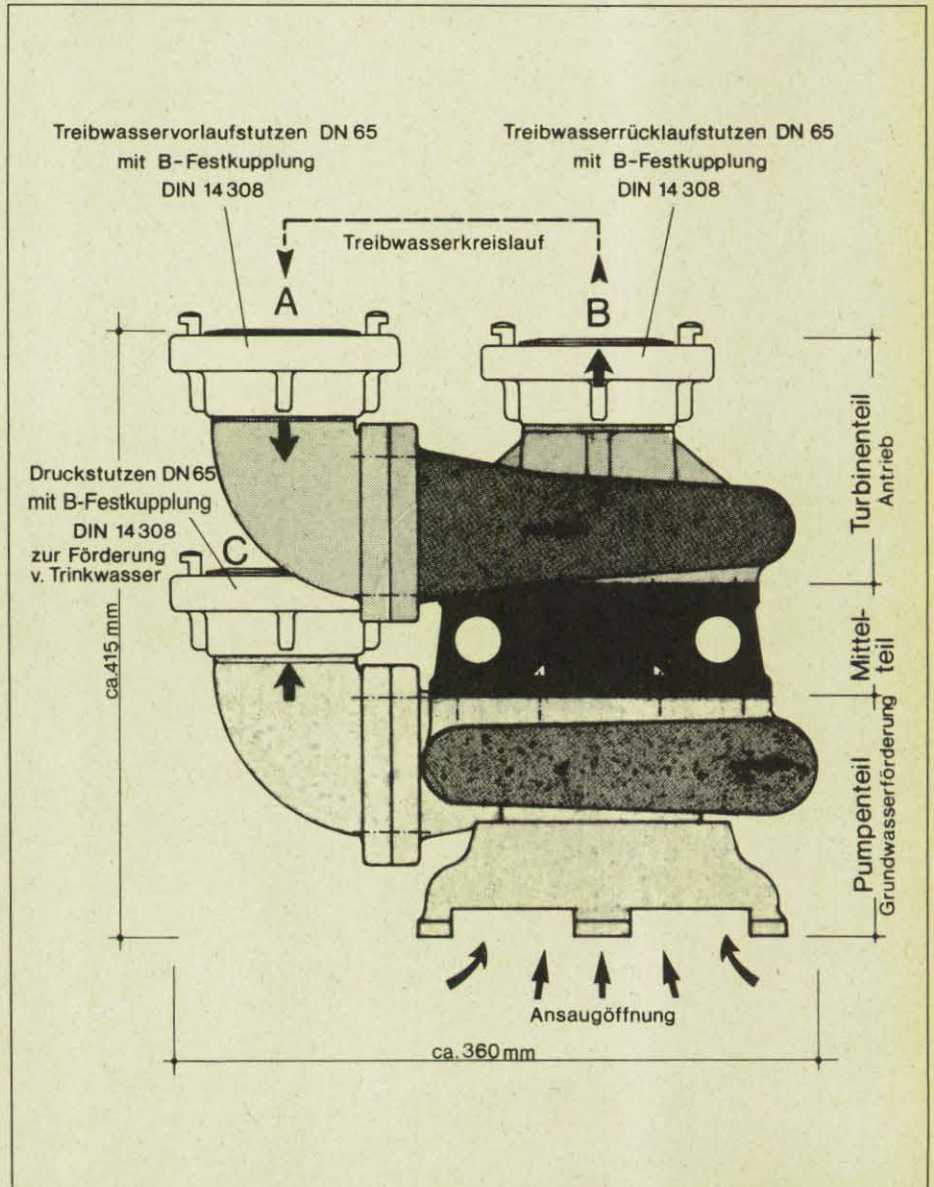


Bild 6a: Ansicht der im Berliner Kombi-Brunnen installierten Turbinentauchpumpe.



Bild 6b: Berliner Kombi-Brunnen: Blick in den geöffneten Brunnenschacht mit den am Brunnenkopf angekuppelten B-Druckschläuchen für Treibwasserkreislauf und Trinkwasserförderung.

etwa 2,8 Mio. in den Trümmern der Stadt zurückgebliebenen Einwohner undenkbar gewesen [4]. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1982 stehen in Berlin-West rund 1380 Straßenbrunnen, über deren Ausführung vom Bundesministerium des Innern im Dezember 1981 das Arbeitsblatt 5 in 2. Fassung eingeführt worden ist, mit einem Wasserförderstrom von je rund 1,5 m³/h bei einer Förderhöhe von etwa 35 m zur Verfügung.

Berliner Kombi-Brunnen

Für größere Wasserförderströme ist von einer beim Senator für Bau- und Wohnungswesen Berlin tätigen Arbeitsgruppe für Fragen der Trinkwasser-Notversorgung in Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr der leistungsfähigere sogenannte „Berliner Kombi-Brunnen“ entwickelt und erprobt worden. Ein solcher Brunnen wurde im Rahmen des Trinkwasser-Notversorgungsprogramms auch im Stadtteil Heimersheim niedergebracht.

Das Kernstück des Berliner Kombi-Brunnens bildet die im Brunnenrohr unterhalb des Grundwasserspiegels installierte Turbinentauchpumpe, deren Ansicht Bild 6a zeigt, ein sehr kompaktes Aggregat aus nichtrostendem Stahl oder seewasserbeständiger Leichtmetall-Legierung mit einem Gewicht von nur ca. 12 kg [4]. Bild 6b vermittelt einen Blick in den geöffneten Brunnenschacht mit den am Brunnenkopf angekuppelten B-Druckschläuchen für den Treibwasserkreislauf, durch die das Druckwasser zum Antrieb der Turbinentauchpumpe von einer Feuerlösch-Kreiselpumpe gefördert wird. Die Bewegungsenergie der Turbine wird über die im Mittelteil des Aggregates befindliche Verbindungswelle auf die starr gekuppelte Pumpe übertragen, mit der das Trinkwasser über den in Bild 6b links sichtbaren Druckschlauch an die Geländeoberfläche gehoben wird. Aus dem in Bild 6c dargestellten Aufstellungsschema wird der Betrieb des Berliner Kombi-Brunnens unter Einsatz eines normgerechten Tanklöschfahrzeuges (TLF) mit betriebsfertig montierten B-Druckschläuchen für Treib- und Trinkwasser.

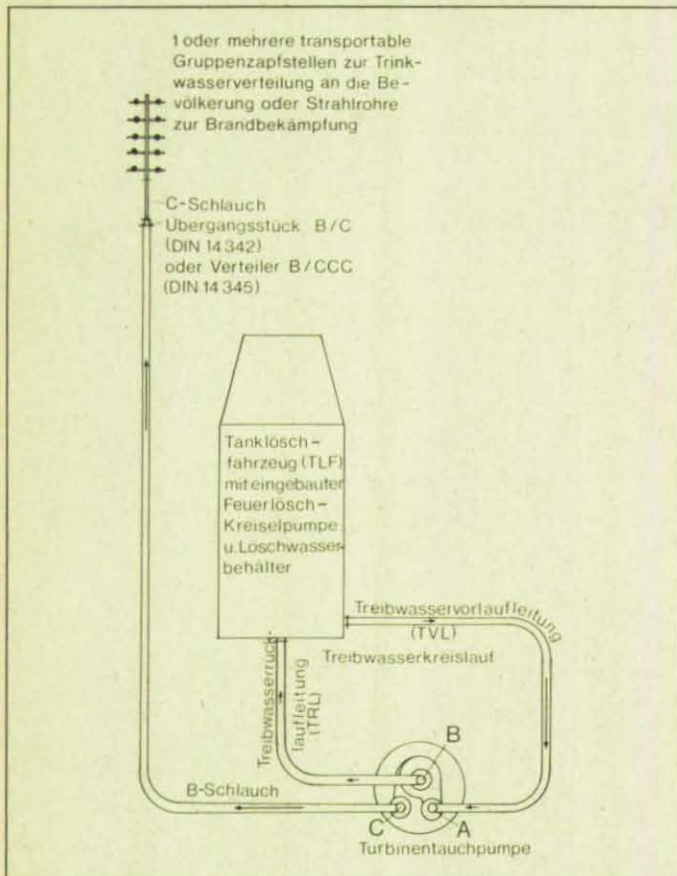


Bild 6c: Trinkwasser-Notversorgung mit Berliner Kombi-Brunnen: Aufstellungsschema der Trinkwasserförder-einrichtung über Flur bei Einsatz eines Tanklöschfahrzeuges (TLF) mit eingebauter, vom Fahrzeugmotor angetriebener Feuerlösch-Kreiselpumpe und Löschwasserbehälter (Nutzinhalt: ca. 2500 l), B-Druckschläuchen zum Anschluß von einer oder mehreren Gruppenzapfstellen zur Verteilung von Trinkwasser bzw. mehrerer Strahlrohre zur Brandbekämpfung.

Sie haben sich besonders während und am Ende des 2. Weltkrieges bei der Notversorgung der Bevölkerung in der von ständigen Bombenangriffen heimgesuchten und noch in den letzten Kriegswochen zur Festung erklärten, heftig umkämpften ehemaligen Reichshauptstadt ausgezeichnet bewährt. Ohne diese Straßenbrunnen wäre ein Überleben der



Bild 6d: Trinkwasser-Notversorgung mit Berliner Kombi-Brunnen: Tanklöschfahrzeug (TLF) mit betriebsfertig montierten B-Druckschläuchen für Treib- und Trinkwasser.

Trinkwasser-Notbrunnen nach dem Lufthebeverfahren

Im Stadtteil Ahrweiler steht auch ein Trinkwasser-Notbrunnen mit einer nach dem

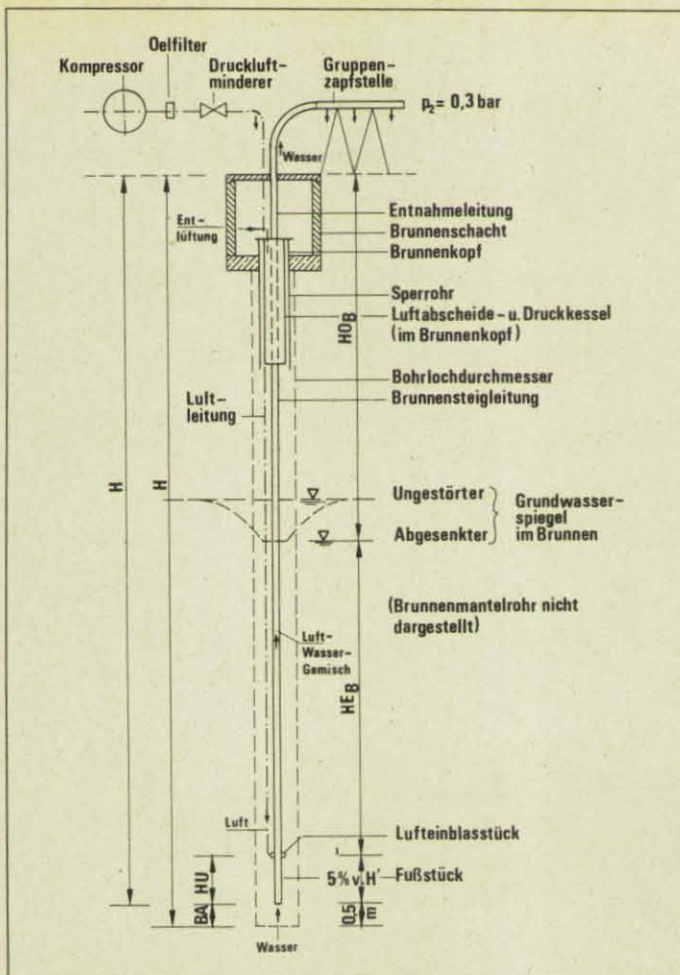


Bild 7a (links): Schematischer Schnitt durch einen Trinkwasser-Notbrunnen nach dem Lufthebeverfahren mit über Flur aufgestelltem Kompressor und Gruppenzapfstelle.

Neuer Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Stromversorgung

Das besondere Interesse der Seminarteilnehmer galt dem gerade erst im Januar dieses Jahres vom Bundesministerium des Innern als Arbeitsblatt 10 mit zunächst noch vorläufigen Richtlinien eingeführten Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Stromversorgung. Dieser kostengünstige und leicht zu handhabende Notbrunnen-Typ stellt das letzte Ergebnis der bisherigen Entwicklungsarbeit auf diesem Gebiet dar [7]. Er ist mit einer elektrischen

Bild 7b (unten): Fahrbarer Baukompressor, schalldämmend, zum Betrieb des Lufthebebrunnens.



Lufthebeverfahren arbeitenden Fördereinrichtung, worüber seinerzeit bei Einführung der 2. Fassung von Arbeitsblatt 4 im Juli 1981 durch das Bundesministerium des Innern im Zivilschutz-Magazin berichtet worden ist [5]. Hier wird durch Einblasen von Druckluft, erzeugt von einem am Brunnen aufgestellten fahrbaren Kompressor, nach dem in der Technik bekannten und in Bild 7a dargestellten Prinzip der Mampumpen ein im Gegensatz zum Grundwasser der Brunnenumgebung leichteres Luft-Wasser-Gemisch erzeugt und aufgrund des entstehenden Auftriebs gefördert.

Die Druckluft liefert ein handelsüblicher Einachs-Kompressor, wie er vielfach in der gewerblichen sowie Versorgungswirtschaft vorhanden ist und zum Betrieb von Trinkwasser-Notbrunnen geordert werden kann (Bild 7b). Die nach Öffnen des Brunnen-schachtes sehr leicht anzuschließenden Schläuche für die Luftzufuhr, zum Wiederabscheiden der Luft in einem Kessel innerhalb des Brunnen-schachtes sowie für das geförderte und in der Gruppenzapfstelle zu verteilende Grundwasser zeigt Bild 7c. In Bild 7d ist ein Teilstück der Druckluftleitung vom Kompressor zum Lufthebebrunnen (mit den darin eingebauten Armaturen, und zwar in Strömungsrichtung von links nach rechts: Druckmanometer, Filter zur Rückhaltung von Ölspuren in der Druckluft sowie Druckregelventil) dargestellt.

Bild 7c: Trinkwasser-Notversorgung nach dem Lufthebeverfahren: Blick in den geöffneten Brunnen-schacht mit betriebsfertig installierten Druckschläuchen für Druckluft vom Kompressor, Entlüftungsleitung mit Ventil vom Luftabscheider- und Druckkessel (siehe Bild 7a) und zur Förderung von Trinkwasser.

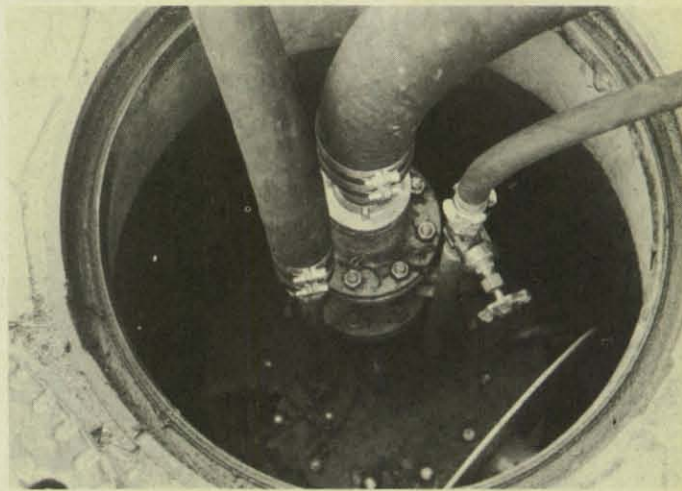
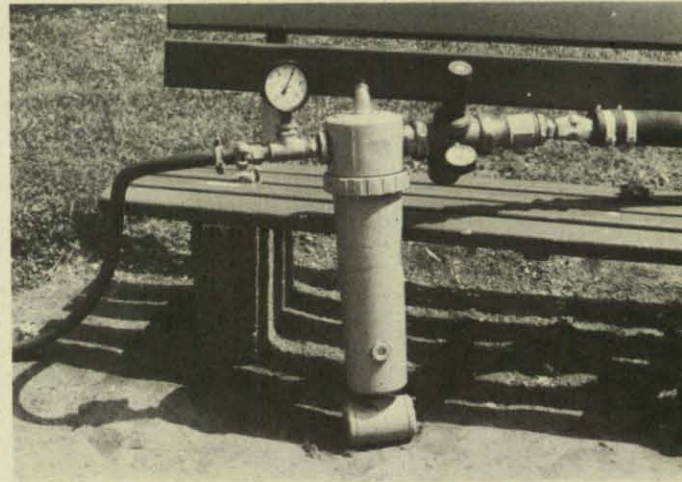


Bild 7d: Trinkwasser-Notversorgung nach dem Lufthebeverfahren: Armaturen in der Druckluftleitung vom Kompressor zum Brunnen, in Strömungsrichtung von links nach rechts: Druckmanometer, Ölfilter und Druckregelventil.



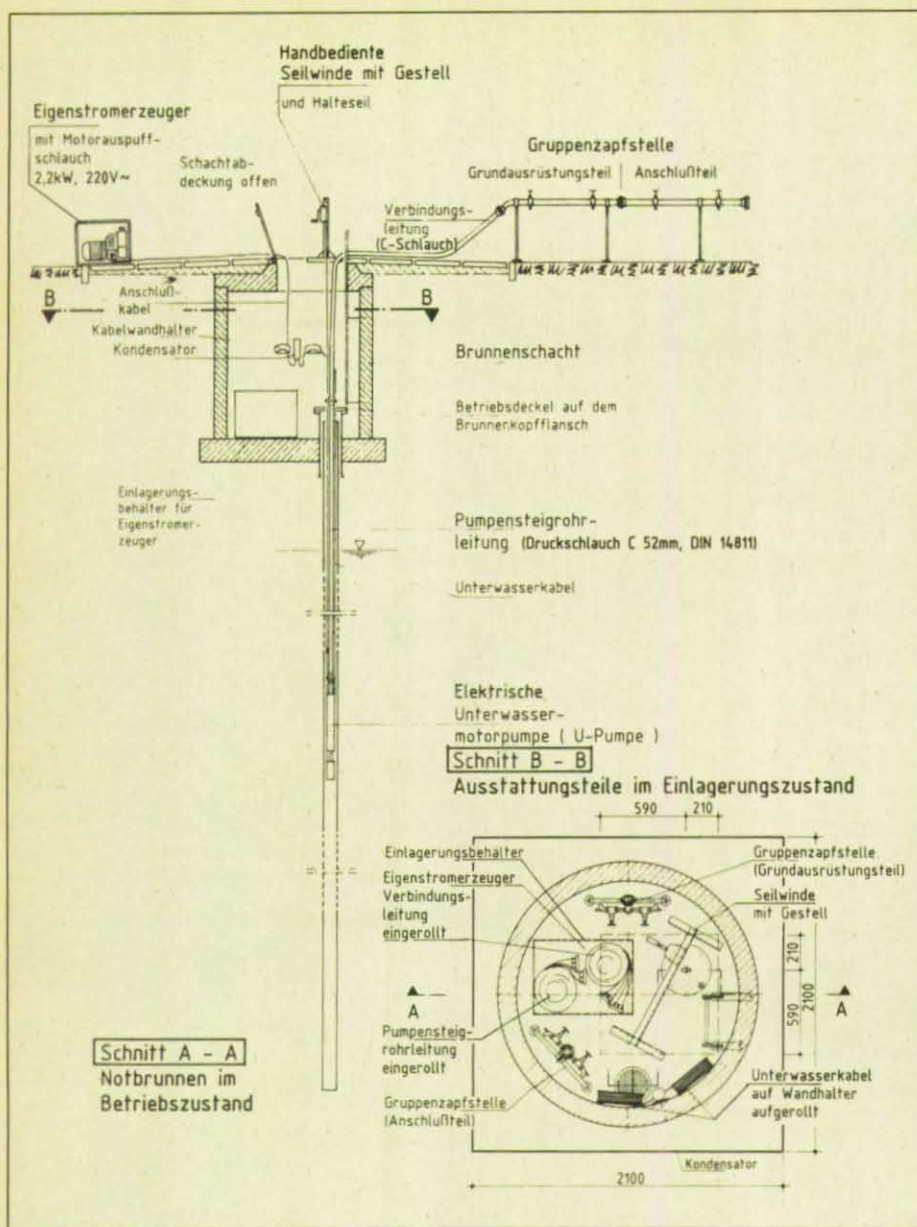


Bild 8b: Trinkwasser-Notbrunnen, ausgerüstet mit einer vom öffentlichen Stromnetz unabhängigen elektrischen Unterwassermotorpumpe und im Brunnenschacht eingelagerten Ausstattungsteilen, wie transportabler Eigenstromerzeuger, Druckschläuche zur Trinkwasserförderung, Unterwasserkabel, Handseilwinde mit Gestell, Gruppenzapfstelle zur Wasserverteilung an die notzuversorgende Bevölkerung (Schnittzeichnungen).



Unterwassermotorpumpe mit einem Wasserförderstrom von höchstens $6 \text{ m}^3/\text{h}$ bei einer Gesamtförderrhöhe von bis zu ca. 40 m ausgerüstet.

Die Elektroenergie liefert ein handelsüblicher transportabler Eigenstromerzeuger mit einem Verbrennungsmotor mit einer Nennleistung von 3,3 kW und einer Generatornennleistung Wechselstrom (50 Hz) 2 kVA/2,7 kW, wie er auch bei den Katastrophenschutzorganisationen vielfältig eingesetzt wird. Im Betrieb steht er über Flur neben dem Brunnen (Bild 8a). Ein Anschluß an das öffentliche Stromversorgungsnetz ist nicht vorgesehen. Der in einen Kunststoffbehälter eingelagerte Stromerzeuger und die übrigen zum Betrieb des Notbrunnens notwendigen beweglichen Ausstattungsteile, die Pumpensteigrohrleitung, Unterwasserkabel, Handseilwinde und Gruppenzapfstelle zur Wasserverteilung an die notzuversorgende Bevölkerung, sind in Betriebsruhe unter Flur im gesicherten Brunnenschacht untergebracht (Bild 8b). Bild 8c zeigt die Schachtabdeckung mit der aufgeklappten Schachtabdeckung und der auf der Innenseite zur Information für das Betriebspersonal befestigten Bestandsliste der Ausstattungsteile sowie Bedienungsanweisung zur Inbetriebnahme. Davor ist die auf dem Rahmen der Brunnenschachtabdeckung installierte Handseilwinde mit Halteseil zum Ablassen und Ziehen der Unterwassermotorpumpe sowie Steigrohrleitung und -kabel in Betriebsstellung zu sehen. Auf Bild 9 ist die für den neuen Notbrunnen speziell abgewandelte Gruppenzapfstelle zur Wasserverteilung zu erkennen.

Die bei der Vorführung des neuen Notbrunnens mit den in der Praxis stehenden Seminarnehmern geführten Diskussionen waren im Hinblick auf die geplante Ergänzung und Überarbeitung des Arbeitsblattes 10 aufschlußreich.

Schlußfolgerung

Wie auch die Vorführung gezeigt hat, stehen nunmehr für die unterschiedlichsten Bedingungen und in der Praxis der Trinkwasser-Notversorgung zu lösenden Be-

Bild 8a (unten links): Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Stromversorgung: Über Flur aufgestellter Eigenstromerzeuger mit aufsetzbarem Behälter für Betriebsstoffgemisch.

Bild 8c (unten rechts): Trinkwasser-Notbrunnen mit netzunabhängiger Stromversorgung: Geöffneter Brunnenschacht mit aufgeklappter Schachtabdeckung, an der Innenseite befestigter Bestandsliste der Ausstattungsteile sowie Bedienungsanweisung zur Inbetriebnahme, davor auf dem Stahlrahmen der Schachtabdeckung montierte Handseilwinde mit Halteseil zum Ablassen und Ziehen der Unterwassermotorpumpe mit Steigrohrleitung und Unterwasserkabel.

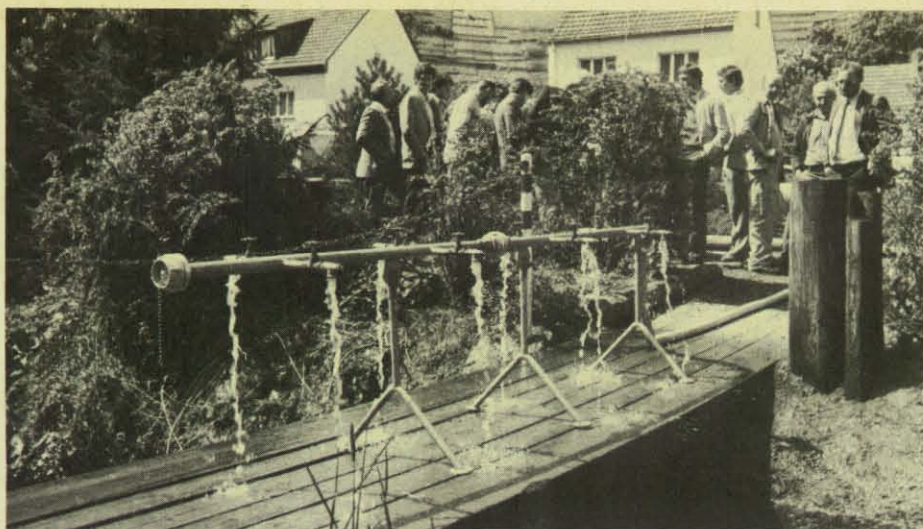


Bild 9: Neue Gruppenzapfstelle zur Verteilung des Trinkwassers an die notzuversorgende Bevölkerung in Betrieb.

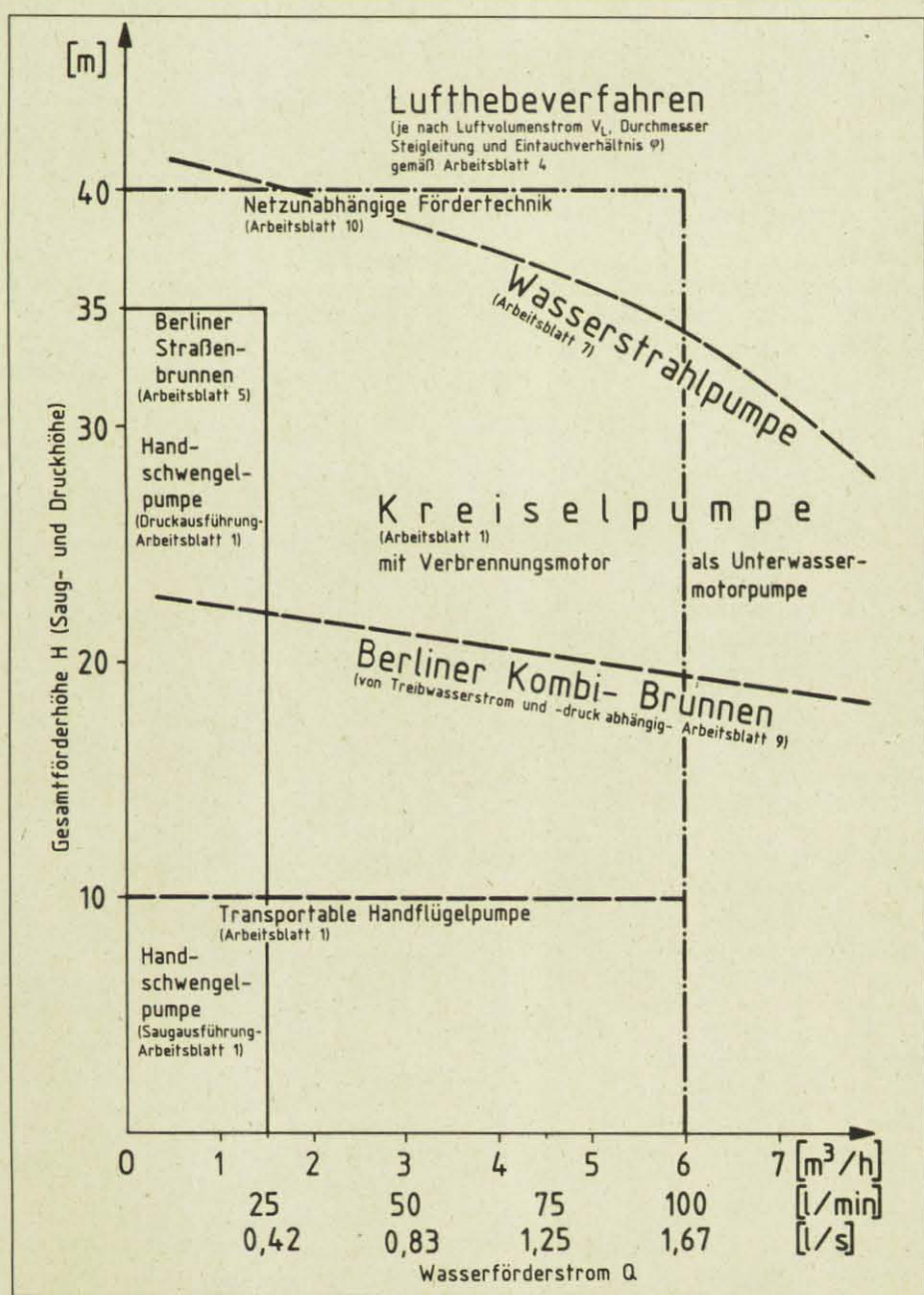


Bild 10: Ungefähre Einsatzbereiche der Trinkwasser-Notbrunnen mit verschiedenen Fördereinrichtungen.

(Fotos: Kurt Hilberath, Foto-Filmstelle, Technisches Hilfswerk [Nr. 3, 4a, b, 5, 6b, d, 7b-d, 8a, c, 9])

darfsfälle geeignete Wasserfördereinrichtungen, vor allem auch unabhängig von der öffentlichen Stromversorgung, zur Verfügung. Die ungefähren Einsatzbereiche der verschiedenen Fördereinrichtungen können Bild 10 entnommen werden [8].

Die Vorführung der verschiedenen Trinkwasser-Notbrunnen bei den in der Katastrophenschutzschule des Bundes stattfindenden Fachseminaren hat sich bewährt und soll zu einer ständigen Einrichtung werden.

Literaturverzeichnis

[1] Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz - WasSG) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 1225 ber. 1817), zuletzt geändert durch Artikel 70 des Einführungs-gesetzes zur Abgabenordnung 1977 vom 14. 12. 1976 (BGBl. I S. 3341, 3374)

[2] Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. Was-SV) vom 31. 3. 1970 (BGBl. I S. 357)

Zweite Wassersicherstellungsverordnung (2. Was-SV) vom 11. 9. 1973 (BGBl. I S. 1313), geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Zweiten Wassersicherstellungsverordnung vom 25. 4. 1978 (BGBl. I S. 583)

Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes - Planung von Vorsorgemaßnahmen nach § 4 des Wassersicherstellungsgesetzes (1. WasSGVwv) vom 10. 2. 1971 (Bundesanzeiger Nr. 38 vom 25. 2. 1971)

Allgemeine, haushaltsrechtliche und technische Auflagen zu den Einzelaufträgen für die Durchführung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen - Neufassung, eingeführt durch den Bundesminister des Innern mit Rundschreiben Nr. 65 vom 1. 7. 1982 - ZV 5 - 527 023/8 -

Abgedruckt und erläutert in:

Roeber/Such/Hampel/Keil: Wassersicherstellungsgesetz, Band II: Leitfaden für den Praktiker. Ergänzbare Loseblattsammlung in 2 Ringordnern. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm GmbH & Co. KG, 8000 München 80

[3] Hampel, W.: Das Wassersicherstellungsgesetz - Grundlagen - Durchführung - Bilanzen (1. u. 2. Teil). ZS-MAGAZIN, Heft 10 u. 11/1976

[4] Such, W. u. Hampel, W.: Trinkwasser-Notversorgung nach Berliner Erfahrungen - Bewährtes und interessante Entwicklungen in neuen Arbeitsblättern des Bundesinnenministeriums. ZS-MAGAZIN, Heft 2/1982

[5] Such, W. u. Hampel, W.: Lufthebeverfahren - Fördereinrichtung bei Trinkwasser-Notbrunnen, unabhängig von Elektroenergie. ZS-MAGAZIN, Heft 10/1978

[6] Such, W. u. Hampel, W.: Wartung der Trinkwasser-Notbrunnen in der Praxis: Damit das kostbare Naß jederzeit fließen kann - Richtlinien für Notbrunnen-Wartung vom Bundesinnenministerium neugefaßt - Übernahme von Wartungsarbeiten durch das THW nach Modellversuch? ZS-MAGAZIN, Nr. 6/1980

[7] Such, W. u. Bertel, B.: Neuer Brunnentyp zur Trinkwasser-Notversorgung in Erprobung: Notbrunnen - vom Stromnetz unabhängig. Ausrüstung mit Unterwassermotorpumpe und Eigenstromerzeuger - Kostenersparnis und einfacher Betrieb. ZS-MAGAZIN, Nr. 4/1983

[8] Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz - Materialien für die Teilnehmer an Fachseminaren an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler. April 1983

Motivation zum „Aktiven Selbstschutz“ steht im Vordergrund

Mit Kerninformationen und Zielgruppenarbeit will der BVS Vorbehalte gegenüber dem Zivildschutz abbauen

Die Konkurrenz ist groß: Institutionen, Vereine, Verbände und Organisationen betreiben in verstärktem Maße Öffentlichkeitsarbeit, häufig als „Public Relations (PR)“ bezeichnet.

Die dafür eingesetzten Medien werden immer attraktiver, die Methoden immer ausgetüftelter. Ob jede Verbesserung auch eine Steigerung des Erfolgs mit sich bringt, soll dahingestellt bleiben. Zweifellos muß der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), zu dessen Aufgaben u. a. die Öffentlichkeitsarbeit für den Zivil- und Selbstschutz gehört, in dem immer lauter werdenden PR-Konzert versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Zumindest muß eine Öffentlichkeitsarbeit den Qualitätsstandard haben, den die Bürger auch in anderen Bereichen gewöhnt sind. Daher mußte die Öffentlichkeitsarbeit neu konzipiert werden. Da jedoch die Finanzmittel ebenso begrenzt sind wie die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung für die Themen des Zivildschutzes, muß sich der BVS in seinen Aussagen auf wenige wichtige Kerninformationen konzentrieren.

Als ein weiteres Problem stellt sich die Zielgruppenarbeit. Wer es mit der Themenauswahl und der Form seiner Aussagen allen recht machen will, wird im Endeffekt niemanden aus dem Sessel reißen. Darum sieht das neue Konzept in allen Bereichen – Informationsveranstaltungen, Ausstellungen usw. – eine stark zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit vor. Das schließt natürlich nicht aus, daß es auch in Zukunft immer einige Informationsträger geben wird, z. B. die Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“, die auf die „allgemeine“ Öffentlichkeit zugeschnitten ist. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, den Bürger zu einem „Aktiven Selbstschutz“ zu motivieren; dazu müssen Vorbehalte gegenüber dem Zivildschutz abgebaut und die Initiative zu Vorsorge und Eigenhilfe geweckt werden.

Vorbehalte gegenüber dem Zivildschutz kommen nicht von ungefähr, sondern aus neuen ideologischen Gruppierungen, mit denen der BVS konfrontiert wird. Das politische Umfeld ist komplizierter geworden; die Mitarbeiter des BVS haben mit ihrem Auftrag darin zu bestehen. Und das funktioniert nur, wenn sie in der Lage sind, mit dem Instrumentarium der Öffentlichkeitsarbeit umzugehen.

Sympathisanten der Friedensbewegung werfen den im Zivildschutz Aktiven vor, Kriegsvorbereitungen zu betreiben. Diesen Argumenten müssen ebenfalls Argumente entgegengesetzt werden – Argumente, die klar in ihrer Aussage sind, und die die Zielgruppen ansprechen. Nur so können Mißdeutungen abgebaut werden. Dabei muß der BVS seine Glaubwürdigkeit behalten: Er kann zum Beispiel die Möglichkeiten des Selbstschutzes aufzeigen, muß aber auch seine Grenzen deutlich machen. Er muß immer wieder herausstellen, daß es gegen den gezielten Einsatz moderner Angriffswaffen keinen absoluten Schutz gibt und daß alle Schutzmaßnahmen die Überlebenschance nur erhöhen können.

Die Konzentration auf Kernaussagen, die Ausrichtung der Aussagen auf Zielgruppen und jedes Vermeiden einer Verniedlichung sind somit die wichtigsten Leitgedanken, von denen die Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit des BVS geprägt ist.

I. Die Neukonzeption der Öffentlichkeitsarbeit

1. Ausstellung

Das Ausstellungswesen war bisher auf drei Ziele gerichtet: auf Repräsentation, Vertrauenswerbung für Maßnahmen des Zivildschutzes und auf Motivation. Je nach Ausstellung und Einsatz hatten diese Ziele unterschiedliche Prioritäten. Um zwei extreme Beispiele zu nennen: Eine kleine Tafelausstellung, die mit großem Aufwand und prominenten Gästen in einer Sparkasse eröffnet wurde, diente sicher vornehmlich der Repräsentation und der Kontaktpflege, während eine vergleichsweise große und technisch raffinierte Ausstellung wie „Schutzraum – Konstruktion und Nutzung“ auf Messen in erster Linie als Informationsmedium für Architekten diente.

Auch hinsichtlich Umfang und Ausstattung gab es bisher eine Vielfalt, die von der schlichten Tafelausstellung bis zur audiovisuellen Schau oder dem Diorama reicht. Dabei kamen unter Umständen zentrale Themen wie „Selbstschutz im Haus“ oder

„Selbstschutz – eine Aufgabe der Gemeinde“ gegenüber Randthemen zu kurz.

In Zukunft wird die gesamte Thematik auf ca. acht Ausstellungselemente gleicher Größe aufgeteilt. Diese können in wechselnden Kombinationen, je nach Zielgruppe oder verfügbarer Ausstellungsfläche, eingesetzt werden. Die BVS-Dienststelle, die eine Ausstellung plant, wird sich vorher überlegen müssen, welche Zielgruppe sie ansprechen und welchen Schwerpunkt sie setzen will, um die entsprechende Kombination von Elementen einzusetzen.

2. Filme

Die Filme, die bisher im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom BVS eingesetzt wurden, sind weitgehend zurückgezogen worden, weil sie veraltet, überholt oder ganz einfach nicht mehr attraktiv sind. Statt dessen ist ein Motivationsfilm geplant, der dem Bürger die Einsicht in die Notwendigkeit des Zivildschutzes vermitteln und ihn so zu Aktivitäten anregen soll. Also: Die Motivation soll stärker in den Vordergrund gerückt werden als die allumfassende und eventuell eher verwirrende Information. Ein weiteres Modell der Öffentlichkeitsarbeit sind Filmspots von drei bis fünf Minuten Dauer mit Kurzinformationen für den Bürger. Der Bürger soll durch diese neuen Filmspots erst einmal einen optischen Anreiz gewinnen. Insgesamt sind acht Filmspots geplant, die thematisch den Ausstellungselementen entsprechen. Vier Spots sind bereits produziert und seit Anfang dieses Jahres im Einsatz.

3. Informationsveranstaltungen

Für die Informationsveranstaltung ist eine Konzentration auf Schwerpunkte vorgesehen. In ihr soll nicht mehr, wie in der Vergangenheit, der Versuch gemacht werden – der häufig zum Scheitern verurteilt war –, möglichst jeden Aspekt des Zivildschutzes zu behandeln und auch auf die abwegigsten Fragen eine Antwort zu wissen. In einer dem Bürger zumutbaren Zeit – nämlich in maximal einer Stunde – sollen knappe und klare Aussagen zu den wichtigsten Zivildschutzthemen getroffen werden, die in einer zweiten, sich anschließenden Stunde in einer Diskussion aufgearbeitet werden.

Für die einzelnen Themen der Informationsveranstaltungen wird ein optisch gut

gestaltetes Standardprogramm in Form eines Leitfadens entwickelt, das auch Zielgruppe und Zielsetzung zu jedem Thema vorgibt sowie Folien in der Form von Schaubildern zur Veranschaulichung enthält. Die Umsetzung der Informationsvorträge anhand des Leitfadens erfolgt dann durch den jeweiligen BVS-Mitarbeiter, der dementsprechend ausgebildet wird. Es sind insgesamt acht Grundthemen und 30 Folien für die Durchführung von Informationsveranstaltungen vorgesehen, zu denen inhaltlich wiederum die Filmspots passen. Hier soll der BVS-Mitarbeiter sich einen genauen Plan machen: Welches Thema und welche Zielgruppe werden angesprochen?

Auf die Ausstellungen, Filme und Informationsveranstaltungen wird das Zivilschutz-Magazin in weiteren Folgen noch näher eingehen.

4. Neue Ausbildungswege als Grundlage

Die Betreuung der Ausstellung, die Durchführung von Informationsveranstaltungen, das Gespräch mit dem Bürger mit dem Ziel, Vorbehalte abzubauen und ihn für den Selbstschutz zu motivieren – all das ist nur dann erfolgreich, wenn die Ausbildung der dafür vorgesehenen Mitarbeiter fundiert und auf das neue Programm abgestellt ist. Eine neue Ausbildungsform soll den Mitarbeiter des BVS dazu befähigen, über den Selbstschutz als wesentlichen Teil des Zivilschutzes im Beratungsgespräch ebenso wie in den Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit überzeugend zu informieren und zu diskutieren mit dem Ziel, seine Zuhörer zur Eigenhilfe und Vorsorge zu motivieren.

Aus diesem Grunde hat der BVS einen neuen dreiteiligen Lehrgang konzipiert, ferner einen Fortbildungslehrgang und ein Argumentationstraining. Im Zusammenhang mit der Neukonzeption wurden auch die Zielgruppen, für die die Ausbildung obligatorisch ist, neu überdacht. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Ausbildung nur insoweit vorgeschrieben wird, als sie für die Praxis tatsächlich erforderlich ist.

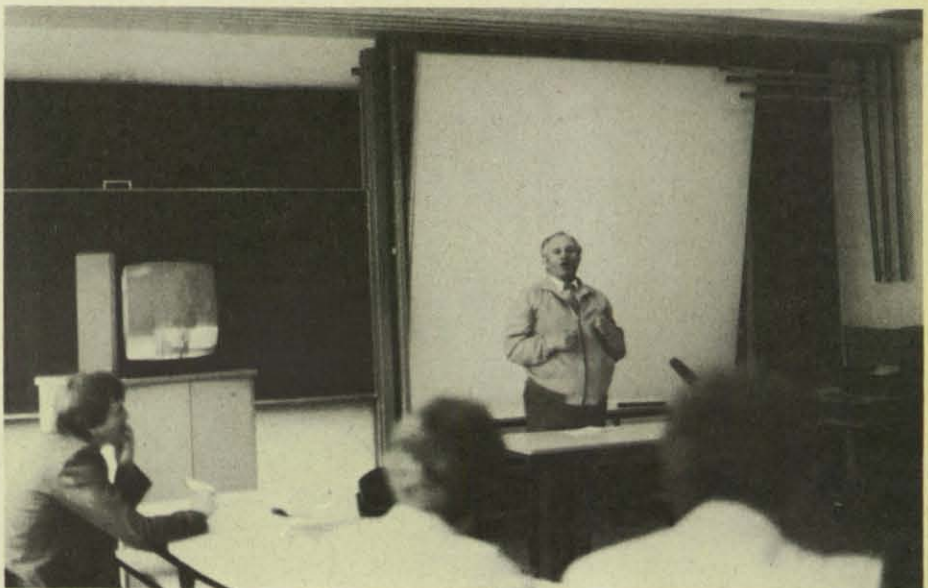
II. Die Ausbildung: Neuer dreiteiliger Lehrgang

1. Grundlagenlehrgang

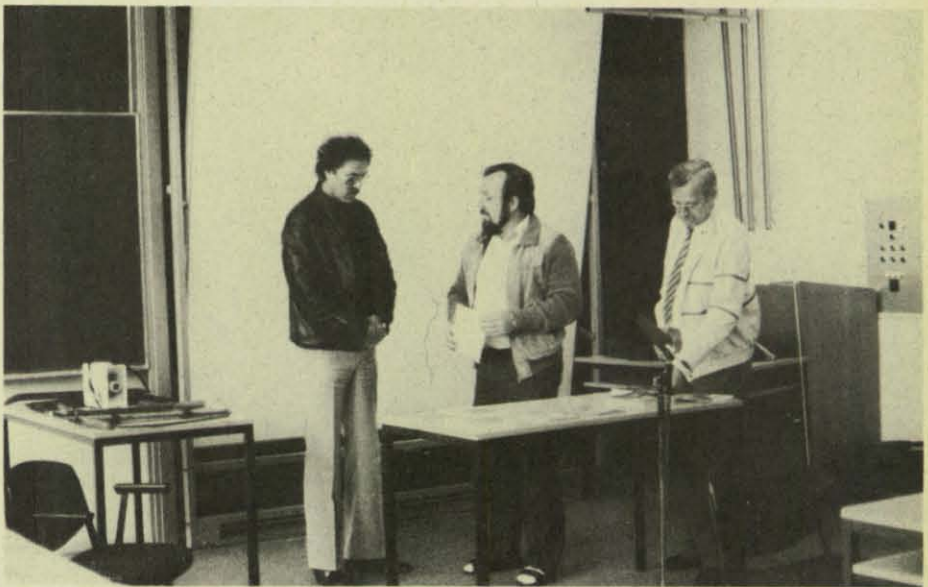
Das Ziel des Grundlagenlehrgangs läßt sich knapp umreißen: Der Teilnehmer soll in die Lage versetzt werden, in Informationsveranstaltungen sein Fachwissen glaubwürdig und überzeugend zu vermitteln sowie den Bürger zu Maßnahmen der Vorsorge und der Eigenhilfe zu motivieren.



Argumentationstraining: Die Teilnehmer notieren sich Stichworte und nicht mehr als die, denn schließlich soll die freie Rede geübt werden. Links im Bild Verwaltungsdirektor Heinz Gessert von der BVS-Bundeshauptstelle.



Die freie Rede wird geübt. Hier werden Körperhaltung, Gestik und Sprache mit Kamera und Tonträger festgehalten.



Wie werden Ausstellungen betreut? Die BVS-Mitarbeiter trainieren das Gespräch mit dem Bürger.



Schließlich geht es ins Freie. Straßenaktionen müssen gut geplant und durchdacht sein. Die neue BVS-Ausbildung wird diesem Anspruch gerecht.



Die Kamera hält jede Übung im Bild fest.



Alle Lehrgangsteilnehmer diskutieren über die Übung. Im Vordergrund (mit Brille) Georg Incze von der BVS-Bundeshauptstelle. (Fotos: Boeken)

In 28 Wochenstunden werden die insgesamt zehn Teilnehmer in der freien Rede und im Aktionstraining für die BVS-Praxis geschult. Die Redewirksamkeit und die Ausdrucksfähigkeit sollen gesteigert werden, Redehemmungen und -ängste sollen gleichzeitig abgebaut werden. Für die BVS-Praxis werden zusätzlich Straßenaktionen, wie z. B. Handzettelverteilung, öffentliche Demonstration praktischer Selbstschutzmaßnahmen, die Ausstellungsbetreuung und die Definitionen, geübt. Weiter erfahren die Teilnehmer im Grundlagenlehrgang den Aufbau eines Vortrages für eine Informationsveranstaltung, Elemente der Rhetorik, Aufbau und Logik der Ausführungen. Schon im Grundlagenlehrgang üben die Teilnehmer die Einstellung des Redners auf Vorkenntnisse, Interessenlage und die sprachlichen Voraussetzungen bestimmter Zielgruppen.

2. Aufbaulehrgang

Ebenso wie Grundlagenlehrgang, Abschluß-, Fortbildungslehrgang und Argumentationstraining findet auch der Aufbaulehrgang an der BVS-Bundesschule statt. In diesem 28stündigen Lehrgang vervollständigen die Teilnehmer – insgesamt zehn – die im Grundlagenlehrgang erworbenen Kenntnisse der freien Rede und üben, wie man in Informationsveranstaltungen auf Fragen und Einwände im Rahmen der Zivilschutz-Thematik fachlich stichhaltig und überzeugend reagiert. Neben kurzen Redeübungen, die im Grundlagenlehrgang bereits erlernt wurden, werden hier auch Grundlagen der Argumentationstechnik vermittelt: die Abwendung von Konfliktsituationen, Beilegung von Meinungsdivergenzen unter Wahrung des eigenen Standpunktes. Weiter wird das Gespräch mit dem Bürger geübt (Trainieren der Reaktion auf Einwände gegen den Zivilschutz anhand von Fragen zu Themen von grundsätzlicher Bedeutung) und ein Rollenspiel „Pressegespräch bei einer Ausstellungseröffnung“ durchgeführt. Schließlich stehen Vortragsübungen mit Themen aus dem Leitfaden für Informationsveranstaltungen und -tagungen mit Diskussion unter Vorgabe von Ziel und Zielgruppen auf dem Programm.

3. Abschlußlehrgang

Im Abschlußlehrgang, der ebenfalls 28 Stunden dauert, soll der Teilnehmer den Beweis erbringen, daß er in der Lage ist, die Tätigkeit eines Fachlehrers (V) auszuüben. Diese Befähigung wird in einer Prüfung nachgewiesen.

Im Lehrgang finden Vortragsübungen mit Diskussionen und anschließender Kritik

durch Lehrer und Teilnehmer statt. In einer Prüfung, die sich zusammensetzt aus einem 30 bis 45 Minuten langen Vortrag in freier Rede und einer etwa 15 Minuten langen anschließenden Diskussion, weist der Teilnehmer seine Befähigung zum Fachlehrer (V) nach.

4. Fortbildungslehrgang

Bedarfsorientiert soll im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit die Fortbildung mindestens alle drei Jahre durch einen einwöchigen Lehrgang erfolgen. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Methodik der freien Rede, der Diskussion und der Ausstellungsbetreuung weitgehend beherrscht wird, so daß sich diese Fortbildung – von Ausnahmen abgesehen wie zum Beispiel der Einführung neuer Ausstellungsstände oder optischer Hilfsmittel – auf die Vermittlung veränderter zivilschutz- oder verbandspolitischer Inhalte konzentrieren kann.

Notwendig erscheint diese Ausbildung für folgende Zielgruppen: Bundesschule: Leiter, Lehrer; Landesstelle: Fachgebietsleiter, Leiter einer fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung, „Redner“ bei einer FZA; BVS-Schulen: Leiter, Lehrer; Dienststellen: Leiter, „Redner“ (ea), Leiter fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle (FAASt); das sind also jene Mitarbeiter, die immer wieder mit der Öffentlichkeitsarbeit in Kontakt kommen und gegebenenfalls den gesetzlichen Auftrag des BVS auch gegen Kritiker verteidigen müssen.

5. Argumentationstraining

Aber nicht nur diese BVS-Mitarbeiter diskutieren mit der Bevölkerung. Jeder Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz wird immer wieder auf seinen Beruf angesprochen. Deshalb ist es wichtig, daß der BVS-Mitarbeiter sein Fachwissen überzeugend vermittelt und auf Fragen und Einwände gegen den Zivilschutz fachlich stichhaltig reagiert. Und dieses Können will das Argumentationstraining „Zivilschutz“ vermitteln, das all denen angeboten wird, für die die dreiwöchige neue Ausbildung nicht vorgesehen ist oder die aufgrund der Auslastung der Kapazität der Bundesschule noch eine Weile auf einen Lehrgangplatz warten müssen.

Das Argumentationstraining dauert 28 Stunden und nimmt pro Lehrgang maximal zehn Teilnehmer auf. Die Lernziele sind die Vermittlung von Grundlagen der freien Rede und das Aktionstraining für die BVS-Praxis (z. B. Straßenaktionen, Filmspots, Ausstellungen). Es soll gelernt werden, wie Konfliktsituationen abgebaut werden können und wie die grundsätzlichen Einwände gegen den Zivilschutz bzw. die Gegenar-

gumente aussehen. Ein Antiaggressions-training sowie kritische Fragen aus der BVS-Praxis und Argumente zu ihrer Beantwortung stehen in Form eines Rollenspiels ebenfalls im Lehrplan des Argumentationstrainings.

III. Grundlagen und inhaltlicher Kern der Ausbildung

1. Standardthemen, Leitfaden

Acht Standardthemen ziehen sich als roter Faden durch die Öffentlichkeitsarbeit und damit auch durch die Ausbildung. Sie werden in einem Leitfaden zusammengefaßt, der den bisherigen „BVS-Info-Dienst“ ablösen wird. Die acht Themen sind Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten; Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes; Sorge vor und lerne helfen; Der beste Schutz – ein Schutzraum; Förderung von Schutzräumen durch den Bund; Selbstschutz – eine Aufgabe der Gemeinde für die Gemeinschaft; Selbstschutz in Behörden, eine wichtige Aufgabe; Selbstschutz in Betrieben – eine Möglichkeit der Menschenführung und Schadensbekämpfung. Diese Themen sind in Informationsveranstaltungen auf Zielgruppen auszurichten.

Das Standardprogramm ist optisch gut gestaltet und thematisch durchgearbeitet. Zu jedem der acht Themen gibt es allgemeine Vorbemerkungen, die in jeder Informationsveranstaltung kurz angerissen werden müssen: eine Selbstdarstellung des BVS, Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten sowie eine kurze Erläuterung der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes. Diese allgemeinen Erläuterungen werden rund 20 Minuten der insgesamt einstündigen Vortragszeit füllen.

Insgesamt enthält der Leitfaden Einzelheiten über Art, Zielgruppen, Inhalte, Dauer und Durchführung der Veranstaltung. Die Inhaltsbeschreibung und die themenbezogenen Folien sind als verbindliche Grundlage für die Veranstaltungsdurchführung zu sehen. Die anschaulich und lebendig gestalteten Folien sind eine Mischung aus Farbfotos, Zeichnungen und Beschriftungen.

Der orangefarbene Ordner mit dem BVS-Emblem enthält im Register die acht Standardthemen, die neben der Themenbeschreibung auch eine Rubrik mit dem Stichwort „Hilfsmittel“ aufweisen. Hier können zu den einzelnen Informationseinheiten Hinweise auf Filme, Folien oder persönliche Hilfsmittel des BVS-Mitarbeiters eingetragen werden. Und immer wieder wird der BVS-Mitarbeiter darauf hingewiesen, sich auf Kernaussagen zu konzentrie-

ren und unnötiges Beiwerk wegzulassen. So stehen z. B. zwischendurch die Anmerkungen „Thema nicht vertiefen“, „Nur einen Überblick vermitteln“ oder „Beispiele möglichst auf aktuelle Ereignisse beziehen“.

Dieser Leitfaden für die Informationsveranstaltungen gibt dem BVS-Mitarbeiter für seinen Vortrag einen soliden thematischen Rahmen, so daß er sich auch bei der Diskussion auf fachlich gesichertem Boden frei bewegen kann.

2. Grundsatzpapier mit zivilschutz- und verbandspolitischen Gesichtspunkten

Ein Grundsatzpapier mit zivilschutz- und verbandspolitischen Gesichtspunkten wurde als Basis des inhaltlichen Konzepts der Ausbildung in der Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Es steckt den politischen Rahmen für Vortrag und Diskussion ab, zeigt Möglichkeiten und Grenzen des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, auf, kennzeichnet die Stellung des BVS zur Friedensbewegung und profiliert den Selbstschutz als Leistungen des Bürgers, die eine notwendige Ergänzung zu den Maßnahmen des Staates darstellen.

3. Katalog kritischer Fragen, Einwände und Vorurteile

52 kritische Fragen, Einwände und Vorurteile wurden gesammelt, damit die BVS-Mitarbeiter erfahren, was Kritiker und Gegner des Zivilschutzes sagen und wie sie argumentieren. Es sind Fragen und Einwände, die sehr häufig in der BVS-Praxis geäußert werden. So kommen Jodtabletten und Alufolie zur Sprache, Vorurteile wie „Schutzräume sind nur etwas für reiche Leute“ oder Fragen wie „Warum hört man so wenig vom BVS?“ und „Könnten Kernkraftwerke im Verteidigungsfall besonders lohnende Ziele sein?“

In den Lehrgängen werden die Teilnehmer mit diesen Fragen konfrontiert. Sie sollen Antworten geben, die den Frager zufriedenstellen. Dabei kommt es immer darauf an, knapp und präzise zu antworten, sich auf Kernaussagen zu konzentrieren und Endlos-Diskussionen zu vermeiden, die sich nicht mehr auf das Thema beziehen.

IV. Die Praxis der Ausbildung

1. Video-Kamera zur ständigen Kontrolle der Lernerfolge

Es ist Dienstagmorgen, kurz nach acht Uhr. Die zehn haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des BVS haben sich im Lehrsaal der BVS-Bundesschule eingefunden. Sie ken-

nen sich flüchtig oder auch gar nicht untereinander. Viele Dienststellen sind vertreten. Georg Incze, vom Referat Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Bundeshauptstelle, leitet das Argumentationstraining. Er fordert die zehn Teilnehmer auf, sich vorzustellen. Nein, nicht vom Platz aus – „Kommen Sie nach vorne“. Unsicherheit bei den Seminargästen. Das hat es noch nicht gegeben. Aber der erste versucht es. Er geht nach vorne an den Rednerisch und spricht leise mit gesenktem Kopf. Der zweite tritt nach vorne, knöpft sein Jackett auf und erzählt von sich, von seinem Beruf, von seiner Familie, von seinen Hobbys. Die anderen schauen interessiert nach vorne.

Und so geht es weiter. Schließlich haben sich alle BVS-Mitglieder vorgestellt, und Georg Incze bittet einen Teilnehmer, kurz zu wiederholen, was sein Nachbar eben vorgetragen hat. Da ist nicht viel hängengeblieben. „Ja, Fachlehrer war der und . . . ja, verheiratet war er auch. Kinder . . .?“ Die erste Schwachstelle ist erkannt: Menschen können nur schwer zuhören. Vortragende müssen also die Zuhörer fesseln können. Und dies muß erlernt werden. Im Laufe einer Woche wird geübt, wie man auftritt, wie man den Blickkontakt zum Publikum herstellt, wie gesprochen werden soll und wie wichtig es ist, sich selbst miteinzubeziehen.

Der Seminarleiter erklärt es anhand von Beispielen, gibt schließlich einige Minuten „Bedenkzeit“, und das ganze Spiel beginnt von vorn: Die Teilnehmer sollen sich nun einem – vorher von ihnen benannten – fiktiven Kreis vorstellen und erklären, warum sie gerade den Vortrag über den Selbstschutz halten. Kamera läuft.

Nachdem alle Teilnehmer sich vorgestellt haben, wird der Video-Film zurückgespult und betrachtet. Der „Schock“ steht vielen Teilnehmern deutlich im Gesicht: „Was, so sehe ich aus? Mein Gott, was mache ich die ganze Zeit mit meinen Händen?“ Sie lernen. Sie lernen an sich, am Bild, das die Kamera genau festgehalten hat. Kritik kommt – konstruktiv und negativ – aus den Reihen der Mitlernenden. Aber der Betreffende sieht es oft schon selbst: Da muß ich korrigieren, da bin ich sprachlich unverständlich. Die Kamera begleitet die Lehrgangsteilnehmer auf dem Weg zum Erfolg, kontrolliert die einzelnen Schritte dorthin und dient ständig als Beleg für verstandene Lernziele.

2. Übungen, Rollenspiele

Der Lehrgang läuft seit einigen Tagen. Die Stimmung ist gelöst, man hat sich schon ein wenig beschnuppern können in Gesprächen und gemeinsamen Aktivitäten. Das Argumentationstraining fordert vollen

Einsatz der Teilnehmer: ständige Konzentration, Aufnahmebereitschaft und geistige Präsenz. Immer wieder werden Übungen und Rollenspiele veranstaltet. Frontalunterricht gibt es so gut wie nicht. Hier erarbeiten sich die Seminarteilnehmer alles gemeinsam mit dem Leiter.

„Also, jetzt versetzen Sie sich einmal in die Lage, eine Ausstellung zu betreuen. Zu Ihnen kommen Bürger mit kritischen Fragen und mit wenig Kenntnis über den BVS“, die Einleitung zu einem Rollenspiel. Abteilungsleiter Heinz Gessert von der Bundeshauptstelle, der vor Ort die neue Ausbildung in der Erprobungsphase kritisch begleitet, stellt gemeinsam mit anderen Seminarteilnehmern den „skeptischen“ Bürger dar. „Was soll denn das überhaupt hier? Wenn ein Atomkrieg kommt, ist doch sowieso alles aus! Und außerdem: Betreiben Sie denn nicht Kriegsvorbereitung mit ihren Sachen?“ Wie reagiert der BVS-Mitarbeiter? Der eine wird laut, unsicher, aggressiv. Der andere hat schon gelernt, daß es darauf ankommt, Aggressionen abzubauen und freundlich seinen Standpunkt zu vertreten. Es ergeben sich Diskussionen, die Teilnehmer werden gefordert – aber auch gefördert. Denn sie werden sicherer im Umgang mit den Menschen.

Am Mittag geht es nach draußen ins Freie. Mit Mikrofon und einigen Hilfsmitteln wird eine Straßenaktion geübt. Wie sollten die Menschen angesprochen werden, die in Hektik vorbeilaufen? Das Ablöschen einer brennenden Puppe dient als optischer Stopper, die Bürger zum Stehenbleiben zu veranlassen. Gelingt dies, so liegt es an dem BVS-Mitarbeiter, das Publikum noch stärker zu motivieren: die Aktion spannend zu gestalten und einzuladen, am Selbstschutzgrundlehrgang teilzunehmen. Das erfordert Können und muß alles in wenigen Minuten über die Bühne gehen. Denn der Passant hat wenig Zeit und läßt sich nur dann auf ein Gespräch ein, wenn die Sache ihm interessant, spannend und lohnend erscheint.

Mit der Video-Kamera wird das Geschehen wieder festgehalten. Später soll im Unterrichtsraum darüber gesprochen werden.

3. Prüfung

Im letzten Teil der dreistufigen Ausbildung erfolgt eine Prüfung der Teilnehmer. Hier sollen Auftreten, rednerische Fähigkeiten, sprachlicher Ausdruck, überzeugende Vermittlung des Themas und die Standfestigkeit in der Diskussion beurteilt werden. Der Seminarteilnehmer hält einen Vortrag in freier Rede über ein vorgegebenes Thema vor einer von ihm angenommenen Zielgruppe. Erlangt der Teilnehmer die Befähigung nach eingehender Bewertung seiner

Leistungen nicht, ist eine Wiederholung der Prüfung möglich.

Mit dem Abschluß der Lehrgangreihe werden die neuen Akzente der gesamten Ausbildung deutlich: Der Lehrer lenkt die Seminare und Lehrgänge, der Teilnehmer ist aktiv. Gemeinsam werden die Lehrgangsinhalte erarbeitet. Hier werden – und das ist neu im Vergleich zu den bisherigen Lehrgängen – alle gefordert: der Lehrgangsteilnehmer ebenso wie der Lehrgangsteilnehmer.

V. Erprobung und Durchführung

1. Erprobungsphase

Um die gesamte Neukonzeption in die Praxis umzusetzen, brauchte es eine Zeit der Erprobung. In dieser Zeit sollten Schwachstellen und Unsicherheiten entdeckt und behoben werden. Die Erprobung der Ausbildung erfolgte in zwei Stufen. In der ersten Stufe wurden Grundlagen- und Aufbaulehrgang mit Mitgliedern einer Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ erprobt, in der zweiten mit regulären Teilnehmern. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einiger Korrekturen.

Als zweite Stufe der Erprobung wurde erstmals eine dreiteilige Lehrgangreihe einschließlich Prüfung mit dem für diese Ausbildung anstehenden Teilnehmerkreis durchgeführt. Die Teilnahme an diesen Lehrgängen war freiwillig, und wer sich der Prüfung nicht gewachsen fühlte, konnte jederzeit abbrechen. Die Ergebnisse dieser Lehrgangreihe bestätigten, daß die Teilnehmer das Gefühl einer Leistungsverbesserung hatten. Dies konnte durch die Prüfung objektiv belegt werden. Es zeigte sich die grundsätzliche Verwendbarkeit der Konzeption, auch der des Prüfungslehrganges.

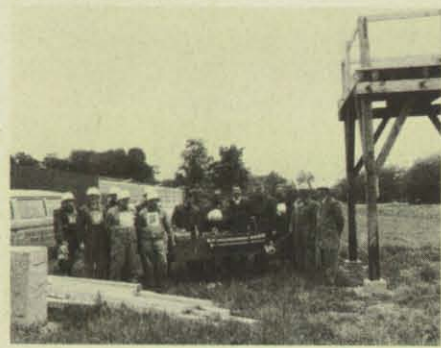
Ebenso wurde das Argumentationstraining erprobt, an ihm haben bisher schon eine ganze Reihe ehren- und hauptamtlicher Mitarbeiter teilgenommen.

2. Terminplanung

Die Erprobungsphasen für die dreiteilige Ausbildung und für das Argumentationstraining sind abgeschlossen. Einige Ausstellungselemente und Filmspots werden in Kürze erstellt, und der Leitfadentext mit Standardprogrammen und Folien wird in diesem Jahr vorliegen. Der Fortbildungslehrgang wird naturgemäß erst dann anlaufen, wenn neue Medien zum Einsatz kommen bzw. wenn sich zivilschutz- oder verbandspolitische Gesichtspunkte geändert haben.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Bedingt durch die Unterbringung der Mitarbeiter des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein in verschiedenen Dienstgebäuden hat es in den vergangenen Jahren erhebliche Schwierigkeiten gegeben, einen funktionsfähigen Behördenselbstschutz aufzubauen. Mit dem Umzug in den Neubau des Innenministeriums (voraussichtlich Ende 1983) werden endlich alle Mitarbeiter in einem Gebäude gemeinsam untergebracht; damit beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte dieses Ressorts.



Die Brandschutzstaffel nach einer Übung.

Schon 1982 wurde Amtsrat Westermann zum neuen Behördenselbstschutzleiter des Innenministeriums bestellt und beauftragt, den Behördenselbstschutz bis zum Einzug in das neue Dienstgebäude funktionsfähig aufzubauen.

Zunächst wurden die Mitarbeiter in Aufrufen gebeten, sich freiwillig für diese humanitäre Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Mit über 50 Meldungen übertraf das Ergebnis alle Erwartungen. Die Mitarbeiter wurden entsprechend ihren Wünschen den einzelnen Fachdiensten zugeordnet, einer arbeitsmedizinischen Untersuchung unterzogen und formell zu Einsatzkräften für den Behördenselbstschutz berufen.

Mit Hilfe der BVS-Dienststelle Neumünster wurde ein Ausbildungsplan erstellt: Zunächst absolvierten alle Selbstschutzkräfte im Februar 1983 den Selbstschutz-Grundlehrgang, die Fachausbildung folgte. Während die Sanitätshelfer ihren dreitägigen Lehrgang „Sanitätsstaffel“ im März 1983 besuchten, fand im Mai der Brandschutzlehrgang statt.

Nachrichten aus Bremen

Bremerhaven. „Zivilschutz – eine Aufgabe für die anderen?“ lautete das The-

ma eines einwöchigen Seminars, das die Wirtschafts- und Sozialakademie der Bremer Angestelltenkammer in Zusammenarbeit mit dem BVS in Bremerhaven veranstaltete.

Während des Seminars erläuterte BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer die Funktion des Zivilschutzes in der Bundesrepublik. Er ging dabei u. a. auf die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger im Katastrophen- und Selbstschutz ausführlich ein.

Die Teilnehmer besichtigten auch Einrichtungen des Zivilschutzes in Bremerhaven. Darüber hinaus hatten sie in einem Selbstschutz-Grundlehrgang Gelegenheit, praktisch zu üben.

Den Abschluß des Seminars bildete eine Diskussion mit Politikern. Daran beteiligten sich auch der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Wilfried Töpfer und Bodo Bachmann von der CDU-Fraktion der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung.

Quer durch Niedersachsen

Wedemark. In einer Feierstunde wurden in Anwesenheit des Bürgermeisters der Gemeinde Wedemark, Georg Reimann, sowie des Leiters der BVS-Dienststelle Hannover, Norbert Koy, sechs Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung von Gemeindedirektor Dr. Schröder zu Selbstschutzberatern berufen.

Die neuen Selbstschutzberater hatten sich nach einer Informationsveranstaltung, die von der BVS-Dienststelle gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung durchgeführt worden war, für dieses Ehrenamt zur Verfügung gestellt. Zwischenzeitlich haben sie an einem Selbstschutz-Grundlehrgang sowie an Ergänzungslehrgängen teilgenommen. Abgeschlossen wird ihre Ausbildung demnächst mit dem Fachlehrgang „Beratung und Leitung“.

Gemeindedirektor Dr. Schröder hob in seiner Ansprache die Notwendigkeit des Aufbaus eines wirkungsvollen Selbstschutzes in der Gemeinde Wedemark hervor, gab aber zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß der Selbstschutz niemals zur praktischen Aufgabe werden möge.

Die in zehn Wohnbereichen aufgeteilte Gemeinde Wedemark will ihre Bemühungen um die Gewinnung weiterer Selbstschutzberater mit Unterstützung

der BVS-Dienststelle Hannover fortsetzen.

Ilmenau. „Helfen wollen ist gut, helfen können ist besser“, mit diesen Worten machte BVS-Bezirksbeauftragter Wilhelm Schaper vor dem Rat der Samtgemeinde Ilmenau auf die Bedeutung eines effektiven Selbstschutzes aufmerksam.

Als Beispiel für vorbildliche Vorsorgemaßnahmen nannte Schaper die Stadt Celle, wo es beispielsweise 37 Notbrunnen für die Trinkwasserversorgung gebe und jedes öffentliche Gebäude einen Schützraum habe. Des weiteren erläuterte Schaper die Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten, der Selbstschutzberater sowie der Selbstschutzberatungsstellen und rief die Ratsherren nachdrücklich dazu auf, sich mit den Aufgaben des Selbstschutzes vertraut zu machen.

Meppen. Lobende Worte für die Bemühungen des Landkreises Emsland und der Stadt Meppen fand der Leiter der BVS-Dienststelle Osnabrück, Werner Köster, bei der Übergabe des BVS-Übungsgeländes in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste. Schon vor Jahren geführte Verhandlungen mit der Stadt Meppen seien nunmehr erfolgreich abgeschlossen, sagte Köster. So sei zwischen 1973 und 1975 der ehemalige Hof Grote als geeignetes Objekt ausgewählt und im Laufe der folgenden Jahre schrittweise unter Mithilfe ehrenamtlicher BVS-Helfer ausgebaut worden. 1976/77 wurde schließlich der Übungsbetrieb aufgenommen. Zahlreiche Verbesserungsmaßnahmen, von verschiedenen Behörden finanziell unterstützt, sind seither vorgenommen worden.

In einem Überblick über die derzeitige Situation des Selbstschutzes im Landkreis Emsland hob Köster hervor, daß mittlerweile die Einteilung in Wohnbereiche fast im gesamten Kreisgebiet vollzogen sei. Probleme gebe es bei der Gewinnung von Selbstschutzberatern; ein positives Beispiel sei die Stadt Haren, wo derzeit 27 Selbstschutzberater an einer Ausbildungsreihe teilnehmen. Auch in Meppen, so Köster, gebe es positive Ansätze. Bereits zehn Selbstschutzberater seien ausgebildet, weitere sieben Berater hätten kürzlich in der Ausbildungsstätte an der Kollhofe den zweiten Lehrgang absolviert.

Nachdrücklich sprach sich Köster dafür aus, die wichtige Aufgabe des Schutzes

der Bevölkerung nicht länger nur von den geübten und ausgebildeten Selbstschützern wahrnehmen zu lassen, sondern durch die Einbeziehung der Bürger auf eine breitere Basis zu stellen.

Im Namen des Rates und der Verwaltung der Stadt Meppen dankte stv. Bürgermeister Tenbrück dem BVS für die bisher geleistete Arbeit und sprach die Bereitschaft aus, in Gemeinschaftsarbeit weiterhin zum Aufbau des Selbstschutzes tatkräftig beizutragen.

Suderburg. Das Bestreben der Samtgemeinde Suderburg, im Landkreis in Sachen Selbstschutz an erster Stelle stehen zu wollen, brachte Samtgemeindedirektor Herward Zühlke vor 19 Teilnehmern eines Selbstschutz-Grundlehrgangs zum Ausdruck. Lehrgangsleiter Gerhard Kostrzewa bedauerte, daß das Thema Selbstschutz noch viel zu wenig in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt sei. Die mangelnde Bereitschaft, sich in seiner Freizeit für neue Erfahrungen zu öffnen, wie man sich im Ernstfall zu verhalten habe, kennzeichne die Lage.

Immerhin, so der Gemeindedirektor, seien mittlerweile die Selbstschutzberater für die Ortsteile der Samtgemeinde Suderburg ernannt. Einer von ihnen, Helmut Bausch, hatte den erfolgreich abgeschlossenen Grundlehrgang organisiert.

Aurich. Mit einer Selbstschutzwoche wies die Stadt Aurich in Zusammenarbeit mit dem BVS auf die Bedeutung des Selbstschutzes hin. Eröffnet wurde die Veranstaltungsreihe mit einer Ausstellung von Bildern des englischen Künstlers Henry Moore zum Thema „Der Mensch in Gefahr“.

BVS-Dienststellenleiter Werner Pietz, Wilhelmshaven, betonte, daß der Selbstschutz in der Bevölkerung nach wie vor auf eine zu geringe Resonanz stoße. Aurichs stv. Stadtdirektor Manfred Neitzel hob hervor, die öffentliche Hand könne vor allem aus finanziellen Gründen die hochgesteckten Erwartungen in Sachen Selbstschutz nicht immer erfüllen. Dies gelte insbesondere für den Schutzraumbau. Mit der Selbstschutzwoche sollten den Bürgern die Bereiche Vorsorge und Eigenhilfe nähergebracht werden.

Unzureichend sei, so Neitzel, auch die Versorgung mit Selbstschutzberatern. So gebe es bisher im gesamten Kreisgebiet erst 20 Selbstschutzberater, die sich durch die regelmäßige Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen auf ihre Aufgaben vorbereiten.

Neben der Ausstellung wurden Vorträge, ein „Tag des Katastrophenschutzes“

unter Beteiligung der Hilfsorganisationen und ein Sicherheitswettbewerb angeboten.

Bad Essen. Unter der Schirmherrschaft des Landtagsabgeordneten Josef Stock veranstaltete die Gemeinde Bad Essen in Zusammenarbeit mit dem BVS eine Selbstschutzwoche. Eröffnet wurde die umfangreiche Veranstaltungsreihe mit den Ausstellungen „Der Mensch in Gefahr“ und „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“.

Stock wies darauf hin, daß man die verantwortungsbewußten Bürger nur dann für die Aufgaben des Selbstschutzes gewinnen könne, wenn alle Verantwortlichen wie Politiker, Firmeninhaber und Betriebsräte mit gutem Beispiel vorangingen und sich über den Selbstschutz ausreichend informierten. Im Rahmen der Selbstschutzwoche diente ein Seminar für Betriebsleiter, Sicherheitsbeauftragte, Schulleiter und Vertreter verschiedener Institutionen diesem Ziel.

An den Veranstaltungen der Selbstschutzwoche, die mit einem Sicherheitswettbewerb abgeschlossen wurde, beteiligten sich auch die verschiedenen Hilfsorganisationen wie DLRG, Feuerwehr, THW sowie die Verkehrswacht und Polizei.

Steinkirchen. In Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Cuxhaven führte die Samtgemeinde Lüste eine Selbstschutzwoche durch. In einer Ausstellung im Rathaus wurde den Besuchern anhand von Schautafeln verdeutlicht, welche Vorsorgemaßnahmen für einen Katastrophen- und Verteidigungsfall zu treffen sind.

Weiterhin wurde über den Warndienst, Schutzräume, das Gesundheitswesen sowie den Katastrophen- und Selbstschutz informiert. Lehrgänge, Vortragsveranstaltungen und ein Sicherheitswettbewerb unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ rundeten das Programm ab.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf. Zu einer Informationsveranstaltung für Mitarbeiter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung konnte BVS-Dienststellenleiter Meerkötter auch den persönlichen Referenten des Ministers, Dr. Speier, begrüßen.

Meerkötter referierte über das Thema „Der Selbstschutz in Behörden – eine wichtige Aufgabe“; Friedhelm Vogelbusch, Mitarbeiter des Zivilschutzamtes,

sprach über „Planung und Durchführung des Behördenselbstschutzes“ aus seiner Sicht als zuständiger Behördenselbstschutzleiter der Stadt Düsseldorf.

Die anschließende Diskussion zeigte, daß die Teilnehmer den Behördenselbstschutz positiv beurteilten.

Düsseldorf. Der neue Leiter der BVS-Dienststelle Düsseldorf, Siegfried Meerkötter, stellte sich beim Oberkreisdirektor des Kreises Neuss, Dr. Edelmann, vor. Anwesend waren auch der zuständige Dezernent für den Zivil- und Katastrophenschutz, Kirschbau, der Leiter des Hauptamtes, Bongartz, und der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Winzen.

Fragen der Zusammenarbeit des Kreises und der Gemeinden mit dem BVS bei der Selbstschutzausbildung der Bevölkerung sowie die Aktivierung des Behördenselbstschutzes der Kreisverwaltung wurden erörtert und erste konkrete Maßnahmen beschlossen. So wird z. B. der gesamte Stab des Hauptverwaltungsbeamten an einer Informationsveranstaltung „Selbstschutz“ teilnehmen.

Düsseldorf. Die „Interessengemeinschaft Junger Frauen Eller“, ein Zusammenschluß von 34 engagierten jungen Frauen, nahm an einer Informationsveranstaltung des BVS teil. BVS-Fachlehrer Hekers referierte über das Thema „Sorge vor – lerne helfen“. In der anschließenden Aussprache wurde intensiv über Selbstschutzmaßnahmen diskutiert.

Spontan entschlossen sich die Frauen, im Winterhalbjahr an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen.

Bielefeld. Eine Informationsveranstaltung von nicht alltäglichem Charakter über den „Selbstschutz der Bevölkerung“ führte der Leiter der BVS-Dienststelle Herford, Günther Homburg, in der Stadtbibliothek in Bielefeld durch. Das „Bildungswerk für Friedensarbeit“, eine dem Selbstschutz recht kritisch gegenüberstehende Vereinigung, sorgte im Laufe der Veranstaltung für ausgesprochen kontroverse Diskussionen.

Aber trotz zahlreicher Gegensätze – schon das Näherücken der Standpunkte war als Erfolg zu werten – war der lebhaft abend ein Stück Basisarbeit des BVS, der, wie Homburg betonte, auch in schwierigen Situationen nicht aus dem Wege gegangen wird. So stimmten die Ausführungen Homburgs, daß aus humanitärer Sicht der Selbstschutz der Bevölkerung auch Teil des Engagements für den Frieden ist, nach-

denklich und rückten manches Vorurteil über den Selbstschutz zurecht.

Minden. Zwei Wochen lang konnten sich die Bürger der Stadt Minden während der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“, die in der Halle der Sparkasse Minden-Lübbecke präsentiert wurde, über den Selbstschutz unterrichten. Nicht nur die Informationsschriften fanden bei der Bevölkerung regen Zuspruch, auch die Möglichkeiten von Einzelberatungen wurden stark genutzt.

Die Eröffnung der Ausstellung durch den Dezernenten für den Zivilschutz der Stadt Minden, Rolf-Günter Brinkmann, die in Anwesenheit zahlreicher Amts-, Behörden- und Verbandsleiter stattfand, war nicht nur aufgrund des guten Besuches recht beeindruckend. Brinkmann dankte in seiner Ansprache dem Leiter der BVS-Dienststelle Herford, Günther Homburg, für die Aktivitäten des BVS in Minden und hob die starke Inanspruchnahme der Lehrgangsangebote des Verbandes durch die Bevölkerung hervor. „In Minden“, so beschloß Brinkmann seine Rede, „ist der BVS auf dem richtigen Wege, seine Arbeit populär zu machen.“

Recklinghausen. Gerade zum 50. Geburtstag wurde Waltrops Stadtdirektor Theodor Störbrock die BVS-Ehrennadel verliehen. Bereits vor Amtsübernahme im März 1977 hatte Störbrock die Bemühungen des BVS in mannigfacher Weise unterstützt. Dank der Zusage des Stadtdirektors konnte eine Selbstschutzwoche in der Stadt Waltrop, die zu den 80 Gemeinden gehörte, die am Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes teilnahmen, durchgeführt werden. Störbrock übernahm auch die Schirmherrschaft.

Außerdem stellt die Stadt Waltrop dem BVS Teile des Ausbildungsgeräts einschließlich der Feuerlöscher für die Durchführung von Selbstschutz-Grundlehrgängen zur Verfügung. Auch viele andere Bemühungen des BVS im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit werden von Stadtdirektor Störbrock tatkräftig unterstützt.

Oberhausen. Bei den regelmäßig stattfindenden Treffen der Reservistenkameradschaft Duisburg-Nord wurde der BVS-Dienststelle Oberhausen die Möglichkeit gegeben, für den Gedanken des Selbstschutzes zu werben. In insgesamt sechs Informationsveranstaltungen für Reservisten der Bundeswehr wurden besonders interessierende Themen des Gesamtkomplexes „Zivil- und Selbstschutz“ behandelt. Als besonderer Erfolg dieser Informationsreihe ist zu wer-

ten, daß ein Selbstschutz-Grundlehrgang und anschließend ein Ergänzungslehrgang „Wohnstätten“ fest vereinbart werden konnten.

Dortmund. Mit Unterstützung der Fahrbaren Zivilschutzausstellung hat die BVS-Dienststelle Dortmund drei ganztägige Informationstagungen im Jugenddorf Dortmund-Oespel durchgeführt. Teilnehmer waren Architekten, Bauingenieure sowie Schutzbausachbearbeiter der Bauaufsichtsämter und Baubehörden. Zweck der Veranstaltungen war es, den 36 Teilnehmern Kenntnisse über die Förderungsmöglichkeiten bei Hauschutzräumen, Schutzräumen für Schu-



BVS-Dienststellenleiter Erhard Stammberger (rechts) und der Leiter der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung, Albert Wohldika, erläutern den Teilnehmern den Zivilschutz.
(Foto: Blossley)

Herne. Beim „Politischen Stammtisch“ des CDU-Ortsverbandes Wanne-Eickel Mitte (Herne 2) referierte ein Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen über das Thema „Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“.

In der anschließenden Diskussion beantwortete der Referent Fragen zum Aufbau des Zivilschutzes in der Stadt Herne, zum Schutzraumbau sowie zur zivilen Verteidigung. Besonderes Interesse bekundeten vor allem die jungen Mitglieder der CDU. Es wurde bemängelt, daß zu wenig für den Schutz der Bevölkerung getan wird.

Die Teilnehmer sagten zu, weiterhin mit der BVS-Dienststelle in Verbindung zu bleiben und auch an Ausbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Köln. Die BVS-Dienststelle Köln hat im Katastrophenschutzzentrum der Stadt Köln eine zusätzliche Ausbildungseinrichtung geschaffen zur Durchführung von Selbstschutz-Grundlehrgängen an Wochenenden – vorwiegend für berufstätige Bürger. Von diesem Angebot des BVS wird rege Gebrauch gemacht. Plakatwerbung und Informationsstände haben auf die Möglichkeit der Teilnahme aufmerksam gemacht.

Die Lehrgangsteilnehmer haben auch Gelegenheit, sich einen Überblick über

len und Arbeitsstätten sowie öffentlichen Schutzbauwerken zu vermitteln.

Zwei weitere Informationstagungen an gleicher Stelle fanden für Schulleiter weiterführender Schulen statt. Ein Erlaß des Kultusministers NRW sieht vor, daß im Gemeinschaftskundeunterricht Informationen über die Aufgaben und Ziele des Zivilschutzes vermittelt werden können. Diese Lern- bzw. Informationsinhalte wurden den Schulleitern vorgestellt.

Vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verspricht sich die Dienststelle für die Zukunft ein neues Tätigkeitsgebiet. Viele der Schulleiter – das zeigte sich – haben auch in Vereinen Führungsfunktionen, so daß die Dienststelle auch in diesem Bereich aktiv werden kann.

die Ausrüstungs- und Ausbildungsorganisationen zu verschaffen. Dieses war bisher nur an „Tagen der offenen Tür“ möglich.

Leverkusen. Nach fast 23jähriger Tätigkeit als Leiter einer BVS-Dienststelle, davon 15 Jahre in Leverkusen, trat am 30. April 1983 Ortgies Harms in den Ruhestand.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann überreichte Harms in einer kleinen Feierstunde die Entlassungsurkunde. In seiner Rede sprach Eykmann noch einmal die verschiedenen Stationen im Berufsleben des Scheidenden an.

1958 ergab sich der erste Kontakt zum damaligen BLSV. Durch einen Teilnehmer einer beruflichen Fortbildung erhielt Harms eine Einladung zu einem Selbstschutzzlehrgang. Die Sache interessierte ihn: Alle sich bietenden Fachlehrgänge wurden besucht. 1959 bestand er an der ehemaligen Bundeserschule in Waldbröl die Prüfung zum „Luftschutzlehrer“. Anschließend wirkte Harms ehrenamtlich als Sachbearbeiter und in der Ausbildung an seinem Wohnort mit.

Mit Wirkung vom 1. November 1960 wurde Harms die hauptamtliche Leitung der damaligen BLSV-Ortsstelle Viersen übertragen. Schließlich wurde er nach



Der scheidende BVS-Dienststellenleiter Orgies Harms (links) und sein Nachfolger Jochem Weck. (Foto: Venn)

achtjähriger Tätigkeit im Zuge der Umstrukturierung des Verbandes nach Leverkusen versetzt.

Eykmann wies besonders darauf hin, der allgemeine Erfolg einer Dienststelle sei auch darauf zurückzuführen, daß alle Mitarbeiter gern und zufrieden ihrer täglichen Arbeit nachgehen. Durch sein fürsorgliches Wesen habe der Scheidende stets für gute zwischenmenschliche Beziehungen unter seinen Mitarbeitern gesorgt.

Im Rahmen der Feierstunde konnte der Landesstellenleiter auch zwei Ehrungen vornehmen. Herbert Sagert (Leverkusen) und Horst Schoop (Leichlingen) – beide ehrenamtliche Fachlehrer der BVS-Dienststelle Leverkusen – erhielten als besondere Auszeichnung die Ehrennadel des Verbandes. Die Helfer wurden damit für ihre Mitarbeit und ihre immer bewiesene Einsatzbereitschaft geehrt.

Der bisherige Fachbearbeiter Jochem Weck wird die BVS-Dienststelle Leverkusen als neuer Leiter weiterführen.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Worms. Auf Veranlassung der Stadtverwaltung Worms erhielt die BVS-Dienststelle Mainz auf dem diesjährigen Pfingstmarkt in Worms Gelegenheit, sich der Bevölkerung darzustellen. Während der Ausstellungswoche konnten viele alte Verbindungen aufgefrischt und Kontakte zu neuen Interessenten aufgenommen werden.

Leider mußte die Ausstellung kurzfristig abgebrochen werden: Die plötzlich steigenden Fluten des nahegelegenen Rheins zwangen zu einem schnellen Abbau des Standes. Nur in letzter Minute konnten die Mitarbeiter des BVS die Ausstellung vor der Überflutung retten, während die Ausstellungshallen bereits nach wenigen Stunden bis zum Dach unter Wasser standen.

Sinzig. In einem Verbrauchermarkt im Industriegebiet Sinzig/Bad Breisig informierte die BVS-Dienststelle Koblenz die Kunden über Fragen des Zivil- und Selbstschutzes sowie des Schutzraumbaus. Die Marktleitung hatte dem BVS

eine größere Fläche zur Errichtung des Informationsstandes eingeräumt. Es wurden Gespräche mit den Kunden geführt, das Ausbildungsangebot des BVS erläutert und Broschüren verteilt.

Emmelshausen. Der Leiter des Staatlichen Seminars für landwirtschaftliche Lehr- und Beratungskräfte, Dr. Hesse, hatte zu einem Seminar an der landwirtschaftlichen Ausbildungsstätte in Emmelshausen eingeladen. Neben Vertretern des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten waren die Leiter der Landwirtschaftsschulen, der Landeslehr- und Versuchsanstalten, der Berufsbildenden landwirtschaftlichen Schulen und der Landwirtschaftlichen Beratungsstellen vertreten.

In dem umfangreichen mehrtägigen Programm wurde dem BVS eine Stunde eingeräumt, um über die Aufgaben des Verbandes zu sprechen. BVS-Dienststellenleiter Helmut Klippel erläuterte dabei das Ausbildungsprogramm des BVS, insbesondere die Bedeutung des Selbstschutz-Ergänzungslehrgangs „Landwirtschaft“.

Der Leiter des Seminars, Dr. Hesse, schlug vor, den Ergänzungslehrgang (L) in den Lehrstoffplan der Landwirtschaftsschulen des Landes Rheinland-Pfalz aufzunehmen und ihn zum Pflichtfach zu machen. Einige Leiter der Landwirtschaftsschulen berichteten anschließend positiv über bereits an ihren Schulen durchgeführte Ergänzungslehrgänge.

Es ist zu erwarten, daß vom kommenden Wintersemester ab alle Landwirtschaftsschulen und Berufsbildenden landwirtschaftlichen Schulen in Rheinland-Pfalz diesen Lehrstoff vermitteln.

Saarland-Rundschau

Mandelbachtal. Im Ortsteil Ormesheim, dem Sitz der Gemeindeverwaltung Mandelbachtal, war ein Kaminbrand ausgebrochen. Die nach der Alarmierung erschienenen Feuerwehrmänner reichten zur Brandbekämpfung nicht aus; deshalb wurden die Brandschutzeinsatzkräfte des Behördenselbstschutzes mit eingesetzt.

Unter der Führung von Selbstschutzbearbeiter Karl-Heinz Wiesmeier haben sie sich bestens bewährt. Der guten und reibungslosen Zusammenarbeit zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und dem Behördenselbstschutz ist es zu verdanken, daß der Brand schnell abgelöscht werden konnte.

St. Wendel. Landrat Dr. Waldemar Marner eröffnete in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die Ausstellung „Selbst-

schutz – ein Bekenntnis zum Leben“ in der Schalterhalle der Kreissparkasse in St. Wendel.

Schirmherr Dr. Marner betonte in seinem Referat, der Bürger müsse bereit sein, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich selbst im Gemeinschaftsleben engagieren. Es ginge nicht an, alles dem Staat zu überlassen. Bei Unglücksfällen und Katastrophen, aber auch bei einem noch nicht auszuschließenden Verteidigungsfall sei die Hilfsbereitschaft des Bürgers gefordert. Dieser Forderung werde er sich eher und leichter stellen können, wenn er gelernt hat, zu helfen.

Der Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Neunkirchen, Leodegar Wichter, skizzierte die Aufgaben des Selbstschutzes, wobei er herausstellte, daß Selbstschutz keine Organisation, sondern die Selbsthilfe eines jeden einzelnen ist. Sie schließt die Nachbarschaftshilfe mit ein.

Saarbrücken. Beauftragte des Katholischen Bildungswerkes und der Evangelischen Frauenhilfe hatten sich auf Einladung der BVS-Landesstelle zu einer Informationstagung eingefunden, um einen Überblick über den Bereich der zivilen Verteidigung zu gewinnen. Beeindruckt zeigten sich die Teilnehmerinnen von den aufgezeigten Zivilschutzmaßnahmen des Staates. Große Aufmerksamkeit fanden auch die Ausführungen über den Selbstschutz.

Die Vertreterinnen der betreffenden Institutionen waren von der Notwendigkeit vorbereitender Selbstschutzmaßnahmen überzeugt und sprachen sich für eine intensive Informations- und Ausbildungstätigkeit aus. So konnten bereits im Verlaufe der Tagung einige Vorplanungen abgesprochen werden.

Saarbrücken. Die Koordination der behördlichen selbstschutzmäßigen Ausbildungsmaßnahmen war Gegenstand einer eingehenden Erörterung in der Abteilung D des saarländischen Innenministeriums. BVS-Landesstellenleiter Christian Koch konnte hierbei auf einen guten Aufbau- und Ausbildungsstand des Behördenselbstschutzes innerhalb des Saarlandes verweisen.

Die für die einzelnen Dienstbereiche zuständigen Behördenselbstschutzleiter begrüßten die bisherige bewährte Zusammenarbeit mit der BVS-Landesstelle Saarland. Übereinstimmung bestand darin, die künftigen Planungen ausschließlich über die BVS-Landesstelle abzuwickeln, um Überschneidungen auszuschließen. Hierdurch verspricht man sich einen reibungslosen Ablauf der gesamten selbstschutzmäßigen Ausbildung.



Schirmherr Bürgermeister Franz Fischer bei der Eröffnungsansprache.



Siegerehrung (von links): BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger, 1. Sieger Thomas Ernstberger, 2. Manfred Günthner, 3. Anita Seitz, Schirmherr Bürgermeister Franz Fischer. (Fotos: Gammanick)

Waldsassen. Einen „Tag der offenen Tür“ veranstalteten die Stadt Waldsassen und die BVS-Dienststelle Weiden in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, der Freiwilligen Feuerwehr, einer Werkfeuerwehr, der Wasserwacht und der Reservisten-Kameradschaft. Verbunden war damit auch ein Sicherheitswettbewerb.

Wie BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger in seiner Begrüßung betonte, habe man bewußt das Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ gewählt. Durch Information und Geräteschau sowie dem Sicherheitswettbewerb soll die Bevölkerung Gelegenheit finden, ihr Können und Wissen auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie des Selbstschutzes zu erweitern.

An sieben Stationen mußten die Teilnehmer des Sicherheitswettbewerbs verschiedene Fragen beantworten und bei simulierten Unfällen richtig reagieren. Unter anderem galt es, an einer brennenden Puppe die Flammen mit Hilfe einer Decke zu ersticken, die Seitenlagerung eines Bewußtlosen herzustellen

len sowie Brandwunden erstzuversorgen. Auch gezieltes Löschen von simulierten Brandherden und das Verhalten bei Bränden war Gegenstand von Fragen und Aufgaben.

Bei der Siegerehrung am Nachmittag konnte Weinberger größtenteils jugendliche Teilnehmer begrüßen, die sich diesem Wettbewerb unterzogen hatten. Der BVS-Dienststellenleiter dankte der Stadt Waldsassen und allen beteiligten Organisationen für ihre Bereitschaft mitzuwirken. Abschließend überreichte der Schirmherr, Bürgermeister Fischer, den Teilnehmern Urkunden und Preise.

Bester Teilnehmer war Thomas Ernstberger mit 70 Punkten. Den zweiten Platz mit 68 Punkten belegte Manfred Günthner, den dritten Platz Anita Seitz.

Schwandorf. Die Ausstellung „Überleben durch Selbstschutz – Katastrophenschutz – Zivilschutz“ wurde anlässlich der Frühjahrsausstellung in Schwandorf gezeigt. Bei der Eröffnung waren viele Vertreter des öffentlichen Lebens anwe-



Prominente Gäste am BVS-Stand (von rechts): der Vizepräsident des Bezirkstages Josef Stauber, Justizminister Gustl Lang, BVS-Fachgebietsleiter Fritz Polster, Landtagsabgeordneter Manfred Humbs.

send. Beim Rundgang durch die Ausstellung besuchten Bayerns Justizminister Gustl Lang, Landrat Schuierer und Oberbürgermeister Kraus auch den BVS-Stand. Dienststellenleiter Franz Weinberger informierte die Gäste über den gesetzlichen Auftrag des BVS und erläuterte die Arbeit. Der Justizminister dankte Weinberger für die aufschlußreiche Information.

Der BVS-Stand wurde von rund 50000 Bürgern besucht. Dabei war ein reges Interesse an Fragen des Selbstschutzes und Schutzraumbaus zu verzeichnen.

Nachrufe

Am 3. Juni 1983 verstarb

Eggert von Ploetz

im Alter von 75 Jahren.

Von Ploetz kam 1957 zum damaligen BLSV und war als Leiter des Filmwagens – seinem „grauen Heinrich“ – in ganz Bayern unterwegs und bekannt.

1964 übernahm er die Leitung der Dienststelle Würzburg bis zu seiner Pensionierung 1974.

Der verstorbene war Träger der BVS-Ehrennadel, 17 Jahre lang war der BLSV/BVS sein Lebensinhalt. Eggert von Ploetz prägte wesentlich die Dienststelle und blieb bis zu seinem Tod ein treuer Kamerad, stets in enger Verbindung mit den BVS-Helfern und Mitarbeitern.

Er wird immer in Erinnerung bleiben.

*

Am 23. Mai 1983 verstarb der ehrenamtliche Ausbildungshelfer der BVS-Dienststelle Würzburg

Michael Scheuring

im Alter von 63 Jahren.

Scheuring kam 1979 nach seiner Pensionierung zum BVS. Er war ein guter Freund und einsatzfreudiger Kamerad, der den Helfern und Mitarbeitern mit seinem heiteren und aufrichtigen Wesen immer unvergessen bleibt.



Gemeinsame Ausbildung der THW-OV Itzehoe und Elmshorn

Haselau. Vor kurzem erhielt der THW-OV Elmshorn eine Notstrom-Pumpen-Gruppe. Da zur Zeit entsprechendes Gerät fehlt, der Nachbar-OV Itzehoe aber ein Notstromaggregat 50 kVA und vier Tauchpumpen von je 3000 l/min Förderleistung hat, bot sich eine gemeinsame Ausbildung geradezu an.

Nachdem ein geeignetes Übungsobjekt gefunden war, wurde an einem Samstag eine Ausbildung angesetzt: In der Gemeinde Haselau (Haseldorfer Marsch) sollte ein 6000 m² großer Teich mit Wasser gefüllt werden. Wasserentnahmestelle war ein Priel der Elbe, so daß Ebbe und Flut zu beachten waren.

Ein Höhenunterschied ergab sich durch den Elbdeich, die Prieltiefe und Teichtiefe. Das Wasser mußte über eine Entfernung von ca. 300 Metern gepumpt werden. Es wurden zwei Leitungen (A-Schläuche) verlegt und die Pumpen im Tandembetrieb gefahren. Ein Problem brachte der Einsatz der zweiten Pumpe, da die Schläuche aufgrund der unterschiedlichen Förderleistung (Reibungswiderstand, Höhenunterschied) zusammenklappten.

Starke Regenfälle hatten das Gelände (Kleieboden) sehr aufgeweicht, und es war deshalb nicht einfach gewesen, die schweren Pumpen vor Ort zu bringen. Eine Pumpe wurde an einer konstruierten Rutsche zu Wasser gelassen, die zweite zur Führung an Rundhölzern festgebunden. Hierdurch konnte vermieden werden, daß sich die Pumpen im Elbschlick festsaugten bzw. Schlamm pumpten.

Der Pumpvorgang zog sich über zwei Flutzeiten hin, so daß die Helfer auch über Nacht bleiben mußten. Sie lernten durch die längere Übung die Überwachung der Geräte und Schlafen bei sehr behelfsmäßiger Unterbringung kennen.



Das Wasser wird über eine Entfernung von rund 300 Metern gepumpt. (Foto: Huckfeldt)

Gleichzeitig konnte die Kameradschaft zwischen den Helfern der beiden Ortsverbände gefördert werden, was sicher bei einem künftigen gemeinsamen Einsatz von Vorteil ist. H. M.

THW befestigte Krückau-Ufer

Barmstedt. Rund 150 Meter des Krückau-Laufes vor der Schleusenkuhle in Barmstedt wurden von Helfern des THW-OV Barmstedt im Auftrag des Wasserunterhaltungsverbandes Krückau neu befestigt.

THW-Ortsbeauftragter Gert Ritter alarmierte am Sonnabend um 7.30 Uhr über Funkwecker die Führungskräfte des Ortsverbandes, die über Telefon noch weitere Helfer zum Einsatz riefen, denn bei dieser Gelegenheit konnte der Alarmplan überprüft werden.

An der Krückau wurde sofort mit dem Einrammen der Pfähle begonnen. Diese Arbeit wurde mit einer Motorramme durchgeführt. Zwei Gruppen waren mit dem Binden der Faschinen aus Tannenzweigen und Reisern beschäftigt. Zuvor war der Wasserstand der Krückau abgesenkt worden, um die Arbeiten am Ufer zu ermöglichen.

Bei der Uferbefestigung wurden über 300 Pfähle eingerammt und 50 Faschinen größtenteils vor Ort angefertigt und an den Pfählen befestigt. Schon in den Wochen zuvor hatten die Helfer auf dem Gelände der THW-Unterkunft die Pfähle angespitzt und einige Faschinen probe-weise gebunden.

Bürgermeister Heinz Ramcke, Vörsitzer des Wasserunterhaltungsverbandes Krückau, inspizierte die Arbeiten und äußerte sich anerkennend über die Einsatzfreude der THW-Helfer. G. G.

„Vatertag“ – einmal anders

Burgstaaken. Donnerstag, 12. Mai 1983, Himmelfahrt, 7.00 Uhr: Die Stadt Burg auf Fehmarn liegt noch verschlafen da. Auf den Straßen der Inselstadt herrscht zu dieser Zeit kaum Verkehr. Nur am Hafen Burgstaaken beginnt schon ein reger Betrieb. Die ersten Hochseeangler warten auf das In-See-Stechen der Angelkutter. Plötzlich kommt Unruhe unter den zahlreichen Sportanglern auf. Ein Burgstaakener Fischer hat es als erster entdeckt: Der Hochseeangelkutter „Kehrheim“ droht zu sinken.

Kapitän Lüdtker alarmiert den THW-OV Burg und bittet um Hilfe. Innerhalb kur-

zer Zeit sind acht Helfer mit einem Pumpensatz und einer Tauchpumpe zur Stelle. Binnen weniger Minuten sind die Geräte im Einsatz. Durch das Abpumpen von insgesamt 20000 Litern Wasser gelingt es den Helfern unter Leitung von Ortsbeauftragten Peter Bolz und Zugführer Dieter Constabel, den Kutter vor dem Sinken zu bewahren.

Doch damit nicht genug. Die THW-Helfer versuchen, die Ursache des Unglücks festzustellen. Zugführer Constabel, von Beruf Meß- und Regeltechniker, hat den Fehler schnell entdeckt: Durch den Ausfall der Lenzpumpe lief der Angelkutter voll Wasser. Die Ursache war eine defekte Sicherung, die Constabel zusammen mit der „angeschlagenen“ Lichtmaschine auswechselte und somit die Lenzpumpe wieder in Gang setzte.

Mit einem herzlichen Dankeschön sowie einem „Köm und Bier“ bedankte sich die Crew des Kutters für die schnelle Hilfeleistung bei den THW-Männern. M. Sch.

... einen Koffer in Berlin

Hamburg. Mit diesem vielbesungenen Koffer ist kein Gepäckstück, sondern vielmehr eine persönliche Beziehung zu Berlin gemeint. Daß der THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte einen Koffer in Berlin hat, wurde am diesjährigen Vatertag und während der folgenden Tage deutlich. Wie in jedem Jahr Besuche hin- und hergehen, so kamen diesmal Freunde aus dem Patenschafts-Bezirksverband Tiergarten-Wedding nach Hamburg.

Am Donnerstagmittag rollten die Berliner Fahrzeuge mit lautem Gehepe auf dem THW-Gelände an der Muggenburgerstraße ein. Die Fahrt durch die DDR und den westdeutschen Feiertagsverkehr war ohne Aufenthalt und Zwischenfälle verlaufen. Ein gemütliches Zusammensein beendete das offizielle Programm für den ersten Tag.



Sachgerecht wird ein „Verletzter“ geborgen. (Foto: Krüger)

Am nächsten Morgen ging es in die Lübecker Trave-Kaserne. Hier hatte THW-Bezirksbeauftragter Berthold Küssner mit Pionier- und Panzerpioniereinheiten eine Begegnung vereinbart. Insbesondere sollte den Berlinern die Zusammenarbeit zwischen THW und Bundeswehr im Katastrophenfall, speziell im Behelfsbrückenbau, gezeigt werden. Vom Offizier für Öffentlichkeitsarbeit, Oberleutnant Lippert, wurden die Gäste durch Videofilme über Aufbau, Aufgaben und Ausrüstung von Pioniereinheiten informiert. Nachfolgend wurde den Helfern Gelegenheit gegeben, den Maschinen- und Fahrzeugpark – zum Teil in Aktion – zu besichtigen. Besonders eindrucksvoll war dabei die Vorführung des „Systems Biber“, einem neuartigen Brückenlegegerät auf dem Chassis eines „Leoparden“.

Am Sonnabend begann der Dienst: Für eine Übung wurde ein aus Berliner und Hamburger Helfern kombinierter Bergungszug aufgestellt, der mit Einbruch der Dunkelheit in eine Bereitstellungsposition ausrückte. Während seiner Abwesenheit wurden Vorbereitungen getroffen, die Verletztendarsteller einzuweisen.

Um 21.30 Uhr alarmierte Einsatzleiter Felsch den in Bereitstellung stehenden Bergungszug unter dem Berliner Zugführer Preuß. Als fiktive Lage war eine Staubexplosion in einer Getreidemühle, bei der mehrere Personen zum Teil schwerverletzt wurden und bei der es zu mehreren Bränden gekommen war, festgelegt worden. Die Aufgabe der Helfer war es, unter den wachsamen Augen der Schiedsrichter die „Verletzten“ zu finden, aus verqualmten und zertrümmerten Gebäuden zu bergen und Erste Hilfe zu leisten. Die Arbeit der Helfer wurde besonders durch die Dunkelheit und den erschwerten Zutritt zu den Gebäuden behindert.

Das Ende der Übung war für 01.00 Uhr am Sonntag vorgesehen. Schon um 00.00 Uhr waren jedoch die Bergungsarbeiten beendet und alle 23 „Verletzten“ versorgt worden. Die Bewältigung der Aufgabe in nur 70 Prozent der vorgesehenen Zeit zeigte deutlich, wie problem- und reibungslos die Zusammenarbeit der Helfer auf fremden Fahrzeugen vonstatten gegangen war.

Nach der Übung trafen sich alle Beteiligten zu einer Manöverkritik, bei der die Fehler, deren Schwerpunkte in der Ersten Hilfe lagen, ausgiebig diskutiert wurden. Die Kritiken der Schiedsrichter von THW und DRK sowie das anschließende Gespräch wurden von allen als fruchtbar empfunden und sollten bei zukünftigen Übungen wiederholt werden.

Das anschließende gemütliche Beisammensein stellte den Ausklang des Berli-

ner Besuches in Hamburg dar, der eine schöne Erinnerung bleiben wird. M. S.

Helfervereinigung wählte Landesvorstand

Hamburg. Nunmehr hat auch die THW-Helfervereinigung Hamburg ihren Landesvorstand gewählt. Nach einer Vorstellung der Kandidaten und einführenden Worten des Landessprechers und des bis dahin amtierenden Vorstandes schritten die Delegierten zur Wahl. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Heinz Köllisch, 2. Vorsitzender Harald Faust, Schatzmeister Peter Neumann, Beigeordneter Curt Ehlers und zu Kasensprüfern Manfred Düll und Uwe Schulz.

Die Mitglieder Heinz Köllisch, ehemaliger PR-Direktor eines großen Hamburger Industrieunternehmens und Volkskünstler, weit über Hamburger Landesgrenzen hinaus bekannt, der THW-Mann Harald Faust und der Direktor einer großen Hamburger Bank als Schatzmeister sowie PR-Direktor Ehlers sind seit Jahren dem THW Hamburg freundschaftlich verbunden, gehören auch ehrenhalber dem THW an und haben sehr viel für das THW Hamburg getan. Sie bieten die Gewähr für eine aktuelle und sachbezogene Arbeit der THW-Helfervereinigung Hamburg.



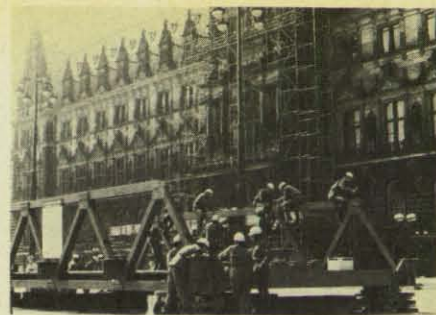
Der Landesvorsitzende der Helfervereinigung, Heinz Köllisch.

Die Probleme, die sich gerade für Helfer in einer Großstadt stellen, sind Themen, mit denen Männer dieser beruflichen Qualität in ihren Bereichen täglich konfrontiert werden. G. T.

Brückenbau auf dem Rathausmarkt

Hamburg. Anlässlich der Ausstellung „Brücken in Hamburg“, die für drei Wochen im Rathaus gezeigt wurde, waren auch die Brückenbaugruppen des THW Hamburg mit einer Demonstration ihrer praktischen Fertigkeiten vertreten.

Vor dem Hamburger Rathaus, auf dem Rathausmarkt, wurde vor dem Bausenator, vielen Besuchern und der Presse



THW-Helfer bauen vor dem Hamburger Rathaus eine D-Brücke auf.

ein Teil der D-Brücke, die die Freie und Hansestadt für Notfälle vorhält, von THW-Helfern aus Altona und Wandsbek aufgebaut.

Trotz schlechter Witterungsverhältnisse stand die Brücke nach etwa sieben Stunden harter Arbeit und konnte dem Publikum vorgestellt werden.

Weitere Schulungen mit der D-Brücke, zusammen mit den zuständigen Ingenieuren der Baubehörde, sind noch in diesem Jahr vorgesehen. A. K.

Fortbildung bei den Hamburger Wasserwerken

Hamburg. Nachdem die Helfer der Instandsetzungszüge Ende vergangenen Jahres in mehreren Fortbildungsveranstaltungen bei den Gas- und Elektrizitätswerken geschult worden waren, waren kürzlich die Hamburger Wasserwerke, als letztes der großen Versorgungsunternehmen, Ort für eine weitere Fortbildungsveranstaltung des I-Dienstes.

Nach einer theoretischen Unterweisung über den Aufbau des Unternehmens wurden den Gruppen- und Truppführern der G/W-Gruppen in einer Materialüber-



Praktische Arbeiten bei den Hamburger Wasserwerken. (Fotos: Krüger)

sicht die gängigen Rohre, Formstücke, Armaturen und Isoliermaterialien vorge stellt. Danach folgte eine praktische Vorführung von Maschinen und Geräten durch Mitarbeiter der Wasserwerke.

Den Schwerpunkt der Fortbildung bildeten aber die praktischen Übungen

- Rohrverlegung mit Abzweigung um einen Schacht,
- Anbohren einer Leitung unter Druck,
- Bearbeiten von Anschlußleitungen verschiedener Materialien.

Die Mitarbeiter der Wasserwerke äußerten sich anerkennend über den guten Wissensstand der THW-Helfer und die gute materielle Ausstattung.

Um die erworbenen Kenntnisse nicht wieder zu verlieren, ist für die Zukunft geplant, daß an Wochenenden die G/W-Gruppen gemeinsam mit den Bautrupps der Wasserwerke zu echten Schadensstellen fahren, um dann vor Ort ihre praktischen Fertigkeiten und Erfahrungen zu erweitern. A. K.

Kraftfahrer-Pokalwettbewerb 1983

Hamburg. Mit 35 Einsatzfahrzeugen (Führerschein-Klassen III und II) wurde in einem Geschicklichkeitsturnier, das der „Automobil-Club Verkehr“ Hamburg für das THW und die Feuerwehr ausgerichtet hatte, der diesjährige Kraftfahrer-Pokalwettbewerb des Landesverbandes Hamburg durchgeführt. Seite an Seite standen Feuerwehrleute und THW-Helfer auf dem Schwarzenbergplatz in Hamburg und diskutierten über Fahrfehler und die Möglichkeiten, am wenigsten Strafpunkte zu bekommen.

Besonders die Fahrer der Klasse-II-Fahrzeuge hatten es nicht leicht, die zehn Aufgaben des Parcours fehlerfrei zu durchlaufen. Hier zeigte sich sehr schnell, welcher Kraftfahrer sein Fahrzeug einwandfrei beherrschte und wo noch Mängel vorhanden waren.

Nach sechs Stunden Kampf um Zentimeter und Sekunden standen die Sieger fest: Der Vorsitzende des ACV und THW-Landesbeauftragter Trautvetter



Ein Einsatzfahrzeug im Parcours. (Foto: Krüger)

zeichneten mit dem Wanderpokal in der Führerschein-Klasse II den THW-BV Hamburg-Nord und in der Klasse III den THW-BV Hamburg-Wandsbek aus.

Aufgrund des hohen Ausbildungswertes dieser Veranstaltung wurde beschlossen, den Kraftfahrer-Pokalwettbewerb im kommenden Jahr zu wiederholen. A. K.

Bremer THW demonstrierte Leistungsstand

Bremen. Das Interesse der Bevölkerung an der Arbeit des THW ist groß. Das zeigte sich wieder einmal deutlich am 4. Juni: An diesem Sonnabend feierten die Ortsverbände Vegesack und Hastedt ihr 25jähriges Bestehen. Beide Ortsverbände hatten aus diesem Anlaß zu einem „Tag der offenen Tür“ in ihre Unterkünfte eingeladen.

Zu den Attraktionen des THW-OV Vegesack zählten praktische Vorführungen. Die Helfer demonstrierten, wie Verletzte und Verschüttete geborgen werden, der Instandsetzungszug zeigte seine Vorbereitungen für den THW-Bundeswettbewerb in Darmstadt.

Innensenator Helmut Fröhlich, der zum THW nach Bremen-Nord gekommen war, bewertete die Arbeit des Ortsverbandes positiv und dankte den Helfern für ihr ehrenamtliches Engagement. „Es kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, daß Sie bereitwillig Ihre Freizeit opfern, um sich darauf vorzubereiten, anderen im Notfall zu helfen“, betonte Fröhlich.

Die Unterkunft des THW-OV Hastedt stand für die Bevölkerung am 4. Juni offen. In einer Leistungsschau zeigten die Helfer unter anderem den Aufbau einer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage, das Installieren von Notstromaggregaten und Pumpen sowie die Einrichtung einer Fernmeldevermittlungszentrale.

Am Nachmittag würdigten THW-Direktor Hermann Ahrens und Landesbeauftragter Dirk Göbel die Verdienste des Ortsverbandes und zeichneten einige Helfer aus. U. W.



Zu Gast beim Bremer THW: Innensenator Helmut Fröhlich (Bildmitte). (Foto: Pörtner)

Katastrophenschutzübung „Roland '83“

Bremen. Mit „Roland '83“ war eine Katastrophenschutzübung überschrieben, an der die Einheiten des THW-OV Neustadt teilnahmen. Sie begann am Freitagabend und ging nach fast 48 Stunden am späten Sonntagnachmittag zu Ende.

„Mit unserer Übung wollten wir den Ausbildungsstand der Einheiten überprüfen und die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdienste unter Einsatzbedingungen proben“, erläuterte der Neustädter Ortsbeauftragte, Hermann Sedlatschek, die Zielsetzung. Den Übungs- und Einsatzplan hatten Helfer seines Ortsverbandes in mehrmonatiger Arbeit entwickelt.

An der Übung nahmen die Bergungszüge, der Instandsetzungs- und der Fernmeldezug sowie die Erkundungs- und Lotsengruppe und die Pontongruppe des Ortsverbandes Neustadt teil. Während der Übung übernachteten die Helfer im Schutzbauwerk an der Kornstraße. U. W.

Dritte Großübung mit dem THW-BV Berlin-Steglitz

Hildesheim. Beinahe traditionsgemäß führten der THW-OV Hildesheim und der Bezirksverband Berlin-Steglitz am Wochenende Christi Himmelfahrt ihre dritte Großübung durch, als deren Ausrichter in diesem Jahr die Helfer der Domstadt fungierten.

Nach dem Lageraufbau am Donnerstag, dem 12. Mai, wurde jedoch zuerst einmal gefeiert. Und zwar das dreißigjährige Bestehen des THW-OV Hildesheim, veranstaltet in einem erweiterten Zelttrakt inmitten des Übungsgeländes in Luttrum/Landkreis Hildesheim. Leider wurde die für den nächsten Tag angenommene Übungslage, die von starken Regenfällen und Orkanböen ausging, zumindest teilweise zur Realität und beinträchtigte mit Dauerregen den kleinen Festakt.

Erfreulicherweise konnten die nachfolgenden Übungstage – mit Ausnahme der Nächte – einigermaßen trocken ablaufen. Damit waren die aus der Übungslage resultierenden Aufgaben für die Bergungseinheiten, wie Sichern von zerstörten Uferbefestigungsanlagen, Uferverbau mit Faschinen und Hurden sowie behelfsmäßiges Herstellen eines Anlegers, jederzeit durchführbar.

Auch der Instandsetzungszug Berlin-Steglitz konnte die ihm zugewiesenen

Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten an einem Hangweg im Bereich der Gemeinde Diekholzen erfüllen.

Besonders unter dem Eindruck mangelnder Möglichkeiten in Berlin war das Übungsprogramm am Sonnabend gestaltet. Ein Mot-Marsch nach Koordinaten in zwei Blöcken zur Innerstetalsperre im Harz erlaubte den Steglitzern die Entfaltung einer ansonsten eingeschränkten Mobilität. Daß dabei auch ein 4,5 km langer Fußmarsch wegen „Unpassierbarkeit“ der Straßen stattfand, dürfte dem Spaß keinen Abbruch getan haben.

Erwähnenswert ist der gute Ausbildungserfolg der Übung für alle Beteiligten, besonders aber für die Jugendgruppe des Bezirksverbandes Berlin-Steglitz. Ein Höhepunkt war sicherlich der Mot-Marsch in den Harz und insgesamt das großartige Erlebnis einer gelungenen Zusammenarbeit und weiter gefestigten Kameradschaft über Landesgrenzen hinweg.

R. B.

Kriegsgräberpflege wird fortgesetzt

Hannover. Nach dem erstmaligen Einsatz von THW-Junghelfern zur Pflege von Kriegsgräbern in Österreich im Oktober des vergangenen Jahres wird die Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in diesem Jahr fortgesetzt.

Geplant sind jeweils zwei Ausbildungslager in Wien und Linz in der Zeit vom 7. Juli bis 24. August 1983 und ein Ausbildungslager in Clermont-Ferrand (Frankreich) in der Zeit vom 18. Juli bis 31. August 1983.

Am Ausbildungslager Linz I – in der Zeit vom 7. bis 24. Juli 1983 – nehmen auch acht niedersächsische Junghelfer aus den Ortsverbänden Soltau, Lehrte und Cuxhaven teil. Insgesamt sind noch weitere 22 Junghelfer aus den Landesverbänden Hessen und Hamburg mit im Einsatz. Ihre Aufgabe: Abschleifen, Bemalen und Imprägnieren von Grabsteinen, Verlegen von Grabplatten sowie Befestigen und Einbetonieren von Grabkreuzen.

Zehn Helfer des Landesverbandes Niedersachsen aus den Ortsverbänden Cloppenburg, Lehrte und Lüchow-Danenberg bestritten zusammen mit 20 Kameraden des Landesverbandes Baden-Württemberg in der Zeit vom 1. bis 23. Juni 1983 als dritte und letzte Gruppe ihren Arbeitseinsatz in Bordj-Cedria/Tunesien. Hier waren der Bau eines 1,5 km langen Stahlgitter- und Wildschutzzaunes um den dortigen Soldatenfriedhof mit rund 8500 Gräbern und

die Renovierung der Friedhofskapelle vorgesehen. Abschließend waren von der Gruppe noch Abbau und Rückführung des Zeltmaterials durchzuführen.

Die Arbeit in Tunesien konnte aufgrund des Schwierigkeitsgrades und weil sie außerhalb der Ferienzeit anfällt, nicht von Junghelfern ausgeführt werden. Die beteiligten Helfer opferten hierfür einen Teil ihres Jahresurlaubs.

R. B.

Hilfeleistung bei Moto-Cross-Weltmeisterschaft

Northeim. Zu der bislang größten Hilfeleistung seit seinem Bestehen wurde der Instandsetzungsdienst des THW-OV Northeim Anfang Mai gerufen: Anlässlich der Moto-Cross-WM, die in diesem Jahr in Northeim stattfand, traten der Rallye-Touring-Club und der ADAC an das THW der Kreisstadt heran. Zu dieser Veranstaltung von internationaler Bedeutung erwarteten die Organisatoren mehrere zehntausend Besucher und Fahrer aus „aller Herren Länder“. Um alle Gäste unterbringen zu können, entstand über Nacht auf den Wiesen rund um den Northeimer Sultmer-Berg eine komplette Zeltstadt. Aufgabe des THW war es, diese „Stadt“ mit Trinkwasser zu versorgen.

Unter Leitung von Gruppenführer Klaus Beikirch machten sich am frühen Donnerstagmorgen zehn Helfer mit vier Kraftfahrzeugen und zwei Anhängern an die schwierige Aufgabe. Bevor man jedoch mit dem eigentlichen Bau des Leistungssystems beginnen konnte, mußte zunächst für die Unterbringung und Versorgung der eigenen Helfer Sorge getragen werden. In zwei Mannschaftszelten richteten die Helfer Schlafräum, Küche und ein Materiallager ein.

Nun erst konnte der schwierigste Teil der Arbeit beginnen. Auf einer Länge von 450 m mußte zwischen der Wasserentnahmestelle (einem Schießstand der Bundeswehr) und dem Zwischenlager auf dem Bergkamm ein Höhenunterschied von 38 m überbrückt werden. Den dazu notwendigen Druck erzeugten zwei TS 2,5 Pumpen, die das Wasser durch die B-Schläuche den Berg hinauftrieben. Direkt am THW-Lager richteten die Helfer eine Verteilerstation ein. In acht Behältern lagerte hier eine konstante Wassermenge von 22000 l, die eine Elektropumpe auf ein kompliziertes Leitungssystem verteilte. Über ein Leitungsnetz aus flexiblen C-Schläuchen und Verteilern gelangte das Wasser über eine Strecke von 1600 m an die weit auseinandergelegenen Entnahmestellen. Nach zwölf Stunden harter Arbeit und manchem Kopfzerbrechen hieß es

schließlich um 18.00 Uhr: „Wasser marsch!“

Die Arbeit war mit dem Aufbau der Anlage noch lange nicht getan: Rund um die Uhr machten je sieben Helfer in Schichten Bereitschaftsdienst, um das Fördersystem betriebsbereit zu halten und zu überwachen. Schließlich handelte es sich dabei um die Lebensader der Zeltstadt. Nicht weniger als sieben verschiedene Stellen mußten mit Wasser gespeist werden: ein Festzelt, zwei Toilettenwagen, ein Duschbus, eine Küche des DRK, zwei Wasserentnahmestellen mit je sechs Wasserhähnen. Das Fazit nach Abschluß des Einsatzes: Insgesamt flossen nicht weniger als 154000 l Wasser durch das Leitungssystem des THW.

Am Montagmorgen schließlich konnten die Helfer des Instandsetzungsdienstes nach gelungener Arbeit mit dem Abbau beginnen. In einer abschließenden Manöverkritik zeigte sich Gruppenleiter Klaus Beikirch sehr zufrieden mit dem Verlauf. Er betonte dabei besonders die gute Unterstützung bei der Materialbeschaffung durch andere Ortsverbände und Organisatoren. Gleichzeitig wies Beikirch aber auch auf die große Bedeutung dieser Hilfeleistung für künftige Einsätze hin: „Der Dienst in 18-Stunden-Schichten stellte an Durchhaltevermögen und technisches Können der Helfer hohe Ansprüche. Damit haben wir auch wertvolle Erfahrungen für einen möglichen Ernstfall sammeln können.“

M. A.

Erste gemeinsame Übung von THW, DRK und Feuerwehr

Gifhorn. Der erste Schritt zu einer effektiven Zusammenarbeit auf dem Gebiet der technischen Ausbildung und Führung von Einsatzkräften in Katastrophenfällen ist getan. Die Erfahrungen können als positiv gewertet werden. Zu dieser Einschätzung kamen Vertreter des THW-OV Gifhorn, des DRK und der Feuerwehren im Kreisgebiet nach Abschluß einer ersten gemeinsamen Stabsrahmenübung.

Die Übung fand unter der Leitung des THW-Kreisbeauftragten Peter Dziedzioch in der THW-Unterkunft statt. Erstmals waren auch Junghelfer des Ortsverbandes dabei. Ausgearbeitet hatten diese gemeinsame Stabsrahmenübung die Helfer Siegner und Wenzel. Zur Abschlußbesprechung fanden sich auch THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser sowie Geschäftsführer Jürgen Bletz, GFB Braunschweig, ein.

Als eines der angestrebten Ziele nannte Dziedzioch: „Wir müssen lernen, die gleiche Sprache zu sprechen.“ Das gel-

te beispielsweise beim Erkennen der taktischen Zeichen, beim Absetzen eines Funkspruchs oder beim Abfassen einer Meldung. So wurde unter anderem der Einsatz der Hilfsorganisationen bei der Sicherung und Bergung eines Tanklöschzuges, der chemische Substanzen transportierte, „duchgespielt“. Landesbeauftragter Leiser stellte bei der Abschlußbesprechung fest: „Das THW strebt die enge Zusammenarbeit mit allen Hilfsorganisationen an.“ Der Weg, der im Landkreis Gifhorn beschränkt werde, sei zu begrüßen.

Neubesetzung des Landesausschusses

Hannover. Nach der am 5. März 1983 durchgeführten Wahl des THW-Landesprechers im Landesverband Niedersachsen war auch der Landesausschuß, der nach den Richtlinien für den gleichen dreijährigen Zeitraum eingesetzt wird wie die Helfervertretung, neu zu besetzen. Neben dem Vorsitzenden, Landesbeauftragten Eckhard Leiser, sowie Landessprecher Willi Kunze, Salzgitter, und Stellvertreter Klaus Köhler, Cloppenburg, mußten zwei Kreis- bzw. Ortsbeauftragte neu in das Gremium berufen werden. Dem von ehrenamtlicher Seite geäußerten Wunsch entsprechend, Repräsentanten peripher gelegener Ortsverbände im neuen Landesausschuß zu berücksichtigen, erklärten sich die Kreis- und Ortsbeauftragten Tjark Backhaus, Jever, und Karl-Heinz Markmann, Wolfenbüttel, zur Mitarbeit bereit. Bei der am 17. Mai 1983 durchgeführten



Neuer Landesausschuß (von links): Stv. Landessprecher Köhler, THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Markmann, THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Backhaus, Landessprecher Kunze, Landesbeauftragter Leiser, Hauptsachgebietsleiter Rohwedder. (Foto: Bormann)

konstituierenden Sitzung wurden die bisherigen Mitglieder, der vormalige Landessprecher Gerhard Brunke, Goslar, und sein Stellvertreter, Peter Schikora, Hannover, sowie KB/OB Wilhelm Willenbockel, Soltau, und OB Klaus Oppermann, Wunstorf, mit einem herzlichen Dank für die dreijährige, konstruktive Mitarbeit durch Leiser verabschiedet. R. B.

„Eine großartige Leistung“

Lüchow-Dannenberg. Eine tolle Leistung zeigten die zwölf THW-Jungshelfer, Krafftfahrer und Jugendgruppenleiter der Wettkampfgruppe aus Lüchow-Dannenberg am Sonntag, dem 8. Mai 1983, in Cloppenburg, wo die Landesausscheidungswettkämpfe der Jugendgruppen für Niedersachsen stattfanden.

Die gestellten Aufgaben waren so schwierig, daß es selbst einer schon „erwachsenen“ Wettkampfgruppe einige Anstrengungen gekostet hätte, sie auszuführen. Aber man wäre nicht beim THW, wollte man nicht auch dieses meistern. Schon am Samstag packten alle ihre Sachen, und mit klopfendem Herzen fuhr man in Richtung Cloppenburg.

In einem kleinen Zeltdorf, aufgebaut auf dem Gelände der neuen THW-Unterkunft Cloppenburg, wurden die Jungen untergebracht. Am späten Samstagmittag bekamen die Jungshelfer einen kleinen Vorgeschmack auf den nächsten Tag: Zusammen mit den anderen Jugendwettkampfgruppen marschierten sie alle zu einem Gewässer, um dort eine Schlauchbootwettkampfveranstaltung zu veranstalten.

Nur fünf Sekunden hinter dem Sieger kamen die Lüchower ins Ziel und errangen damit einen guten zweiten Platz. So mancher Hosenboden wurde bei diesem außer der Reihe durchgeführten Wettstreit naß, und eine Gruppe verwandelte ihr Boot gar in eine Badewanne.

Am Sonntagmorgen wurde die Spannung so groß, daß man es förmlich knistern hören konnte, aber das Los hatte entschieden, daß Lüchow erst am Nachmittag starten konnte. So hatte man



Zügig geht der Rücktransport vor sich.



Sie freuen sich: der Landessieger der THW-Jugendwettkämpfe, der THW-OV Lüchow-Dannenberg. (Foto: Kroll)

noch Zeit, das bekannte Museumsdorf bei Cloppenburg zu besichtigen.

Kurz vor 13.00 Uhr wurden die Fahrzeuge der Wettkampfgruppen an die fünf nebeneinander liegenden Wettkampfbahnen gefahren, die mitten in Cloppenburg auf dem großen Marktplatz aufgebaut waren. Nach Einweisung der Jungshelfer durch den Oberschiedsrichter in die angenommene Schadenslage fiel pünktlich um 13.00 Uhr der Startschuß.

Ein unter einer Betondecke eingeklemmter „Verletzter“ sollte nach Überwindung mehrerer Hindernisse geborgen und zur Verletztenablage transportiert werden.

Der Gruppenführer mußte den Mannschaftskraftwagen rückwärts in die Wettkampfbahn einweisen, und die Wettkampfgruppe bereitete eine Geräteablage vor, auf der das zu benötigende Gerät abzulegen war.

Ein Sumpfgelände versperrte den Helfern als erstes den Weg zum „Verletzten“. Ein acht Meter langer Bretterschnellsteg wurde gebaut, und ein mit einer Leine gesicherter Helfer zog ihn zum gegenüberliegenden Festpunkt.

Nach Überwindung dieses Sumpfgeländes kamen die Helfer an eine einsturzgefährdete Wand, die mit einem Stützbock abzusichern war. Eine schwierige Aufgabe für die Jungen, bei der die gute Ausbildung in der Holzbearbeitung sehr von Nutzen war. So mußten mit Handbohrern Knaggen gebohrt und mit Bügelsäge und Stechbeitel Zapfen und Zapfloch hergestellt werden. Nach dem Einpassen der Strebstütze und Sichern des Stützbockes mit Bauklammern und Erdnägeln konnte die nun gesicherte Wand mit Leitern überwunden werden, und man kam zu der großen Betonplatte, unter der ein „Verletzter“ eingeklemmt war. Die in den Bergungsrucksäcken mitgeführten hydraulischen Hebezeuge wurden eingesetzt, um den „Verletzten“ aus seiner Zwangslage zu befreien.

Der in jeder Bergungsgruppe vorhandene Sanitätshelfer führte die Erstversorgung durch, bevor der „Verletzte“ auf eine mitgeführte Trage eingebunden wurde. Der Rückweg zur Verletztenablage gestaltete sich äußerst schwierig.

Mit Hilfe von parallelen Leitern zogen die THW-Jungshelfer den „Verletzten“ auf die abgestützte Wand und ließen ihn auf der anderen Seite, gesichert von zwei Helfern, hinunter.

Die Wettkampfbahn mußte übrigens während des gesamten Bergungseinsatzes mit Starklichtlaternen ausgeleuchtet werden. Die letzte Aufgabe bestand darin, den „Verletzten“ durch Errichten einer Seilbahn über zwei Dreiböcke und eingehängte Klapprollen über das

Sumpfgelände zu ziehen, was auch hervorragend klappte. Nun konnte der „Verletzte“ zur Verletztenablage getragen werden.

Bei der Zeitvorgabe von 150 Minuten hatte die Lüchow-Dannenberg Jugendmannschaft genau 88 Minuten und 40 Sekunden gebraucht, war die zeit-schnellste Gruppe und somit Landessieger. Erschöpfte Jungen, die aber strahlende Gesichter hatten, konnte man bei der anschließenden Siegerehrung sehen, und niemand der Zuschauer und Mitwirkenden sparte mit Lob und Anerkennung.

Die Lüchow-Dannenberg THW-Jungen hatten eine großartige Leistung gezeigt, das betonte auch der Bürgermeister der Stadt Cloppenburg, Thonemann, unter dessen Schirmherrschaft diese Veranstaltung stand, in seiner Ansprache.

H. K.

Einsatz auf der Insel „Großer Wall“

Berlin. Selbst viele Berliner wissen nicht, daß es am Eingang zum Tegeler See auf der Havel eine kleine Insel gibt, die den Namen „Großer Wall“ trägt. Die Insel gehört dem Bezirksamt Kreuzberg. Sie ist unbewohnt und dient gelegentlich Jugendgruppen zum Zelten.

Infolge eines Sturmes waren auf der Insel einige mächtige Bäume umgestürzt und lagen zum Teil im Wasser. Für den THW-BV Kreuzberg/Neukölln, der um Hilfe gebeten wurde, war dies nicht nur die Aufgabe des Bäumezerschneidens, die ganze Ausstattung mußte auch vom THW-Wasserübungsplatz mit Booten und einem Sd-Halbponton ca. zwei Kilometer auf dem Wasser transportiert werden. Deshalb machte man auch gleich eine Beladeübung aus diesem Auftrag und nahm die gesamte MKW-Ausstattung mit auf die Insel.

Mit einigen Motorsägen gingen die Helfer den mächtigen Baumstämmen zu Leibe, nachdem sie zuvor mit Greifzügen an Land gebracht worden waren. Die Stämme mußten in transportable Scheiben geschnitten werden, um dem



Die mächtigen Stämme werden in transportable Stücke geschnitten.

Gartenbauamt den Abtransport zu ermöglichen.

Alle Helfer durften ein volles Sägepensum absolvieren, und mancher stellte bei der ungewohnten Arbeit fest, daß auch das Motorsägen recht anstrengend ist. Trotz allem war diese „Baumaktion“ mal etwas anderes und machte besonders wegen des Drumherums großen Spaß.

G. B.

THW-Jugendgruppe übt für den Bundeswettkampf

Berlin. Schon seit Wochen bereitete sich die Jugendgruppe des THW-Bezirksverbandes Spandau auf die Teilnahme am Bundeswettkampf 1983 in Darmstadt vor. Sie sollte unter Leitung von W. Färber die Fahnen von Berlin bei diesem Wettkampf vertreten.

Am 28. Mai 1983 war es dann soweit, man konnte einen kompletten Probelauf starten; THW-Bezirksbeauftragter Karl-Heinz König hatte hierzu auch die Eltern der beteiligten Junghelfer eingeladen. Über zwei Stunden schauten sie geduldig und gespannt zu, wie ihre Sprößlinge gekonnt und präzise die sicherlich nicht ganz einfachen Aufgaben lösten.

Der Applaus und der anschließende gemeinsame Imbiß mit den Eltern waren eine verdiente Anerkennung für die gezeigten Leistungen.

Der Bezirksbeauftragte nutzte die Gelegenheit, die Eltern ausführlich über Aufgaben und Ausstattung des THW zu informieren.



Die Jugendgruppe des THW-Bezirksverbandes Spandau. (Fotos: Brühl)

Maibaum für die Bezirksjugend Wedding aufgerichtet

Berlin. Das Bezirksamt Wedding bat das THW, den von der Stadt Naila gestifteten Maibaum im Rahmen eines Volksfestes vor dem Rathaus Wedding aufzurichten.

Bei der Ortsbesichtigung stellte sich heraus, daß der geplante Einsatz des



Auch das THW-Emblem schmückt den Maibaum vor dem Wedding Rathaus. (Foto: Artner)

KW 6 t nicht möglich war, da der Maibaum ca. 24 m vom Straßenrand entfernt in einer einbetonierten Hülse aufgerichtet werden sollte.

Also bereitete die Jugendgruppe den Maibaum für die Aufrichtung per Hand mit Hilfe gebundener Holzscheren und Halteleinen vor. Die Einsatzgruppe Feuerwehr-Dienst aus dem Bezirksverband Tiergarten wurde zum Einsatzort gerufen. Sodann konnte der Maibaum zur Hälfte aufgerichtet werden.

Durch die Verwendung eines Greifzugs und der vier angeschlagenen Halteleinen, die ein seitliches Wegdrehen des Baumes vermeiden sollten, wurde der Maibaum unter großem Beifall von 300 Zuschauern aufgerichtet.

Als Dank der Bezirksjugend Wedding wurde ein THW-Emblem mit der Bezeichnung „Jugendgruppe Tiergarten“ angebracht. Die anwesende Bezirksbürgermeisterin, Erika Heß, sowie der Stadtverordnete der Stadt Naila bedankten sich nach dem Einsatz bei jedem Helfer für die gezeigte gute Leistung.

B. K.

Nachruf

Am 23. Mai 1983 verstarb durch einen Verkehrsunfall unser Kamerad

Andreas Meyer

im 24. Lebensjahr.

Mit ihm verliert der THW-Bezirksverband Tiergarten/Wedding einen engagierten Helfer, einen guten Kameraden und Freund.

Der Bezirksbeauftragte für Tiergarten/Wedding.

Farbwerke Hoechst AG schulden THW-Instand- setzungshelfer

Hürth. Für die Durchführung der fachlichen Ausbildung der THW-Helfer des Instandsetzungsdienstes sind die wesentlichen Vorschriften derzeit in Bearbeitung und stehen für die Elektrogruppe, die Gas/Wasser-Gruppe und die Abwasser/Öl-Gruppe noch nicht zur Verfügung.

Um trotz fehlender Ausbildungsunterlagen eine gewisse Hilfestellung bei der Ausbildung der Instandsetzungszüge zu geben, erklärten sich die Farbwerke Hoechst in Hürth/Knapsack bei Köln bereit, mit eigenen Ausbildern in den Lehrwerkstätten ihres Werkes Hürth etwa 15 Instandsetzungshelfern aus benachbarten Ortsverbänden eine Elektroausbildung zu vermitteln.

Zur Vorbereitung dieses Pilotprojektes trafen sich Ende Januar 1983 Vertreter der Werksleitung sowie des Ausbildungsbereiches der Farbwerke Hoechst und Mitarbeiter des THW-Landesverbandes NRW. Da eine ähnliche modellhafte Ausbildungsmaßnahme bereits bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt angelaufen war, konnten die dort gewonnenen Erfahrungen mitverwertet werden.

Als erste Schritte wurden die Ausbildungsdauer und der Lehrstoff festgelegt sowie eine Möglichkeit geschaffen, den Ausbildern des Werkes Hürth den Elektro-Satz eines Instandsetzungszuges vorzuführen.

Nach diesen Vorbereitungen begann die Elektro-Ausbildung in Hürth. Es waren je drei Helfer in E-Gruppen der Instandsetzungszüge des THW-OV Bergisch-Gladbach, Leverkusen, Köln-Ost, Köln-Porz und Köln-West abgestellt. Es nahmen nur solche Helfer und Unterführer daran teil, die noch keine praxisorientierte Elektro-Grundausbildung erhalten hatten bzw. geeignet erscheinen, als Ausbilder den erlernten Stoff weiterzuvermitteln.

Auf der Grundlage der Besprechungsergebnisse hatten die Farbwerke Hoechst eine Ausbildungsunterlage erstellt. Aus methodisch-didaktischen Gründen wurde stets mit einigen Stunden Theorie begonnen, an die sich die praktischen Arbeiten unter besonderer Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen („nie in Sicherheit wagen“) anschlossen. Hierzu konnten die optimalen technischen Einrichtungen und die (fast) unbegrenzten Mengen von Verbrauchsmaterial der Farbwerke Hoechst in Anspruch genommen werden – etwas, was nicht im Entferntesten in den Ortsverbänden möglich gewesen wäre.



Die THW-Helfer nutzen die optimalen technischen Einrichtungen der Fa. Hoechst.
(Foto: Jacobsen)

Dank gilt insbesondere den Hoechst-Ausbildern Peter Tesch, Wilhelm Schmitz und Bernd Schäfer, die ihre Freizeit für diese Maßnahme opferten und Samstag für Samstag bereit waren, den Helfern des THW über die Schulter zu blicken, sie anzuleiten sowie die einzelnen Handgriffe ihrer „Schüler“ zu erläutern und zu kontrollieren.

Der Erfolg dieser 36stündigen Spezialausbildung zählt zweifach: Einmal konnte jeder Helfer sein Wissen und Können vertiefen; andererseits gelang dem THW-Landesverband eine Verbesserung des Ausbildungsstandes in allen Instandsetzungszügen des Bereiches, ohne daß dafür Steuermittel zur Deckung der Schulungskosten aufgewendet werden mußten.

Da die Werksleitung der Farbwerke Hoechst angeboten hat, das begonnene Projekt auch in Zukunft in jeder Weise zu unterstützen, sollen sich weitere „Lehrgänge“ dieser Art anschließen.

Die Aussicht, daß sich andere Industrieunternehmen und Versorgungsbetriebe durch das „Hoechster Modell“ angesprochen fühlen und auch bei der Instandsetzungsausbildung mithelfen, wird von den Verantwortlichen als wahrscheinlich angenommen. So könnte bald ein Potential an freiwilligen Hilfskräften zur Verfügung stehen, das der Bevölkerung in Unglücksfällen und Katastrophen zur Seite steht. Andererseits könnten diese Helfer aber auch die Versorgungsunternehmen in optimaler Weise unterstützen.

THW-Landesbeauftragter Drogies hat dieses Pilot-Projekt von Anfang an verfolgt und bei allen Gelegenheiten auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Industrie und THW im Hilfeleistungssystem in der Bundesrepublik hingewiesen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Instandsetzungsausbildung auf diese Weise in allen Bereichen des Landesverbandes verbessert werden kann. U. J.

Umbauarbeiten beendet

Greven. Nachdem der Umbau der Unterkunft des THW-Ortsverbandes Greven bereits vor einiger Zeit beendet worden war, fand am 13. Mai 1983 die offizielle Einweihungsfeier statt. Als Gäste erschienen u. a. stv. THW-Landesbeauftragter Kellner, der stv. Bürgermeister Grevens, Vertreter der benachbarten THW-OV Rheine und Lengerich sowie befreundeter Grevener Hilfsorganisationen wie MHD, DLRG, DRK und Freiwillige Feuerwehr.

Am 14. Mai ergab sich im Rahmen des Maifestes für den THW die gute Gelegenheit, sich der Grevener Bevölkerung vorzustellen. Auf einem zentralen Parkplatz wurden zwei GWK und zwei MKW mit allen Gerätschaften vorgeführt. Außerdem wurden von den zwei Bergungsgruppen eine Hängebrücke und eine Seilbahn aufgebaut. Sowohl die Hängebrücke als auch die Seilbahn fanden bei den Kindern großen Anklang, da sie unter Aufsicht der THW-Helfer richtig herumtollen konnten. Eine Videoanlage informierte interessierte Maifestbesucher über die zahlreichen Einsatzmöglichkeiten des THW. M. B.

Landeswettbewerb 1983 des Instandsetzungsdienstes

Münster. Der Landeswettbewerb des Instandsetzungsdienstes im THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen fand am 16./17. sowie 23./24. April 1983 auf dem Übungsgelände des THW-OV Münster und in Untereschbach, ehemalige Grube Lüderich, statt. Hierbei haben insgesamt 18 Mannschaften ihr Können unter Beweis gestellt.

Die Landesauscheidung des Instandsetzungsdienstes bestand aus einer kombinierten Wettkampfaufgabe, welche Tätigkeiten des Zugtrupps sowie in den Fachbereichen Kabelarbeiten (E), Wasserversorgung (W) und Abwasserbeseitigung (A) umfaßte. Die Teileinheiten wurden zwar jeweils getrennt voneinander tätig, dies jedoch im Rahmen eines einheitlichen taktischen Gesamtauftrages.

In drei Stunden mußten die drei Fachgruppen unter der Leitung des Zugführers eine behelfsmäßige Stromversorgung von einem Stromerzeuger sicherstellen, eine Wasserversorgungsleitung mit Zapfstelle herrichten sowie einen Abwasserkanal behelfsmäßig ausbauen bzw. instand setzen und so betreiben, daß eine Notversorgung möglich war.

Diese kombinierte Aufgabenstellung ermöglichte einen Überblick über die Einsatzbreite und das Leistungsvermögen

der KatS-Einheit „Instandsetzungszug“. Für den Zuschauer konnte so sichtbar gemacht werden, wie die einzelnen Fachgruppen Hand in Hand arbeiten.

Der Einsatz von Führern oder Unterführern in Helferfunktion war nicht zulässig und wurde stichprobenweise kontrolliert. Die Gruppenführer durften prinzipiell nicht mitarbeiten. Sie hatten den Einsatz ihrer Teileinheiten zu leiten.

An den Übergabestellen Elektrotrupp an Wassertrupp, Elektrotrupp an Abwassertrupp und Wassertrupp an Abwassertrupp durften die Gruppenführer nur in Verbindung und nach Absprache mit dem Zugführer tätig werden. Personalaustausch erfolgte ebenso ausschließlich durch Abstimmung mit dem Zugführer.

Zum Wettkampf traten die Mannschaften mit je einem Zugtruppfahrzeug, Inst-Truppfahrzeug E, Inst-Truppfahrzeug W und Inst-Truppfahrzeug A an.

Zur Lösung der Wettkampfaufgaben durfte allein die vorgeschriebene STAN-Ausstattung eingesetzt werden. Die Schiedsrichter wurden angewiesen, die Truppfahrzeuge daraufhin zu überprüfen. Unterschiedliche Gerätetypen im Rahmen der zugewiesenen STAN-Ausstattung konnten bei der gewählten Aufgabenstellung in Kauf genommen werden.

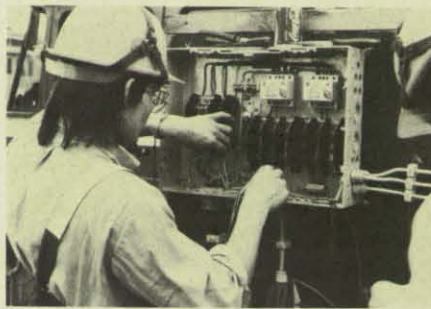
Für die Bewertung wurden je ein Schiedsrichter für die Bereiche E, W und A sowie ein Oberschiedsrichter eingesetzt, der zugleich den Zugtrupp bewertete. Sie beurteilten die Aufgaben nach fachlichen und sachlichen Gesichtspunkten, u. a. unter Berücksichtigung der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und des vorgeschriebenen Zeitbedarfs. Bei Verstößen gegen die anerkannten Regeln der Technik war vorgesehen, den Helfer mit Strafzeiten zu belegen, d. h. ihn für eine gewisse Zeit aus dem Trupp ausscheiden zu lassen. Es sollte sich herausstellen, daß diese Maßnahme voll zur Wirkung kam.

An die Wettkampfmannschaften wurde die Schadenlage ausgegeben:

Durch die Detonation eines Bombenblindgängers wurden eine Wasserversorgung mit der Nennweite ND 80, die Abwasserleitungen und das Elektronetz gestört. Die verfügbaren Instandsetzungskräfte des zuständigen EVU und die Tiefbauämter sowie die örtlichen Fachfirmen sind durch anderweitige Einsätze voll gebunden. Die Versorgung der Bevölkerung ist erheblich beeinträchtigt. Die Reste der zerstörten Leitungen wurden bereits entfernt. Beim Eintreffen stellen sie fest, daß die vorgeschriebene Absperrung von Unbekannten entfernt wurde. Auf der Straße herrscht Verkehr. Ihr Instandsetzungs-



Helfer der AÖ-Gruppe richten eine Abwasserleitung aus Steinzeug her.



Der Elementkasten wird von Helfern der E-Gruppe verdrahtet. (Fotos: Tilke)

zug erhält den Auftrag, die Schäden (im Gelände gezeigt) zu beheben.

Der Einzelauftrag an den E-Trupp sah vor, eine zerstörte Elektroversorgungsleitung behelfsmäßig instand zu setzen. Dazu war die Versorgung einer Behelfsverteilung mit Strom aus einem Stromerzeuger sicherzustellen.

Aufgabe des Wassertrupps war es, ein zerstörtes Wasserrohrsystem behelfsmäßig instand zu setzen. Die Übungsstrecke war in einem ca. 40 cm tiefen, vorgefertigten Graben verlegt. Überdeckt verlegt war ein ca. sechs Meter langes Schraubmuffenrohr GGG DN 80. An diesem Rohr mußten nach Verlege-skizze die Formstücke und Armaturen angebracht werden.

Der dem A-Trupp gestellte Auftrag bestand darin, ein unbekanntes Kanalsystem, welches durch Sprengwirkung beschädigt worden war, wieder in gebrauchsfähigen Zustand zu setzen. Die Übungsstrecke war als Kanalschnitt Erdbauweise ca. 1,75 m tief (bis Grabensohle) errichtet worden. Es waren zwei Kanalschächte eingebracht. Zwischen den Schächten war eine Rohrstrecke von 6x1-m-Rohren, Ausführung Betonmuffenrohr, lichte Weite 800 mm, verlegt. Innerhalb dieser Strecke war eine Bruchstelle vorhanden, d. h. zwei Meter Rohr waren zerstört und durch Bruchstücke dargestellt. Die Schadenstelle mußte behelfsmäßig so instand gesetzt werden, daß das Abwasser, ohne in das Erdreich einzudringen, abgeleitet werden konnte (behelfsmäßige Reparatur).

Landessieger wurde der Instandsetzungszug des THW-OV Leverkusen mit 33 Strafpunkten, gefolgt vom Instand-

setzungszug des THW-OV Duisburg (67 Strafpunkte). Die Wettkampfmannschaft des THW-OV Münster belegte mit 68 Strafpunkten den dritten Platz.

Die Siegermannschaft erhielt im Rahmen einer Feierstunde am 6. Mai 1983 den Siegerpokal des Landesbeauftragten, während allen drei Erstplatzierten die von THW-Direktor Ahrens verliehenen Siegerurkunden überreicht wurden.

Der Wettkampf zeigte, daß der Ausbildungsstand der einzelnen Instandsetzungszüge sehr unterschiedlich ist. Dennoch läßt sich feststellen, daß die Arbeiten auf dem Elektro- und Wassersektor weitaus besser beherrscht wurden, als dies im Fachbereich Abwasser der Fall war.

Viele Helfer haben durch zeitweises Herausstellen aus dem Wettkampf erfahren müssen, daß sie oftmals – unbewußt – gegen Unfallverhütungsvorschriften verstoßen hatten.

Dennoch hat jeder Zug mit der Vorbereitung und der Teilnahme am Landeswettbewerb an Wissen und Erfahrung dazu gelernt. Der Ausspruch: „Teilnahme ist wichtiger als Siegen“ galt uneingeschränkt auch bei diesem Wettkampf.

U. J.

BVS informierte THW-Helfer

Saarbrücken. 30 Helfer des THW-OV Saarbrücken nahmen an einer Informationsveranstaltung des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) in Darmstadt teil. Die BVS-Fachlehrer Ludwig Ruhl und Richard Keller informierten die THW-Helfer u. a. über die Wirkungen von konventionellen und nuklearen Waffen.

Auf die Frage eines Helfers, ob beim Einsatz von Atombomben nicht ohnehin die Lebenden die Toten beneiden würden und somit der Schutzraumbau eine Farce sei, wurde entgegnet, daß es natürlich in einem Verteidigungsfall in unserer geographischen Lage und beim heutigen Stand der Waffentechnik keinen absolut sicheren Schutz geben könnte; in einem kleinen, zentral gelegenen Land wie der Bundesrepublik



Die THW-Helfer bei der BVS-Informationsveranstaltung.

Deutschland gäbe es kaum Fluchtmöglichkeiten in unbedrohte Gebiete, und ein Volltreffer werde meistens tödlich wirken. Aber bereits in geringer Entfernung vom Zentrum einer Explosion gäbe es große Überlebenschancen, wenn wirksame Schutzmaßnahmen getroffen worden seien.

Sieht man von einer totalen Zerstörung, an der keinem Angreifer gelegen sein kann, ab, so kann man bei der Detonation etwa einer „Hiroshima-Bombe“ in 1,5 km Entfernung in einem Schutzraum überleben. In einem solchen Fall ist vermutlich jeder darauf bedacht, seine Familie und sich vor der unmittelbaren Gefahr zu schützen.

In der Diskussion mußten die THW-Helfer erkennen, daß es in ihrer Ausbildung und vor allem bei ihrer Ausrüstung noch viel zu verbessern gibt, um in der Stunde der Not den betroffenen Menschen wirksam helfen zu können. So sei nicht der Umgang mit Strahlungsmeßgeräten zu üben, sondern insbesondere die Ausstattung mit entsprechender Strahlenschutzbekleidung unbedingt erforderlich.

Zum Schluß der Veranstaltung dankte THW-Ortsbeauftragter Heinrich Vormittag den beiden BVS-Ausbildern für die ausführlichen Informationen.

BVS-Fachlehrer Ruhl wies noch auf die regelmäßig durchgeführten Selbstschutz-Grundlehrgänge hin, in denen bisher bereits mehr als 4,5 Millionen Bürger über Gefahren des Alltags und des Verteidigungsfalles unterrichtet und in einfachen Schutz- und Hilfsmaßnahmen ausgebildet wurden. G. H.

Ausweitung der Hochwasserschäden verhindert

Trier. Für die Bewohner der Moselgemeinden war es bereits das zweite Hochwasser von gravierendem Ausmaß innerhalb von sechs Wochen. Mit ca. 10,50 m übertraf der Pegelstand der Mosel dabei sogar die Rekordmarke im April.

Für die Hilfsorganisationen bedeutete dies, daß zum zweiten Male in diesem Jahr eine Einsatzbereitschaft der Helfer rund um die Uhr für mehrere Tage erforderlich wurde. In zahlreichen Hilfeleistungen wurden Gebäude und Sachwerte durch Sandsackbarrieren oder durch Abpumpen gesichert.

Die extreme Hochwasserlage veranlaßte die Geschäftsstelle des THW-OV Trier, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Sämtliche verfügbaren Pumpen mit Zubehör wurden schon am Freitag, dem 27. Mai 1983, vormittags, bereitgestellt, ebenso

Regenschutzbekleidung, Gummistiefel usw. Die Führungskräfte und Helfer wurden vorsorglich in Bereitschaft versetzt.

Von Freitag, 17.00 Uhr, bis Montag, 8.00 Uhr, ging der Einsatz des THW rund um die Uhr. Insgesamt wurden 81 Helfer eingesetzt. Die Einsatzleitung für das THW lag in den Händen des Ortsbeauftragten Gleixner, seines Stellvertreters Dr. Scholten sowie des Geschäftsführers Fass. Sie übernahmen im Schichtbetrieb die Koordinierung der Einsatzkräfte. Vor Ort waren die Zugführer Blatzek, Deutsch sowie Petersheim eingesetzt. Durch Funk stand die Einsatzleitung des THW mit der Einsatzleitung der Berufsfeuerwehr in steter Verbindung.

Zu Beginn des Einsatzes beschränkten sich die Hauptaufgaben auf das Füllen von Sandsäcken. Hierbei wurden auch 15 Polizeibeamte eingesetzt. Des Weiteren wurden Stege und Sandsackbarrieren errichtet.

Eine besondere Aufgabe fiel dem THW-OV Trier zu: Nach dem letzten Hochwasser glaubte niemand mehr daran, daß es in diesem Jahr nochmals zu einer derartig extremen Lage kommen würde. Demzufolge war an der Baustelle des neuen Klärwerkes in Trier-Ehrang die Hochwasserschutzmauer am Abfluß des neuen Klärbeckens zur Mosel hin entfernt worden. Durch ein 1,4 m großes Rohr drang Moselwasser in das Klärbecken und von dort über den im Bau befindlichen Beckenzufluß in das Gelände des Klärwerkes. Die eindringenden Wassermassen wurden dabei auf 2000 m³/h geschätzt. Somit war an einen Einsatz von Pumpen nicht zu denken.

Es bestand die Gefahr, daß bei einer Überflutung des Klärwerkgeländes die elektrischen Betriebsräume und Pumpen des alten Klärwerkes überspült worden wären. Dies hätte zwangsläufig zu einer Notabschaltung der Pumpen und zu einem erheblichen Schaden an den Einrichtungen geführt. Eine Entsorgung der an das Werk angeschlossenen Kanalisation wäre nicht mehr möglich gewesen, und es wäre zwangsläufig zu einem Rückstau gekommen.

Ferner bestand bei einem längeren Anhalten des hohen Pegelstandes die Gefahr, daß über das offene Klärwerkgelände die tiefer liegenden Gebäude einer naheliegenden Neubausiedlung überflutet worden wären.

Nachdem bereits in der Nacht zum Samstag eine Gruppe des 3. B-Zuges des THW den Überlauf des neuen Klärbeckens mit Sandsäcken gedichtet und die bestehenden alten Klärbecken gesichert hatte, ergab sich für die am frühen Samstag erneut alarmierte Einsatzgruppe folgendes Bild:

Die in der Nacht angebrachte Sandsackdämmung war auf einer Breite von mehreren Metern gebrochen. Über den Abfluß ins freie Gelände war die Baustelle bereits mit einem Wasserstand von 1,7 m überflutet.

Als erste Sofortmaßnahme begann die neun Helfer starke Einsatzgruppe mit der Reparatur der Sandsackdämmung. Diese Abdichtung brach jedoch bereits während der Arbeiten durch den erheblich gestiegenen Druck des Wassers erneut. Es war zu erwarten, daß durch diese Maßnahme keine dauerhafte Sicherung zu erreichen war.

Es wurde deshalb von den Helfern eine fünf Meter hohe Spundwand mit starken Bohlen ausgeführt. Als Führung für die Spundwand wurden fünf Querverstrebungen zwischen den äußeren Beckenwänden vor dem beckenseitigen Einlauf des Rohres zum Gelände durch Verkeilen von 20er T-Bohlen gesetzt. Hierein wurden dann insgesamt acht 20er T-Bohlen zum Verschluß des Rohres eingelassen. Durch das Schließen des Rohres mit den Bohlen und durch den Vortrieb von Holzkeilen zur Dichtung von Fugen und Ritzen wurde eine einwandfreie Schließung erreicht. Dieser Einsatz war am Samstag gegen 17.00 Uhr beendet.

Der Einsatz der Helfer wurde so koordiniert, daß ein Teil in der Unterkunft ruhte und zur Ablösung gefahren wurde. Gegen Samstagabend konnten die Helfer reduziert werden, so daß für Sonntag nur noch Bedienungen für die Pumpen benötigt wurden. Kleinere Hilfeleistungen wurden nebenbei durchgeführt. Durch die fallende Wassertendenz am Sonntag wurde das Hauptkontingent der THW-Helfer nach Hause geschickt und nur vier Helfer zum Betrieb von zwei Tauchpumpen in einer Weinkellerei belassen. Die Stege wurden Montagabend wieder abgebaut und in der Unterkunft „klar Schiff“ gemacht.

Bei diesem zweiten Einsatz hat sich gezeigt, daß Helfer – wenn sie gefordert werden – beachtliche Leistungen erbringen. Die Bereitschaft der eingesetzten Helfer war so groß, daß viele gar nicht abgelöst werden wollten, dies aber aus Sicherheitsgründen strikt durchgeführt wurde. P. R.

THW Zweibrücken beseitigte Gefahrenquelle

Zweibrücken. Die Stadtwerke Zweibrücken beauftragten den THW-OV Zweibrücken, zwei Scheinwerfer an einem Turm der Alexanderkirche zu entfernen. Die Scheinwerfer und deren Halterungen stellten aufgrund von Korro-

sionsschäden eine Gefahrenquelle dar, die umgehend beseitigt werden mußte. Eine Gruppe des Bergungszuges nahm die Arbeit in Angriff.

Problematisch gestaltete sich das Erreichen des Turmäußeren. So errichtete man zunächst im Turmgestühl eine kleine Arbeitsplattform, von der aus mit Leitern die Luke zum Ausstieg erreicht wurde; die Demontage erfolgte.

Nach ca. zwei Stunden konnte der Einsatz erfolgreich beendet werden. W. L.

Evakuierungsübung an der Bohlschule Aalen

Aalen. Samstagvormittag, 9.56 Uhr, in der Aalener Bohlschule: Noch rauchen die Köpfe der Schüler bei Unterricht und Klassenarbeit. Plötzlich: Ohrenbetäubendes Krachen, Schreien der Kinder und ein Alarmsignal! In der 77 Jahre alten Schule ist das halbe Treppenhaus zusammengebrochen. Rund 350 Kinder sind von der Außenwelt abgeschnitten, müssen durch Fenster und Notausgänge das Haus verlassen, sind verschüttet oder verletzt.

Erfreulicherweise war es ein Übungsfall, der dem Bergungszug des THW-OV Aalen Gelegenheit gab, Einsatzbereitschaft, Reaktionsvermögen und Phantasie unter Beweis zu stellen.

Der von der Schulleitung sofort alarmierte Bergungszug traf um 10.04 Uhr am Unglücksort ein. Schnell wurden 23 „Verletzte“ aus dem Keller geborgen und dem Sanitätszug an einer Verletzten-Sammelstelle übergeben. Die in den oberen Räumen eingeschlossenen 120 Schüler und Lehrer wurden mit Hilfe von Rollgliss-Geräten und über Leitern im



Mit dem Rollgliss-Gerät werden die Schüler abgelassen. (Foto: Schäffer)

Paßgang ins Freie befördert. Bereits vor 1.00 Uhr war der „Schrecken“ überstanden. Schüler und Lehrer konnten sich nach dieser aufregenden Unterbrechung des grauen Schulalltags an der THW-Küche stärken. R. R.

Einsatz bei Flugzeugmesse

Baden-Baden. Wieder einmal können die Helfer des THW-OV Baden-Baden auf einen erfolgreichen Einsatz bei der „Internationalen Gebrauchflugzeug-Messe“ zurückblicken. Die Hauptaufgabe der 45 THW-Helfer bestand darin, Start- und Landebahn sowie die Rollwege abzusichern und die Flugzeuge einzuweisen. Daneben fielen weitere technische Hilfeleistungen an, die meist durch das regnerische Wetter bedingt waren. So mußten während der fünf Tage immer wieder Flugzeuge vor dem Einsinken im weichen Grasboden bewahrt werden, was mit Holzdielen geschah.

Damit wenigstens ein Teil der Besucherflugzeuge in Baden-Oos landen konnte, wurde an mehreren Stellen des Platzes das immer wieder nachfließende Wasser abgepumpt. Andere Besatzungen mußten per Funk nach Karlsruhe-Forchheim geleitet werden, von wo aus sie mit Pendelbussen nach Baden-Baden gebracht wurden. Sieben dieser Fahrzeuge wurden von THW-Helfern betrieben.

Tage vor der Messe hatte die Elektro-Gruppe eine 1200 m lange Telefonleitung auf dem Flugplatz installiert, die für den ungestörten innerbetrieblichen Sprechverkehr während der Ausstellung sorgte.

Bei der Sicherung der Rollwege zeigten sich die THW-Helfer unermüdlich. Trotz des schlechten Wetters herrschte zeitweise Hochbetrieb auf dem Platz. Der Besucherstrom bewegte sich zwischen den Messehallen und den rund 180 im Gelände ausgestellten Flugzeugen. Da die Wiesenflächen sehr aufgeweicht waren, zogen viele Besucher die Rollbahnen als Gehweg vor und mußten immer wieder aufgefordert werden, sich hinter den Absperrungen aufzuhalten. Beson-



THW-Helfer „rangieren“ eine ME 111. (Foto: Lauck)

ders am letzten Tag der Ausstellung war dies eine rastlose Tätigkeit, als am Nachmittag ein Kunstflug und die Flugvorführung der „Messerschmidt 109 G“ auf dem Programm standen und mancher Messebesucher vor Begeisterung die eigene Sicherheit aufs Spiel setzte.

Erstmals in diesem Jahr waren auch Helfer der Jugendgruppe im Einsatz. Sie erfüllten ihre Aufgaben mit großem Eifer und bewiesen damit ihre Einsatzbereitschaft. So verlief die Messe ohne Zwischenfälle, was zum großen Teil dem tatkräftigen Einsatz der THW-Helfer zu verdanken ist. L. I.

„Land unter“ in der Ettenheimer Altstadt

Ettenheim. Die anhaltenden Regenfälle im Mai ließen die Flüsse und Bäche im Ortenaukreis bedrohlich anschwellen. Bereits am Dienstag nach Pfingsten stieg der Ettenbach an und ließ Erinnerungen an das Hochwasser 1978 wach werden.

Als im Laufe der Nacht ein Einsatz unmittelbar abzusehen war, wurden Teile des Bergungszuges Lahr in Bereitschaft gesetzt und eine Einsatzzentrale mit Bürgermeister, Polizei und THW gebildet.

Auf Anforderung des Bürgermeisters wurde der Bergungszug Lahr nach Ettenheim beordert. Die Hilferufe der Bewohner setzten nach 6.00 Uhr schlagartig ein, als sie beim Aufstehen offensichtlich erst das wahre Ausmaß der Überschwemmung erkannten.

Um 7.00 Uhr war der gesamte Bergungszug nach Ettenheim abgerückt und begann mit der Bergung von Tieren



Der Keller einer Schule wird leergepumpt.

aus überfluteten Ställen. Die Ställe konnten nur über Schlauchboote erreicht werden. Großvieh wurde mit Leitern an höhere Stellen gezerrt, Schweine mußten einzeln mit dem Schlauchboot in Sicherheit gebracht werden.

Danach wurden in verstärktem Maße Sandsäcke verfüllt und verbaut sowie Personen mit dem Schlauchboot in Sicherheit gebracht und Sachwerte transportiert.

Fünf THW-Schmutzwasserpumpen unterschiedlicher Leistung waren von Mittwoch bis Freitag ununterbrochen in Betrieb. Nach Abzug des Bergungszuges Lahr am Mittwochabend wurden sie von Helfern im Schichtbetrieb überwacht.

Es galt, bis zu 4,5 m hohe, randvolle Kellerräume einer Schule auszupumpen. Dabei mußten unter Mithilfe eines Wasserwacht-Tauchers Türen unter Wasser geöffnet werden, um ein kontinuierliches Nachfließen der Wassermassen aus innenliegenden Räumen zu gewährleisten.

R. M.

Vorbereitung auf Sommereinsatz

Ostfildern. Zufällige Passanten wurden Augenzeugen eines „Musterunfalls“ mit Verletzten, eingeklemmten und unter Schock stehenden Menschen und einer Gefährdung durch auslaufendes Öl und Benzin. Das vom THW arrangierte Geschehen war der praktische Höhepunkt eines umfangreichen Ausbildungsprogramms, das bereits in den frühen Morgenstunden mit theoretischen Unterweisungen begonnen hatte und dazu diente, die Helfer des THW-OV Ostfildern nach der langen Winterpause wieder für den Unfälleinsatz während der Sommermonate zu schulen.

Vor allem die Vertreter der Polizei, die bei Hilfeinsätzen letztendlich das Sagen haben, nahmen sich der THW-Helfer an. Wie Jürgen Laitko von der Polizeidirektion Esslingen erklärte, sei die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem THW „durchaus wünschenswert“ und sollte in Zukunft sogar intensiviert werden. Beim polizeilichen Unter-



Höhepunkt der Ausbildung ist eine gestellte Unfallszene.

richt wurde den Helfern vor allem die Eigensicherung am Unfallort ans Herz gelegt. Laitko: „Es bringt nichts, wenn aus Übereifer auch das eigene Leben gefährdet wird.“

Der Stadtkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Ostfildern, Hanekampf, und der Leiter der DRK-Ortsgruppe Ostfildern, Geiger, beschrieben in Referaten und kurzen praktischen Demonstrationen effektive Hilfeleistung am Unfallort.

Für den Ortsbeauftragten des THW-OV Ostfildern, Gerhard Lillich, war der „Einsatz“ ein voller Erfolg. Die 30 Helfer, die daran teilgenommen haben, sind jetzt besonders gewappnet.

J. W.

Wochenendausbildung der Junghelfer

Ellwangen. Im Rahmen einer Wochenendausbildung der beiden Jugendgruppen des THW-OV Ellwangen bauten die Junghelfer für die ev. Kirchengemeinde einen 12 m langen und 1,5 m breiten Holzsteg über den Fischbach an der Stockensägmühle. Außerdem mußte eine 50 m lange Abschränkung um einen am Haus gelegenen Parkplatz errichtet werden.

Bereits am Freitagabend rückten die Junghelfer unter der Leitung von Josef Hald und Wolfgang Nagler zu ihrem „Einsatzort“ aus, wo sie sich im ehemaligen Wohnhaus der Sägmühle, das ihnen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurde, zusammen mit ihren Betreuern einquartierten und erste Vorbereitungen trafen.

Die eigentlichen Arbeiten begannen am Samstagvormittag, als es galt, Trägerstämme und über 400 m Rundhölzer mit dem Schälenseisen von Hand zu entrinden, Auflager einzufassen und die beiden 12 m langen Trägerstämme an beiden Uferseiten zu verankern.

Unterstützt von einigen aktiven Helfern wurde anschließend in drei Gruppen nach dem Rotationssystem weitergearbeitet. Während abwechselnd immer eine Gruppe das Holz von der Rinde befreite und zusägte, nagelte die andere den aus Rundhölzern bestehenden



Die erste Belastungsprobe der Brücke: die Jugendgruppen des THW-OV Ellwangen. (Foto: Stelly)

Laufbelag des Steges fest bzw. baute die hölzerne Abschränkung. Diese Tätigkeiten waren bis zum späten Nachmittag soweit abgeschlossen, daß nun lediglich noch ein Geländer angebracht werden mußte. Den restlichen Tag ließ man mit dem Richtfest in Form eines gemütlichen Kameradschaftsabends ausklingen.

B. S.

THW-Junghelfer bauten Holzhütten

Rottweil. Am Samstag vor Pfingsten war es soweit: Die Junghelfer des THW-OV Rottweil konnten die Früchte ihrer mehrwöchigen Arbeit genießen. Auf einem Spielplatz bauten sie drei Holzhütten auf. Die Pläne dafür stammten vom Rottweiler Gartenbauamt.

Das notwendige Rundholz gewannen die Junghelfer im Wald. Sie rückten mit Baumsägen den Stämmen zu Leibe, da für Jugendliche Motorsägen noch nicht zugelassen sind. Wenn bei der benötigten Stammstärke auch ein einfacher



Die Junghelfer und ihr Werk. (Foto: Welte)

Schnitt möglich schien, übten die Helfer für später die Anwendung von Fallkerb und Fallschnitt. Die meisten Stämme waren von größerem Gewicht. Einzelne Bäume wurden mit dem Greifzug zu einem Sammelplatz gezogen.

Als Grundlage für die Seiten der drei Hütten bauten die Junghelfer Holzrahmen aus Rundholz. Die Firste wurden gezapft und mit Holznägeln gesichert, die Rundhölzer am Boden überblattet und mit Bauschrauben gesichert. Für die Junghelfer galt der Grundsatz, daß auf einem Kinderspielplatz kein Nagel verwendet werden sollte. Deshalb wurden die von der Stadt gelieferten imprägnierten Bretter mit Schrauben befestigt.

Nun konnte der Rest der Arbeit auf dem Spielplatz erledigt werden: das Aufstellen der Seitenwände, das Zusammenstellen und Einlassen in den Boden und die Bretterverbindungen an den Giebelseiten. Überstehende Rundhölzer bekamen jetzt ihre richtige Länge.

Während des Zapfens konnte immer nur ein Teil der Junghelfer an den Hütten beschäftigt werden. Deshalb entstanden nebenher noch zwei Holzschaukeln,

eine davon auf Wunsch des zukünftigen Eigentümers freistehend ohne Fundament in der Erde und dennoch für drei Kinder sicher. Sie kann jedes Jahr abgebaut und gelagert werden. R. W.

Erfolgreiche Wochenendübung

Ellwangen. „Zwei-Tage-Übung“ hieß es für 65 Helfer des THW-OV Ellwangen: Die einzelnen Gruppen waren im weiteren Umkreis im Einsatz. So bauten Helfer für das Forstamt in Rainau-Buch einen Steg für den Forstbetrieb, eine weitere Gruppe hatte die Aufgabe erhalten, den Übungsturm auf dem THW-Übungsgelände mit einem neuen Dach zu versehen. Die dritte Bergungsgruppe mußte in Schwenningen eine für ein Wochenendhaus gefährlich gewordene Eiche unter erschwerten Bedingungen abtragen. Die Geräte-Gruppe hatte die Aufgabe, den vor Jahren vom THW auf dem Freizeitgelände „Wagnershof“ errichteten Mini-Limesturm zu erneuern. Der Elektrogruppe war im Auftrag des Versorgungsunternehmens die Aufgabe gestellt, die von der THW-Unterkunft zu dem Wohnhaus nahe dem Schloßweiher führende Niederspannungs-Freileitung umzuarmieren und anstelle der vier blanken Leiterseile eine isolierte Freileitung, ein sogenanntes Luftkabel, aufzulegen. Bäume und einwachsende Sträucher hatten auf dieser Leitung immer wieder zu Störungen geführt.

Die Übung begann am Freitagabend um 18.00 Uhr und endete am Samstag um 17.00 Uhr. Übernachtet und gepflegt wurde auf dem Wagnershof. Hier war der vom Verpflegungstrupp eingerichtete und mit festem Kofferaufbau als Küchenwagen umgerüstete Lkw zum ersten Male im Einsatz.



Der THW-Übungsturm wird wieder instand gesetzt. (Foto: Reile)

Ziel dieser Übung war es, das während des Jahres Erlernte in die Praxis umzusetzen. Ferner bot die Übung die Möglichkeit, „bleibende Werte“ zu schaffen und nicht Dinge aufzubauen, die es nachher wieder abzubauen gilt. W. R.

Knapp an einer Katastrophe vorbei

Ulm. Pfingstsonntag, 4.00 Uhr: Großalarm für die Ulmer Feuerwehr. Aus der Altstadt kam die Schreckensnachricht: „Die Schapfenmühle brennt!“ Die letzte noch in der Stadt betriebene Mühle in einem eng bebauten, verschachtelten Quartier, mit zum großen Teil historisch wertvollen Häusern.

Zum Glück ein Feiertag, keine vollgeparkten Gassen, fast keine Schaulustigen und neben dem Brandobjekt ein Nebenarm der Blau, die 30 Meter weiter in die Donau fließt.

Die Ulmer Feuerwehren waren in Minuten zur Stelle. Feuerwehren aus der bayerischen Nachbarschaft trafen mit zwei weiteren Drehleitern ein, so daß man von fünf Leitern aus den Wasseranriff fahren konnte. Die Neu-Ulmer Feuerwehr rückte mit ihrer Löschkanone an.

Es zeigte sich nach kurzer Zeit, daß die eigentliche Mühle nicht zu halten war. Hauptziel war es, das Wohnhaus zu retten und die Häuser der Nachbarn zu schützen. Sorgen machten aber auch die in den Silos gelagerten Korn- und Mehlvorräte.

Deshalb wurde das THW alarmiert, das mit drei Kippern den Abtransport übernahm. Schwierigkeiten machte die verwinkelte Lage der Ladezone und der Ausfall der Ladeeinrichtungen. Es mußte also von Hand geladen werden.

Außer dem THW war auch das DRK im Einsatz, mußte aber nur einmal helfen: Ein junger Feuerwehrmann war beim Alarm ohne Socken in die Stiefel geschlüpft und hatte nach dem stundenlangen Einsatz Blasen an den Füßen. K. Sch.

Neunzig Helfer suchten nach Vermißtem

Rußheim. Ohne Erfolg blieb eine großangelegte Suchaktion nach einem vermißten Angehörigen der Rußheimer Feuerwehr. Mit Booten und Rechen wurden die Pinz und der Salbachkanal von den Aktiven der Rußheimer Feuerwehr und Helfern des THW abgesucht. Außerdem wurde ein Waldstück durchgekämmt.

Der Vermißte wurde einige Tage später, an einem Wehr angeschwemmt, tot aufgefunden. K. Sch.

Einsatz auf der Autobahn

Böblingen. Am Pfingstmontag wurden bei einem schweren Verkehrsunfall auf der Autobahn zwischen Stuttgart-Vaihingen und Leonberg zehn französische Schüler verletzt, als ihr Reisebus auf einen schleudernden Militär-Lkw aufprallte.

Die Helfer des THW Böblingen, die in der Nähe mit einem Kombi als leichter Bergungstrupp stationiert waren, konnten zusammen mit DRK und Polizei rasche Hilfe leisten.

Das THW half unter anderem bei der Absicherung der Unfallstelle, der Versorgung der Verletzten, der Bergung der zwei verunglückten Fahrzeuge sowie der anschließenden Säuberung der Fahrbahn. D. S.

Nachruf

Am 12. Mai 1983 verlor der THW-OV Rottweil durch einen Verkehrsunfall seinen Verwaltungshelfer

Reiner Klein

Er war erst im Herbst in sein Amt berufen worden und übte es mit Hingabe aus.

Kameraden des Ortsverbandes und der Geschäftsstelle Tuttlingen geleiteten ihn mit seinen Angehörigen auf seinem letzten Weg.

Die Helferschaft des THW-OV Rottweil

Hilfe bei Sanierung der Bahnstrecke Passau-Freyung

Passau. Für eine Sanierung der Bahnstrecke Passau-Freyung war die Erneuerung des Oberbaues der Bahnbrücke über die Donau unterstrom des Kachletkraftwerkes Voraussetzung.

Bei der genaueren Untersuchung der Pfeilerfundamente stellten sich schwerwiegende Mängel heraus. Bereits hier half der THW-OV Passau mit Arbeitsbooten.

Ernst wurde es für die Helfer, als eine Verbindung vom Ufer zum mittleren Brückenpfeiler nötig wurde, um die Sanierung des Pfeilers sowie die Montage des Oberbaues zu ermöglichen.

Samstags und sonntags bauten die Helfer des Ortsverbandes Passau aus acht Halbpontons mit dem Oberbau des Sd-Gerätes einen Schwimmsteg von 56 m Länge. In drei Teilen wurde der Steg dann ca. zwei Kilometer mit A- und M-Booten nach oberstrom gedrückt und vor Ort eingeschwommen.

Ca. 600 t Baumaterial (z. B. Versorgungseinrichtungen, Spundwände,



Die Stegverbindung zur Brückenbaustelle.
(Foto: Blöchl)

Bohrgeräte, Fertigbeton) wurden über den Pontonsteg transportiert.

Aus Sicherheitsgründen überprüfte Zugführer Blöchl, der den ganzen Einsatz plante und leitete, täglich die Verankerung und den Allgemeinzustand des Steges.

Die Baumaßnahmen an der Brücke dauerten sechs Monate. K. B.

Erfolgreiche Zusammenarbeit von Feuerwehr und THW

Weilheim. Eine 150jährige Ulme mit einem Durchmesser von 1,25 Metern und 30 Meter hoch war zu fällen. Der riesige Baum war im oberen Bereich stark angefault, außerdem sprengte die Wurzel das Mauerwerk der Mehrzweckhalle einer Brauerei.

Dieses Vorhaben konnte nach einigen Schwierigkeiten in der Vorbereitung durchgeführt werden. Der Baum mußte, da er mit der Krone über die Gebäude reichte, Stück für Stück abgetragen werden. Die Arbeiten wurden mit der Drehleiter der Freiwilligen Feuerwehr Weilheim von den Feuerwehrmännern und den THW-Helfern gemeinsam fachgerecht und schnell erledigt.

Die Verkehrssperrung übernahm die Landespolizeiinspektion Weilheim. K. V.

Rot und Blau – eine Riesenschau!

Starnberg. Eine Präsentation gleich zweier Organisationen des Katastrophenschutzes bekam die Bevölkerung

Gautings geboten: Die Freiwillige Feuerwehr Gauting veranstaltete einen „Tag der offenen Tür“ in ihrem Gerätehaus an der Münchner Straße. Um den Besuchern ein möglichst vielseitiges Programm zu bieten, war auch das THW mit von der Partie.

Während Demonstrationen der Feuerwehr und Filmvorführungen die Interessierten in ihren Bann zogen, bauten Helfer des THW-OV Starnberg vor den Augen der Besucher aus Holzteilen einen Hängesteg. Vor Ort konnten so die Fertigkeiten der Helfer begutachtet werden. Nicht zuletzt stellte diese Vorführung die Möglichkeiten des THW, mit einfachen Mitteln brauchbare Lösungen zu erstellen, eindrucksvoll unter Beweis.

Für die Kinder ist der Hängesteg eine besondere Attraktion.



Die THW-Helfer durchbohren einen Betonblock mit Hilfe der Sauerstofflanze.
(Fotos: Mendheim)



Ehrungen und Auszeichnungen

THW-Ehrenzeichen in Silber

Landesverband Bremen: Jürgen Dreyer, THW-OV Bremen-Vegesack

Landesverband Bayern: Anton Feulner, THW-OV Hof

Landesverband Niedersachsen: KB/OB Dziedzioch, THW-OV Gifhorn

Stadtrat besuchte den THW-OV Vilshofen

Vilshofen. THW-Stützpunktleiter Peter Krasemann begrüßte die Bürgermeister Dr. Rainer Kiewitz, Gschwendtner und

Vorführungen der Sauerstofflanze, mit der auf thermischem Wege ein dicker Steinbrocken erschütterungsfrei durchbohrt wurde, ergänzten den THW-Programmteil.

Für das leibliche Wohl der Gäste, die sich nach den Vorführungen stärken wollten, sorgte in erprobter Weise die Feldküche des THW-OV Fürstenfeldbruck mit einem kräftigen Eintopf.

Alles in allem war diese gemeinschaftliche Veranstaltung der Feuerwehr mit ihren Einsatzvorführungen und des THW mit der Demonstration eines Teiles seiner handwerklichen Arbeit ein weiterer Schritt für eine gute Zusammenarbeit im Katastrophenschutz. C. D. M.

Würdiger, Bundestagsabgeordneter Dr. Klaus Rose und die Stadträte anlässlich eines Besuchs des Ortsverbandes Vilshofen. Die Gäste besichtigten die Unterkunft und überzeugten sich anschließend vom guten Ausbildungsstand der Helfer.

Ein Trupp arbeitete mit der Hydropresse, weitere Helfer stellten einen Dreiecksaufbau, der aus Rundhölzern zusammengebunden wurde. In der Montagegrube hatten Helfer einen Hauptwasserstrang aufgebaut und führten das Auswechseln eines Schiebers vor. Ebenso zeigten sie, wie mit einer Muffe ein Leck abgedichtet wird. Wie gut die Helfer mit Holz umgehen können, bewiesen sie mit verschiedenen Holzverbindungen.

Krasemann zeigte zum Schluß in einem

Diavortrag die Einsätze und Übungen des THW-OV Vilshofen in den letzten zehn Jahren auf.

Bundestagsabgeordneter Dr. Klaus Rose dankte den Helfern für ihren freiwilligen Dienst am Nächsten. Auch im Namen der Bürgermeister und Stadträte sagte er Unterstützung zu. P. K.

„Routinearbeit“ für Donauwörther THW-Sprengberechtigten

Donauwörth. Geradezu „Routinearbeit“ wird das Kaminsprengen für den Sprengberechtigten des THW-OV Donauwörth, Erwin Maier, nachdem er in den letzten Jahren bereits eine ganze Anzahl von Fabrikschloten „umgelegt“ hat. Ein neues „Opfer“ hatte er jetzt in Möttingen bei Nördlingen in einer stillgelegten Ziegelei gefunden. Sämtliche anfallenden Bohrarbeiten waren vom Ortsverband Nördlingen erledigt worden. Anschließend wurde der etwa 30 m hohe Kamin in gewohnter Weise zentimetergenau in der gewünschten Richtung umgelegt.

In Donaumünster mußten im Zuge einer Baumaßnahme Stahlbetonpfeiler der Vorlandbrücke gesprengt werden. Die

Fahrbahn und die quertragende Stahlkonstruktion wurden zuerst von der den Brückenneubau ausführenden Firma abgetragen.

Nach den Berechnungen wurden am Teil eines Pfeilers Bohrlöcher angebracht und eine Probesprengung durchgeführt. Da sich die Berechnungen als richtig erwiesen, konnten anschließend alle Bohrlöcher gebohrt und mit Sprengstoff versehen werden.

In der Umgebung stand nichts, was beim Sprengen hätte beschädigt werden können. Deshalb wurden die Betonpfeiler nicht, wie sonst üblich, mit Strohballen zusätzlich gedämmt. Als dann der Sprengberechtigte die Ladung zündete, sprühten die Betonteile wie Wasserfontänen nach allen Seiten etwa 20 m weit aus, ummalt vom lauten Knall der Sprengung. W. K.

Hilfe bei schwerem Verkehrsunfall

Schwandorf. An einem Dienstagmorgen wurde der THW-OV Schwandorf zu einem schweren Verkehrsunfall auf der B 85 Schwandorf – Amberg bei der Abzweigung Schwarzenfeld gerufen.

Ein Lastzug wollte an der unfallträchtigen „Grünwald-Kreuzung“ wenden. Dabei übersah der Fahrer vermutlich einen aus Schwandorf kommenden Pkw, der mit hoher Geschwindigkeit zwischen Vorder- und Hinterachse des Hängers geriet.

Die Feuerwehr wurde alarmiert, kam jedoch nicht an das Fahrzeug heran, da es unter dem Hänger völlig eingeklemt war.

Der THW-OV Schwandorf wurde um Hilfe gebeten. Unverzüglich rückten die Helfer mit einem Kombi sowie dem Gerätekraftwagen aus, um das Fahrzeug zu bergen.

Die THW-Helfer setzten ein Hebekissen unter das Hinterrad des Hängers. Als der Hänger genügend Bodenfreiheit hatte, konnte der Pkw herausgeschoben werden.

Mit der Rettungsschere und dem Rettungsspreizer befreiten Feuerwehr und THW zwei der schwerverletzten Insassen, die ins Schwandorfer Krankenhaus eingeliefert wurden. Ein dritter Insasse konnte mit leichten Verletzungen geborgen werden.

Neun Tage nach dem tragischen Verkehrsunfall erlag der Beifahrer seinen schweren Verletzungen. K. Sch.

Warndienst



Ein informativer Besuch

Zehn Mitarbeiter in besonderer Funktion und zwei hauptamtliche Bedienstete des Warnamtes VI (Usingen) hatten Gelegenheit, im Rahmen der Ausbildung die „Bundesanstalt für Flugsicherung“ (BFS) am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen zu besuchen.

Sinn der Besichtigung war, an der Flugsicherung des Flughafens Frankfurt den apparativen wie auch den Aufgabenbereich näher kennenzulernen. Die Flugsicherungsanlagen auf den Flugplätzen haben ähnliche Aufgaben und Kontrollgeräte wie die der WD-Verbindungsstellen und stellen damit eine wertvolle Ergänzung des notwendigen Wissens für die Aufgabenbewältigung der Mitarbeiter bei ihrer Tätigkeit im Warndienst dar.

Die Bundesanstalt für Flugsicherung besteht aus der Zentralstelle in Frankfurt am Main, den Flugsicherungs-Regionalstellen Bremen, Düsseldorf, Frankfurt und München, der Flugsicherungs-Leitstelle Karlsruhe, den Flugsicherungsstellen Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart, dem Büro der Nachrichten für Luftfahrer

und der Erprobungsstelle in Frankfurt am Main, den Flugsicherungsschulen in München und Seeheim sowie der Gemeinsamen Flugvermessungsstelle im Lager Lechfeld bei Augsburg.

Aufgabe der Bundesanstalt für Flugsicherung ist die Durchführung des

- Flugverkehrskontrolldienstes
- Fluginformationsdienstes
- Flugalarmdienstes
- Flugberatungsdienstes
- Flugfernmeldedienstes und
- Flugsicherungstechnischen Dienstes

mit dem Ziel einer sicheren, zügigen und wirtschaftlichen Abwicklung des Luftverkehrs. Die Dienste werden nach den Richtlinien der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), der mehr als 140 Mitglieder angehören, geleistet. Die Bundesanstalt für Flugsicherung muß ihre Leistungen den unterschiedlichen Interessen der Luftraumnutzer anpassen. Luftverkehrsgesellschaften legen neben einer sicheren Flugdurchführung unter ständiger Kontrolle der Flugsicherung besonderen Wert auf Pünktlichkeit und Wirtschaftlichkeit.

Pilotenausbildung und Verteidigungsberbereitschaft erfordern die flexible Anwen-

dung gesonderter Verfahren für den militärischen Flugverkehr.

Die Allgemeine Luftfahrt schließlich ist an möglichst uneingeschränkter Bewegungsfreiheit im Luftraum interessiert.

Die Flugsicherung in der Bundesrepublik Deutschland wird erschwert durch die Enge des nutzbaren Luftraums mit der geringen Ost/West-Ausdehnung sowie dem hohen zivilen und militärischen Verkehrsaufkommen.

Unter der Kontrolle der BFS werden an den zehn internationalen Verkehrsflughäfen jährlich etwa eine Million Starts und Landungen abgewickelt. Fast eine Million Überflüge im Linien- und Charterverkehr unterliegen der Flugverkehrskontrolle. Etwa eine Million Flüge militärischer Luftfahrzeuge müssen überwacht oder zumindest berücksichtigt werden. Die Flugverkehrskontrolle erfaßt jede Phase eines kontrollierten Fluges. Flugverkehrslotsen und Piloten stehen in ständiger Sprechfunkverbindung miteinander. Im voraus bekannte Daten, wie Flugzeugtyp, Fluggeschwindigkeit und Flugweg zusammen mit den aus dem Sprechfunkverkehr und der Radardarstellung gewonnenen Informationen bie-

ten den Flugverkehrslotsen ein kontinuierliches, aktuelles Bild der Luftverkehrslage. Durch Anweisungen, Freigaben und Hinweise steuern die Lotsen den Luftverkehr, verhindern Zusammenstöße in der Luft und am Boden und sorgen für einen sicheren, flüssigen und wirtschaftlichen Verkehrsablauf. Dabei kommen den einzelnen Flugverkehrskontrollstellen unterschiedliche Aufgaben zu.

Der „Tower“ überwacht den Verkehr in der unmittelbaren Umgebung des Flugplatzes sowie auf den Start-, Lande- und Rollbahnen. Die An- und Abflugkontrolle kontrolliert die an- und abfliegenden Luftfahrzeuge, die Bezirkskontrolle ist für den Luftverkehr „auf Strecke“ zuständig. Zusätzlich üben diese Kontrollstellen den Alarm- und den Fluginformationsdienst aus.

Für die Staffelung der Luftfahrzeuge sind von der ICAO weltweit gültige Richtlinien und Empfehlungen erarbeitet worden. Grundsätzlich werden Luftfahrzeuge durch bestimmte zeitliche Abstände, durch Zuweisung unterschiedlicher Flughöhen oder in festgelegten seitlichen Abständen voneinander gestaffelt. Die im Sprechfunkverkehr ausgetauschten Daten und die Luftlagedarstellung auf dem Radarschirm lassen die Gefahr von unzulässigen Annäherungen rechtzeitig erkennen und geben dem Flugverkehrslotsen die Möglichkeit, durch geeignete Kontrollmaßnahmen – zum Beispiel durch die Anordnung bestimmter Ausweichmanöver – Unterschreitungen der festgelegten Mindestabstände zu vermeiden.

In der Luftfahrt wird im wesentlichen zwischen kontrolliertem und unkontrolliertem Luftraum unterschieden.

Kontrollierter Luftraum:

Dieser erstreckt sich lateral über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland; die Obergrenze liegt bei Flugfläche 460 (14000 m), die Untergrenze im allgemeinen bei 2500 Fuß (ca. 800 m), innerhalb der Nahverkehrsbereiche bei 1700 Fuß (ca. 600 m) und 1000 Fuß (ca. 300 m) über Grund. Entlang den Grenzen zur DDR und ČSSR verläuft eine durchschnittlich 50 km breite Zone, die als „Flugüberwachungszone“ bezeichnet wird; Flüge innerhalb dieses Gebiets werden von den Luftverteidigungsstellen identifiziert und überwacht.

Unkontrollierter Luftraum:

Der Bereich unterhalb 2500 Fuß über Grund bzw. unterhalb von Nahverkehrsbereichen ist, mit Ausnahme der Kontrollzonen, unkontrollierter Luftraum.

Ähnlich wie der Autoverkehr auf einem Netz von Straßen bewegt sich der Flug-

Arbeitsplatz mit Radarsichtgerät in der Bezirkskontrolle (Streckenkontrolle) der FS-Regionalstelle Frankfurt.



Blick aus dem Kontrollturm der Flugsicherung des Flughafens Frankfurt auf Vorfeld und Start-/Landebahnen. (Fotos: Müller)



verkehr auf einem Netz von Luftstraßen (Flugverkehrsstrecke).

Sendestationen am Boden, sog. Funkfeuer, markieren den Verlauf der Flugverkehrsstrecken; die BFS betreibt rund 100 solcher Funkfeuer. Deren Signale werden im Flugzeug empfangen. Ein Anzeigegerät im Cockpit stellt dem Piloten die genaue Richtung seines Flugzeuges in bezug zur empfangenen Sendestation dar. Somit ist er in der Lage, die vorgeschriebene Strecke genau einzuhalten.

Die für die Flugverkehrskontrolle benötigten Daten werden von Radaranlagen geliefert.

Für die Streckenkontrolle hat die BSF eine Kette von Mittelbereichs-Rundsicht-Radaranlagen aufgebaut. Sie orten mit Primärradar Flugzeuge bis zu einer Entfernung von 280 km und einer Flughöhe bis zu 22000 m. Mit einem Sekundärradarsystem werden Flughöhe und Identität des Flugzeuges ermittelt. Die je zwei Antennen der beiden Systeme sind Rücken an Rücken angeordnet, wodurch bei relativ geringer Antennendrehzahl eine hohe Informationsrate erreicht wird.

Im Bereich der Flughäfen, d. h. also für An- und Abflüge, werden Flughafen-Rundsicht-Radaranlagen (ASR-Anlagen = Airport Surveillance Radar) eingesetzt; diese Anlagen mit einer Maximalreichweite von 100 km zeichnen sich durch eine besonders gute Flugzielerfassung

aus. Mit dieser Radarkette ist eine Mehrfach-Radarüberdeckung des Luftraumes über der Bundesrepublik Deutschland erreicht worden.

Die BFS betreibt in den vier Regionalkontrollstellen Bremen, Düsseldorf, Frankfurt und München zur Darstellung der Luftlage ein rechnergesteuertes System mit der Abkürzung DERD-MC (dies steht für den Begriff „Darstellung extrahierter Radardaten – minicomputer-gesteuert“).

Diese Rechnerzentrale kann die Daten von mehreren Radaranlagen auswerten, die jeweils störungsfreie Information auswählen und bis zu 26 Sichtgeräte bedienen. Jedes der DERD-MC-Sichtgeräte enthält einen eigenen Minirechner; dieser stellt – entsprechend den vom Flugverkehrslotsen über Tastendruck eingegebenen Parametern – die gewünschte Luftverkehrslage im jeweils geforderten Maßstab dar. Die erfaßten Flugzeuge erscheinen auf den Bildschirmen wahlweise mit Angabe der Flugnummer, der Flughöhe und der Geschwindigkeit.

Der Flughafen selbst war jedem Fahrtteilnehmer schon durch private Besuche hinreichend bekannt, aber der geheime Wunsch eines jeden, einmal da „oben“ auf dem Tower zu stehen, war noch keinem in Erfüllung gegangen. Nicht so bei dieser abendlichen Ausbildungsveranstaltung.



Ministerpräsident Johannes Rau appelliert an die Jugend:

Beim Roten Kreuz „einsteigen“

Öffentliche Kundgebung am 11. Juni 1983 zum Abschluß der 33. Bundesversammlung des DRK in Münster – Leitthema: „Durch Menschlichkeit zum Frieden“

Zu persönlichem Engagement und Mitarbeit im DRK hat Johannes Rau, Redner im Auftrag und als Präsident des Bundesrates und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, bei der öffentlichen Kundgebung des DRK am 11. Juni 1983 in Münster mit so schlüssigen Argumenten aufgerufen, daß er nachher von zwei Ministern in ihren Ansprachen zitiert wurde, dem Familienminister Heiner Geißler und dem niedersächsischen Innenminister Egbert Mücklinghoff, der zugleich Präsident des westfälisch-lippischen Landesverbandes vom Roten Kreuz ist.

Vom Menschen, der – nach Ludwig Börne – vieles entbehren kann, nur den Mitmenschen nicht, sprach Rau, um dann festzustellen, daß jeder Bürger unseres Landes mindestens einmal im Jahr Hilfe vom Roten Kreuz annimmt, auch wenn manche das gar nicht wissen.

Rau forderte aber nicht nur zum Dank an die Adresse der Rotkreuzler auf, sondern ermunterte junge Menschen, auf ihrer Suche nach Selbsterfahrung doch beim DRK „einzusteigen“, denn da gibt es hauptamtliche und nebenamtliche Möglichkeiten, sich selber zu erproben und zu erfahren. Aussteigen aus der eigenen Schutz- und Trutzburg und auf

den anderen zugehen, damit der nicht vergebens wartet. So einfach ist das. Der öffentliche Appell zugunsten des Roten Kreuzes – „Kommen Sie doch dazu!“ – und der Dank an alle Aktiven wurden in der Münsterlandhalle mit stürmischem Applaus quittiert. Die rund 1300 Teilnehmer an der öffentlichen Kundgebung zum Abschluß der 33. Bundesversammlung des DRK konnten sich insgesamt freuen, daß Staats- und Öffentlichkeitsvertreter ihre Arbeit, so verschieden die Einsatzgebiete auch sein mögen, durchgehend positiv bewerteten. Eine Anerkennung, die vielleicht für einige unter ihnen sehr lange vorhalten muß.

Der Bundespräsident, Professor Karl Carstens, persönlich an der Teilnahme verhindert, hatte in einer übersandten Grußbotschaft Dankesworte nicht nur an die aktiven Helferinnen und Helfer gerichtet, sondern auch die fördernden Mitglieder mit besonders freundlichen Worten bedacht.

In den vorausgegangenen Sitzungen von Präsidium, Präsidialrat und Delegiertenversammlung am 9./10. Juni waren Geschäfts- und Finanzbericht, Haushaltsplan sowie die Aufgaben und Probleme im einzelnen kritisch geprüft und diskutiert worden. Bei der gutbesuchten

Kundgebung am 11. Juni sprach DRK-Präsident Prinz Wittgenstein jene Probleme konkret an, die sich unmittelbar förderlich oder hinderlich auf die Arbeit in den Gemeinschaften, in den Sozialstationen oder auf verschiedenen Verbands-ebenen auswirken. Er scheute auch davor nicht zurück, heftig zu kritisieren, daß manche öffentlichen Stellen die ehrenamtlich geleistete Hilfe des DRK oder anderer freier Verbände nicht so sehr würdigen, dafür aber genau in ihre Rechnung oder bürokratische Planung einbeziehen, ohne die Eigenverantwortung und den für die Arbeit des Verbandes notwendigen Freiraum zu respektieren.

Getreu dem Leitthema „Durch Menschlichkeit zum Frieden“ appellierte Prinz Wittgenstein auch vom Rednerpult an den Deutschen Bundestag, die Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuzabkommen zu ratifizieren, um den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten dadurch zu verbessern.

Für das Geschehen am Rande der Bundesversammlung hatte der gastgebende Landesverband gute Vorbereitungen getroffen. Der Oberbürgermeister empfing am ersten Abend Präsidium und Präsidialrat im Friedenssaal des Rathauses. Delegierte und Gäste hatten Gelegenheit zu Gesprächen und zu näherer Bekanntschaft mit dem Münsterland anläßlich eines kurzen Ausflugs per Bus. Selbst am Freitag machte keiner die anekdotisch überlieferte Erfahrung, kein Fleisch für sein Geld zu bekommen, statt dessen aber eine Belehrung über kirchliche Gebote.

Der erwähnte Anekdotentourist berief sich auf seinen evangelischen Glauben, der ihm den Freitag nicht vorschreibe, worauf eine westfälische Wirtin ihn mit zwei Worten abfertigte: „Sliim genug!“ Diesmal hätte sie ihn gewiß zum Kirchentag nach Hannover geschickt. Aber nichts dergleichen geschah, auch die Westfalen „sind nicht so“.

Als Teilnehmer an der Bundesversammlung, erschöpft von Zahlen und Berichten, erste Schwächeanfälle signalisierten, hatte DRK-Präsident Prinz Wittgenstein schon „Sofortmaßnahmen“ eingeleitet. Rettungsstation war das Freilichtmuseum Mühlenhof am Aasee. Dort hatten die Klepenkerle nicht nur historische Daten und flotte Sprüche parat. In der großen Deele des Gräftenhofs gab's den echten westfälischen Schinken mit Sauerkraut. Und wem diese deftige Kost noch nicht zu Kräften verholfen hatte, dem half ein Gläschen Korn, zu klaren Worten und guter Unterhaltung zu finden.

Eve-Marie Sill

Durch Menschlichkeit zum Frieden
33. Bundesversammlung
Deutsches Rotes Kreuz
10./11. Juni 1983

„Durch Menschlichkeit zum Frieden“ war das Motto der öffentlichen Kundgebung des DRK am 11. Juni 1983 in Münster.

Zahlreiche Vertreter aus Politik und öffentlichem Leben waren zur Kundgebung gekommen (erste Reihe, 2. von links): DRK-Ehrenpräsident Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, Familienminister Dr. Heiner Geißler, DRK-Präsident Prinz Wittgenstein, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau mit Gattin.

(Fotos: Zimmermann)



Nordrhein und Bayern vorn

105 Aktive aus neun Landesverbänden auf den Startblöcken – Es herrschte eine Bombenstimmung

Regensburg. Zwei, vier, sechs, zehn, zwanzig... Zelte, soweit das Auge blickt. Des Zählens wird man rasch müde, dankbar erinnert man sich einer treffenden Beschreibung der Veranstalter: Zeltstadt auf den Donauwiesen. Hinter dem großen Festzelt haben sich über 1000 Jugendliche häuslich niedergelassen. Den Löwenanteil stellen die Schlachtenbummler, die aus allen Himmelsrichtungen nach Regensburg geeilt sind. „Das Echo ist erstaunlich“, tiefstapelt zufrieden Armin Bauer, Organisationsreferent des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz.

Fast verloren wirkt in diesem Heer von Fans dann das Häuflein der Aktiven. 105 junge Leute aus neun Landesverbänden sind 1983 in Regensburg angetreten, um den diesjährigen Bundesieger zu ermitteln.

Doch vor das Schwimmen hat der Veranstalter wie jedesmal die Erste Hilfe gesetzt. Am 3. Juni treffen sich die Wettkampfteilnehmer zunächst zur theoretischen Prüfung. Die Lösung der zehn Aufgaben fällt den meisten recht leicht. Schließlich sind die Fragen nicht weither geholt, sie stammen ebenso wie die fünf praktischen Einzelaufgaben aus dem Alltag der Wasserrettung.

1000 Punkte können die Mann- und Frauschaften schon verbuchen, wenn sie keine (richtige) Antwort schuldig geblieben sind. Das Berliner Team wird am nächsten Tag – mit der Einverständnis aller Teilnehmer – den Erste-Hilfe-Teil nachholen; es war „aus Versehen“ zu spät angereist.

Knapp 300 Fans treffen sich derweil zur Zeltstadt-Olympiade an der Donau. Die Disziplinen: Stapellauf über Bierkästen, Hindernisparcours mit Bällen, Wasserübungen mit Schwimmbrett und Schlauchboot.

Am nächsten Tag um 9 Uhr in der Früh geht's dann weiter im Westbad – einen Katzensprung von der Zeltstadt entfernt. Eine Bombenstimmung herrscht in der Halle, ohrenbetäubendes Getöse auf den Rängen erhebt sich allein schon bei der Nennung der Bahnen für die einzelnen Mannschaften. Hat ein favorisiertes Team mit einer starken Anhängerschaft die Erwartungen nach einem Durchgang erfüllt, wird der Lärm schier unbeschreiblich.

Doch die Stimmung steckt an: Nicht nur

die Wettkämpfer durchpflügen – dermaßen angetört – um so hurtiger das Wasser. Auch die Offiziellen geben sich gelockert. Während DRK-Präsident Prinz Wittgenstein sein Oberhemd mit einem T-Shirt von der Wasserwacht vertauscht, hat sich Generalsekretär a. D. Dr. Schlögel gleich gänzlich – bis auf die Badehose – entblößt.

Einige Stunden lang liefern sich die Teams spannende Wassergefechte um

Punkte und Plätze, bis nach einer kurzen Pause Prinz Wittgenstein ins Festzelt zur Siegerehrung bittet.

Und hier wird offenkundig, was kaum einer für möglich gehalten hat. Der Gastgeber läßt – zumindest bei den Herren – den Gästen den Vortritt. Es gewinnt 1983 der Landesverband Nordrhein! Die weiteren Plätze belegen Hessen und Bayern. Bei den Damen liegen die Bayern vorn, gefolgt von Hessen und Nordrhein (weitere Plazierungen siehe Tabelle).

Noch am gleichen Abend sichtbare Folge des Nordrhein-Sieges: Der Trainer des erfolgreichen Teams ließ sich umgehend seinen Vollbart abnehmen und erfüllt damit einen vor Jahren in Villingen geleisteten Schwur.

Veronika Krull

Offizielles Wettkampfergebnis

Herren			Damen		
Landesverband	Punkte	Platz	Landesverband	Punkte	Platz
Nordrhein	7137	1. Platz	Bayern	4647	1. Platz
Hessen	7070	2. Platz	Hessen	4133	2. Platz
Bayern	7028	3. Platz	Nordrhein	3746	3. Platz
Rheinland-Pfalz	6136	4. Platz	Schleswig-Holstein	3302	4. Platz
Baden-Württemberg	6087	5. Platz	Baden-Württemberg	3280	5. Platz
Westfalen-Lippe	5341	6. Platz	Westfalen-Lippe	3230	6. Platz
Schleswig-Holstein	4364	7. Platz	Berlin	2530	7. Platz
Oldenburg	3413	8. Platz			
Berlin	3369	9. Platz			

150 Aktive aus neun Landesverbänden kämpften beim DRK-Bundeswettbewerb im Rettungsschwimmen um den Sieg.



Es ist soweit: DRK-Präsident Prinz Wittgenstein gratuliert den Gewinnern.

(Fotos: Krull)



Wir stellen vor: ASB-Bundesschule

Praxisnahe Schulung für viele Aufgabenbereiche

Umfangreiches Ausbildungsangebot für die ehrenamtlichen ASB-Helfer – Ein Auszug aus dem Geschäftsbericht 1982 des ASB-Bundesvorstandes

Aufgaben

Die Bundesschule des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V. ist Teil der Bundesgeschäftsstelle. Sie wird von hauptamtlichen Mitarbeitern betreut und nimmt ihre Aufgaben im Auftrag des Bundesvorstandes wahr. Die Aufgabenstellung gliedert sich wie folgt:

– Als Verwaltungsstelle werden alle Fragen der Aus- und Fortbildung für den Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. wahrgenommen. Hierzu zählt insbesondere das Abrechnen und Verwalten von Erste-Hilfe-Mitteln. Darüber hinaus sind in einer Ausbilderzentalkartei alle Ausbilder, die im Auftrag des ASB tätig werden dürfen, registriert.

– Einen wesentlichen Raum nimmt die Durchführung eigener Lehrgänge ein, zu der Planung, Organisation und Durchführung zählen. Es werden Terminplanungen für ein ganzes Lehrgangsjahr vorgenommen und ein Lehrgangskalender erstellt.

– Neben den Standard-Lehrgängen werden ständig Tagungen und neue Lehrgänge angeboten.

– Einen ebenfalls großen Raum nimmt die Betreuung der bundesweit tätigen Ausbilder ein. Für sie werden in regelmäßigen Abständen wichtige Informationen erarbeitet. Dafür ist die ständig im Ausbau befindliche Bundesschul-Bibliothek eine wertvolle Hilfe.

– Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Koordination und Kooperation in allen Fragen der Aus- und Fortbildung mit anderen Organisationen.

Fachspezifische Ausbildung

Zur Erfüllung der vielen Aufgaben des ASB ist eine fachspezifische Aus- und Fortbildung eine der wichtigsten Voraussetzungen. Die Bundesschule des ASB bemüht sich, für die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer ein zweckmäßiges Angebot zu entwickeln.

Stellt der traditionelle Bereich der Ersten-Hilfe- und Sanitätsausbildung

nach wie vor einen der wesentlichen internen Ausbildungsaufträge dar, so bedarf es in zunehmendem Maße weiterer Schulungen auch für andere Aufgabenbereiche. Ziel vieler Aktivitäten der Ortsverbände ist es, Menschen in Not zu helfen. Diese Hilfe wird insbesondere dort erforderlich, wo andere Stellen nicht tätig werden oder den entstandenen Bedarf nicht ausreichend abdecken können. Dabei muß oft aus der jeweiligen Situation heraus improvisiert werden. Improvisation allerdings ist eine der größten Fähigkeiten, die freiwillige und ehrenamtliche Helfer leisten können.

Um ein derartiges Dienstleistungsangebot aufrechtzuerhalten, müssen weitere Mitarbeiter geschult werden. Wichtige Voraussetzung für die Erarbeitung neuer Lehrprogramme stellt die Einzelerfahrung eben jener Mitglieder dar, die aus der Not heraus entsprechende Erfahrung sammeln konnten. Gesammelt und ergänzt können diese Erfahrungen dann wieder allen anderen Organisationsstufen zugeführt werden, um deren derzeitige oder künftige Arbeit zu erleichtern.

Während die praktische Ausbildungsarbeit in den Ortsverbänden unterschiedlich stark anstieg, war das Interesse neuer Mitglieder, selbst als Ausbilder in Erster Hilfe tätig zu werden, sehr stark. Die Bundesschule bot hierzu acht Lehrgänge zum Erwerb der Lehrberechtigung A I an, die im Schnitt von 20 Teilnehmern je Lehrgang wahrgenommen wurden.

Lehrberechtigung A I

Mit der Lehrberechtigung A I sind die Ausbilder berechtigt, im Auftrag des Arbeiter-Samariter-Bundes Kurse in Sofortmaßnahmen am Unfallort und die Erste-Hilfe-Grundausbildung durchzuführen.

Der Lehrgang zum Erwerb der Lehrberechtigung A I richtet sich an Mitglieder, die bereits die Sanitätshelferausbildung erfolgreich absolviert und praktische Erfahrungen im Einsatz gesammelt haben. Innerhalb eines Wochenlehrgangs werden ihnen dann methodische und didaktische Fähigkeiten vermittelt, um die

Grundlagen der Ersten Hilfe einem Laien verständlich zu machen. In einer Reihe von Unterrichtsbeispielen lernt der Teilnehmer frei zu reden, selbstsicher aufzutreten, fachliche Aussagen schwerpunktmäßig zu vermitteln und sinnvoll Medien einzusetzen, die seine Aussagen dem Laien gegenüber verständlich machen. Auch hier macht Übung erst den Meister. Eine wichtige Rolle spielt während des Lehrgangs daher der Einsatz audio-visueller Hilfsmittel (z. B. Tonband und Video), um in der Anfangsphase durch Selbsterfahrung die eigene Ausstrahlungskraft kennenzulernen und Fehler frühzeitig abzubauen.

Erfahrene A I-Ausbilder haben die Möglichkeit, in einem weiteren Lehrgang die Lehrberechtigung der Stufe A II zu erwerben.

Lehrberechtigung A II

Ausbilder der Stufe A II sind berechtigt, neben der Grundausbildung auch die Sanitätshelferausbildung zu organisieren und durchzuführen sowie in den Betrieben die Sonderausbildung „Herz-Lungen-Wiederbelebung“ durchzuführen und die eigenen Mitglieder entsprechend ihren Fähigkeiten fortzubilden.

Zwei derartige Lehrgänge wurden 1982 durchgeführt. Auch hierbei steht die methodisch didaktische Schulung im Vordergrund. Jedoch erweitern sich die Themenbereiche um ein Vielfaches. So lernt der Ausbilder, größere Lehrprogramme zu organisieren und durchzuführen, so daß die Mitglieder, welche bei Sanitätsdiensten eingesetzt werden, für die auf sie zukommenden Aufgaben bestens vorbereitet sind.

Fortbildung

Der Fortbildung von Lehrkräften wird im ASB höchste Priorität eingeräumt. Der Begriff des „lebenslangen Lernens“ muß insbesondere in dem lebenserhaltenden Bereich der Ersten Hilfe und der dazu erforderlichen Ausbildung gelten. Gerade die Ausbildung in diesem Bereich profitiert von den Erfahrungen der Notfallmedizin in den letzten Jahren. Hier sind viele praktische Erfahrungen zutage getreten, die für die Lebensrettung von entscheidender Bedeutung sind. Um diese Erfahrungen in das Ausbildungsprogramm mit aufnehmen zu können, muß eine ständige Nachschulung erfolgen.

Daher werden Lehrberechtigungen im ASB nur für drei Jahre erteilt. Innerhalb

dieser drei Jahre wird von den betreffenden Ausbildern aktive Ausbildungstätigkeit im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten erwartet. Eine Verlängerung ist dann durch Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung entsprechend der Lehrberechtigungsstufe möglich.

Während die Fortbildung der A I-Ausbilder an den Landesschulen stattfindet, werden die A II-Ausbilder zentral an der Bundesschule fortgebildet. Hierzu wurde eine Veranstaltung erfolgreich durchgeführt. Da es für ehrenamtliche Mitglieder nicht möglich ist, für notwendige Schulungen immer ihren Urlaub zu opfern oder „Bildungsurlaub“ zu erhalten, werden derartige Veranstaltungen an Wochenenden angeboten. So verbleiben zwei Arbeitstage, an denen nur eine Auswahl der Themen des entsprechenden Ausbildungsbereiches angesprochen werden können. Besonders gern wird die Möglichkeit von dem Teilnehmer genutzt, hierbei Erfahrungen auszutauschen

- Abstimmungen einzelner Lehraussagen
- Vorstellung neuer Ausbildungsprogramme
- Umgang mit Medien
- Gestaltung von Vorträgen
- Fachvorträge und Fachinformationen.

Auch wurde von den Teilnehmern die Gelegenheit genutzt, erneut selbst Erfahrungen an einem Unterrichtsbeispiel zu betreiben, in dem dieses per Videoanlage aufgezeichnet und wieder vorgeführt wurde.

Ausbilderschulung

Einen besonderen Schwerpunkt der Bundesschularbeit im Jahre 1982 stellte die letztendliche Überarbeitung und Beschlußfassung der neuen Ausbildungsordnung dar. Hierin wurde der Bereich der Ausbildung, die der Schulung von Lehrkräften für die ASB-eigenen Lehrveranstaltungen betrifft, neu definiert. Diese Maßnahmen werden zukünftig unter dem Oberbegriff Ausbilderschulungen zusammengefaßt und beziehen sich in Einzelseminaren auf besondere Themenschwerpunkte.

Ein erstes Seminar dieser Art wurde im April für die an der Bundesschule tätigen A I-Referenten angeboten, welches ausschließlich zum Ziel hatte, die Organisationsform der A I-Lehrgänge zu überarbeiten und abzustimmen.

In dem viertägigen Seminar wurde der Gesamttablauf eines Ausbildungslehrganges an der Bundesschule entsprechend den hier vorhandenen Möglichkeiten durchgesprochen und in Einzelheiten definiert. So wurden alle zur Ver-

fügung stehenden Hilfsmittel mit der derzeitigen Unterbringungsmöglichkeit ausgewiesen, um allen Teilnehmern eine konkrete Mitwirkung bei A I-Lehrgängen zu ermöglichen.

Breiten Raum nahmen Diskussionen über den Einsatz bestimmter Ausbildungsformen innerhalb des Lehrganges ein. Hierbei wurde festgestellt, daß nach derzeitigem Stand eine Kombination von Wissensvermittlung bezüglich der fachlichen Inhalte und methodisch beispielhafter Darbietungen erforderlich ist. Dies in der zur Verfügung stehenden Zeit „unter einen Hut zu bringen“, erschien oft als Grundsatzproblem. Besonders vorteilhaft erwies sich hier die Mitwirkung einzelner Teilnehmer bei mehreren Lehrgängen an der Bundesschule, so daß Einzelerfahrungen auch auf die Mehrzahl der Lehrgänge übertragen werden konnten, um eine praktikable Lösung zu finden.

Es darf abschließend davon ausgegangen werden, daß die hierbei beteiligten Referenten nunmehr in besonderem Maße in der Lage sind, bei Lehrgängen an der Bundesschule mitzuwirken und darüber hinaus entsprechende Lehrgänge auf Landesebene zu organisieren.

An die Grenzen der in der Zeit zu lösenden Aufgabenstellungen gerieten die Teilnehmer bei der Definition der Richtlinien. So wurde mehrheitlich vereinbart, ein zweites Seminar ausschließlich der Entwicklung eines Lernzielkataloges für A I-Lehrgänge zu widmen, um hierdurch ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten.

Dieses zweite Seminar fand im Oktober 1982 statt, an dem sich nahezu alle Teilnehmer des Erstseminars beteiligten. Hierin wurde in mühevoller Kleinarbeit Unterrichtsstunde für Unterrichtsstunde durchgesprochen und immer wieder aufs neue die Möglichkeit der Umsetzung großer Themenkomplexe in der zur Verfügung stehenden Zeit geprüft.

Die in diesem Seminar praktizierte Arbeitsweise, in mehreren Kleingruppen einzelne Bereiche durchzusprechen und anschließend gemeinsam im Plenum zu diskutieren, hat sich als äußerst vorteilhaft erwiesen. Das Gesamtergebnis kann somit von allen Mitwirkenden getragen und bei folgenden A I-Lehrgängen in die Praxis umgesetzt werden.

Aus der Erkenntnis heraus, Lehrkräfte für die Ausbildung von Ausbildern nicht innerhalb einer Woche endgültig schulen zu können, hat sich die Form verschiedener – themengebundener – Schwerpunktseminare als sinnvoll erwiesen. Für die Folgejahre wird je ein mehrtägiges Seminar angeboten, so daß neben der Mitwirkung bei Ausbilderlehrgängen den Referenten die Möglichkeit der Teilnahme an den Fachseminaren der Ausbilderschulung angeboten werden kann.

Für das Jahr 1983 ist aus diesem Grund ein Schwerpunktseminar zur Methodik geplant, im Jahre 1984 wird Rhetorik den geplanten Schwerpunkt bilden.

Aufbau einer Bibliothek

Fast täglich erscheinen Zeitschriften und Bücher, von denen ein Teil auch unsere Arbeit beeinflußt und u. U. erleichtert. Der weitere Ausbau der Bibliothek ist daher ein Abfallprodukt der täglichen Arbeit. Neben Neuerscheinungen konnten weitere Standardwerke angeschafft werden.

Ergänzend zur eigentlichen Bibliothek steht den Lehrgangsteilnehmern eine Lehrbuchsammlung zur Verfügung. Hier sind hauptsächlich für die Ausbilderlehrgänge Fachbücher und informative Schriften, teilweise in Mehrfachexemplaren vorgehalten. Sie dienen den Lehrgangsteilnehmern u. a. zur Vorbereitung ihrer Unterrichtsbeispiele und Prüfung.

Ausbildungsordnung – Richtlinien zur Ausbildung

Parallel zu den vielfältigen Lehrveranstaltungen an der Bundesschule wurde seit mehreren Jahren an einer Überarbeitung der Ausbildungsordnung und den Richtlinien zur Ausbildung gearbeitet. Letztlich konnten im April 1982 die Vorschläge für eine neue Ausbildungsordnung durch den Bundesausschuß verabschiedet werden. Dies stellt eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Durchführungsbestimmungen (Richtlinien) dar.

Dabei wurden zunächst einmal die Begriffe definiert:

– Die Ausbildungsordnung hat satzungsgemäßen Charakter. Sie bestimmt die Ausbildungsmöglichkeiten im ASB und gibt dem Außenstehenden die Voraussetzungen zur Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen sowie die Weiterbildungsmöglichkeiten bekannt.

– Die Richtlinien enthalten für den Organisierenden wie Ausbildenden teils bestimmte, teils empfehlende Regeln, die die Durchführung einzelner Ausbildungsveranstaltungen ermöglichen.

Die Richtlinien werden ergänzt durch Lehrpläne und Verwaltungsbestimmungen (Abrechnungsverfahren) und nach zu erstellenden Lehr- und Lernmitteln.

Auf dieser Grundlage wurden die Durchführungsbestimmungen weiterentwickelt und im September 1982 durch den Bundevorstand in dem vorhandenen Umfang ebenfalls beschlossen.

Es galt in der Folgezeit, die daran anschließenden Ergänzungen wie Lehrpläne, Bescheinigungsmuster und weitere Unterrichtshilfen zu entwickeln. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Die JUH ist anerkannter Träger der freien Jugendpflege

Jugendarbeit – Auftrag und wichtige Investition für morgen

Die JUH-Jugendgruppen sind für ihre guten Leistungen bekannt – Die Bedeutung der Hilfe für den Nächsten erkennen

Aufbau und Leistungsstärke einer Organisation wie der JUH ergeben sich wesentlich aus ihrem Nachwuchs. Das Bemühen um die Mitarbeit der Jugend gehört also zwingend zu unserer Arbeit auf allen Ebenen. In Erkenntnis dieser allgemein gültigen These ist seit Gründung der JUH ein satzungsgemäßer Auftrag die Jugendarbeit.

Es begann auf Orts- und Kreisverbandsebene mit der Beteiligung junger Menschen an der Arbeit. Spielerisch wurden sie an die Aufgaben der Organisation herangeführt, erlebten in ihrer Freizeit Gemeinschaft mit anderen und lernten bewußt die Bedeutung der Hilfe für den Nächsten kennen. Etwas später wurden die Jugendgruppen auch auf Landesverbandsebene organisiert und zusammengeführt.

Seit Jahren nun ist die JUH einer der nach § 9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes anerkannten Träger der freien Jugendpflege. Diese gesetzliche Regelung bedeutet Verpflichtung und Chance zugleich. In einer Zeit, in der immer mehr Jugendliche scheinbar ziellos, um nicht zu sagen scheinbar hoffnungslos, ihre Zeit vertun, gehört es zu unseren Aufgaben, ihnen Ziele zu vermitteln – Hoffnung bei ihnen zu wecken.

Jungen und Mädchen von 10 bis 18 Jahren finden in den Jugendgruppen der JUH eine ihrem Alter und viel ihren Neigungen entsprechende Betätigung. Dies beginnt mit Kenntnisvermittlung im Erste-Hilfe-Bereich und geht bis zum verantwortungsvollen Schulsanitätsdienst. Es ist schon ein Erfolgserlebnis, als Schüler oder auch „Azubi“ seinen Mitschülern oder Kollegen helfen zu können. Es gehört Interesse und Kenntnis dazu, mit einem zuständigen Lehrer und ein bis zwei anderen Johanniter-Jugendlichen einen Schulsanitätsraum mit Apotheke „im Griff“ zu haben. Die damit verbundene Leistung erfährt fast im-

mer Anerkennung und motiviert zu weiterer Mitarbeit.

Aber auch der Freizeitgestaltung wird viel Platz eingeräumt. Viele Jugendliche müssen doch wieder spielen lernen. Oft müssen sie wieder lernen, sich in der Gruppe zu bewegen, sich einzuordnen, zu einem sinnvollen Miteinander zu finden. All das bietet die Zugehörigkeit zu einer JUH-Jugendgruppe. Jugendlager – ein Erlebnis für Jungen wie Mädchen, Verbindung zur Natur herstellen, „Dienst tun“ als „Bürgermeister“, „Postmeister“ oder „Küchenbulle“, Feldgottesdienst und Lagerfeuer, Nachtwanderung und

Kräftemessen bei Spiel und Sport, Freude erfahren und Freude bereiten, etwas nicht mehr Alltägliches.

Der internationale Wirkungskreis der JUH in Österreich und Italien sowie die Verbindung zur Schwesterorganisation „St. John Ambulance“ in England sind weitere Felder der JUH-Jugendarbeit.

Alle JUH-Jugendgruppen wählen nach demokratischen Regeln ihre eigenen Vertreter. Auf Orts-/Kreisebene, auf Bezirks- und Landesebene nehmen diese Jungen und Mädchen wesentlichen Ein-



Marcus Köhler, elf Jahre alt, ist JUH-Schulsanitäter – hier hilft er einem Mitschüler nach einem Sturz mit dem Fahrrad.

fluß auf alle Maßnahmen der JUH-Jugendarbeit.

Alljährlich zeichnet der Bundespräsident durch einen Empfang oder die Teilnahme an einer besonderen Veranstaltung Jugendgruppen für ihren ehrenamtlichen Dienst aus. In diesem Jahr gehörte die JUH-Jugendgruppe aus Gauting (Bayern) zum Kreis der Eingeladenen. Ihr Bericht zeigt, daß der Empfang beim Bundespräsidenten, der Besuch des Bundestages mit Begrüßung durch Bundestagspräsidenten Dr. Barzel sowie eine Einladung in die bayerische Landesvertretung als Auszeichnung verstanden wurde und einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben.

Unter dem Motto der JUH „Helfen macht Freu(n)de“ fühlen sich viele hundert Jugendliche wohl in der Johannitergemeinschaft. Sie werden in der Öffentlichkeit anerkannt für ihre Leistungsbereitschaft, sie sind ein wichtiger Faktor in der zukünftigen Arbeit der JUH und widerlegen in dieser starken und fröhlichen Gemeinschaft die oft gehörte Phrase von „no future“ und „Null-Bock“ in unserer Gesellschaft. Sie beweisen: Es gibt Aufgaben, die im stillen getan werden müssen, sie sind schon „richtige Johanniter“.

Mit dieser Einstellung verbleibt das Gros der Jugendlichen der Organisation im Sanitäts- und Rettungsdienst, im Be-

reich der sozialen Dienste und für den Katastrophenschutz erhalten.

G. Reinhold



Mit großem Ernst bei der Sache – beim Bundeswettkampf 1983 – waren auch sechs Jugendmannschaften, wie hier bei den praktischen Aufgaben. (Foto: EX-Press)

Für einen effektiven Einsatz im Sanitätsdienst sind verschiedene Voraussetzungen nötig – eine ausreichende Anzahl von Schülern unter Anleitung einer Lehrkraft oder eines Gruppenführers der JUH, Mitgliedschaft in der Jugendgruppe der JUH und dadurch

Die Jugendlichen lernen Sinn und Zweck der Ausrüstungen der Rettungsfahrzeuge und die Arbeitsweise der JUH-Helfer kennen. Daß Spaß und Freude nicht zu kurz kommen, versteht sich von selbst. Regelmäßige Treffen zu Spaß und Spiel fördern Zusammen-

Jugendarbeit

Jugendarbeit – eine große Aufgabe in unserer Zeit. Die JUH macht es sich zur Pflicht, die Jugend zu fördern und sie im Sinne demokratischer Denkweise zu tole-

Schulsanitätsdienst

Zu den Aufgaben im Schulsanitätsdienst gehören die Betreuung von Schulveranstaltungen durch in Erster Hilfe ausgebildete Schüler. Sie leisten bei kleinen Zwi-

Internationale Freizeiten

Die Pflege und Förderung der Begegnungen internationaler Jugendgruppen für die JUH ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg zur Verwirklichung einer friedlichen Jugendgeneration. Die JUH organisiert Wettbewerbe, die den Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich im Wettbewerb

den: Ausbildungsstand und Leistungsvermögen können in freundschaftlichen Wettbewerben unter Beweis gestellt werden. Die Sieger der nationalen Ausschreibungen wettkämpfe haben die Möglichkeit, an internationalen Veranstaltungen teilzunehmen und sich im Wettbewerb



eine qualifizierte Ausbildung und laufende Schulung – eine funktionelle Einsatzorganisation, die im Hinblick auf Veränderungen im Schul-leben ständig überprüft werden muß.

JUH-Jugendgruppen-Arbeit

Kameradschaft und Hilfsbereitschaft in einer freundschaftlichen Gemeinschaft, das ist das gemeinsame Ziel der JUH-Jugendgruppen. Bei Spiel und Spaß werden die Aufgaben der JUH und die menschliche Verantwortung zur Hilfe für alle, die in Not sind, spielerisch vermittelt.

haft und Gemeinschaftsgeist. Sie unternehmen gemeinsame Ausflüge und sitzen oft in geselliger Runde. Das macht Spaß, aktiviert Freizeit, und so manche Freundschaft fürs Leben nimmt ihren Anfang. Der Zuspruch der Jugend und die Begeisterung für den Gedenken der Hilfe am Nächsten liefert einen überzeugenden Beweis für die Richtigkeit des JUH-Mottos: Helfen macht Freu(n)de.



urgern

der

ver-

ten

zu

schenfällen, z.B. in den Pausen. Erste Hilfe. Gemeinsam mit dem Verbindungslehrer nutzen und pflegen sie schul-eigene Sanitätsanrichtungen. Auch die Überprüfung der Feuerlöscheinrichtungen und das Nachfüllen der Schulsanitätskästen gehört zu ihren Aufgaben. Eine wichtige Aufgabe ist das Heranführen der Schüler an Erste-Hilfe-Ausbildung und die Vermittlung von Aufgaben und Zielen der JUH.



mit inter- mit Jugendgruppen anderer nationaler Freizeiten zu Ju- jeder-

Mitglied werden in der JUH

Die JUH ist eine Jugendgemeinschaft, die in einer starken Gemeinschaft mehr aus ihrer Freizeit machen wollen. Das Mindestalter für die Mitgliedschaft in einer Jugendgruppe liegt bei 10 Jahren und für die Mitgliedschaft in der aktiven Helferschaft bei 16 Jahren.

Immer gefragt: Informationsmaterial über die Jugendarbeit der Johanniter-Unfall-Hilfe.

140 Jugendliche hatten unbeschwerte Tage

Malteser-Jugend verbrachte zehn Tage im Bundeslager

Auch 15 junge irische Malteser waren dabei – Zünftiges Lagerleben

140 Jugendliche aus der Bundesrepublik und Irland nahmen am diesjährigen und zweiten Bundeslager der Malteser-Jugend teil, das in diesen Tagen in Lohne-Kroge im Oldenburger Land zu Ende gegangen ist. Aus Lübeck und Buxtehude, aus Heppenheim und Paderborn, aus Siegen, Bad Honnef, aus der Region Trier und aus dem Saarland kamen die Teilnehmer im Alter von 11 bis 20 Jahren.

Das Lager sollte die Gemeinschaft der Malteser-Jugend über alle örtlichen und regionalen Grenzen hinweg erleben lassen, sollte Verbindungen zwischen den Gruppen aus den unterschiedlichen deutschen Ländern schaffen, sollte die Kameradschaft unter den Gruppenmitgliedern auch unter den schwierigen Lebens- und Wohnbedingungen eines Zeltlagers sich bewähren lassen.

Die Gruppen fanden schnell zueinander. Teilweise bildeten Jugendliche aus verschiedenen Gruppen eine Zeltgemeinschaft. Lagerdienste wurden gemeinsam versehen. Und mit viel Auseinandersetzung, Klamauk und Ausgelassenheit wurden die Tages- und Abendprogramme erlebt.

Besonders bewähren mußte sich die Integrationsfähigkeit der Lagergemeinschaft gegenüber einer Jugendgruppe aus Irland. Auf Einladung des MHD-Generalsekretariats waren 15 junge Mitglieder des irischen „Order of Malta Ambulance Corps“ (OMAC), der irischen Schwesterorganisation des MHD, nach Lohne gekommen. Die anfänglichen Kontakthemmnisse aufgrund der Sprache wurden schnell überwunden. Mut in der Anwendung des Schulenglisch, Phantasie und Gestik führten schließlich zu einem herzlichen Verhältnis unter den Teilnehmern.

Für die Iren, so deren Schlußfolgerung nach den gemeinsam verbrachten Tagen, war der Aufenthalt im Bundeslager eine Bereicherung an Erfahrung. Viele von ihnen waren zum ersten Male im Ausland. Alle waren davon beeindruckt, mit welcher Ausrüstung der MHD arbei-



140 Jugendliche aus der Bundesrepublik und Irland nahmen am zweiten MHD-Bundeslager teil.

tet. Die deutschen Malteser erlebten die Teilnahme der Iren als Brückenschlag zur internationalen Gemeinschaft der Malteser und zur Jugend eines anderen Landes. Bewundernswert fanden sie den hohen Ausbildungsstand im Sanitätsdienst, den die irischen Gleichaltrigen während eines Rettungsparcours zeigten. Daß die Verbindungen zueinander, zwischen OMAC und Malteser-Jugend, verstetigt und vertieft werden sollten, darüber war man sich einig.

Zuhause schon fleißig geübt: der Zeltaufbau.



28 große Zelte (vorwiegend vom Typ SG 20), im Viereck aufgebaut, zwei Gelenkbinderzelte als „Speisesaal“, ein Dutzend Dienstfahrzeuge für den Mannschaftstransport, ein Bannermast mit wehender Malteser-Fahne und ein emsiges Hin und Her von Jungmaltesern – so muß man sich den Lagerplatz auf dem Kroger Sportgelände, das von einem kleinen Wald umgeben ist, vorstellen. Für die Verpflegung sorgte die MHD-Feldküche aus der Stadt Osnabrück. Ralf Middendorf war mit seiner Crew von sechs Leuten von morgens bis abends auf den Beinen. Sie ernteten viel Lob.

Für die Jugendlichen gab es während der zehn Tage viel zu sehen. Eine Segelfahrt auf dem Dümmer, eine Wanderung in die Dammer Berge, ein Besuch des Freilichtmuseums Cloppenburg gehörten ebenso zum Programm wie ein Informationstag bei der Feuerwehr und der MHD-Rettungswache in Vechta. Eine Tagesfahrt führte nach Bremen. Viel Spaß bereiteten auch die Veranstaltungen auf dem Lagerplatz und in dessen Umgebung. Bei einem Stadtspiel lernten die Malteser den Ort und das Geheimnis des „Baukweitenjannhinnerk“ kennen. Sportlich und mutig ging es auch bei einem Stationslauf zu. Beim Rettungsparcours wurden in Kleingruppen die Ausbildungsergebnisse auf die Probe gestellt. Zu den Aufgaben zählten ein Traegewettbewerb, Reanimationsübungen,



Spaß über so manchen Unsinn zwischendurch.

das Anlegen von Verbänden, das Erkennen eines Schocks und die Abfassung einer Unfallmeldung.

Mit einem Gottesdienst unter freiem Himmel und unter Teilnahme vieler Einwohner des Ortes begann am letzten Lagerabend das Abschlußfest. Jugendpater Thörner ermutigte dazu, Impulse aus dem Lager mit nach Hause zu nehmen und unternehmungslustig zu sein. Die Jugendlichen sangen, wie es auch in den morgendlichen und abendlichen Lagerrunden der Fall gewesen ist, moderne christliche Lieder. In den Fürbitten brachten sie den Dank für das Erlebte zum Ausdruck.

Nach der Messe begrüßte der Lagerleiter die Gäste, darunter auch viele Malteser aus den Ortsgliederungen des Bezirks Oldenburg und die Diözesangeschäftsführer aus Hannover und Osna-brück. Stv. MHD-Generalsekretär Heinz Himmels ging in seiner Ansprache unter anderem auf die Entstehung der Malteser-Jugend ein. Er dankte allen, die zum Gelingen des Zeltlagers beigetragen haben.

Ein Buchpräsent für jede Teilnehmergruppe überreichte anschließend Bürgermeister Göttke-Krogmann. Er hatte das Lager bereits zur Eröffnung besucht und am Eröffnungsgottesdienst teilgenommen. Der Leiter der irischen Gruppe, Commandant Padraic Phelan, hielt eine kurze Ansprache in gälischer und englischer Sprache, in der er für die Einladung nach Deutschland dankte und den Wunsch nach weiterer Kooperation und nach künftigem intensivem Austausch äußerte. Aloys Kamlage, MHD-Landesgeschäftsführer, anerkannte in seinem Grußwort, daß das Bundeslager im Bezirk Oldenburg durchgeführt wurde.

Einen bunten Lagerzirkus konnten die Besucher anschließend erleben. Allerlei Späße, Sketche und Pantomimen kamen zur Aufführung. Einen irischen Volkstanz präsentierten die OMAC-Mitglieder. Späte Rache mußte die Lagerleitung über sich ergehen lassen, als sie im

Szenenspiel karikiert oder zwangsweise an der Aufführung von Spielwitzen beteiligt wurde.

Hitze und Wanderungen hatten die Teilnehmer während der zehn Lagertage strapaziert. Daß es trotzdem schön war, bewies so manche Abschiedsrunde am nächsten Morgen, als der Aufbruch bevorstand. Einen offiziellen Lageraufnäher gab es zum Abschied und zur Erinnerung. Ortpfarrer Dr. Röhr überraschte, als er mit Tüten voller Erfrischungen für die Reise zum Lagerplatz kam und Lebewohl sagte.

„Auf Wiedersehen, bis zum nächsten Mal!“ klang es in der Runde – das nächste Mal wird das dritte Bundeslager sein, das für Anfang August 1984 geplant ist.

W. G.

Unfallfolge- dienst half Ungarn

Auf der Fahrt von Freyung nach Passau kommt der Wagen eines ungarischen Wissenschaftlers in einer scharfen Linkskurve ins Schleudern, überschlägt sich und landet 20 Meter weiter in einem Feld. Ein „Malteser-Ehepaar“ hat dies beobachtet. Zusammen mit anderen Verkehrsteilnehmern überzeugt es sich davon, daß der Fahrer des Wagens unverletzt geblieben ist. Obwohl das Fahrzeug den Eindruck macht, total beschädigt zu sein, gelingt es doch, es zum Fahren zu bringen und bis zur nächsten Werkstatt, zwei Kilometer entfernt, zu bringen. Dort muß man jedoch feststellen, daß es sehr schwierig ist, für dieses Fahrzeug – es ist ein ungarisches Modell – Ersatzteile zu bekommen. Außerdem kann keinerlei Verbindung mit den Versicherungen und Hilfsstellen aufgenommen werden, da es Freitagnachmittag 4.00 Uhr ist. Nach

längeren Telefongesprächen kann die nächste Kundendienstwerkstatt ausfindig gemacht werden. Sie ist 80 Kilometer entfernt. Der Werkstattinhaber erklärt sich bereit, seinen Anhänger als Abschleppwagen zur Verfügung zu stellen. Dann muß noch ein Schleppfahrzeug gesucht werden. Weil die Zeit fortgeschritten ist, nehmen die MHD-Mitglieder den Wissenschaftler mit nach Hause. Von dort aus organisieren sie über einen Bekannten den Abschleppwagen. Am nächsten Morgen schleppen sie das Auto zur Werkstatt und bringen den Durchreisenden zum Bahnhof, so daß er seinen Termin in einer Universitätsstadt noch wahrnehmen kann.

Dies ist in knappen, nüchternen Worten ein weiterer Fall, in dem unkompliziert und wirksam nach der Idee des Unfallfolgedienstes geholfen werden konnte. Wie sehr Menschen in Notlagen die Hilfe schätzen, zeigt der Dankbrief des Wissenschaftlers an das Ehepaar:

„... Nach meiner Rückkehr möchte ich noch einmal meinen innigsten Dank Ihnen ausdrücken, Ihre Liebenswürdigkeit war tatsächlich eine menschliche Wohltat und hat mir sehr viel geholfen, um die Unangenehmheit zu vergessen oder wenigstens zu verkleinern... Als Andenken schicke ich einige Ansichtskarten aus Budapest und hoffe, daß Sie bei einem Aufenthalt in Ungarn uns auch besuchen werden...“

Wieder ein Behinderten- fahrzeug

Was Wille und Tatkraft bewerkstelligen können, zeigt sich am Beispiel des MHD im Kreis Weiden. Wurde erst im August des vergangenen Jahres nach über ein-dreivierteljährigen intensiven Bemühungen ein neues Behindertenfahrzeug in Dienst genommen, so gelang es der dortigen MHD-Kreisgliederung, dank der unermüdlichen Mitarbeit der Mitglieder, knapp ein halbes Jahr später ein weiteres Behindertenfahrzeug in Dienst zu nehmen. Mit dem Betrag von 10000 DM war diesmal das Kuratorium der Deutschen Altershilfe maßgeblich an der Beschaffung und Finanzierung beteiligt. Land, Bezirk, Stadt und Landkreis gewährten Zuschüsse, Banken leisteten Spendenbeiträge.

Im Beisein vieler Ehrengäste, darunter MdB Dr. Max Kunz und Bürgermeister Josef Winter, segnete Diakon Franz Grandl das Fahrzeug. Ansprachen hielten Diözesanleiter Valentin Graf Ballestrem und Kreisbeauftragter Hans Höfer.

43 musiktreibende Züge der Feuerwehren gemeldet

4. Bundeswertungsspielen in Grünberg

Gleichzeitig zentrale Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Brandschutzwoche mit dem hessischen Innenminister

Das 4. Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehren findet am Sonntag, dem 18. September 1983, in Grünberg/Hessen statt. Diese vom Deutschen Feuerwehrverband ausgerichtete Bundesveranstaltung hat in den letzten Jahren zunehmendes Interesse gefunden, nachdem der DFV durch die Erarbeitung bundeseinheitlicher Richtlinien hierfür die notwendigen Grundlagen geschaffen hatte. Auf Empfehlung des DFV-Fachausschusses „Musik“ sprach sich das Präsidium des DFV einstimmig dafür aus, die Bundeswertungsspiele künftig nicht nur in Verbindung mit dem Deutschen Feuerwehrtag, sondern in einem wesentlich kürzeren Turnus durchzuführen. Festgelegt ist bereits, daß die 5. Bundeswertungsspiele im Jahre 1986 stattfinden, dann in einem festen vierjährigen Turnus (Veranstaltungsorte stehen noch nicht fest). Im Rahmen dieser Entscheidungen ist auch festgelegt worden, daß für die künftigen Bundeswertungsspiele jeweils 50 musiktreibende Züge der Feuerwehren zugelassen werden sollen. Die Benennungen der Teilnehmerzüge erfolgen grundsätzlich über die Mitgliedsverbände des DFV. Es bleibt den jeweiligen Landesfeuerwehrverbänden überlassen,

nach welchem Modus sie diese Teilnehmergruppen in ihrem Lande ermitteln. Seitens des DFV und seines Fachausschusses wurde jedoch darauf hingewiesen, daß erfahrungsgemäß nur durch vorausgegangene Landeswertungsspiele das erwartete Niveau der Teilnehmerzüge erzielt werden kann.

An den Wertungsspielen innerhalb des Deutschen Feuerwehrverbandes können nur musiktreibende Züge der Feuerwehren teilnehmen. Diese Wertungsspiele sollen den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren Gelegenheit geben, ihre Leistungen von einem berufenen Gremium prüfen zu lassen, um dadurch Hinweise und Ratschläge zu erhalten, die für ihre Aufwärtsentwicklung von Nutzen sind. Außerdem dienen die Spiele der Förderung der Kameradschaft untereinander. Ferner soll durch Wertungsspiele das Interesse am Musizieren in den Feuerwehren gefördert werden. Der Öffentlichkeit wird bei diesen Wertungsspielen Gelegenheit geboten, sich von den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren durch gute Musik erfreuen zu lassen. Diese Züge dürfen nur mit eigenen Kräften am Wertungsspielen teilnehmen.

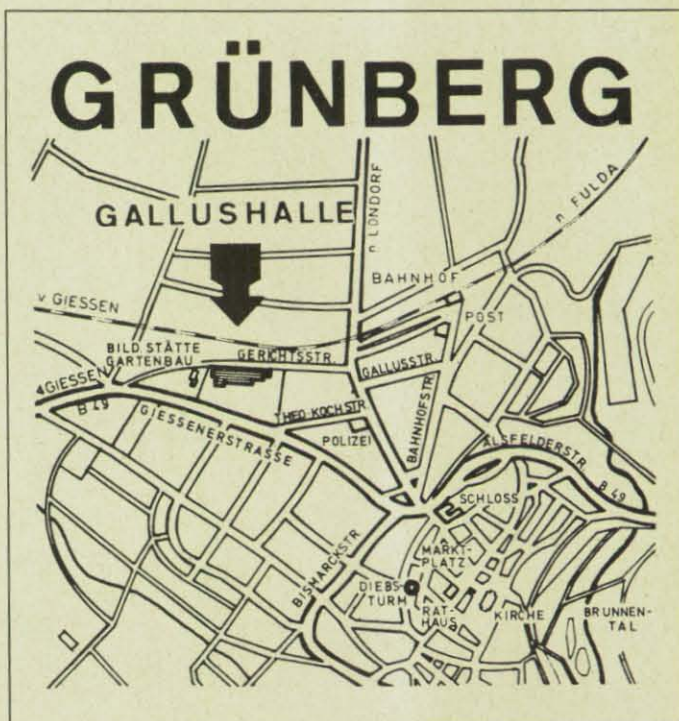
Bei den Wertungsspielen wird in folgenden Gruppen gewertet:

1. Spielmannszüge
2. Fanfarenzüge
3. Gemischte Züge (Spielmanns- und Fanfarenzüge)
4. Musikzüge (Harmoniebesetzung)
5. Musikzüge (reine Blechbesetzung)
6. Moderne Züge.

Das Wertungsspielen besteht aus zwei Teilen

- a) dem Bühnenspiel (2 Auftritte)
- b) dem Straßenspiel (1 Auftritt).

Das Bühnenspiel besteht aus zwei Musikstücken, die getrennt bewertet werden. Beide Vorträge sollen zusammen nicht mehr als maximal 15 Minuten umfassen. Das Straßenspiel wird auf kurzen, markierten Strecken durchgeführt. Die Bewertung der Vorträge erfolgt durch ein Wertungsgericht, welches aus drei Wertungsrichtern besteht. Die Anzeige der Wertungspunkte erfolgt nach jedem Bühnenvortrag offen (s. g. „Olympia-Wertung“) und beim Straßenspiel verdeckt (wird nach Vortragsende nicht bekanntgegeben, wobei jeder Wertungsrichter einen bestimmten Teilbereich bewertet).



Für das 4. Bundeswertungsspielen in Grünberg haben die Mitgliedsverbände

des DFV insgesamt 43 musiktreibende Züge der Feuerwehren gemeldet:

Bundesländer	Teilnehmerzüge		Wertungsgruppen					
	Soll	Ist	1	2	3	4	5	6
Baden-Württemberg	8	8	6	-	1	1	-	-
Bayern	3	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	1	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	1	1	-	-	-	-	1	-
Hessen	9	9	3	1	2	2	1	-
Niedersachsen	11	11	5	-	-	4	1	1
Nordrhein-Westfalen	8	6	5	-	-	1	-	-
Rheinland-Pfalz	3	3	-	-	-	3	-	-
Saarland	1	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	5	5	2	-	-	2	-	1
Summen	50	43	21	1	3	13	3	2

Wertungsgruppen:

- Gruppe 1 = Spielmannszug
- Gruppe 2 = Fanfarenzug
- Gruppe 3 = Gemischter Zug (Spielmanns- und Fanfarenzug)
- Gruppe 4 = Musikzug (Harmoniebesetzung)
- Gruppe 5 = Musikzug (reine Blechbesetzung)
- Gruppe 6 = Moderner Zug

Teilnehmerzüge

Bundesland	Wertungsgruppe					
	1	2	3	4	5	6
Baden-Württemberg						
Echterdingen	x					
Notzingen	x					
Nürtingen	x					
Pforzheim	x					
Renchen	x					
Stuttgart-Weilimdorf	x					
Echterdingen			x			
Kappelrodeck				x		
Hamburg						
Sasel					x	
Hessen						
Großen-Buseck	x					
Atzbach	x					
Fränkisch-Crumbach	x					
Holzheim		x				
Homburg/Ohm			x			
Alsfeld			x			
Dirlos				x		
Schwalbach				x		
Großen-Linden					x	
Niedersachsen						
Ambergau-Bockenem	x					
Königsutter	x					
Hannover-Misburg	x					
Stahlwerke						
Peine-Salzgitter	x					
Tespe	x					
Abbensen				x		
Banteln				x		
Duingen				x		
Einbeck-Moringen				x		
Leveste					x	
Königsutter						x
Nordrhein-Westfalen						
Altena	x					
Warstein-Belecke	x					
Deuz	x					
Dülmen	x					
Hamm	x					
Münster				x		
Rheinland-Pfalz						
Bingen-Dromersheim				x		
Dorn-Dürkheim				x		
Wissen				x		
Schleswig-Holstein						
KFV Ostholstein	x					
Ostermoor	x					
Hoisdorf				x		
Kropp				x		
Alt-Duvenstedt						x

Um eine bundeseinheitliche Bewertung bei Wertungsspielen zu ermöglichen, hat der Deutsche Feuerwehrverband entsprechende Wertungsgrundlagen geschaffen, die jedoch den Entscheidungsraum der Wertungsrichter nicht einengen. Die Aufgabe der Wertungsrichter ist es u. a. auch, die zur Wertung angebotenen Musikzüge auf erkennbare Mängel aufmerksam zu machen und ihnen gezielte Hinweise für eine Leistungsverbesserung zu geben. Das Wertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehren ist kein Wettstreit oder Preisspielen! Um aber den Teilnehmern einen Anreiz zu möglichst hoher Leistung zu bieten und um einen Leistungsvergleich zu ermöglichen, werden die Vorträge mit Noten bewertet. In den einzelnen Rangstufen werden Auszeichnungen in Gold, Silber und Bronze verliehen. Beim Bundeswertungsspielen wird grundsätzlich in der höchsten Rangstufe, der Klasse A, gespielt.

Zeitplan für das 4. Bundeswertungsspielen des DFV

Halle 1 (Saal in Gallushalle)

Start-Zeit	Gruppe (Gr. 4 + 5 + 6)	Name des Zuges
8.30	6	Königsutter
8.47	6	Alt-Duvenstedt
9.04	4	Duingen
9.21	4	Kappelrodeck
9.38	4	Banteln
9.55	4	Abbensen
10.12	4	Einbeck-Moringen
10.29	4	Münster
10.46	4	Kropp
11.03	4	Dorn-Dürkheim
11.20	4	Bingen-Dromersheim
11.37	4	Schwalbach
11.54	-	Pause
13.00	4	Wissen
13.17	4	Hoisdorf
13.34	4	Dirlos
13.51	5	Großen-Linden
14.08	5	Sasel
14.25	5	Leveste

Halle 2 (Zelt vor Gallushalle)

Start-Zeit	Gruppe (Gr. 1 + 2 + 3)	Name des Zuges
8.30	1	Warstein-Belecke
8.42	1	Notzingen
8.54	1	Stahlw. Peine-Salzgitter
9.06	1	Hamm
9.18	1	Hannover-Misburg
9.30	1	Echterdingen
9.42	1	Atzbach
9.54	1	Renchen
10.06	1	KFV Ostholstein
10.18	1	Deuz
10.30	1	Stuttgart-Weilimdorf
10.42	1	Altena
10.54	1	Königsutter
11.06	1	Großen-Buseck
11.18	1	Pforzheim
11.30	1	Nürtingen
11.42	1	Tespe
11.54	-	Pause
13.00	1	Ambergau-Bockenem
13.12	1	Ostermoor
13.24	1	Fränkisch-Crumbach
13.36	1	Dülmen

13.48	2	Holzheim
14.00	3	Homburg/Ohm
14.12	3	Alsfeld
14.24	3	Echterdingen

(Uhrzeiten = Beginn für Bühnenspiel 1; anschließend jeweils Bühnenspiel 2 und Straßenspiel)

In Verbindung mit dem diesjährigen Bundeswertungsspielen des DFV wird am Tag zuvor die 7. bundeseinheitliche Brandschutzwoche (17. bis 25. September 1983) mit einer zentralen Veranstaltung in Grünberg/Hessen eröffnet, für die der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der Hessische Minister des Innern, Dr. Günther, seine Teilnahme zugesagt hat. Das Gesamtprogramm am 17./18. September in Grünberg umfaßt folgende Punkte:

Samstag, den 17. September 1983

13.30 Uhr

Aufstellung der Musikgruppen auf dem Platz vor der Gallushalle (in Marschblocks)

14.00 Uhr (bis ca. 16.00 Uhr)

Eröffnung der Brandschutzwoche, anschließend Umzug der Feuerwehr-Musikzüge durch Grünberg

19.30 Uhr

Hessenabend im Festzelt

Sonntag, den 18. September 1983

8.00 Uhr

Bis zu dieser Zeit haben sich sämtliche musiktreibenden Züge, die am 4. Bundeswertungsspielen teilnehmen, in der ihnen für das „Bühnenspiel“ zugewiesenen Halle einzufinden

8.30 Uhr (bis ca. 15.00 Uhr)

Wertungsspielen

ca. 12.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr

Mittagspause

16.30 Uhr

Aufstellung der Musikgruppen, Einmarsch zur Siegerehrung (Aufstellfläche neben dem Stadion)

17.00 Uhr

Siegerehrung im Stadion Grünberg

anschl.

Rückreise der Teilnehmerzüge

CTIF-Tagung in Amsterdam

Eines der Themen: der Ärztliche Dienst der Feuerwehren

Am 3. Mai 1983 fand im Rahmen des CTIF-Symposiums in Amsterdam die konstituierende Sitzung der Subkommission „Ärztlicher Dienst“ im CTIF statt. CTIF-Präsident Dollinger (Frankreich) begrüßte die ärztlichen Kommissionsmitglieder aus Frankreich, Luxemburg, Italien und der Bundesrepublik Deutschland; Großbritannien hatte einen nicht-ärztlichen Beobachter entsandt. Bereits 1956 bis 1960 bestand diese Unterkommission, die dann aus verschiedenen

Gründen ab 1960 nicht mehr tagte. Zum Vorsitzenden dieser neuen Kommission wurde Colonel Dr. Prim (Frankreich) gewählt.

Neben einer ersten persönlichen Kontaktaufnahme der Kommissionsmitglieder wurden Erfahrungen ausgetauscht über die Organisation des Ärztlichen Dienstes in den einzelnen Nationen. Ziel der Arbeit dieser Subkommission wird es sein, in den kommenden Jahren einheitliche Empfehlungen oder Richtlinien für die medizinische Untersuchung von Feuerwehrangehörigen zu erarbeiten sowie zu medizinischen Fragen und Problemstellungen Stellung zu nehmen.

Die Kommission wird sich besonders folgenden Themen zuwenden:

- Streß im Feuerwehrdienst
- medizinische Risiken beim Feuerwehreinsatz

● medizinische Probleme bei Massenfällen und Katastrophen

● Altersgrenze bei Feuerwehrangehörigen

● Ausbildungsempfehlungen für die Sanitätsausbildung für Feuerwehrangehörige

● Empfehlungen für die Ausstattung der Feuerwehrangehörigen mit Erste-Hilfe-Material.

Es ist vorgesehen, zum nächsten Symposium im Jahre 1985 in Oberösterreich einen ersten Bericht zur Problematik des Stresses bei Feuerwehreinsätzen gemeinsam zu erstellen. Das CTIF beabsichtigt mit dieser Wiedergründung der Subkommission „Ärztlicher Dienst“, neben dem Schwerpunkt Technik den Benutzer dieser Technik – den Feuerwehrmann – mehr in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses zu rücken.

Dr. Bürger

62. Niedersächsischer Landesfeuerwehrtag

Bruno Rinck neuer Vorsitzender – Innenminister Dr. Möcklinghoff: Dank für die uneigennützigte Arbeit der Feuerwehr

Auf dem Landesfeuerwehrtag, der vom 4. bis 5. Juni 1983 durchgeführt wurde, räumte Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff vor den Delegierten der 142000 Mitglieder in Freiwilligen-, Berufs- und Werkfeuerwehren weitgehend jenen Unwillen aus, den einige Erlasse seines Ministeriums ausgelöst hatten: Die von den Freiwilligen Feuerwehren mit Protest aufgenommenen Verordnungen zur Mindeststärke der Ortsfeuerwehren und über die Einrichtung von Schwerpunktfeuerwehren werden nach den Worten des Ministers nunmehr so gefaßt, daß bei der Anwendung Spielraum bleibt.

Dr. Möcklinghoff lobte vor der Delegiertenversammlung die Bereitschaft der Feuerwehren, uneigennützig für andere Menschen etwas zu tun. Einen der Feuerwehrmänner zeichnete er für viele Jahre ehrenamtlicher Tätigkeit mit dem Niedersächsischen Verdienstkreuz 1. Klasse aus: den 63jährigen Kreisbrandmeister Hermann Witthöft aus Undeloh (Kreis Harburg), der von 1977 bis zu dieser Versammlung an der Spitze des Landesfeuerwehrverbandes stand. Witthöft, der insgesamt 45 Jahre in der Feuerwehr tätig war und auch viele Jahre als Bürgermeister von Undeloh gewirkt hat, stellte sich aus Altersgründen nicht wieder zur Wahl.

Die Versammlung ernannte ihn zum Ehrenvorsitzenden und wählte zu seinem Nachfolger den 56jährigen Glasermeister Bruno Rinck (Rotenburg/Wümme). Rinck war zuvor Stadt- und Kreisbrandmeister und ist jetzt Bezirksbrandmeister des Regierungsbezirks Lüneburg. Der neue Vorsitzende erhielt bei der Wahl 227 Stimmen, 150 Stimmen

entfielen auf seinen Gegenkandidaten, den Braunschweiger Bezirksbrandmeister Ernst Jago (Langelsheim-Lautenthal/Kreis Goslar). BBM Ernst Jago ist weiterhin zusammen mit BBM Johann Fink (Oldenburg) stv. Landesverbandsvorsitzender in Niedersachsen.

Die Landessprecherin der Frauen in der Feuerwehr, Hannelore Basse (Bienenbüttel/Kreis Uelzen), löste mit ihrem Jahresbericht anhaltendes Gemurmel und einige Protestrufe aus. Sie beklagte, daß Männer sich immer noch das Recht anmaßen, per Abstimmung darüber zu entscheiden, ob Frauen aktive Mitglieder in den Feuerwehren sein dürfen. Das Niedersächsische Brandschutzgesetz hatte 1978 die Wehren für Frauen geöffnet. „Wir wollen doch nicht stören, nur einfach dazugehören!“ rief Hannelore Basse der fast vollständig aus Männern bestehenden Versammlung zu. Gegenwärtig gibt es rund 4000 Feuerwehrassistentinnen.



Unter lang anhaltendem Beifall der Delegierten und Gäste wurde Hermann Witthöft zum Ehrenvorsitzenden des LFV Niedersachsen ernannt (von links): der neugewählte Vorsitzende Bruno Rinck, DFV-Präsident Hinrich Struve, Hermann Witthöft und die beiden stv. Landesverbandsvorsitzenden Johann Fink und Ernst Jago.

Hinrich Struve, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, zählte einige Wünsche des DFV auf: Der Bund solle sich nicht weiter aus der finanziellen Verantwortung für den Erweiterten Katastrophenschutz und die Zivilverteidigung zurückziehen; die Feuerschutzsteuer sollte zweckgebunden weiterhin den Gemeinden und den Feuerwehren zufließen; der Bund sollte sich dann für die Brandschutzforschung verstärkt einsetzen, wenn die derzeit zuständigen Länder dieser Aufgabe nicht mehr nachkommen könnten. Die Bundesländer müßten sich nun entscheiden, ob sie eine Brandschutzforschung weiterhin selbst betreiben oder diese Zuständigkeit an das Bundesministerium für Forschung und Technologie abgeben wollen. Die Bundesrepublik könne es sich jedenfalls nicht leisten, als einzige Industrienation keine Brandursachenstatistik und Brandursachenforschung zu betreiben.

Die niedersächsischen Feuerwehrmänner beschlossen, für eine überregionale Einrichtung Geld zu geben: 1984 zahlt jeder Feuerwehrmann 1,- DM Sonderumlage, damit das Deutsche Feuerwehr-Museum in Fulda erweitert werden kann.

ČSSR-Delegation in der Bundesrepublik

Besuch im Rahmen des Freundschaftsvertrags zwischen dem Feuerwehrverband der ČSSR und dem DFV

Auf Einladung des Deutschen Feuerwehrverbandes besuchte eine dreiköpfige Delegation des Feuerwehrverbandes der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in der Zeit vom 15. bis 19. Mai 1983 die Bundesrepublik Deutschland und besichtigte dabei u. a. die Hauptfeuerwachen in Köln und Frankfurt, die badenwürttembergische Landesfeuerwehrschule in Bruchsal, die Forschungsstelle für Brandschutz an der Universität Karlsruhe sowie die beiden Industrieunternehmen Total Walther Feuerschutz GmbH (Ladenburg) und Daimler-Benz (Wörth/Rhein). Einen Einblick in die Organisation und Ausrüstung der deutschen Freiwilligen Feuerwehren erhielt die Delegation bei ihren Besuchen der Freiwilligen Feuerwehren in Bruchsal und Ilvesheim. Die vom Deutschen Feuerwehrverband ausgesprochene Einladung stützt sich auf einen Freundschaftsvertrag zwischen den nationalen Feuerwehrverbänden beider Staaten, der im Herbst 1975 in Prag abgeschlossen wurde. Es folgten dann Delegationsbesuche im Jahre 1976 seitens der ČSSR in der Bundesrepublik und 1979 seitens des DFV in der ČSSR.

Der erste Besuch einer Delegation des Deutschen Feuerwehrverbandes in Prag (27. bis 31. Oktober 1975) und die damaligen Festlegungen im Freundschaftsvertrag haben wesentlich zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen der Feuerwehren beider Länder beigetragen. Die Vertreter der Feuerwehrverbände kamen überein, diese freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen und dabei folgende Punkte im wesentlichen zu berücksichtigen:

1. regelmäßig offizielle Delegationen auszutauschen,
2. einander Studiendelegationen für gewisse Gebiete, wie z. B. der Brandschutzschulung, der Erweiterung des vorbeugenden Brandschutzes, der Ausbildung und der Arbeit mit der Jugend zu entsenden,
3. Brandschutzzeitschriften, Werbematerial, Lehrmittel und Fachliteratur auszutauschen,
4. Partnerschaften der Aktiven der Feuerwehren und der Jugendfeuerwehren in Form von thematischen Touristenbesuchen über das Reisebüro anzubahnen.

Diese damals gesteckten Ziele waren

Grundlage für die bisherigen vier gegenseitigen Delegationsbesuche und das dafür erarbeitete Besprechungs- und Besuchsprogramm.

Die Delegation des Feuerwehrverbandes der ČSSR wurde am zweiten Besuchstag in Bonn vom Präsidenten des DFV, Hinrich Struve, empfangen. Der Präsident bekräftigte in seinen Grußworten den Willen des Deutschen Feuerwehrverbandes, die vor Jahren begonnenen freundschaftlichen Beziehungen verstärkt fortzusetzen, um hierdurch einen Beitrag zu den Bemühungen um eine verbesserte Völkerverständigung zu leisten. Präsident Struve betonte, daß den Feuerwehren dieses Bemühen sicherlich nicht schwerfallen würde, da das Feuerwehrwesen international gleiche Aufgaben hätte, unabhängig von den verschiedensten gesellschaftspolitischen Strukturen der Länder. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die Vertreter der ČSSR-Delegation im Rahmen des Empfanges. Während der gesamten Besuchszeit wurde die Delegation von Bundesgeschäftsführer Voßmeier begleitet, wobei zeitweise auch die Vizepräsidenten Rolf Englerth und Dr. Hans Mingbach hinzukamen.

Erste Delegiertenversammlung des Verbandes der Bundeswehr-Feuerwehren

Vom 6. bis 8. Mai 1983 fand im Munitionsdepot Rheinbach (Rhein-Sieg-Kreis) die erste Delegiertenversammlung des 1981 gegründeten und am 1. Juni 1982 in den Deutschen Feuerwehrverband aufgenommenen „Verbandes der Bundeswehr-Feuerwehren“ statt. 32 Delegierte der Bundeswehr-Feuerwehren aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an dieser Tagung teil und hatten ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu erledigen. So galt es, dem Verband eine gültige Satzung zu geben, einen Vorstand zu wählen sowie alle Arbeiten, die nun einmal mit der Gründung eines Verbandes zusammenhängen, zu erledigen.

In einem nichtöffentlichen Teil am 7. Mai 1983 wurden die neue Satzung verabschiedet, Tätigkeitsberichte abgegeben, Richtlinien festgelegt, Aufgaben, Zweck und Tätigkeit festgeschrieben sowie die Vorstandswahlen durchgeführt.

Die Wahl brachte folgende Ergebnisse:

- Erster Vorsitzender: Peter Eichen (Munitionsdepot Rheinbach)
stv. Vorsitzender: Josef Lehnen (Gerätedepot Straelen)
Schrift- und Protokollführer: Josef Winands (Fliegerhorst Nörvenich)
Kassenwart: Josef Bäcker (Munitionsdepot Rheinbach)
Beisitzer: Hans Kreitz (LwUAnlage Mechernich).

Mit diesen Personalwahlen wurde der bisherige kommissarische Vorstand als nunmehr gewählter Vorstand bestätigt.

Zum öffentlichen Teil der Versammlung am 8. Mai konnten als Gäste Vertreter von Verbänden und Institutionen begrüßt werden, unter ihnen u. a. die Stadtbrandmeister Barion (Euskirchen) und Trumpler (Rheinbach), die Kreisbrandmeister Eicks (Euskirchen) und Mirbach (Rhein-Sieg-Kreis), Bezirksbrandmeister und stv. Landesverbandsvorsitzender Schröder (Gummersbach/NRW) und der Bundesgeschäftsführer des DFV, Voßmeier.

Ein besonderer Gruß galt dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Struve, der die Grüße des DFV überbrachte. Präsident Struve übergab als Zeichen der Verbundenheit einen Banner des DFV. In seinen Ausführungen hob er die Bedeutung und Notwendigkeit der Bundeswehr-Feuerwehren hervor und gab zu verstehen, daß der DFV voll hinter dem Verband der Bundeswehr-Feuerwehren steht und ihn in seinen Aufgaben unterstützen wird.

ROBR David, als Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums, richtete Grußworte an die Delegierten. Er brachte zum Ausdruck, daß das Ministerium die Gründung dieses Verbandes begrüßt und eine gute Zusammenarbeit wünscht und anbietet.

DLRG für die Badesaison 1983 gerüstet

Bundesweit sind 85 000 Helfer im Wasserrettungsdienst eingesetzt

Rettungsschwimmer, Ärzte, Taucher, Bootsführer und Funker für die Badesicherheit im Einsatz

Mit einer personell starken Mannschaft ist die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) in die Badesaison 1983 hineingegangen. Bundesweit setzt die mit nahezu 500 000 Mitgliedern größte Wasserrettungsorganisation der Welt in Frei- und Hallenbädern, an Flüssen, Binnengewässern sowie an den Küsten von Nord- und Ostsee 85 000 für den Wasserrettungsdienst besonders geschulte Rettungsschwimmer ein.

Wie die DLRG-Zentrale in Essen mitteilte, wurden im vergangenen Jahr bundesweit 2,6 Mio. Wachstunden durch die Mitarbeiter der Organisation geleistet. Diesen für die Badesicherheit der Bevölkerung so notwendigen Dienst, bei dem 1982 u. a. 7204 Menschen gerettet und 5600 Boote geborgen wurden, leisteten die DLRG-Aktiven ohne Bezahlung.

Auch in der laufenden Saison rechnet die DLRG mit einem großen Ansturm auf die Bade- und Schwimmstätten im Binnenland und an den deutschen Küsten. Mit der großen Zahl der bereitstehenden Rettungsschwimmer, Ärzte, Taucher sowie Bootsführer und Funker fühlt man sich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Badesicherheit jedoch bestens gerüstet.

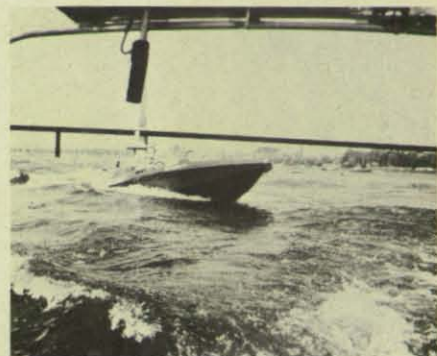


Bild links: 1080 Motor-Rettungsboote setzt die DLRG im Bundesgebiet zur raschen Hilfe bei Ertrinkungsfällen und Bootsbergungen ein. Bild rechts: Die „Rheinadler-Flotte“ übernimmt vorwiegend im Rhein-Rettungsdienst Aufgaben der Sicherung und Bergung.



Bild links: DLRG-Rettungstaucher: Sie stehen bereit, um jederzeit Menschenleben vor dem Tod durch Ertrinken zu retten. Bild rechts: 85 000 Helfer im gesamten Bundesgebiet garantieren vielerorts „Freie Zeit in Sicherheit“.

Trimming 130 – eine neue Aufgabe für die DLRG

Multiplikatoren-Seminar in Rheda-Wiedenbrück – Eine tolle Sache mit Hand und Fuß, die vor allem Freude macht!

„Trimming 130 – das ist eine tolle Sache!“ Dieses war die überwiegende Meinung der rund 550 Bürger Rheda-Wiedenbrücks, die im Rahmen des ersten Multiplikatoren-Seminars der DLRG auf Bundesebene mit Freude bei der Sache waren: „Bewegung ist die beste Medizin“, meint der Deutsche Sportbund mit seiner neuen Gesundheits-Aktion für die nächsten vier Jahre – und er hat damit voll den Geschmack der Bevölkerung getroffen.

„Trimming 130 ist eine tolle Sache“, meinten Rheda-Wiedenbrücks Bürger und zeigten damit auch den Leitern des DLRG-Seminars, dem Ehepaar Marona, daß sie mit ihren Aktivitäten den richtigen Weg auch für die DLRG eingeschlagen haben, denn Trimming 130 ist eine neue Aufgabe für die DLRG im Rahmen

der Gesundheitsfürsorge. Und keine Gliederung sollte bei dieser Breiten-sport-Maßnahme außenstehen.

Ein kleiner, aber um so aktiverer Teilnehmerkreis hatte sich im wunderschönen alten Städtchen Rheda-Wiedenbrück zum Multiplikatoren-Seminar „Trimming-130“ zusammengefunden. Unterstützt wurden sie bei ihrer Arbeit von den Rheda-Wiedenbrücker DLRG-Kameraden, besonders der Jugendgruppe.

In Rheda-Wiedenbrück wurde bereits einige Wochen zuvor das Seminar in die Bevölkerung getragen: Auf den Wochenmärkten wurde ein Fahrrad-Basar abgehalten. Die Bürger spendeten über 50 alte Fahrräder, die die DLRG-Jugend reparierte und einem guten Zweck zuführte. Gleichzeitig wurde mit



Bild links: In Schwung brachte Annegret Marona die Teilnehmer nach dem Fitneß-Radeln auf dem Schulhof der Eichendorffschule. Bild rechts: Auf Video-Band wurden die Aktivitäten beim Multiplikatoren-Seminar zu Trimming 130 festgehalten.



Bild links: Mit dem Messen der Herzschlagfrequenz wird bei Trimming 130 stets die Belastung kontrolliert und Überbelastungen vorgebeugt. Bild rechts: Begeistert waren alle bei der Sache, denn Wassergymnastik mit Musik macht einfach Spaß – und dient der Gesundheit.

Handzetteln und Plakaten gezielte Werbung für „Trimming 130“ betrieben.

Die Teilnehmer am Seminar arbeiteten am Freitag zunächst die Theorie für die Gesundheits-Aktion des Deutschen Sportbundes und seiner Mitgliedsverbände auf. Dazu hatte das Ehepaar Marona gemeinsam mit Klaus Daniel, ebenfalls Sachbearbeiter des Präsidial-Technischen Leiters, die Grundlagen des Ausdauertrainings aufgezeigt, die ein Videoteam des DLRG-Bezirks Oberhausen in den Osterferien aufzeichnete.

Der Samstagmorgen stand dann ganz im Zeichen der Seminarteilnehmer, die sich in einer Turnhalle und einer Kleinschwimmhalle nicht nur die Köpfe zerbrachen, sondern auch nach der Musik tanzten, schwammen und sich trimmten. Vorbereitet wurde hier nämlich „am eigenen Leib“ das Trimming-130-Programm der DLRG, das während der Seminartage gleich vor Ort mit der Bevölkerung Rheda-Wiedenbrücks ausprobiert werden sollte.

Dazu hatte die heimische DLRG vier öffentliche Veranstaltungen vorbereitet: Gymnastik im flachen und tiefen Wasser sowie Schwimmen mit Musik im Hallenbad und ein Fitneß-Radeln über rund 12 Kilometer und eine Abschlusveranstaltung auf einem Schulhof mit Gymnastik und einfachen Tanzformen zur Musik.

Guten Zuspruch fanden alle DLRG-Tests zu Trimming 130, denn rund 450 Bürger aller Altersstufen fanden sich im Hallenbad ein und hatten ihre helle Freude, zumal Friedrich Marona mit seinem Team es verstand, die Wasserratten zu begeistern, während das Videoteam aus Oberhausen alle Aktionen im Bild festhielt.

Eine runde Sache war auch das Fitneß-Radeln am Sonntagmorgen, zu dem sich etwa 100 Bürger – in der Mehrheit waren es ältere Menschen – einfanden. Und nachdem sie das Ziel erreicht hatten, ging es nahtlos zur Gymnastik und zum Tanz zur Musik auf dem Schulhof



Trimming 130 macht Freude – einen besseren Beweis gibt es wohl nicht.

der Eichendorffschule über. Annegret Marona hielt die Radler in Schwung und verstand es, über eine Stunde lang – ohne jedoch jemanden zu überlasten – für Bewegung und Freude zu sorgen. Und immer wieder gesellten sich einige neugierige Bürger hinzu: Wenn sie zunächst nur aus „sicherer“ Entfernung zusahen, so standen sie dann plötzlich in der Menge und machten begeistert mit.

Und auch eins zeigte sich – Trimming 130 erfordert keine großen Umstände und keine besondere Kleidung: Oma und Opa im besten Sonntagsanzug machten ebenso mit wie die Mitglieder der Feuerwehr und des Roten Kreuzes, die die Streckensicherung beim Radfahren übernehmen hatten, in ihren Uniformen.

Damit war aber die Arbeit der Seminarteilnehmer noch nicht erschöpft – in einer langen Nachtsitzung wurden die Ergebnisse der Tagung zusammengefaßt und in einer 24seitigen Broschüre niedergelegt, die mittags zur Abreise in 1000 gedruckten Exemplaren bereits vorlag. Zudem wurden alle Veranstaltungen auf Videoband festgehalten und in der Woche danach in Oberhausen in den Theorie teil eingeschnitten.

Fazit: Eine gelungene Veranstaltung zu Trimming 130 für die aktiven Teilnehmer und die DLRG-Ortsgruppe Rheda-Wiedenbrück, die die örtliche Organisation mustergültig besorgt hatte. Und in Rheda-Wiedenbrück läuft bereits jeden Montag regelmäßig Trimming 130 für die Bevölkerung im Schwimmbad: Trimming 130 mit Wassergymnastik und Musik ist eine tolle Sache für jedermann!

Text/Fotos: Wilfried Wieneke



„Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin“ lautet das Motto der DSB-Aktion „Sport und Gesundheit“. Was verbirgt sich dahinter? Trimming heißt soviel wie: mit Spaß so Sport treiben, daß es der Gesundheit zugute kommt. Die Zahl 130 gibt den entscheidenden Hinweis, wie dieses angehende gesundheitswirksame Trimming aussehen soll: ca. 130mal in der Minute sollte das Herz eines Trimmers schlagen, damit Herz und Kreislauf in Schwung kommen, ohne sich dabei zu verausgaben.

Nähere Informationen erteilt der Deutsche Sportbund, Postfach, 6000 Frankfurt/Main.

Wittener Sicherheitswettbewerb mit der DLRG

Kann ich im Unglücksfall helfen? Diese Frage stellte der BVS (Bundesverband für den Selbstschutz) der Wittener Bevölkerung. Ein Wettbewerb war ausgeschrieben. Interessante Preise lockten zum Mitmachen.



An einem „langen Samstag“ hatten sich alle Organisationen, die im Zivilschutz tätig sind, in der Stadt mit Info-Ständen etabliert. Auch die DLRG-Ortsgruppen Witten-Bommern und Witten-Mitte waren mit einem gemeinsamen Stand präsent. Besonderer Anziehungspunkt, vor allem für die Jugend, war der DLRG-Rettungszug „Westfalen 3“. Gerne gaben fachkundige DLRG-Mitarbeiter erschöpfende Auskunft.

Der DLRG-Stand war außerdem zweiter Anlaufpunkt beim BVS-Wettbewerb. Hier mußten die Absolventen „stabile Seitenlage“ als notwendig erkennen und anwenden. Wenn's auch nicht immer klappte, wie es der strenge Punktrichter gerne gesehen hätte, so wurde doch mit einigen Teilnehmern im anschließenden Gespräch ein Kontakt für späteres Mitmachen bei der DLRG geknüpft.

Text/Fotos: Gotthardt

DLRG Hellweg bildete neue Bootsführer aus

19 neue Bootsführer legten im Bezirk Hellweg (Landesverband Westfalen) die Prüfung zum Bootsführerschein „A“ ab. Der theoretische Unterricht wurde in der Schwerter Rettungsstation durchgeführt, das praktische Fahren und Motorenkun-



de wurden in der Westhofener Station und auf der Ruhr mit drei Booten geübt. Die Ortsgruppe Westhofen stellte zwei Boote zur Verfügung. Das dritte Rettungsboot war von der Ortsgruppe Schwerte. Die Prüfungen wurden in Westhofen durchgeführt.

Walter Schmidt und Rolf Schäfer, Rettungswarte im DLRG-Bezirk Hellweg,



die den Lehrgang leiteten, wurden in ihrer Lehrtätigkeit von Referenten unterstützt. Der schon fast „berühmte“ Knotentisch der Ortsgruppe Selm kam auch hier zum Einsatz. Hieran können die Teilnehmer gut das Belegen von verschiedenen Klampen und Pollern üben. Alle Teilnehmer konnten die Prüfung mit Erfolg ablegen und werden in Zukunft die Rettungswachen verstärken.

Fotos: H. Gotthardt

Der DLRG auch in „flauen Zeiten“ helfen

„Wir könnten unsere Stadt auch ‚Bad Bielefeld‘ nennen, haben wir doch 13 Hallenbäder und 10 Freibäder“, bemerkte Bürgermeister Friedhelm Schür-

mann. Er brachte damit seine Stadt in Beziehung zur westfälischen DLRG, die, vertreten durch die Delegierten aus 22 Bezirken und dem Landesverbandsrat, im „Haus des Handwerks“ ihre Tagung hielt. Neben Bürgermeister Friedhelm Schürmann konnte DLRG-Landesverbandsleiter Prof. Dr. Konrad Gelzer den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Karl Josef Denzer, sowie Vertreter des DRK und der Johanniter-Unfall-Hilfe begrüßen. Gern gesehene Gäste waren Jan Schmitz, der Leiter des Landesverbandes Nordrhein, und seine Frau.

Der Leiter des gastgebenden DLRG-Bezirks Bielefeld, Wilfried Wieneke, bejahte



Der Landesverbands-Rat Westfalen vor dem Bielefelder Rathaus.

dann in einem Kurzreferat die selbstgestellte Frage, ob eine Intensivierung der DLRG-Arbeit noch möglich ist. Eine Steigerung der Bemühungen sei nicht nur machbar, sondern Pflicht, sagte Wieneke. Fünf Punkte müssen besondere Beachtung finden: die Qualität der



Ein umfangreiches Programm war zu bewältigen. (Fotos: Hörtrich)

Ausbildung, die Öffentlichkeitsarbeit, eine effektive Organisation in den Gliederungen, die Nachwuchsarbeit und letztlich auch die Fähigkeit, sich auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger vor Ort einzustellen.

In diesem Zusammenhang wies Wieneke auf zwei tragische Unfälle hin, die sich in den letzten Tagen zugetragen hatten. Er forderte daher, daß die Qualität der DLRG-Ausbildung alle anderen Angebote auf diesem Gebiet zu übertreffen hätte. Die Öffentlichkeitsarbeit soll möglichst nicht nur passiv werben, sondern auch direkt den Bürger ansprechen, nach dem Motto „Gutes tun und darüber reden – nicht um zu protzen, sondern um im Kampf gegen den nas-sen Tod einen Schritt weiterzukom-

men". Hier sei bei Zielgruppen wie Polizei, Feuerwehr, Schulen und Vereinen eine Gelegenheit zu suchen.

Eine besondere Bedeutung komme der Nachwuchsarbeit zu. „Führt junge Menschen frühzeitig, aber behutsam an unsere Aufgaben heran – wartet nicht, bis andere Interessen sie faszinieren!“ – so Wieneke. Schließlich sei auch das Eingehen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger vor Ort eine Notwendigkeit. Die selbstgestellte humanitäre Aufgabe, die Wasserrettung, mache das zur Pflicht.

DLRG-Landesverbandsleiter Prof. Dr. Konrad Gelzer appellierte an das Land und die Gemeinden, auch in wirtschaftlich flauen Zeiten der DLRG finanzielle Hilfe zu gewähren. Man verstehe die Zeit und wirtschaftete sparsam, allein vom Beitragsaufkommen könne man aber die sportlichen und humanitären Aufgaben nicht erfüllen.

Vor dem wichtigsten Punkt der Tagung, den Wahlen, waren die Arbeitsberichte der Vorstandsmitglieder von den Delegierten entgegengenommen und diskutiert worden. Die Arbeit der letzten drei Jahre fand durch die Entlastung des gesamten Vorstands ihre Anerkennung.

Bundesweite Aufnahme der DLRG in den Katastrophenschutz gefordert

Im Zeichen des 60jährigen Jubiläums des DLRG-Bezirks Fulda stand die diesjährige Landesratstagung des DLRG-Landesverbandes Hessen, die im „Wappenkeller“ der Orangerie in Fulda stattfand.

Bereits einen Abend zuvor fand sich der Landesvorstand sowie der Landesrat zu einem Empfang durch Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger im Stadtschloß in Fulda ein. In seiner Begrüßungsansprache hob Dr. Hamberger die große Bedeutung und Notwendigkeit der DLRG in unserer Gesellschaft, besonders aber für die Jugend hervor. Als Geschenk überreichte der Oberbürgermeister dem LV-Präsidenten Günter Walter einen Bildband.

Mit einem kurzen, aber umfassenden Bericht über die Leistungen der DLRG in den vergangenen 70 Jahren dankte Günter Walter danach für die Unterstützung, die dem DLRG-Bezirk Fulda durch die Stadt Fulda gewährt wurde. Walter überreichte dem Oberbürgermeister ein DLRG-Emblem mit persönlicher Widmung.

Zur Landesratstagung am nächsten Morgen konnte LV-Präsident Günter Walter den Bürgermeister der Stadt Fulda, Lutz von Pufendorf, und Ministerialrat Käppel vom Hessischen Innenministerium als



LV-Präsident Walter (rechts) überreichte Landrat Kramer während der Festveranstaltung am Abend auf der Grillenburg ein DLRG-Emblem mit Widmung.



Oberbürgermeister Dr. Hamberger (links) im Gespräch mit LV-Präsident Walter (rechts). Weiter im Bild: LV-Vizepräsident Bensch und Bezirksleiter Märtns (2. und 3. von links).

Gäste begrüßen. Bürgermeister von Pufendorf brachte seinen Dank an die freiwilligen Helfer der DLRG zum Ausdruck und wünschte dem DLRG-Bezirk Fulda für die Zukunft weiterhin segensreiche Arbeit.

Ministerialrat Käppel überbrachte die Grüße des Hessischen Innenministers. Gleichzeitig dankte er den freiwilligen Helfern der DLRG für die Hochwasser-Einsätze. Er hoffe, die gute Zusammenarbeit zwischen DLRG und dem Hessischen Innenministerium werde weiterhin so bestehen bleiben.

Dem anschließenden Bericht des LV-Präsidenten zufolge konnte und kann die DLRG trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Probleme gute und zukunftsreiche Leistungen anbieten. Seit 1. Januar 1983 ist der DLRG-Landesverband Hessen wieder nach dem Hessischen Katastrophenschutz-Gesetz für drei Jahre in den Katastrophenschutzbeirat des Innenministeriums berufen worden und auch weiterhin im Landesbeirat beim Hessischen Sozialminister vertreten.

Im Jahre 1982 konnten weitere Bezirke in das DLRG-eigene Funknetz integriert werden und der Ausbau im BOS-Bereich verbessert werden. Ferner konnten weitere sieben „Boston Whaler 13“ beschafft werden. Dies ist eine erfreuliche

Bilanz, da mit dieser Anschaffung in den beiden letzten Jahren insgesamt 14 neue Rettungsboote in Dienst gestellt werden konnten. Außerdem wurde noch ein weiteres Mehrzweckboot („Boston Whaler 17“) für den friedensmäßigen Katastrophenschutz bereitgestellt. Nach den Worten des Präsidenten ist es bedauerlich, daß der DLRG die Mitwirkung im Bereich Katastrophenschutz auf Bundesebene nicht gelang. Trotzdem müsse es vordringliches Anliegen bleiben, in den Erweiterten Katastrophenschutz aufgenommen zu werden und dort mitzuwirken. Für die stetige Unterstützung der Anliegen im friedensmäßigen Katastrophenschutz durch Ministerialrat Käppel und Oberamtsrat Opp bedankte sich LV-Präsident Günter Walter herzlich.

Eine besondere Freude war es für den LV-Präsidenten, auch auf die positive Entwicklung der Jugendarbeit hinzuweisen. Dem Jahresbericht zufolge konnte der DLRG-Landesverband Hessen mit seinen annähernd 51 000 Mitgliedern im vergangenen Jahr wieder über 400 000 Wachstunden an hessischen Seen und Schwimmbädern zählen. An Prüfungen wurden 74 175, davon 9378 als Rettungsschwimmer, abgelegt.

Mit einem festlichen Ball in der Grillenburg in Lehnerz bei Fulda fand die Tagung ihren Abschluß. LV-Leiter Walter ging hier in seiner Rede auf die stete Einsatzbereitschaft aller DLRG-Mitglieder ein, die das gute Funktionieren der Organisation erst ermögliche. Dafür gebühre allen aufrichtiger Dank.

Vertreter der Stadt, der Feuerwehr, der DLRG-Bezirke Wetterau-Vogelsberg, Offenbach, Marburg-Biedenkopf und Rodgau-Dreieich sowie der Ortsgruppen des Bezirkes Fulda hoben in ihren Grußworten die gute Zusammenarbeit mit dem Bezirk Fulda und dessen Vorstand hervor.

Text/Fotos: O. Kämmerer

Presseschau des Inlands

Junge Union Bayern für Ausbau des Zivilschutzes

Die Junge Union Bayern wird die Bundesregierung auffordern, den Zivilschutz, speziell die Schaffung von Zivilschutzräumen und Schutzplätzen für die Bevölkerung, nachhaltig voranzutreiben. Einen entsprechenden Antrag des Kreisverbands Aschaffenburg-Stadt der Jungen Union haben die 350 Delegierten der Landesversammlung in Bad Steben einstimmig angenommen. Gefordert wurde insbesondere, daß bei jedem neu zu errichtenden öffentlichen Gebäude eine ausreichende Anzahl von Schutzplätzen geschaffen wird. Gedacht ist vor allem an Schulen, Krankenhäuser, Stadthallen, Amts- und Wohngebäude kommunaler Bauträger. Ferner sollen Tiefgaragen, Straßen-, S- und U-Bahntunnels als Mehrzweckanlagen auch mit Schutzraumfunktion ausgestattet werden.

Die Aufklärungsarbeit für den privaten Schutzraumbau muß nach Ansicht der Jungen Union noch intensiviert, die zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Mittel sollten besser genutzt werden. Auch in Aschaffenburg, so die Junge Union, würden in jedem Jahr bereitgestellte Gelder wegen mangelnden Interesses zurückgegeben, Zivilschutzorganisationen wie Katastrophen- und Selbstschutzverbände seien nahezu unbekannt.

In ihrem entsprechenden Schreiben an die Bundesregierung wird die Junge Union auch anregen, über mögliche Gesetze für den zwingenden Einbau von Schutzräumen zumindest bei öffentlichen Gebäuden nachzudenken. In der Begründung ihres Antrages führte die Aschaffener Junge Union aus, daß bei kriegerischen Auseinandersetzungen das Verhältnis von Zivil- zu Militärtoten immer gravierender werde. Der Zivilschutzexperte des Kreisverbandes, Joachim Kraus, hat errechnet, daß im Vietnamkrieg auf einen toten Soldaten 20 getötete Zivilisten kamen. Zum Vergleich: Im Koreakrieg war das Verhältnis 1:5, im Zweiten Weltkrieg 1:2 und im Ersten Weltkrieg sogar noch umgekehrt 6:1.

Darüber hinaus müsse man der Tatsache ins Auge sehen, daß bei einem Krieg in Europa Deutschland am stärksten betroffen wäre. Zudem biete die Bundesrepublik keine militärische Tiefe und sei am dichtesten besiedelt.

Zusätzlich müsse man auch sehen, daß die Zivilbevölkerung durch eventuelle atomare Konflikte in weit entfernten Regionen bedroht wäre (vor allem durch den atomaren Regen = fall out), genauso durch mögliche Unfälle in Kraftwerken oder auch durch Unglücke mit Chemikalien.

Nach Ansicht der Jungen Union ist es „in höchstem Maß erschreckend“, daß nur für drei Prozent der Zivilbevölkerung in der Bundesrepublik Schutzraumplätze zur Verfügung stehen. Die geforderte Intensivierung sei daher keine Angstmacherei, sondern eine notwendige Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgern. Die JU erhofft sich eine größere Sensibilisierung der neuen Bundesregierung in diesem Bereich. Die aufgrund des Antrages zu erwartenden Initiativen der Jungen Union Bayern sollen daran ebenfalls ihren Anteil haben.

(Main-Echo, Aschaffenburg)

DDR: Verteidigungsminister kommandiert Zivilverteidigung

In der DDR unterstehen die Zivilverteidigungskräfte dem Verteidigungsminister. Das Landesverteidigungsgesetz regelt die Aufgaben der Zivilverteidigung wie folgt: „Die Zivilverteidigung hat den Schutz der Bevölkerung, der Volkswirtschaft, der lebensnotwendigen Einrichtungen und der kulturellen Werte vor den Folgen von militärischen Aggressionen, insbesondere vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln sowie von Katastrophen zu organisieren. Sie hat Vorbereitung und den Einsatz von Kräften zu Rettungs-, Bergungs- und unaufschiebbaren Instandsetzungsarbeiten zu gewährleisten und Maßnahmen durchzuführen, die der Aufrechterhaltung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dienen.“

Oberster Dienstherr ist der Minister für nationale Verteidigung, dem die Führung der Zivilverteidigung nach den Erfordernissen der Landesverteidigung über den Leiter der Zivilverteidigung obliegt. Auf den staatlichen Ebenen sind die Vorsit-

zenden der Räte der Bezirke, der Kreise und die Bürgermeister die Leiter der Zivilverteidigung. Auf Bezirksebene werden die Stäbe der Zivilverteidigung von Offizieren der Nationalen Volksarmee (NVA) geführt. Weiterhin sollen die Wohnbezirksschausschüsse der Nationalen Front sogenannte Selbstschutzkomitees bilden.

Besonders zu erwähnen sind die „Einsatzkräfte“ der Zivilverteidigung. Sie zählen zu den bewaffneten Kräften der DDR. Ihre Stärke wird auf 15000 bis 20000 Mann geschätzt. Nach einer DDR-Vorschrift haben diese Kräfte die Aufgabe, „in allererster Linie das eigene Territorium zu sichern, vor allem gegen eingeschleuste Saboteure, Agenten und bewaffnete Banden“. Weiterhin heißt es, daß diese Kräfte „die Marschbewegungen unserer Truppen und verbündeten Armeen zu sichern und zu versorgen haben, die auf unserem Territorium kämpfen“.

Nach Angaben von DDR-Stellen stehen den Zivilschutztruppen Hunderttausende von ehrenamtlichen Helfern zur Seite (Mitglieder des Roten Kreuzes, Angehörige der Verwaltungen und Betriebe, soweit sie nicht den aktiven Kampfgruppen angehören). Die Angehörigen der Zivilverteidigung führen militärische Dienstgrade. Es wurde eine eigene Dienstaufbahnverordnung geschaffen. Offizier der Zivilverteidigung kann nur werden, wer politisch zuverlässig ist. Vorrangig werden Bewerber berücksichtigt, die eine militärische Ausbildung bei der NVA oder bei den Grenztruppen der DDR erhalten haben.

Seit dem 1. Januar 1978 tragen die Offiziere sowie die Berufsunteroffiziere der Zivilverteidigung eine steingraue Uniform. Die Schulterstücke, Schulterklappen und Kragenspiegel sind malinofarben (himbeerrot). Angehörige der Zivilverteidigung sind weiterhin an den Ärmelstreifen mit der Beschriftung „Zivilverteidigung“ zu erkennen.

Die Ausbildung der Offiziere erfolgt an einer Lehreinrichtung mit Hochschulcharakter. Voraussetzung für das dreijährige Direktstudium an diesem Institut für Zivilverteidigung in Beeskow ist die Reifeprüfung. Das Studium endet mit dem Abschluß als Ingenieur und anschließender Ernennung zum Leutnant.

(Gefahrenabwehr,
SVA-Pressedienst Bonn)

Presseschau des Auslands

Schweiz: Was taugt der Zivilschutz?

„Viel versprochen, aber wenig geleistet“ habe der Zivilschutz, glaubt fast jeder fünfte Schweizer zu wissen. Im übrigen sei die ganze Organisation „sinnlos geworden wegen der neuen Waffen“, findet etwa jeder Sechste. Und zum radikalen Befund, „man kann darauf verzichten“, wäre es nach Ansicht einer gleichgroßen Gruppe von Mitbürgern allerhöchste Zeit.

Solche Negativbeurteilungen förderte vor rund anderthalb Jahren eine Meinungsforschung zutage, mit der das Bundesamt für Zivilschutz im wesentlichen abzuklären versuchte, „wie der Schweizer über den Zivilschutz denkt“. Damit blieb aber im Dunkeln, was denn der Zivilschutz wirklich taugt. Vor Jahresfrist legte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates die kritische Sonde an diesen wichtigen Bereich der Gesamtverteidigungsvorkehrungen. Aufgefallen waren der GPK allerdings nicht etwa Unterschiede zwischen Konzeptionsanspruch und -wirklichkeit, gestoßen hatte sie sich vielmehr an der hochverdächtigen Tatsache, „daß das Bundesamt für Zivilschutz eine große Anzahl von Vorschriften, Handbüchern und Publikationen veröffentlicht“.

Erfreulicherweise führte auch der Umweg zum Ziel: Man fragte erst einmal, etwas hartnäckiger als landesüblich, nach dem Stand der Dinge. Sehr viel mehr, als die GPK dadurch an Mängeln auflistete, kam nun auch im zweiten Durchgang nicht zutage. Der Bundesrat berichtet dem Parlament im wesentlichen, der Zivilschutz sei nicht ganz so untauglich, wie manche befürchteten, aber auch nicht ganz so vorbehaltlos einsatzbereit, wie es die Konzeption eigentlich fordert.

Was ist mit diesem Befund zu tun? Man wird in Bern Konsequenzen zu ziehen haben. Unumgänglich erscheint jetzt vorab die Konzentration auf raschentschlossene Mängelbehebung. Und zwar auf allen Stufen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß Betonbunker zwar nötig sind, allein aber gar nichts nützen, wenn

es an Instruktionen und Informationen über deren Verwendung fehlt, wäre dabei das Hauptaugenmerk auf die personelle Seite des Bevölkerungsschutzes zu legen. Breitabgestütztes Vertrauen in die baulichen Vorkehrungen gegen apokalyptische Folgen eines (leider noch immer denkbaren) Krieges in Europa kann nur auf Sachwissen gründen. Genau um dieses Wissen ist es aber – trotz Drucksachenflut – am allerschlechtesten bestellt. Qualifizierte Kaderleute sind eher Ausnahmen, manche Zivilschutzinstructoren und lokale Koryphäen versagen mit ihrem kümmerlichen Sachverstand vor kritischen Mitbürgern.

Viele Zweifler wären schließlich zum engagierten Mitmachen zu gewinnen, wenn so läppisch erscheinende Lücken, wie etwa der Ortsfunk, endlich geschlossen würden. Da sind, und dies ist nicht eine Folge des föderalistischen Aufbaus, leider machmal schwer verständliche Prioritäten gesetzt worden. „Man“ hat reichlich fabrikneues Material eingelagert, das in der Aufbauphase schlimmstenfalls auch rasch hätte requiriert werden können – dafür fehlt es an Verbindungs- und Alarmmitteln, ohne die Betonbunker, Kesselpumpen und Löscheimer zu nutzlosen Investitionen verkümmern.

Vielleicht bewirken die Bestandsaufnahmen der GPK und nun auch des Bundesrates durch ihre nüchterne Sachlichkeit und analytische Redlichkeit wenigstens eines, nämlich ein Umdenken ganz oben. Die wahrhaft ernste Sache, um die es da geht, der Schutz der gesamten Bevölkerung, wird nicht besser, wenn man gegenwärtige Mängel weiter verniedlicht oder gar unter den Tisch kehrt.

Zu reden ist, fortan viel hartnäckiger noch als bisher, von Ausbaulücken und Fehlleistungen. Werden sie nämlich nicht rasch und unbürokratisch geschlossen und behoben, dann bleibt der gesamte Wert der bisherigen Vorleistungen fragwürdig.

(Peter Amstutz in der Basler Zeitung)

Japan: Regelmäßige Erdbebenübungen

Die Erdbebenkatastrophe in Nordjapan, unter deren Todesopfern auch eine Schweizerin war, erinnert daran, daß Ausländer in Japan als besonders gefährdet bei solchen Naturkatastrophen gelten. Die zuständigen Behörden von Tokio, die sich seit langem gegen ein vorausgesagtes Großbeben in der Zwölfmillionenstadt wappnen, gehen davon aus, daß ihre ausländischen Mitbürger, darunter knapp zweitausend Deutsche, achthundert Schweizer und zwei-

hundert Österreicher, psychologisch nicht hinreichend darauf vorbereitet sind. Die Feuerwehrstation des Stadtteils Azabu, wo fünfzig Botschaften und achttausend Ausländer konzentriert sind, versucht mit englischsprachigen Broschüren und Demonstrationen in einem fahrbaren Erdbebensimulator für die Zugezogenen nachzuholen, was japanischen Angestellten in ihren Betrieben und Schulkindern in ihren Schulen in regelmäßigen Erdbebenübungen von Kind auf eingeprägt wird. Zu den wichtigsten Verhaltensmaßregeln gehört: Nicht auf die Straße laufen, um nicht unter umstürzende Mauern und fallende Gegenstände zu geraten. Stets im obersten Stockwerk oder auf dem Dach von Wohnhäusern bleiben, um unter dem möglicherweise zusammenbrechenden Haus nicht zu tief begraben zu werden. Den Schutz von Türrahmen und Tischen aufsuchen. Heizgeräte und Herde sofort abschalten.

Für jeden Stadtbezirk sind Fluchtstraßen und Zufluchtsstätten, nämlich Parks und freie Plätze festgelegt worden, die durch grüne Hinweisschilder gekennzeichnet sind, deren japanische Schriftzeichen freilich für die meisten Ausländer nicht lesbar sind. Für die deutsche Schule im Stadtteil Omori, wo über vierhundert Kinder mit Pappkartons voll Notration versehen sind und regelmäßige Erdbebenübungen abhalten, befindet sich dieser Zufluchtsort auf einer aufgeschütteten Insel in der Bucht von Tokio. Der Anmarschweg dorthin dauert freilich auch unter normalen Bedingungen über eine Stunde. Er führt mitten durch potentiell Brandgebiet und über zwei Brücken, die im Ernstfall wahrscheinlich als erstes zusammenbrechen.

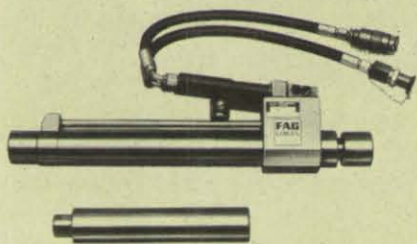
Tokios Erdbebenforscher haben ausgerechnet, daß ein Großbeben von den Ausmaßen der bisher größten vergleichbaren Katastrophe in der Hauptstadt 1923, wo über hunderttausend Menschen umkamen, heutzutage an die zehn Millionen Menschenleben kosten würde. Mit anderen Worten: Nur zwei Millionen Tokioter hätten eine Überlebenschance. Etwa 45000 Gebäude würden sofort einstürzen und weitere 320000 verbrennen durch die vielen petrochemischen Industrieanlagen. Die Bucht von Tokio ist praktisch vollständig von ihnen eingefaßt – würde eine Brandkatastrophe entstehen, der die immer noch in ihrer Mehrzahl aus Holz gebauten Wohnhäuser der Metropole hilflos ausgeliefert wären. Man schätzt, daß im Ernstfall in Tokio 30000 Feuer gleichzeitig ausbrechen würden, von denen sich aber nur zwei Drittel unter Kontrolle bringen ließen.

(Peter Crome in den Fränkischen Nachrichten)

Wissenschaft & Technik

Neuer hydraulischer Rettungszyylinder

Hydraulische Rettungsgeräte – Spreizer und Schneidgerät – werden zum Retten von Unfallopfern aus Straßen- und Schienenfahrzeugen sowie aus Flugzeugen seit vielen Jahren international mit großem Erfolg verwendet. Mit dem Spreizer werden vor allem Türen aufgerissen und Wrackteile zusammen- bzw. auseinandergedrückt. Der Spreizer hat einen Spreizweg von 600 mm und kann auch dort angesetzt werden, wo nur kleine Öffnungen vorhanden sind oder diese ganz fehlen.



Ist zwischen Boden und Ansatzpunkt ein freier Raum von mehr als 600 mm vorhanden, z. B. im Fahrzeuginnern, in Eisenbahnwaggons und Flugzeugen und ist der Spreizerhub deshalb zu gering, wird der neue Rettungszyylinder eingesetzt. Er hat eine Druckkraft von 65,3 kN und eine Zugkraft von 23,5 kN, der Hub beträgt 300 mm. Mit Hilfe einer Verlängerung kann dieser Hub um weitere 250 mm vergrößert werden. Der Hubzylinder wiegt nur 9 kg, ist klein, handlich und hat einen Handgriff mit eingebautem Steuerventil.

(Foto: FAG Kugelfischer)

Rauchmelder der „zweiten Generation“

Rauchmelder in Haus und Wohnung können zwar keinen Brand verhindern, jedoch so frühzeitig warnen, daß ein größerer Schaden noch rechtzeitig verhindert werden kann. Aus diesem Grund sollte in jeder Wohnung und jedem Haus wenigstens ein Rauchmelder installiert sein. Mit der zweiten Generation



hat ein großer deutscher Elektrokonzern jetzt einen neuen Melder entwickelt, der noch kleiner als die bisher gewohnten Geräte ist und sich noch unauffälliger anbringen läßt. Eine einlegbare 9-V-Alkali-Mangan-Batterie versorgt das Gerät und das eingebaute elektronische Horn mit Energie.

Die Elektronik des Gerätes überwacht auch die Batterie-Kapazität, die trotz wöchentlichen Probealarms für etwa ein Jahr ausreicht. Der erforderliche Batteriewechsel wird schon eine Woche vorher durch kurze Signale akustisch angezeigt. Während dieser Zeit bleibt das Gerät jedoch voll einsatzfähig und gibt

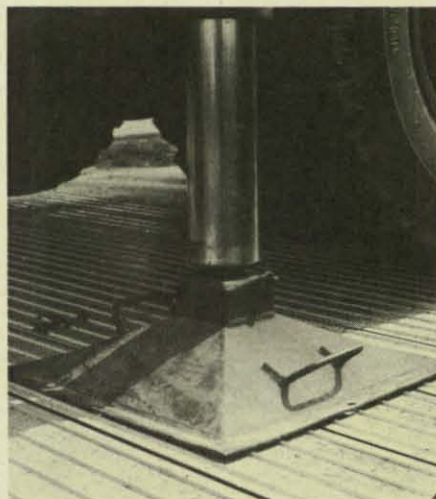
im Alarmfall einen Dauerton von 85 dB (A) ab. Der Rauch wird fotoelektrisch erfaßt; das Gerät sendet somit auch keine radioaktiven oder sonstigen Strahlen aus. Es können also in einer Wohnung oder einem Haus völlig unbedenklich auch mehrere Geräte eingesetzt werden.

Auch in der neuen Ausführung gibt es den Melder in einer zweiten Variante mit einem Relais, dessen Kontakt im Alarmfall schließt und so zur Alarmweiterleitung an eine Zentrale oder über das Telefon zu einem Überwachungsunternehmen verwendet werden kann.

(Foto: Siemens)

Rollmatte bietet Fahrzeugen festen Grund

Wo die Bodenverhältnisse ein unmittelbares Befahren nicht zulassen, ermöglicht eine neue Rollmatte den Einsatz von Land- und Luftfahrzeugen aller Art auch unter schwierigen Bedingungen. Die Rollmatte eignet sich als „Fahrbahn“ für Fahrzeuge der Hilfsorganisationen, als Uferbefestigung, bei Schwimmbrücken, im amphibischen



Roll-On-Roll-Off-Verkehr und auch als Landematte für Hubschrauber. Genügend hohe Tragfähigkeit ist vom festen Sandboden bis zum sumpfigen Wiesengelände gewährleistet. Die Matte gestattet das Befahren mit Fahrzeugen bis zu 16 Tonnen Achslast.

Durch Zusammenstecken der Grundelemente läßt sich die Rollmatte von Hand verlegen. Besonders bietet sich ein vollmechanisches Verlegen von einer Spule auf Träger-Lkw an. Bei Rollenverlegung sind die Matten 4,6 m breit und 50 m lang.

Die Grundelemente sind als Stranggußprofile aus Aluminium, wahlweise offen, abgeschottet oder ausgeschäumt gefertigt. Durch scharnierartige Kupplungen und sporenförmige Ausbildung der Unterseite wird eine nahezu ebene Fahrbahn sowie eine Verzahnung mit dem Untergrund erreicht. Das Gewicht beträgt ca. 33 kg/m², die maximale Elementbreite 16 m. Beim Verlegen im Klinkerverband sind beliebige Breiten erreichbar.

(Foto: Krupp)

Neue Bücher

Strahlenschutz

Von Georg Zimmermann
Fachbuchreihe Brandschutz
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Aufgaben im Unfall-Strahlenschutz und im nuklearen Katastrophenschutz nehmen an Zahl und Komplexität zu. Für Feuerwehren, Polizei und Katastrophenschutzorganisationen handelt es sich hierbei zwar nicht um völlig neue Tätigkeitsgebiete, es müssen jedoch Konzepte entwickelt werden, die es gestatten, Mannschafts- und Gerätepotential gemeinsam und optimal einzusetzen.

Die einschlägige Fachliteratur weist bisher kaum Publikationen auf, die einerseits die gesamte Thematik behandeln, die andererseits aber auch an den Bedürfnissen und Vorkenntnissen des Praktikers orientiert sind. Hier setzt das Buch „Strahlenschutz“ an: Es bietet eine umfassende Darstellung der mit der Gefährdung durch die Strahlung radioaktiver Stoffe verbundenen Probleme und trägt den neuesten Erkenntnissen und gesetzlichen Grundlagen Rechnung. Der Autor versteht es, alle Fragen und Probleme klar, fachlich überzeugend und vor allem verständlich darzustellen.

Zunächst werden die physikalischen Grundlagen behandelt, wobei vor allem die Strahlungsarten, die Maßeinheiten im Strahlenschutz sowie Grundlagen der Meßgerätetechnik im Vordergrund stehen. Das Kapitel über die biologischen Grundlagen befaßt sich hauptsächlich mit den Gefährdungsmöglichkeiten sowie den verschiedenen Strahlungsschäden und -syndromen. Daraus leiten sich die notwendigen Anforderungen an die für Strahlenschutzmaßnahmen erforderliche Schutzausrüstung, das Gerät und die Einsatzfahrzeuge ab. Das Kapitel über die Beförderung radioaktiver Stoffe behandelt die gesetzlichen Grundlagen sowie die Besonderheiten, die bei Transportunfällen zu erwarten sind.

Zentrale Schwerpunkte des Buches sind die Einsatzplanung und die Einsatzlehre. Die entsprechenden Kapitel behandeln alle wesentlichen Fragen im Zusammen-

hang mit Alarm- und Einsatzplänen sowie die Möglichkeiten zum Einholen besonderer Angaben physikalischer und medizinischer Art; die Ausführungen und Grundsätze der Einsatzlehre erstrecken sich von der Nennung strahlengefährdeter Einsatzstellen über die konkrete Einsatzplanung und das Verhalten während des Einsatzes bis hin zum Kontaminationsnachweis und der Auswertung von Meßergebnissen.

„Die Roten Hefte“

Hochwassereinsätze
Von F. A. Schneider
Heft 39, 2. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Zum Aufgabenbereich der Feuerwehr gehört auch die Hilfeleistung bei Hochwassereinsätzen. Wenn bei solchen Einsätzen schweres Gerät nicht vorhanden ist oder nicht eingesetzt werden kann, muß oftmals improvisiert werden. Das Heft zeigt die Möglichkeiten auf, die sich aus der Verwendung einfacher Hilfsmittel ergeben.

Retten und Selbstretten
aus Höhen und Tiefen
Von W. Döbbemann / G. Jensen
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Retten und Selbstretten müssen bei jeder Feuerwehr grundsätzlicher Bestandteil der Ausbildung sein, denn an Einsatzstellen aller Art kann jeder Feuerwehrmann in die Lage kommen, sich selbst oder andere aus einer Notsituation retten zu müssen.

In der Lehrschrift werden verschiedene Methoden des Selbstrettens dargestellt, darüber hinaus befaßt sich die Schrift auch mit dem Retten verunglückter Personen. Dabei sollen die praktischen Hinweise als Grundlage für die Einsatzpraxis angesehen werden. Denn auch für diesen Bereich gilt der Grundsatz, daß im Einsatz nur das einwandfrei ablaufen kann, was im Übungsdienst ständig geübt wird.

Ortsfeste Feuerlöschanlagen
Von Alfons Rempe
Heft 35, 2. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Das Heft soll zunächst den Angehörigen der Feuerwehr als Unterrichtsmaterial dienen. Darüber hinaus soll es auch den anderen im Brandschutz Tätigen, sei es im Bereich der Bauordnungsbehörden, der Gewerbeaufsicht oder der Versicherungen sowie Bauherren und Architek-

ten, einen umfassenden Überblick über den gesamten Bereich der ortsfesten Anlagen verschaffen.

Brände in der Mineralölindustrie
Von Paul-Heinz Bohl
Heft 37, 2. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Seit Erscheinen der 1. Auflage haben sich die Brandschutzprobleme in der Mineralölindustrie, die gesetzlichen Bestimmungen und die technischen Möglichkeiten der Brandbekämpfung entscheidend verändert. Die Neuauflage bringt eine detaillierte Anpassung an den heutigen Stand von Wissenschaft und Technik sowie eine Erweiterung auf die Probleme, die sich aus der zunehmenden Verwendung der Flüssiggase Propan und Butan ergeben.

Handbuch Betrieblicher Katastrophenschutz (einschließlich Gebäuderäumung)

Herausgegeben von Norbert Hammacher und Dr. Albert Riester
W + S Fachbücherei Wirtschafts-
schutz
Kriminalistik Verlag Heidelberg 1983

In logischer Fortsetzung des Handbuchs „Erstellung und Auswertung einer Werksanalyse“ führt dieses Handbuch alle Maßnahmen auf, die zur Aufstellung einer Betrieblichen Katastrophenschutzorganisation (BKO) erforderlich sind, um alle Gefahrenfälle abzudecken, die den im Betrieb sich aufhaltenden Menschen und dem Betrieb selbst drohen können.

Zunächst werden Organisation, Funktion und Arbeitsteilung einer BKO mit anschaulichen Beispielen, Schaubildern oder Graphiken dargestellt. Ferner sind die erforderlichen Erhebungsbogen und Formulare beigegeben, die auch als Checklisten für die Vorkehrungen für den Katastrophenfall dienen können.

Spezielle Kapitel für Brand-, Hochwasser und andere Naturkatastrophen schließen sich an. Auch für Strahlen-Unfälle und Chemie-Unfälle sind die erforderlichen Schutzmaßnahmen aufgeführt.

Der Maßnahmen-Katalog für Bombendrohungen oder Sprengstoffanschläge ist über den Bereich der gewerblichen Wirtschaft hinaus von Bedeutung. Der dazugehörige Gebäude-Räumungsplan dient zur Vorbereitung und Einleitung der Maßnahmen, die in einem solchen Falle erforderlich sind, um Personen- und Sachschäden abzuwenden oder wenigstens so gering als möglich zu halten.

Paul Claes

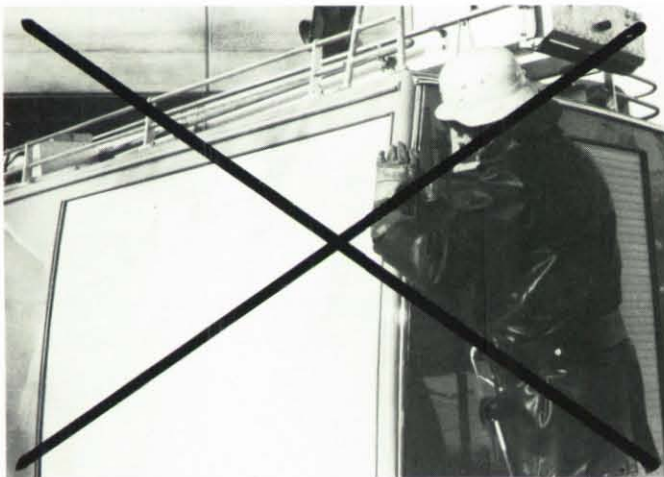
Das Minimagazin

Safety first – im Brandschutzdienst

Die jeweilige Paragrafenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Beim Aufnehmen von Schläuchen auf die Schulter dürfen die Kupplungen nicht nach hinten geworfen werden, sondern müssen vor dem Körper gehalten werden. (Vgl. § 21)

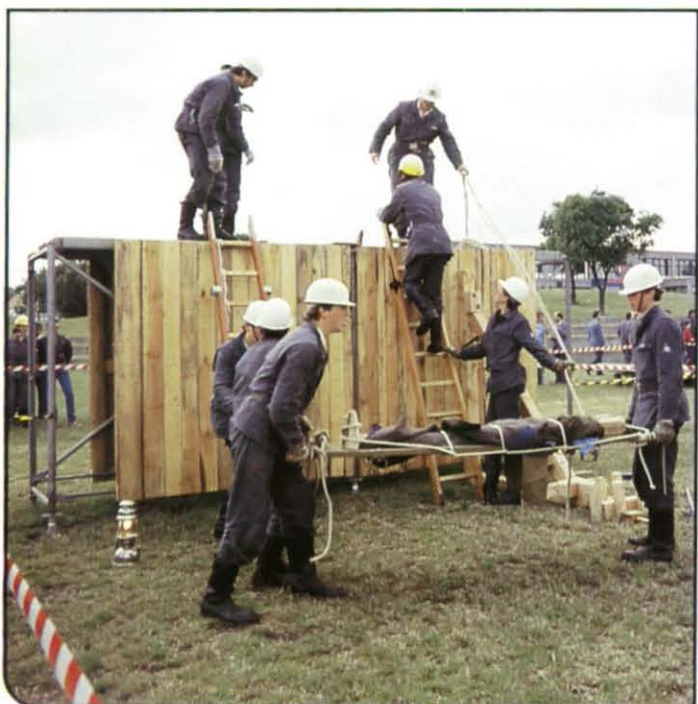


Der Fahrer darf erst anfahren, nachdem alle Mitfahrenden ihre Plätze eingenommen haben. Das Mitfahren außerhalb der vorgesehenen Plätze ist untersagt. (Vgl. § 35 UVV „Fahrzeuge“)



Im Brandschutzdienst dürfen nur genormte und für die Feuerwehr zugelassene Leitern benutzt werden. (Vgl. § 5)

Zum siebten Male: THW-Bundeswettkampf



Je ein Instandsetzungszug und eine Jugendgruppe aus den elf Landesverbänden des Technischen Hilfswerks traten am 18. Juni 1983 in Darmstadt an: Der THW-Bundeswettkampf 1983 sollte erbringen, welcher Landesverband über die besten Fachleute verfügt. Schließlich ging es um die begehrten Trophäen, den Pokal des Bundesinnenministers und den Pokal des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz.

Wie der Wettkampf ausging, haben wir in unserer Juni-Ausgabe bereits kurz berichtet. Sieger wurden der Instandsetzungszug Theley (Saarland) und die Jugendgruppe Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen). Einen ausführlichen Bericht über die Aufgaben und den Ablauf des Wettkampfes finden unsere Leser nun in diesem Heft.

Das Titelbild und die Farbfotos auf dieser Seite vermitteln einen Eindruck vom Geschehen in Darmstadt, das auch Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann an Ort und Stelle mit großem Interesse verfolgte.